



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

66. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 24. Mai 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Dr. Ralph Weber, AfD	14, 20
	Jörg Heydorn, SPD	16
	Christel Weißig, Freie Wähler/BMV	18
	Sebastian Ehlers, CDU	19
	Horst Förster, AfD	20
	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	22
	B e s c h l u s s	25
Antrag der Fraktion der AfD		
Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen: Dokumentenprüfsysteme für die Kommunen sicherstellen		
– Drucksache 7/3591 –		3
Nikolaus Kramer, AfD		3, 8, 10
Minister Lorenz Caffier		4, 9, 10
Peter Ritter, DIE LINKE		6
Martina Tegmeier, SPD		7
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV		7
Franz-Robert Liskow, CDU		8
B e s c h l u s s		10
	Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV	
	Katastrophenschutz stärken – Warntag in Mecklenburg-Vorpommern einführen	
	– Drucksache 7/3606 –	25
	Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	25, 30
	Minister Lorenz Caffier	26, 31
	Nikolaus Kramer, AfD	28
	Ralf Mucha, SPD	29
	Peter Ritter, DIE LINKE	29
	Franz-Robert Liskow, CDU	30
	Holger Arppe, fraktionslos	30
	B e s c h l u s s	32
Antrag der Fraktion DIE LINKE		
Existenzminimum sichern – Hartz IV überwinden		
– Drucksache 7/3595 –		10
Henning Foerster, DIE LINKE		10, 16
Minister Harry Glawe		12

Änderung der Tagesordnung	33	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	56, 70
		Minister Lorenz Caffier	58, 73
		Nikolaus Kramer, AfD	63
		Nadine Julitz, SPD	65
		Torsten Renz, CDU	66
		Peter Ritter, DIE LINKE	67, 74
		Jochen Schulte, SPD	68
		Horst Förster, AfD	70
 		B e s c h l u s s	74
Antrag der Fraktion DIE LINKE Insektenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/3599 –	32		
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	32, 41		
Minister Dr. Till Backhaus	34		
Jürgen Stroschein, AfD	37		
Burkhard Lenz, CDU	38		
Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV	39		
Elisabeth Aßmann, SPD	40	Antrag der Fraktion DIE LINKE Lebensmittelverschwendung stoppen – Drucksache 7/3596 –	74
B e s c h l u s s	42	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	74, 81
		Minister Dr. Till Backhaus	76, 77
		Christoph Grimm, AfD	77, 78
		Elisabeth Aßmann, SPD	80
 		B e s c h l u s s	83
Antrag der Fraktion DIE LINKE Notfallplan für Bootsflüchtlinge – „Sichere Häfen“ ermöglichen – keine Rückführung nach Libyen – Drucksache 7/3447 –	44		
Karen Larisch, DIE LINKE	44, 51	Nächste Sitzung	
Minister Lorenz Caffier	45	Mittwoch, 19. Juni 2019	83
Horst Förster, AfD	45, 53		
Martina Tegtmeier, SPD	48		
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV	49		
Torsten Renz, CDU	50		
Holger Arppe, fraktionslos	51		
Peter Ritter, DIE LINKE	53		
Dr. Ralph Weber, AfD	54		
B e s c h l u s s	55		
Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch die Abgeordneten Jens-Holger Schneider, Christoph Grimm, Dr. Ralph Weber, Thomas de Jesus Fernandes, Dr. Gunter Jess, Jürgen Stroschein, Sandro Hersel und Nikolaus Kramer, AfD	55, 56		
Antrag der Fraktion DIE LINKE Festival „Fusion“ – kulturelle Freiräume bewahren – Drucksache 7/3586 –	56		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/3659 –	56		

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 66. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist damit eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen: Dokumentenprüfsysteme für die Kommunen sicherstellen, Drucksache 7/3591.

**Antrag der Fraktion der AfD
Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen:
Dokumentenprüfsysteme für die
Kommunen sicherstellen
– Drucksache 7/3591 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Nikolaus Kramer, AfD: Das ist falsch gemeldet. – Torsten Renz, CDU: Ich stelle fest, es gibt keinen Redner. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Wenn das jetzt die falsche Rede ist!)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute!

(Torsten Renz, CDU: Na, na!)

Ich war etwas überrascht, ich hatte den Tagesordnungspunkt einen Punkt später erwartet.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Ja, die Wahl des Vizepräsidenten findet nicht statt.)

Leben in der Lage?

(Martina Tegtmeier, SPD: Waren Sie gestern nicht da?)

Natürlich bin ich dazu in der Lage. Frau Tegtmeier, Sie haben mich doch gesehen! Sie haben mich doch gesehen und ich habe doch gestern auch geredet.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Da haben Sie offensichtlich nicht zugehört und nicht zugeschaut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach Sie waren das?!)

Habe ich keinen Fußabdruck hinterlassen? Keinen CO₂-Fußabdruck habe ich gestern hinterlassen offensichtlich, aber ich kann Ihnen versichern, ich bin von der ersten Minute bis zur letzten Minute gestern hier im Plenarsaal gewesen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Dokumentenprüfsysteme für die Kommunen sicherstellen, meine Damen und Herren. Lassen Sie uns doch bitte in die Debatte einsteigen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, wir warten schon eine Stunde darauf!)

Lassen Sie mich den Antrag bitte einbringen!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und anschließend hat dann der Minister das Wort und dann können Sie, Frau Tegtmeier, gerne hier erwidern.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir dürfen gespannt sein.

(Torsten Renz, CDU: Das geht alles von der Redezeit ab.)

Unser Staat muss wissen, mit wem er es zu tun hat. Die Zahl der Urkundenfälschungen in Mecklenburg-Vorpommern ist deutlich angestiegen, meine Damen und Herren. Laut offizieller Statistik kletterte die Zahl von 1.115 erfassten Fällen im Jahr 2015 auf zuletzt 1.704 im vergangenen Jahr.

(Martina Tegtmeier, SPD: In Deutschland?)

Laut aktueller Schätzung von Sicherheitsexperten ...

Nein, nicht in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern, Frau Tegtmeier. Haben Sie wieder nicht zugehört? Das habe ich einen Halbsatz vorher erwähnt.

Laut aktueller Schätzung von Sicherheitsexperten leben in ganz Deutschland Hunderttausende Personen mit einer nicht sichergestellten Identität. Das Bundeskriminalamt gab an, nach fast fünf Millionen gefälschten Personalausweisen zu fahnden. Allein der Terrorist Anis Amri besaß 14 Aliasidentitäten.

Kriminalität mit gefälschten Dokumenten ist ein unübersehbares Problem. Wie hoch die Dunkelziffer in Mecklenburg-Vorpommern ist, wissen wir nicht. Wie viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben, die sich durch gefälschte Identitäten Sozialleistungen erschleichen oder als unerkanntes Sicherheitsrisiko an uns vorbeilaufen, wissen wir nicht, denn den meisten Behörden des Landes und der Kommunen fehlt die Ausrüstung, um Licht ins Dunkel zu bringen.

Meine Damen und Herren, unsere Behörden können es nicht wissen, weil in den 115 Meldeämtern der Kommunen nur die von Rostock und Schwerin technisch ausgerüstet wurden. Die Landesregierung untersucht die fehlende Ausstattung unserer Meldeämter mindestens seit Oktober 2017. Bis heute gibt es keine konkreten Lösungsvorschläge der Landesregierung. In nahezu allen Meldeämtern Mecklenburg-Vorpommerns fehlt die entsprechende Technik. Ganz anders sieht es in Schleswig-Holstein aus, wo erst Ende letzten Jahres die kommunalen Behörden mit insgesamt 250 Dokumentenprüfsystemen ausgerüstet wurden. Ja, selbst im links regierten Berlin sind alle Bezirke der Stadt im letzten Jahr mit Dokumentenprüfsystemen ausgestattet worden.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt echt?)

Man sieht, wie in den anderen Bundesländern gehandelt wird. Bei uns fehlt anscheinend schlicht der politische Wille.

Bereits im Jahr 2016 hat die Bundesdruckerei Alarm geschlagen. Die Experten betonen, dass selbst, wenn alle Ämter top geschulte Mitarbeiter hätten, es schlicht aus Zeitmangel nicht möglich ist, effektive Prüfungen durchzuführen. Und es ist auch von keinem noch so erfahrenen Beamten zu verlangen, dass er sich mit den Sicherheitsfeatures aller ausländischen Dokumente bis ins Detail auskennt.

Herr Innenminister, ich schreibe Ihnen heute ins Stammbuch, dass ein verhinderter Sozialbetrugsfall die Kosten für die Anschaffung eines neuen Prüfgerätes im Wert von 1.700 Euro – ich wiederhole, 1.700 Euro pro Prüfgerät – locker wieder reinholt.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, aber das wird der Innenminister Ihnen gleich erklären.)

Ich darf in Erinnerung rufen, Herr Minister, dass Sozialbetrug bei einer Einzelperson im Jahr mit 10.500 Euro zu Buche schlägt. Bei einer fünfköpfigen Familie steigen die Kosten auf 35.000 Euro an. Seit fast zwei Jahren befrage ich die Landesregierung zu diesem Thema. Die lapidare Antwort lautet noch immer, man befinde sich im Abstimmungsprozess und der Bund würde etwaige Kosten nicht übernehmen. Angesichts Tausender unsicherer Identitäten ist dies nichts anderes als eine Verschleppungshaltung. Ich kann diese Trägheit beim besten Willen nicht nachvollziehen. Während der Debatte im Ausschuss hat das Innenministerium mehrfach selbst auf die Gefahr von Sozialleistungsmissbrauch hingewiesen und entsprechende Sicherheitsrisiken bei gefälschten Identitäten. Das Problem ist erkannt.

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen in der Landeshauptstadt Schwerin bestätigen meine bisherigen Ausführungen. Das dort seit einiger Zeit eingesetzte System hat bei fast einem Drittel der über 3.000 überprüften Dokumente Auffälligkeiten festgestellt. Ein nicht kleiner Teil dieser Fälle stellte sich dann als tatsächlich gefälscht heraus. Schwerin zeigt den Handlungsbedarf, Herr Friedriszik.

Meine Damen und Herren, dass noch immer keine Ergebnisse bei der Finanzierungsfrage erzielt wurden, führt zu unserem heutigen Antrag. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung vonseiten des Landes für eine flächendeckende Ausstattung der Meldeämter mit Dokumentenprüfsystemen. Die Kommunen haben keine Schuld an dieser auch durch offene Grenzen verursachten Identitätskrise. Festzustellen ist, dass die 2017 erfolgte Anschaffung von Geräten in Rostock und Schwerin das Problem nicht in der Fläche angreift. Wir müssen endlich den Missbrauch im ganzen Land aufdecken.

Werte Abgeordnete dieses Hauses, ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir brauchen sofort eine Investition des Landes, um die Meldebehörden Mecklenburg-Vorpommerns mit modernen Dokumentenprüfsystemen auszustatten. Geben wir unseren Behörden die Möglichkeiten an die Hand, die Interessen unserer Steuerzahler durch moderne Technik zu schützen und den Sozialbetrug zu bekämpfen! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die Dokumentenprüfsysteme führen wir nicht zum ersten Mal,

(Nikolaus Kramer, AfD: Richtig!)

aber es ist förderlich, denke ich, wenn ich in der Debatte dazu einiges klarstelle. Im Übrigen ist die Forderung, die Sie aufgemacht haben, schon längst erfüllt, nur die Kommunen müssen sie umsetzen, denn sie können dementsprechend die 3.000 Euro, die bei uns veranschlagt sind, über das FAG wieder abrechnen. Aber darauf komme ich noch zurück.

Sozialleistungsmissbrauch gibt es, solange es Sozialleistungen gibt. Das betrifft Deutsche wie Ausländer gleichermaßen. Dieses Problem ist den Sozialbehörden und das Problem ist auch dem Gesetzgeber bekannt. Es wird stetig daran gearbeitet, die Rahmenbedingungen anzupassen und die Systeme noch sicherer zu machen. Es ist daher durchaus legitim, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Ihr Antrag selbst allerdings, der geht indes an der Sache vorbei.

Zunächst einmal: Um welche Personengruppe geht es im Antrag eigentlich? Geht es um Flüchtlinge im Speziellen, Ausländer im Allgemeinen oder gar Deutsche? Ich will das nicht weiter vertiefen. Fangen wir einfach mal bei den Flüchtlingen an. Kommt ein Flüchtling in der Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Ausländerbehörde an, werden erst einmal seine biometrischen Daten aufgenommen und mit Datenbanken wie EURODAC, Interpol und anderen abgeglichen. So wissen wir im ersten Schritt, ob die Person vielleicht schon einmal irgendwo anders erstmalig registriert wurde oder nicht.

Dann kommt das BAMF ins Spiel. Fehlen Ausweisdokumente, kann es beispielsweise mit Spracherkennungssoftware prüfen, ob die Angaben zur Herkunft wirklich plausibel sind. Auch die Daten der Mobiltelefone können mittlerweile ausgelesen und ausgewertet werden. Liegen Ausweisdokumente vor, kann mit Dokumentenprüfgeräten geprüft werden, ob die Dokumente möglicherweise gefälscht sind. Liegt ein Verdacht vor, gehen die Dokumente nach Nürnberg, wo die Dokumente durch Experten im Einzelfall überprüft werden.

Den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Ausländerbehörden im Land stehen sowohl die PIK als auch die Dokumentenprüfgerätsysteme längst zur Verfügung. Damit ist jeder Asylbewerber eindeutig identifizierbar. Mehrfachidentitäten sind quasi ausgeschlossen. Die Altfälle wurden und werden dabei nacherfasst, sodass auch die Fehler – die möglichen Fehler – aus der Vergangenheit geheilt werden können.

Wie Sie wissen, erhalten Asylbewerber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In den entsprechenden

Leistungsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern sind die sogenannten Fast-ID-Geräte ebenfalls längst verteilt. Die Behörden sind verpflichtet, bei Zweifeln an der Identität des Asylbewerbers die Fingerabdrücke zu nehmen und mit dem Ausländerzentralregister abzugleichen. Da gibt es dann auch kein Ermessen. Leistungsmissbrauch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist damit so gut wie weitestgehend ausgeschlossen.

Das Gleiche passiert, wenn der Asylbewerber als Schutzberechtigter anerkannt wird und einen Aufenthaltstitel erhält. Wenn er keine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufnimmt, rutscht er automatisch in SGB II. Auf Deutsch, er erhält Hartz IV. Im Jobcenter weist er sich dann mit dem sogenannten elektronischen Aufenthaltstitel aus. Das ist eine Art Personalausweis, der auch die Fingerabdrücke speichert. Die Mitarbeiter in den Jobcentern gleichen diesen elektronischen Aufenthaltstitel dann mit dem Ausländerzentralregister ab und nehmen bei Bedarf die Fingerabdrücke. Und wer eben gut zugehört hat, weiß, dass damit Missbrauch so gut wie ausgeschlossen wird.

Unterm Strich ist Sozialleistungsmissbrauch im gesamten Asylbereich kaum noch möglich. Man muss schon eine extrem hohe kriminelle Energie an den Tag legen, um dieses System zu knacken. Bemerkenswert ist dabei, Dokumentenprüfgeräte sind bei den Leistungsbehörden gar nicht notwendig. Selbst wenn jemand den elektronischen Aufenthaltstitel fälschen würde, würde er beim Abnehmen der Fingerabdrücke auffliegen.

Also, werte Kollegen der AfD, den Sozialleistungsmissbrauch von Flüchtlingen anzuprangern, ist schlichter Unsinn und letztendlich auch eine Täuschung der Bürger. Falls Sie das vorhaben, sage ich an der Stelle: Lassen Sie es lieber sein!

Aber vielleicht bezieht die AfD Ihren Antrag jedoch wider Erwarten nicht nur auf Flüchtlinge, sondern allgemein auf Ausländer oder sogar Deutsche.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Letzteres wäre ein Skandal!)

Gemeint können dann ja nur noch EU-Ausländer sein,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Deutsche betrügen doch nicht!)

Touristen erhalten bekanntermaßen keine Sozialleistungen in Deutschland. Wie sieht die Situation hier aus? Ich sage mal so: Für Sozialleistungsmissbrauch brauchen wir keine Ausländer, Deutsche, Polen, Franzosen, Dänen, Holländer. Ja, es ist möglich, dass EU-Bürger den deutschen Sozialstaat prellen. Ich gehe aber davon aus, dass trotzdem niemand möchte, niemand hier, dass die Jobcenter von Deutschen die Fingerabdrücke nehmen und sie mit einer zentralen Datei abgleichen. Das kann ich mir jedenfalls schwer vorstellen.

Ehrlicherweise muss man auch sagen, dass das Problem mutmaßlich nicht so groß ist und die Sozialbehörden natürlich fortwährend Anstrengungen unternehmen, das System sicherer zu machen. Ich glaube, falsche Angaben über die Vermögenssituation, die Familienverhältnisse sowie Schwarzarbeit bereiten den Sozialleistungsbehörden wesentlich größere Sorgen als falsche oder doppelte Identitäten von Deutschen oder EU-Ausländern.

Natürlich könnten potenzielle Betrüger, ob Deutsche oder EU-Ausländer, versuchen, mit gefälschten Ausweisen sich quasi mehrere Wohnsitze zuzulegen, um dadurch mehrfach Sozialleistungen zu kassieren. Ich glaube jedoch, dass sich die Anzahl dieser Fälle arg in Grenzen halten wird. Nichtsdestotrotz sind sich Bund und Länder einig, dass wir die Meldebehörden in ganz Deutschland mit Dokumentenprüfgeräten ausstatten wollen. Schon heute prüfen die Meldeämter Ausweise und Pässe auf Echtheit. Dokumentenprüfgeräte können hierbei eine wichtige Unterstützung sein. Die Meldeämter in Schwerin und Rostock nutzen diese Geräte bereits seit 2017. Mein Ziel ist es aber, dass alle 115 Meldeämter im Land diese Möglichkeit bekommen.

Leider liegt beziehungsweise lag der Teufel im Detail. Zwischen Bund und Ländern, das wurde bereits erwähnt, hat es in der Zwischenzeit Gespräche gegeben, wie diese Geräte nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern für alle Meldeämter in Deutschland flächendeckend eingeführt werden können. Dabei dreht es sich wie immer um eine zentrale Frage, um das liebe Geld. Es gab entsprechende Signale – ja, in der Tat –, dass der Bund bereit ist, die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile steht fest, daraus wird nichts.

Dabei möchte ich aber einmal festhalten, dass jede Gemeinde, jede Stadt, jedes Amt und jeder Landkreis diese Geräte sofort und ohne Probleme selbst bestellen und nutzen kann. Ein Gerät kostet circa, nach meinen Unterlagen, 3.000, nach Ihren 1.750, egal, kostet ein paar Tausend. Das ist in der Frage für die entsprechenden Behörden nicht die Welt. Die Kosten würden sogar in die Erstattungsberechnungen nach Paragraf 15 Finanzausgleich mit einfließen, das heißt, die Kommunen würden das Geld sogar über Umwege wieder zurückbekommen.

Tatsächlich wäre das aber noch nicht einmal notwendig. Für jeden über Paragraf 15 FAG finanzierten kommunalen Arbeitsplatz – und dazu gehören nach meiner Auffassung auch die Arbeitsplätze in den Meldebehörden – wird eine IT-Pauschale von 3.450 Euro zur Verfügung gestellt, für jeden Arbeitsplatz und für jedes Jahr, Jahr für Jahr. Da sollten im Zweifel, wenn man es will, die 3.000 Euro oder 2.000, von mir aus auch 4.000, schon möglich gewesen sein. Aus dieser Pauschale könnten sowohl die Hardware als auch die Software finanziert werden. Wir sind uns sicher einig, dass ein Dokumentenprüfgerät pro Meldeamt damit locker finanziert werden könnte und kann. Aber offensichtlich sind die Meinungen dazu in den Ämtern sehr unterschiedlich, um es mal an der Stelle freundlich zu formulieren.

Nun ist es müßig, auf Bund oder Kommune zu zeigen. Ich will diese Geräte und deswegen habe ich auch die zentrale Beschaffung dieser Geräte angewiesen. Es geht nach geltender Rechtslage – Ausschreibung und alles, was dazugehört – nicht von heute auf morgen, aber perspektivisch wird auch diese Baustelle geschlossen. Vielleicht springt auf diese Weise sogar noch ein erklecklicher Mengenrabatt für die Geräte heraus.

Mit dieser Entscheidung gehen wir in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit anderen Bundesländern, die Sie hier schon erwähnt haben, die zum Teil dies schon befolgt haben, einen Schritt auf die Kommunen zu, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Insofern denke ich, dass das Thema damit auch abgeschlossen ist, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Notwendigkeit kommunaler Dokumentenprüfsysteme mit dem Fall Anis Amri begründet, der hat sich in meinen Augen bereits aus der Debatte verabschiedet, bevor sie überhaupt begonnen hat. Denn, lieber Kollege Kramer, Amri war alles, nur kein den Behörden Unbekannter.

(Jochen Schulte, SPD:
Nee, das war ja das Problem.)

Leider aber hat so manche Behörde im entscheidenden Moment ihre Informationen lieber für sich behalten. Nicht fehlende Dokumentenprüfsysteme waren das Problem, sondern der Grundsatz, Quellenschutz geht vor Aufklärung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die zweite Argumentationslinie des AfD-Antrages, also den vermeintlichen Kontrollverzicht an unseren Grenzen, sehe ich anders. Nicht die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist zu bekämpfen, die es den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union ermöglicht, in einem anderen EU-Land zu arbeiten und zu wohnen. Mit dieser Rechtslage wurde der bürokratische Aufwand erheblich reduziert, für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Und gerade diese Freizügigkeit ist es doch, die das Wir-Gefühl der Mitgliedsländer der Europäischen Union stärkt. Nur, wer dieses Wir-Gefühl schwächen will, übersetzt Freizügigkeit mit Kontrollverzicht. Aber das ist ja eine der Grundlinien Ihrer Politik, liebe Kollegen der AfD-Fraktion.

(Horst Förster, AfD: Unterstellung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren ...

Das ist keine Unterstellung, das sind Tatsachen,

(Horst Förster, AfD:
Das ist eine Unterstellung!)

die Sie vor allen Dingen in Ihren Reden, Herr Kollege Förster, hier auf jeder Landtagssitzung dokumentieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, drei Anmerkungen zum Antrag selbst, den meine Fraktion ablehnen wird.

Erstens wurde über den konkreten Sachstand der Ausstattung unserer Kommunen mit Dokumentenprüfsystemen im Innenausschuss und in den Antworten der Landesregierung informiert, ebenso in dem eben gehaltenen Redebeitrag des Innenministers. Unser Innenministerium, das wurde auch jetzt wieder klar, möchte schon gern weiter sein beim Ausstattungsgrad, aber irgendwie kommt immer etwas dazwischen. Für die AfD zeugt dies von einer Verschleppungshaltung. Das kann ich so nicht teilen. Ich meine auch darüber hinaus, so groß kann die Not nicht sein, wenn man politische Entscheidungen treffen will, Stichpunkt 9. Februar 2017, Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Minis-

terpräsidenten. Bei diesem Bund-Länder-Gipfel zu einer Änderung der Asylpolitik wurde im Handumdrehen ein 15-Punkte-Beschluss veröffentlicht, weil man eine Veränderung der Politik wollte. Warum es hier nicht so schnell geht, das erschließt sich mir allerdings dann auch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zweitens muss daran erinnert werden, dass das Meldewesen eine Aufgabe der kommunalen Meldeämter ist. Es liegt in deren Verantwortung zu entscheiden, ob sie ein Dokumentenprüfsystem nutzen oder nicht. Bund und Länder könnten bei dieser Entscheidung behilflich sein, wenn es denn so dringlich wäre. Das Bundesministerium für Inneres und Heimat hat die Landesregierung inzwischen wissen lassen, dass vom Bund hierfür keine finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Und unser Innenministerium lässt den Innenausschuss wissen, dass sich das Land nicht verpflichtet sehe, die entsprechenden Ausstattungen der kommunalen Behörden primär zu finanzieren. Für die IT-Ausstattung gebe es bereits pauschal FAG-Mittel. Auch das ist eben in dem Redebeitrag des Ministers noch mal deutlich geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunen selbst treiben offensichtlich ganz andere Sorgen um. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt die Bundesregierung nachdrücklich davor, die Beiträge des Bundes zu den Integrationskosten wie geplant drastisch zu reduzieren. Ich zitiere: „Wer solche Überlegungen anstellt, der kennt ... offenbar die Situation vor Ort nicht. Hunderttausende von Flüchtlingen sind derzeit von einer echten Integration noch meilenweit entfernt. Daran müssen wir arbeiten.“ So der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Dr. Uwe Brandl. Von einem akuten Bedarf an Dokumentenprüfsystemen hat der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes keine Silbe verloren, Herr Kramer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, drittens schließlich frage ich: Liegen die Missbrauchsprobleme nicht ganz woanders? Steuerschlupflöcher und Steuer-oasen für Superreiche,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Steuerbetrug in großem Stil, Verschiebung von Vermögen ins Ausland, diese Fragen sollten uns beschäftigen.

(Horst Förster, AfD, und
Nikolaus Kramer, AfD:
Auch, auch!)

Hier entgehen dem Bund, den Ländern, den Kommunen erhebliche Einnahmen. Hier finden wir den wahren Missbrauch von Gesetzen und Sozialbetrug in Größenordnungen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich ganz herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 9 des Gymnasiums Grevesmühlen. Herzlich willkommen!

Das Wort hat nun für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Der Innenminister hat hier den Sachverhalt schön aufgedröselnt und klargestellt, wie die Dokumentensituation bei den Flüchtlingen aussieht. Aber alles, was der Innenminister gesagt hat, das wissen Sie ja. Das wissen Sie ja ganz genau. Deswegen muss man sich auch fragen, warum stellen Sie diesen Antrag und vor allen Dingen warum schreiben Sie diese Begründung,

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das werde ich gleich sagen.)

weil diese Begründung mit Ihrem Antrag eigentlich ja herzlich wenig zu tun hat. Sie lenken die Aufmerksamkeit mit diesem Antrag auf die Hunderttausenden Personen mit nicht sichergestellten Personalangaben, die in Deutschland leben. Wir haben gestern erst gehört, das sind für Sie alles Straftäter, weil sie sich illegal in Deutschland aufhalten,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

auch wenn sie Ersatzpapiere bekommen haben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn kein Sachgrund besteht, dass sie hier ein erfolgreiches Asylverfahren durchlaufen können, sind sie natürlich unrechtmäßigerweise hier. Das haben wir gestern ja ausführlich,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

ausführlich gehört.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Die Einschätzung zum Kontrollverzicht an unseren Grenzen hier zu bemühen, das geht natürlich ganz klar gegen unsere offenen EU-Grenzen, weil der Innenminister nicht zu Unrecht darauf hingewiesen hat, wenn wir hier Leistungsmissbrauchsfälle aufdecken, sind es ja in der Tat manchmal solche Sachen, da arbeiten andere EU-Bürger bei uns und beantragen zum Beispiel Kindergeld für Kinder, die vielleicht nicht da sind, oder Ähnliches.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Macht es das besser?)

Aber wenn Sie die Dokumentenfälschungen in diesen engen Zusammenhang – was Sie vorhin getan haben – mit einem automatischen Leistungsmissbrauch der Sozialleistungen in Deutschland setzen, würde ich Ihnen raten, auch noch mal in die Kriminalitätsstatistik, was diesen Bereich angeht, zu schauen. Wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, sind wir da unter dem Delikt Leistungsmissbrauch auf einem Stand von 2014 zurzeit, und deswegen hinken Ihre Vergleiche oder hinkt Ihre Begründung zu dem, was Ihr Antragstext auf der Vorderseite hier suggeriert. Man kann natürlich wirklich fragen, warum kommen wir hier nicht in die Pötte, aber die Begründung zeigt ganz eindeutig wieder darauf, die Menschen, die zu uns kommen, die sind erst mal verdächtig, sich hier nicht ordentlich zu verhalten, und da machen wir nicht mit. Wir werden Ihren Antrag daher ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Nikolaus Kramer, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Ich rufe jetzt auf für die Fraktion Freie Wähler/BMV den Abgeordneten Herrn Dr. Manthei.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Es bleibt uns aber auch nichts
erspart an diesem frühen Morgen!)

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden den Antrag ablehnen. Natürlich ist es sinnvoll und notwendig, Dokumente auf ihre Echtheit zu überprüfen. Es ist auch notwendig dafür, dass die Behörden mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Insofern rennt der Antrag eigentlich offene Türen ein und bedarf auch keiner langen Begründung. Mit gefälschten Dokumenten kann man sich mehrere Identitäten zulegen und Sozialleistungsbetrug begehen, oder man will etwa den Sicherheitsbehörden entweichen. Und das muss natürlich verhindert werden. Behörden müssen in der Lage sein, Ausweisdokumente auf ihre Echtheit zu überprüfen, und Falsch- und Doppelidentitäten dürfen wir nicht dulden. Das schulden wir den Steuerzahlern im Land, die die Transferleistungen erarbeiten, und allen Bürgern, um ihre Sicherheit zu erhöhen.

Das Problem falscher Identitäten und der nur lückenhaften Prüfung von Dokumenten ist also hinlänglich bekannt, auch, dass Nachholbedarf in den Behörden besteht, hier die Geräte bereitzuhalten. Auch das ist hinlänglich bekannt. Wozu also der Antrag? Der Antrag selbst weist ja auf viele ungeklärte Fragen hin, daher können wir im Moment nicht nachvollziehen, dass trotzdem sozusagen schon ein Handlungsauftrag an die Landesregierung hier formuliert wird. Wir meinen, es wäre eigentlich logisch gewesen, hier zunächst mit Experten diese Sache zu besprechen. Insbesondere Herr Ritter hatte darauf hingewiesen, auch die Meinung vom Städte- und Gemeindebund, also von den Betroffenen, sage ich mal, noch mal einzuholen. Das würde mich sehr interessieren, wie die Sicht der Gemeinden hier in Mecklenburg-Vorpommern ist.

Herr Caffier hat ja auch noch mal ausführlich den Sachstand jetzt hier im Plenum dargestellt, aus Sicht der Landesregierung. Das hätte mich vielleicht auch im Ausschuss interessiert, wobei eine Frage natürlich schon – insofern hat der Antrag eine gewisse Berechtigung – bleibt, die Frage des Zeitpunktes, wann denn diese ganzen Sachen tatsächlich endlich erledigt sein werden.

Wir meinen also, dass zunächst mal viele Fachfragen im Ausschuss hätten geklärt werden müssen. Wir meinen, dass ich eine Schlussfolgerung, also als Handlungsauftrag an die Regierung, erst ziehen kann, wenn ich den Sachverhalt ausermittelt habe und den Sachverhalt eben kenne. Wir sollten also den ersten vor dem zweiten Schritt gehen. Deshalb werden wir im Moment diesen Antrag noch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Franz-Robert Liskow.

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Minister hat in seiner Rede bereits umfänglich ausgeführt, deswegen kann ich mich hier kurzhalten.

Das Thema Dokumentenprüfsysteme steht auf der Agenda dieses Landes. Es wird auf Landes- und auf Bundesebene über eine flächendeckende Einführung intensiv nachgedacht und das Innenministerium hat in mehreren Kleinen Anfragen und auch in parlamentarischen Anfragen hier im Landtag Ihnen den Sachverhalt bereits mehrfach dargelegt. Der Innenminister hat Ihnen aufgezeigt, was bisher für Gespräche und Überlegungen gelaufen sind und dass das Land jetzt mit einer Grundsatzentscheidung einen entscheidenden Schritt weitergekommen ist. Jetzt geht es im nächsten Schritt um Ausschreibung und Beschaffung. Ihr Antrag ist überflüssig und wir werden diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ja abenteuerlich.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was?!)

Herr Innenminister, vielen Dank, dass Sie unserem Antrag de facto zugestimmt haben, auch wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie lehnen ihn ab. Ich werde diesen Satz auch gleich begründen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Na prima!)

Meine Damen und Herren, stellen wir uns mal vor, Europa wäre ein Bus, Kollege Ritter. Und jeder kann in diesen Bus einsteigen, mit dem Bus umherfahren, kann aussteigen, wo er möchte, kann wieder einsteigen und dann kommt ein Kontrolleur, Frau Tegtmeier, und sagt: „Fahrkarten, bitte! Ich würde gern Ihre Berechtigung sehen, die Sie dazu ermächtigt, mit diesem Bus durch die Gegend zu fahren.“

(Martina Tegtmeier, SPD: Hätte ich jederzeit vorzeigen können.)

Warum ...

Sie könnten das tun. Die, die einen Status hier beantragen, können das auch tun, allerdings mit vielen verschiedenen Identitäten in vielen verschiedenen Kommunen und Bundesländern, und das ist das Problem. Und wenn Sie ein Dokumentenprüfsystem ablehnen,

(Martina Tegtmeier, SPD: Das lehne ich doch gar nicht ab!)

dann lehnen Sie de facto auch Fahrscheinkontrollen ab,

(Martina Tegtmeier, SPD: Ich lehne doch kein Prüfsystem ab! Wo haben Sie denn das gehört?)

in Bussen, in Zügen, in Bahnen, an jeder Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kollege Ritter, Ihr Redebeitrag war ja völlig absurd.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Und mit dem Unterschied, dass Europa kein Bus ist. – Heiterkeit bei Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Kontrolle ist doch nicht der Verzicht auf Freizügigkeit. Wir wollen doch nicht die europäische Freizügigkeit einschränken, aber solange die Außengrenzen des Schengen-Raums nicht kontrolliert werden, nicht dichtgemacht werden, müssen wir zumindest hier eine Bastion in unserem Land bilden, damit wir diesem Sozialbetrug endlich einen Riegel vorschieben können, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jochen Schulte, SPD: Was hat denn jetzt Sozialbetrug mit Schengen-Grenzen zu tun? – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Natürlich haben Sie recht mit Ihren Äußerungen in Bezug auf Anis Amri, Kollege Ritter. Es ist aber ein plakatives Beispiel, ein Beispiel, was jeden Tag über Wochen durch die Medien gegangen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wissen Sie selber, dass Sie Unsinn erzählen. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und im Übrigen, Kollege Ritter, wenn Sie der Meinung sind, dass Sie Sozialmissbrauch auf anderer Ebene bekämpfen wollen, dann fühlen Sie sich doch frei, Anträge zu stellen dementsprechend!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben ja schon Tausend eingebracht, aber Sie sind ja offensichtlich nie anwesend. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dann werfen Sie mir doch aber nicht vor, wenn Sie Anträge eingebracht haben, die offensichtlich abgelehnt worden sind, weil sie nicht zustimmungsfähig gewesen sind, dann werfen Sie mir doch nicht vor, dass ich Ihre Baustellen bearbeiten soll! Ich habe meine Baustelle, meine Fraktion hat unsere Baustelle,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, Sie haben eine große Baustelle! Ja, ja, ja!)

und Sie werden uns nicht vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben eine große Baustelle. Da gibt es noch sehr viel herzurichten auf Ihrer Baustelle, da haben Sie wohl recht! – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Das ist mehr ein großes Loch, was die AfD darstellt, keine Baustelle.)

Jaja, für große Löcher ist ja eher das Verkehrsministerium zuständig, Kollege Schulte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also wir haben das Loch auf der A 20 nicht verursacht, aber das ist eine andere Geschichte.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Da können wir uns dann gern an anderer Stelle noch mal unterhalten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren!

(Zurufe von Christian Brade, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

„Mein Ziel ist“,

(Glocke der Präsidentin)

„alle 115 Meldeämter mit Dokumentenprüfsystemen auszurüsten.“

(Unruhe auf der Regierungsbank)

Ich wiederhole: „Mein Ziel ist, alle 115 Meldeämter mit Dokumentenprüfsystemen auszurüsten.“ Keine halbe Stunde her hat der Innenminister Herr Caffier diesen Satz hier gebracht. Seit zwei Jahren predigt er das. Und seit zwei Jahren, in jeder Innenausschusssitzung, wo es um dieses Thema ging, hat er gesagt, ich will, dass wir flächendeckend ausrüsten, wir werden alles dafür tun.

Und die Ausländerbehörde der Stadt Schwerin schreibt, dass sie mit diesem Dokumentenprüfgerät schätzungsweise 3.000 Dokumente geprüft haben, und davon waren allein 900, also fast ein Drittel, auffällig, die dann einer weiteren Prüfung unterzogen worden sind.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und natürlich hat der Innenminister recht, indem er sagt, das ist eine kommunale Aufgabe und das können sich die Kommunen, über das Finanzausgleichsgesetz können sie sich die Kosten reinholen.

Erlauben Sie mir zu zitieren von der Internetseite der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, Aufgabenbereich des Ministeriums für Inneres und Europa. „Das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern im historischen Arsenal ...“ und so weiter und so weiter „hat nicht nur einen breit gefächerten Aufgabenquerschnitt zu bewältigen, es ist auch ein Stück lebendige Geschichte ... Der Geschäftsbereich erstreckt sich von Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr, Katastrophenschutz ... über Kommunalangelegenheiten ...“

Herr Innenminister, Sie haben die Fachaufsicht über Kommunalangelegenheiten! Und dann beweisen Sie – ich will es mal so formulieren – die Frechheit, sich hier hinzustellen und zu sagen, es ist nicht meine Aufgabe, es ist Aufgabe der Kommunen, denen Sie als Innenminister vorstehen!

(Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD)

Das ist nicht akzeptabel.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Oberbürgermeister!)

Und aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, kommen Sie,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Oberbürgermeister von
Mecklenburg-Vorpommern!)

aus diesem Grunde kommen Sie gar nicht umhin,

(Heiterkeit und Zuruf
von Peter Ritter, DIE LINKE)

unserem Antrag zuzustimmen, wenn Sie sich nicht lächerlich machen wollen, meine Damen und Herren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Minister Harry Glawe: Es ist doch
nicht zu fassen hier!)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, für die Landesregierung hat noch einmal um das Wort gebeten der Innenminister Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Ach, Kollege Kramer! Vorsteher gibt es beim Bahnhof, aber nicht in den jeweiligen Regierungen.

(Beate Schlupp, CDU: Anrede!)

Und Sie sind die gleichen ...

(Beate Schlupp, CDU: Anrede!)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Caffier, ich bitte auch Sie um die Anrede.

Minister Lorenz Caffier: Entschuldigung.

(Christian Brade, SPD: Hat er vergessen.)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, man
kann schon mal aus der Haut fahren.)

Sie sind diejenigen, die immer kommunale Selbstverwaltung predigen, und dort, wo kommunale Selbstverwaltung ausgeübt wird, werfen Sie das vor. Und jetzt sage ich mal, Schwerin ist hier durchaus vorbildlich. Die haben das Geld, was wir jährlich, und das ist unsere Aufgabe, den Kommunen geben – das scheinen Sie ja irgendwie überhört zu haben, jährlich 3.450 Euro IT-Pauschale für jede Kommune im Land wird über das FAG zusätzlich für Ausstattung zur Verfügung gestellt –, und Schwerin hat sich genauso wie Rostock dafür entschieden, die dafür zu nutzen, wofür sie auch gedacht gewesen ist.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und weil die Kommunen im Lande das unterschiedlich sehen, habe ich mich jetzt entschieden, dass trotz der 3.450 Euro wir diese 115 Geräte zusätzlich anschaffen werden, aber es ist eben nicht irgendwie wegen der Aufsichtspflicht, sondern weil die Wertigkeit in den Kommunen in der Frage unterschiedlich gesehen wird. Schwerin und Rostock sprechen der Aufgabe offensichtlich eine hohe Wertigkeit zu, andere weniger, und deswegen haben wir gesagt, wir wollen das für alle einführen und werden

dies auch umsetzen. Dass dies entsprechend der europäischen Richtlinie einen längeren Zeitraum zur Folge hat, ist vollkommen außer Zweifel. Ich bin über die Ausschreibungsrichtlinien selber auch nicht immer so glücklich.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Lorenz Caffier: Ja.

Nikolaus Kramer, AfD: „Mein Ziel ist es, 115 ...“

(Andreas Butzki, SPD: Anrede!)

Herr Innenminister, gestatten Sie mir eine Zwischenfrage: „Mein Ziel ist es, 115 Meldebehörden mit einem Dokumentenprüfsystem auszustatten.“

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Haben Sie das vorhin in Ihrem Redebeitrag so erwähnt?

Minister Lorenz Caffier: Das habe ich ja gar nicht in Zweifel gestellt. Ich habe es ja schon längst ausgelöst.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist der Unterschied. Es ist nicht ein Ziel, sondern bei mir habe ich es ausgelöst, und das ist der kleine Unterschied zwischen uns beiden.

Nikolaus Kramer, AfD: Herzlichen Dank.

(Andreas Butzki, SPD:
Die Landesregierung handelt!)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3591. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/3591 durch die Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Freie Wähler/BMV und DIE LINKE abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der AfD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE: Existenzminimum sichern – Hartz IV überwinden, Drucksache 7/3595.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Existenzminimum sichern –
Hartz IV überwinden
– Drucksache 7/3595 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manch einer mag sich ob der erneuten Befassung des Landtages mit dem Thema Hartz IV verwundert die Augen gerieben haben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja.)

Im März sprachen wir zuletzt darüber. Aufhänger war seinerzeit das Sozialstaatspapier der Sozialdemokratie. Interessant waren die Reaktionen darauf. „Reichlich dünner Antrag“ und „durchschaubare Attacke in Richtung SPD“ sind mir als O-Töne noch Erinnerung. Aber was mich persönlich gewurmt hat, war, dass mancher den Eindruck erweckt hat, als gingen uns die mit Hartz IV verbundenen Probleme hierzulande gar nichts an, beziehungsweise, falls doch, dann könne man als Landesregierung ja eh nichts tun.

So geht es natürlich nicht und deshalb ist der Aufhänger für die erneute Befassung des Parlaments heute weder der jüngste Beschluss des SPD-Landesparteitages zur Abschaffung aller Sanktionen noch der zu Ende gehende Kommunalwahlkampf.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Es ist schlicht die Überzeugung,

(Sebastian Ehlers, CDU: Jaja.)

dass eine Überwindung von Hartz IV, wenigstens jedoch eine Reform, die diesen Namen auch verdient, vielen Menschen in unserem Bundesland helfen würde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und der Antrag zielt stärker auf die landespolitischen Stellschrauben ab als der in der vorletzten Landtagsitzung.

Meine Damen und Herren, im März 2003 soll der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einem Messerundgang gefragt worden sein, wann es denn nun mit Deutschland wieder bergauf gehe. Seine selbstgefällige Antwort soll gelautet haben: ab Freitag.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

An jenem Freitag, dem 14. März 2003, stellte er dann dem Deutschen Bundestag seine Agenda 2010 vor, mit der er den Arbeitsmarkt umkrepeln und das Prinzip von „Fordern und Fördern“ etablieren wollte. Und seitdem wird von vielen auch hier im Haus das Hohelied auf den Wandel Deutschlands vom kranken Mann Europas zum Wirtschaftswunderland gesungen. Die Schattenseiten jedoch werden allzu oft ausgeblendet, sowohl mit Blick auf die Betroffenen als auch mit Blick auf die mit Hartz IV verbundene horrenden Bürokratie. Schon das ist Grund genug, sich dem Thema immer wieder zuzuwenden.

Zunächst sei gesagt, dass im April 2019 in M-V 99.865 Frauen und Männer sowie 32.714 Kinder auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen waren. Das ist immerhin jeder zwölfte Einwohner unseres Bundeslandes. Die SVZ hat am vergangenen Wochenende mit der Schlagzeile „Bei Hartz IV jede dritte Klage erfolgreich“ aufgemacht. Von 960 Klagen, über die durch die Sozialgerichte des Landes seit Jahresbeginn zu entscheiden war, endeten 380, also fast 40 Prozent, vollständig zugunsten des Klägers. Selbst Thomas Letixerant, Mitglied der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, räumte ein, dass dies juristisch sehr komplexen Fällen geschuldet sei und sich Fehler daher nicht restlos ausschließen ließen.

Ähnlich hoch ist übrigens die Quote der Widersprüche. Von 4.580 Widersprüchen, die im ersten Quartal dieses

Jahres in den Jobcentern unseres Landes eingingen, waren 1.380 teilweise oder ganz erfolgreich. Das sind um die 30 Prozent. Und dass so viele Widersprüche und Klagen erfolgreich sind, ist aus meiner Sicht auf zwei Dinge zurückzuführen:

Erstens sind die Antragsformulare für die Betroffenen unübersichtlich, und selbst wenn alles korrekt ausgefüllt und eingereicht wurde, erfolgt oft dennoch eine Ablehnung. Dann wird Widerspruch eingelegt und die Mühle beginnt zu mahlen. Juristen im Jobcenter prüfen die Widersprüche. Werden diese abgewiesen, dann bleibt den Betroffenen nur noch der Weg zu Gericht. Die schiere Masse der Klagen sorgt dann für unfassbar lange Verfahrenslaufzeiten. Seit 2008 haben sie sich, wie meine geschätzte Kollegin Jacqueline Bernhardt jüngst herausfand, auf fast zwei Jahre bei den Sozialgerichten und sogar zweieinhalb Jahre beim Landessozialgericht erhöht. Das sind Zuwächse von 38 beziehungsweise 66 Prozent. Hier kann und hier muss die Landesregierung durch weitere Personalaufstockung gegensteuern, wenn die Aktenberge einmal kleiner werden sollen.

Zweitens ist das SGB II bis heute voller Lücken. Es gehört wohl zu den Gesetzen in Deutschland, die am häufigsten angefasst und geändert wurden. Immer wieder wurden Rechtsvereinfachungen versprochen, umgesetzt jedoch wurde wenig. Die Folge ist, dass die Fehleranfälligkeit unverändert hoch liegt, am häufigsten geht es bei Widersprüchen und Klagen um die falsche Anrechnung von Einkommen oder Vermögen, die Aufhebung von Bescheiden oder Rückforderungen sowie die Kosten der Unterkunft. Und hier sagen wir, es gilt nicht, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern einen neuen Dialogprozess zwischen Bund, Ländern und natürlich der Arbeitsverwaltung auf den Weg zu bringen, denn Beteuerungen aus der BA, dass die den Widersprüchen und Klagen zugrunde liegenden Fehler bedauerlich seien und nichts mit Härte gegen Hartz-IV-Empfänger zu tun hätten, helfen den Betroffenen nun wirklich nicht weiter.

Wenn wir über die Folgen von Hartz IV für die Betroffenen reden, sind wir schnell bei den Sanktionen. Der Erwerbslosenverein Tacheles e. V. hat zur Vorbereitung der Anhörung beim Bundesverfassungsgericht eine Onlinebefragung durchgeführt. Neben Leistungsbeziehern haben Anwälte, Sozialarbeiter und auch Jobcentermitarbeiter daran teilgenommen, insgesamt mehr als 21.000 Personen. 86,9 Prozent aller Befragten hielten Sanktionen für nicht geeignet, eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu befördern. 80 Prozent waren der Auffassung, sie seien ein Instrument, um Menschen in prekäre Beschäftigung zu drängen. Für 70 Prozent sind die Sanktionen Ausgangspunkt von Verschuldungen. 69,6 Prozent hatten Kenntnis von Stromsperrn und 64,9 Prozent bestätigten, dass Sanktionen zu Wohnungsverlust geführt haben. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, was Menschen aufgrund von Hartz IV erleiden müssen, und Harald Thomé, Hartz-IV-Experte von Tacheles e. V., spricht in diesem Zusammenhang von Menschenrechtsverletzungen.

Als LINKE haben wir uns von Anfang an gegen Hartz IV ausgesprochen, es als „Armut per Gesetz“ kritisiert. Wir haben hier im Landtag viele Anträge gestellt, in denen wir unsere Kritik untermauert haben. So hat meine Fraktion auch schon zweimal die Überprüfung der Regelsätze durch die Landesregierung gefordert. Beide Anträge wurden abgelehnt. Darauf wird meine Kollegin Bernhardt

in der Debatte später noch eingehen. Ich will an der Stelle nur darauf hinweisen, dass 42 Prozent der Hartz-IV-Empfänger in unserem Land vier Jahre und länger auf die Leistungen angewiesen sind. Der Sprung zurück auf den Arbeitsmarkt gelingt ihnen eben nicht zeitnah. Und deshalb sollte man sich das auch noch einmal genauer anschauen, am besten unter Beteiligung von Erwerbslosenbeirat, Landesarmutskonferenz und Beschäftigungsgesellschaften.

Und auch das ist nicht neu: DIE LINKE ist nicht die einzige gesellschaftliche Kraft, die die Regelsätze und ihr Zustandekommen seit Jahren kritisieren. So sprach der Paritätische Wohlfahrtsverband mit Blick auf die Ermittlung der Regelsätze von einem Skandal und forderte die Anhebung von 416 auf 571 Euro für Alleinstehende. Dessen Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider verwies darauf, dass bestimmte Ausgaben, die für Berufstätige selbstverständlich seien, willkürlich gestrichen würden, und erinnerte daran, dass der Bedarf heute anhand der Ausgaben der unteren 15 Prozent der Einkommensbezieher ermittelt wird und eben nicht mehr wie vorher anhand der untersten 20 Prozent.

Und da will ich mal sagen, bezüglich der Ermittlung der Regelsätze und ihrer Angemessenheit kann und soll die Landesregierung also selbst tätig werden, und zwar nicht abstrakt über eine Initiative im Bundesrat, wo sie dann ja auch noch Unterstützer suchen muss aus anderen Bundesländern, sondern konkret durch ein Normenkontrollverfahren. Es gibt 132.579 Gründe dafür, das zu tun, nämlich die Menschen, die in unserem Land von Hartz IV leben müssen oder deren Sozialleistungen davon abgeleitet werden. Ich bin der Meinung, eine sich ernsthaft auf ihre Wurzeln besinnende SPD kann eigentlich keinen sachlichen Grund geltend machen, um ein solches Anliegen abzulehnen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und an die CDU gerichtet, Herr Ehlers, möchte ich vor allem mit Blick auf Ihre unsägliche Äußerung von gestern, dass Hartz IV ein Anreizsystem zur Arbeitsaufnahme sei, einmal Ihren ehemaligen und 2017 leider verstorbenen Generalsekretär Heiner Geißler zitieren. Der sagte einmal Folgendes: „Wenn ein 50-Jähriger oder eine 53-Jährige arbeitslos wird, dann landen sie, auch wenn sie ihr Leben lang Steuern gezahlt und Kinder großgezogen haben, spätestens nach einem Jahr bei Hartz IV ... und müssen fast alles versilbern, was sie für sich und ihre Familie erarbeitet haben. Die werden behandelt wie ein 22-jähriger Alkoholiker, der noch nie einen Hammer in der Hand gehabt hat. Sie werden einer Lebenssituation ausgesetzt, die einfach unserer Gesellschaft, unserer Verfassung ... unwürdig sind.“

(Sebastian Ehlers, CDU:
Wann hat er das gesagt?)

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Ich hoffe, es gibt sie noch, die CDU-Mitglieder, die sich eher in dieser Tradition sehen. Wir jedenfalls werden nicht müde werden, die Abschaffung und Überwindung von Hartz IV einzufordern, auch wenn es zuweilen ein Kampf gegen Windmühlen zu sein scheint. Es ist ein Gesetz, das die Gesellschaft spaltet, und deshalb will ich heute mit Brecht enden und sagen: „Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!“ – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag macht die Fraktion DIE LINKE erneut einen Rundumschlag im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder, wie es im Titel des Antrags heißt, „Hartz IV überwinden“. Was kommt nach Hartz IV? Man kann doch nicht behaupten, dass Hartz IV nicht eine Sozialleistung ist, die alle Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen. Das ist sozusagen die Grundsicherung im sozialen Netz. Ich wüsste nicht, dass das nicht ein Erfolg ist, Herr Foerster, dass jeder, der unverschuldet in Hartz IV gerutscht ist, aufgefangen wird.

(Horst Förster, AfD: Darauf kommt es doch gar nicht an.)

Und ich meine schon, dass man das hätte hier auch mal sagen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Was Sie überwinden wollen, ist ja immer gut, aber Sie müssen dann auch sagen, was Sie insgesamt machen wollen, und Sie müssen dann auch die Finanzmittel bereitstellen und sagen, wo die neuen Finanzmittel herkommen, um soziale Grundrechte zu sichern. Wir sind ein Sozialstaat, und das zeichnet die Bundesrepublik Deutschland aus.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ich habe über konkrete Probleme gesprochen und gesagt, was wir dagegen tun können.)

Ja, ich kann Ihnen nur sagen, wir müssen auch grundsätzlich über die Frage nachdenken, wie soll sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihren sozialen Netzen einerseits entwickeln, und da sage ich Ihnen, die erste Aufgabe ist, auf dem ersten Arbeitsmarkt dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die beste Sozialmaßnahme, die es überhaupt gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und ich meine, dass wir auch im Land Mecklenburg-Vorpommern durchaus selbstbewusst sagen können, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Rahmenbedingungen durch die Politik haben dazu beigetragen, dass wir in den letzten Jahren massiv neue Arbeitsplätze schaffen konnten, und das hilft den Arbeitnehmer/-innen und den Arbeitgebern hier im Land und es sorgt dafür, dass insgesamt das Einkommen der Bevölkerung steigt. Das kommt von Ihnen nie, sondern es wird immer nur auf Überwindung von Hartz IV rumgeklopft. Und Sie sind ja regelmäßig in jedem Landtag mit so einem Antrag präsent.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Arbeitsmarktsituation hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Wir haben es erreicht, dass alleine ein Rückgang in den letzten fünf Jahren bei der Arbeitslosigkeit von 40 Prozent geschafft worden ist.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wie viele Leute sind denn in Rente gegangen?)

Ja, auch das ist natürlich ein Beitrag dazu. Aber andererseits sind auch 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Bitte?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wie viele werden herausgerechnet durch Qualifizierungsmaßnahmen, Fortbildungen und so weiter?)

Ja, auch das ist richtig. Ja, Herr Professor Weber, das wissen wir doch beide, dass es so ist. Nur entscheidend ist, dass die Zahlen deutlich zurückgehen und dass wir im Jahre 2005 noch 211.000 Arbeitslose hatten, und heute haben wir unter 60.000, und zwar 58.000 etwa. Und ich meine, das ist schon ein Erfolg, mit dem sich auch der Landtag schmücken kann,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Torsten Renz, CDU: Genau.)

denn es ist ja wichtig, dass wir in den letzten Jahren gezeigt haben, dass die wirtschaftliche Entwicklung vorangeht, und dazu tragen die Opposition wie auch die Regierungsmitglieder bei und natürlich auch die regierungstragenden Fraktionen.

Also, meine Damen und Herren, es ist einfach teilweise nicht zu verstehen, wie man alles, alles, was man in den letzten Jahren geschafft hat, immer schlechtredet.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Wir haben nicht mit einem Wort was schlechtgeredet. Ich habe konkret was zu den von Hartz IV Betroffenen gesagt.)

Na ja, dann habe ich wahrscheinlich eine andere Wahrnehmung als Sie.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Bereich SGB II sogar noch leicht günstiger als die Arbeitslosigkeit. Sie hat sich also deutlich nach unten entwickelt und dieser Trend wird sich auch im Jahr 2019, also in diesem Jahr fortsetzen. Nach wie vor berichten die Fachleute der Jobcenter, dass derzeit aufgrund der guten konjunkturellen Lage Personen eingestellt werden. Viele haben realistischere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten. Das wird auch in diesem Jahr deutlich weiter zunehmen und wir werden die Langzeitarbeitslosigkeit und auch die Bezieher von Hartz IV im Jahre 2019 weiter reduzieren können.

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, wenn man regelmäßig arbeitet, hat man einen geregelten Tagesablauf, ein Einkommen, und man hat Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das bezweifelt doch gar keiner.)

Das führt zum stärkeren Selbstbewusstsein der Menschen und führt dazu, dass sie in die Gesellschaft integriert werden.

Zur Langzeitarbeitslosigkeit: Auch diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. In den letzten Jahren wurde ein Rückgang von 43,3 Prozent, in den letzten zwei Jahren sogar um 21,8 Prozent festgestellt. In den vergangenen Jahren konnten Langzeitarbeitslose noch stärker als alle anderen vom Rückgang der Arbeitslosenzahlen profitieren. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende, dem von der Fraktion DIE LINKE hier angesprochenen Hartz IV, ist in besonderem Maße die Entwicklung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Bedeutung.

In den vergangenen Jahren waren auch hier sehr gute Entwicklungen zu verzeichnen. Die Anzahl der erwerbstätigen Leistungsberechtigten wurde in den letzten fünf Jahren um nahezu ein Drittel reduziert. Trotzdem dürfen wir uns natürlich nicht ausruhen. Arbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von Sozialleistungen kann man nur mit guten Arbeitsplätzen begegnen. Deshalb unterstützen wir die Neuansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist eine der entscheidenden Aufgaben, die sich auch diese Landesregierung stellt, und das ist auch völlig richtig so.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE will diese Maßnahmen einerseits etwas zereden, und die Verfahrensdauer bei den Sozialgerichten wird ja in besonderer Weise durch Herrn Foerster kritisiert. Das sehen wir auch als schwierig an, aber man muss eben feststellen, dass in den letzten Jahren in diesem Bereich bei den Sozialgerichten auch deutliche Besserungen erreicht worden sind. Wir hatten ja Verfahren etwa um 23.000 im Jahre 2015, die sind jetzt abgesunken auf 14.500. Es wird in den nächsten zwei Jahren dazu führen, dass normale Werte bei der Bearbeitungsdauer erreicht werden.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Dafür müssen sie erst mal
die Altfälle abarbeiten.)

Es sind personelle Verstärkungen vorgenommen worden, die sich mittlerweile auszahlen. Wenn sich Fehler eingeschlichen haben – das haben Sie richtig gesagt, Herr Foerster –, ist das ärgerlich und führt auch dazu, dass nicht überall Zufriedenheit einzieht. Jeder hat ja das Recht darauf, seine gerichtlichen Überprüfungen dann auch einzuklagen und dafür dann auch ein Urteil zu erhalten.

Meine Damen und Herren, insgesamt geht es also auch darum, dass wir die Regelbedarfe, das Bildungs- und Teilhabepaket und andere Dinge jetzt auch praktisch umsetzen. Dort hat es auch Nachbesserungen auf der Bundesebene gegeben, sodass beim Schulstarterpaket jetzt ein Zuschuss von 100 auf 150 Euro und der Teilhabebetrag auf monatlich weitere 15 Euro angehoben worden ist. Die Eigenanteile der Eltern für das gemeinsame Mittagessen sowie die Schülerbeförderung fallen weg. Förderungen können auch beantragt werden, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist. Das sind alles Dinge, die in den letzten Jahren also durchaus auch

aufgenommen worden sind, auf Anregungen von Fachleuten, auch auf Kritik aller politischer Couleur. Also ich meine, da sind die jeweiligen Arbeitsgruppen mit ihren Empfehlungen dann am Ende auch weiter gekommen, als es in der Öffentlichkeit immer dargestellt wird. Und speziell von den LINKEN wird es ja auch immer verschwiegen.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass wir weiterhin die Dinge begleiten. Wir sind auch dabei, unsere Meinung im Bundesrat zu artikulieren. Die Abstimmungen mit der Bundesagentur für Arbeit, mit dem Bund, mit den Ländern und mit den jeweiligen Verantwortlichen in den Verbänden ist auf einem Diskussionsniveau, dass man durchaus sagen kann, wenn Mehrheiten erreicht werden in diesen Facharbeitsgruppen, werden sie auch umgesetzt. Wenn Mehrheiten nicht erreicht werden, dann ist es so, dass sie nicht durchkommen.

Herr Foerster, das wissen Sie ganz genau, dass nicht jeder Vorschlag von allen gut gefunden wird. Deswegen muss man ja auch die Diskussion ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Nach dem, was Sie jetzt gesagt haben,
habe ich wenig Hoffnung, dass Sie sich
an die Spitze der Bewegung stellen.)

Ja, ob Sie nun Hoffnungen haben oder nicht, Fakt ist eins, Hartz IV ist eine Sozialleistung, auf die jeder Anspruch hat, der Hartz IV bekommen kann. Das ist in vielen Ländern dieser Welt nicht gang und gäbe. Das müssen Sie auch mal zugeben. Also wir sind nicht so unsozial in Deutschland, dass wir keine Grundsicherung haben. Hartz IV ist steuerfinanziert, da will ich noch mal darauf hinweisen, und jeder Steuerzahler sorgt dafür, dass in dieser Frage auch Solidarität gegenüber denen stattfindet,

(Dietmar Eifler, CDU: Genau.)

die ein Problem haben, die unverschuldet in Hartz IV gefallen sind.

Also, meine Damen und Herren, langer Rede kurzer Sinn, wir als Landesregierung sind natürlich weiter bestrebt, den Arbeitsmarkt voranzubringen, die Diskussionen im Bundesrat und auf der Bundesebene mit den jeweiligen Fachgremien unter Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit sicherzustellen, und von daher, hoffe ich mal, dass Sie sich vielleicht in Ihren Anträgen etwas mehr zurückhalten und nicht jeden Landtag mit Hartz IV und den Herausforderungen in dieser Frage konfrontieren. Vom Grunde her muss man sagen,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Deutschland geht es gut.)

die Dinge sind geordnet und Verbesserungen oder auch Nachsteuerungen gibt es, auch bei der Frage von Anpassung ist man auf gutem Wege.

Von daher, Herr Foerster, danke ich Ihnen für Ihren Redebeitrag, aber ich kann heute nur den Koalitionären empfehlen, Ihren Antrag erneut abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Jochen Schulte, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Minister hat seine Redezeit um zwei Minuten überzogen. Laut unserer Geschäftsordnung steht diese Redezeit den Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, zusätzlich zur Verfügung.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

Herr Minister Glawe,

(Minister Harry Glawe: Ja, hier!)

eindrucksvolle Zahlen, in der Tat. Niemand bestreitet den lobenswerten Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir wollen aber der Fairness halber sagen, das hat mindestens drei Ursachen: Die wichtigste, die erste ist ein sehr positives konjunkturelles Umfeld. Das Zweite sind massive Änderungen im Statistikgesetz. Es wurde schon gesagt, wer alles rausgerechnet wird aus den früheren Zahlen. Die Zahlen, die Sie genannt haben mit den 211.000, waren eine ganz andere statistische Grundlage. Da sind heute nicht mehr diejenigen dabei, die kurz vor der Rente stehen, es sind nicht dabei all diejenigen, die in Umschulungs-, Fortbildungs- und anderen Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt sind, und, und, und.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Das heißt also, diese Zahlen sind auf einer anderen Grundlage erhoben. Und dann als Drittes, das müssen wir dann zugestehen, ist es das erfolgreiche Tätigsein des Wirtschaftsministeriums – das sei unbestritten, das wollen wir der Fairness halber auch benennen –, aber eben nicht nur.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Henning Foerster, DIE LINKE: Demografie.)

Ja, die Demografie, dass viele Arbeitsplätze durch Verrentung

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

der Arbeitsplatzinhaber frei geworden sind, das hat Herr Foerster ja schon gesagt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das mal vorweg.

Jetzt zu dem Antrag „Existenzminimum sichern – Hartz IV überwinden“. Ich bin ja ein sehr tierliebender Mensch und habe da in meiner Fraktion manchmal, was Wolf, Biber und so weiter angeht, durchaus Probleme mit der Durchsetzungsfähigkeit. Insofern finde ich auch Murretiere ganz niedlich.

(Heiterkeit bei Christiane Berg, CDU)

Und ich bin gern bereit, auch das Murretier der Linksfraktion pfleglich zu behandeln – insofern also viel Verständnis dafür. Herr Ritter hat mal gesagt, das Grundprinzip des Verstehens und auch des Lernens ist Wiederholen. Auch da sind wir in einem Boot. Insofern habe ich sehr viel Verständnis für diesen Antrag. Man muss eben die Bereiche, die einem besonders am Herzen liegen, immer wieder betonen. Das machen Sie.

Wir haben x-mal schon über alles Mögliche bei Hartz IV gesprochen. Ich frage mich nur manchmal: Sie haben doch eine Bundestagsfraktion, warum schicken Sie die nicht ins Rennen?

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die sind genauso am Ball, aber heute reden wir über landespolitische Probleme. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das machen die auch. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie reden über Landespolitik, insofern, als dass wir sagen, der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat dies und jenes zu machen – gut, ist zugestanden, machen wir auch manchmal,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

aber es wäre eigentlich schön, wenn wir das etwas minimieren, alle minimieren und die Dinge, die Bundespolitik betreffen, dann auch im Bundestag besprechen würden.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Also „mehr Richter an den Sozialgerichten“ entscheiden wir hier?! – Glocke der Vizepräsidentin)

Im Einzelnen: „Existenzminimum sichern – Hartz IV überwinden“ – wir wissen ja, dass Sie ein Problem mit Hartz IV haben, und es ist zugestanden, es gibt eine Menge Probleme im Detail mit Hartz IV. Deswegen – um das vorwegzusagen – würden wir diese Probleme gerne im Sozialausschuss besprechen, würden einer Überweisung in den Sozialausschuss zustimmen, damit man im Detail mal die Probleme angehen kann.

Aber Hartz IV ist erst das Ende einer langen Kette verfehlter arbeits- und sozialpolitischer Regelungen. Sachgrundlose Befristungen, Zeitarbeit und, und, und sind die Vorgänger von Hartz IV. Sie betonen das ja auch immer wieder und stellen Anträge, um dagegen vorzugehen. Der Fairness halber muss man eben sagen, Hartz IV ist das Ergebnis einer teilweise auch verfehlten Arbeitsmarktpolitik im Arbeitsbereich. Das muss man komplex sehen.

„Existenzminimum sichern“ – da könnte ich sagen, da lasst uns doch auch mal über die Grundrente, über Altersarmut und so weiter reden. Und wenn Sie wirklich Existenzminimum sichern wollen – Sie hatten gesagt, jeder zwölfte Bürger in Mecklenburg-Vorpommern unterfällt dem Hartz-IV-Regime –, senken wir doch die Mehrwertsteuer, dann haben wir alle Bürger in jedem Bereich erfasst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist „Existenzminimum sichern“ auf einer viel breiteren und wirkungsvolleren Basis, als nur an den Symptomen von Hartz IV rumzudoktern.

Im Einzelnen: Unter Nummer 1 beklagen Sie sehr zu Recht die langen Verfahrensdauern. Fast zwei Jahre vor den Sozialgerichten, zweieinhalb vor dem Landessozialgericht als Verfahrensdauer in Fällen, in denen es zumindest auch um Existenzminimum geht, sind untragbar. Darüber brauchen wir, glaube ich, überhaupt nicht zu diskutieren, da haben Sie völlig recht. Deswegen freue ich mich auf die Haushaltsdebatten und bin überzeugt, dass wir alle zusammen eine entsprechende Aufstockung der Richterstellen und des Justizpersonals an den Sozialgerichten und am Landessozialgericht einfordern werden. Ich denke, auch die Freien Wähler/BMV sind da mit im Boot. Jedenfalls hat Herr Manthei das bisher auch immer so praktiziert. Also deutliche Aufstockung – insofern alles okay.

Aber dann kommt wieder das Kind-mit-dem-Bade-ausschütten: Hartz IV überwinden, abschaffen, ohne dass Sie irgendeine brauchbare Alternative darstellen. Wir können gerne über Alternativen zu Hartz IV sprechen, aber dann hätte ich gerne mal gewusst: Wie sollen denn die brauchbaren Alternativen aussehen? Was wollen Sie anstelle von Hartz IV verwirklichen?

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das haben wir schon zimal gesagt:
eine sanktionsfreie Mindestsicherung. –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wir haben eine Reihe von Problemen. Die Regelsätze haben Sie schon angesprochen. Dass die Regelsätze bedarfsgerecht zu orientieren sind und dass da in der Skala dessen, was in die Berechnung einfließt, viele unterwertige Zahlen zu finden sind, da sind wir uns einig. Ob man deswegen pauschal diese Erhöhungen, die Sie hatten, auf 518 oder was, oder 68 Euro, fordern muss,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

da müssen wir uns im Detail dann um die einzelnen Punkte kümmern. Aber richtig ist, Regelsätze, die jetzt genannt werden, sind zu gering.

Gravierender in unseren Augen ist die viel zu kurze Verbleibdauer im Arbeitslosengeldregime. Da wird die Arbeits- und Erwerbsbiografie der Menschen nicht beachtet. Wer fast ein ganzes Erwerbsleben lang fleißig gearbeitet hat und dann nach eineinhalb Jahren in Hartz IV absinken soll, dem wird man damit in keiner Weise gerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese Zahl, dieser Übergang von Arbeitslosengeld zu Hartz IV muss gestaffelt werden nach der Zahl der Beitragsjahre im Arbeitsleben und dementsprechend müssen diese Fristen mindestens, mindestens bei entsprechender Erwerbsbiografie auf drei Jahre verlängert werden. Das allein wird auch dem Charakter dessen gerecht, was das Arbeitslosengeld war: Arbeitslosenversicherung. Da hat man eingezahlt.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Versicherungsleistung.)

Das ist eine Versicherungsleistung und kein Sozialgeschenk. Das, was wir jetzt haben mit Hartz IV, degradiert Versicherungen der Arbeitnehmer zu einer, ja, sozialen Geschenkeleistung. Das wird dem überhaupt nicht ge-

recht. Auch da sind wir also weitgehend einig, wenn wir sagen, da ist noch sehr viel Reformbedarf.

Dann möchte ich sagen, die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen, auch das Ergreifen einer Ausbildung, sind Punkte, die außerdem die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängern sollten und nicht während der Ausbildung den Übergang von Ausbildung zu Hartz IV, wenn überhaupt, einleiten. Das heißt, auch da wären Stellschrauben. Mindestens genauso wichtig ist uns aber auch ein Grund – Sie haben die Zahlen genannt –, wie viele Menschen nun von Hartz IV dann ihre Wohnung verlieren und so weiter, weil sie durch Überschuldung die Miete nicht bezahlen können. Das ist ein grundsätzlicher Mangel.

Wir hatten letzten Monat schon darüber gesprochen, dass Hartz-IV-Empfänger die Beiträge, die auf Heizung, Unterkunft und Strom entfallen, selbst zugeleitet bekommen und dann weiterleiten müssen. Da ist natürlich der Anreiz bei einem verknüpften Finanzmittelhaushalt sehr groß, auch davon für andere Bedarfe Zugriff zu nehmen, sodass dann die Miete oder die Heizkosten oder die Stromrechnung nicht mehr bezahlt werden können. Heute können die Hartz-IV-Empfänger einen Antrag stellen, dass das direkt vom Amt an den Vermieter oder die Versorgungsunternehmen bezahlt wird. Daran krankt das Problem, daran krankt das System.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Man sollte das generell so handhaben. Das verhindert ein solches Aufsummen an Schulden.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Sie können
die Menschen nicht entmündigen.
Meinen Sie nicht, sie sind nicht
fähig, das alleine zu tun?)

Grundsätzlich sollten direkt durch Abtretung entsprechender Ansprüche die Mietkosten, die Heizkosten und die Stromkosten direkt an die entsprechenden Empfänger geleistet werden.

Alles in allem – ich könnte hier noch weitermachen, ich habe hier noch etliche andere Punkte – sind das alles Detailregelungen. Insofern – wir hatten es schon gesagt – würden wir gerne im Detail im Sozialausschuss, von mir aus auch in allen anderen sich angesprochen fühlenden Ausschüssen, über diese berechnete Grundkritik reden. Ihr Antrag aber, der wieder alles undetailliert zusammenwirft und dann in der Forderung mündet „Hartz IV überwinden“, ohne ein plausibles Ersatzsystem anzubieten, der ist uns zu weit. Wir sind für Gegensteuerung im Detail, aber nicht für Verabschiedung von einem System, ohne ein anderes an dessen Stelle zu stellen. Deswegen, wie gesagt, Diskussion über die Einzelpunkte gerne im Ausschuss, den Antrag selbst müssen wir aber ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich begrüße auf der Besuchertribüne Mitglieder der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Herzlich willkommen!

Und ich rufe auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will mal mit einer Geschichte aus dem Leben anfangen:

(Torsten Renz, CDU:
Das mit dem Wasserstand würde mich jetzt noch mal interessieren! –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Mir ist in Schwerin ein Betrieb bekannt, der macht Catering, Partyservice und so weiter und so fort, das heißt, die bauen Bänke auf, Zelte. In diese Richtung geht das. Das ist eine Arbeit, die im Sommer deutlich stärker anfällt, als das im Winter der Fall ist, also Saisonarbeit. Und diese Leute sind darauf angewiesen, dass sie Arbeitskräfte finden. Sie arbeiten da mit dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit zusammen und erleben dann Folgendes, also die Geschäftsführerin dieses Betriebes erzählt mir Folgendes: Die sagt, das Gros, was wir heute erleben, ist, wenn Leute kommen sollen, entweder kommen sie gar nicht, der Nächste kommt mit der Bierflasche in der Hand.

(Dietmar Eifler, CDU: Oha!)

Dann sagt einer, ja, ich bin dann morgen um 10 Uhr da, der kommt dann um 13 Uhr. Und wenn man ihn fragt, warum kommst du erst um 13 Uhr, dann sagt er, na ja, es hat geregnet und ich muss mit dem Fahrrad kommen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

ich komme doch nicht, wenn es regnet, da warte ich, bis der Regen aufgehört hat.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Also alle Hartz-IV-Empfänger sind faul und unfähig?!)

Diese Firma arbeitet hart. Und das, was die mir erzählen, ist ja nicht gelogen, das ist deren Wahrnehmung.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und jetzt stellen Sie sich mal vor, wenn man denen sagt, passt auf, das, was wir jetzt hier an Hartz machen, das gibt es bedingungslos, jeder kriegt quasi Geld zur Verfügung, egal, ob er sich dann kümmert oder nicht! Das würde bei denen in erheblichem Umfang zu Verständnisschwierigkeiten führen, weil die würden sagen, das kann doch nicht sein, wir quälen uns hier und machen unsere Arbeit, und auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe, die was tut oder nicht, das ist völlig egal, die werden aus staatlichen Leistungen, völlig unabhängig, ob es Steuermittel oder Sozialversicherungsbeträge gibt, finanziert, und so läuft das da. Das würde bei denen nicht auf wirklich großes Verständnis stoßen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Heydorn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

Jörg Heydorn, SPD: Gerne, Herr Foerster.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Henning Foerster, DIE LINKE: Herr Kollege Heydorn, können Sie mir sagen, wie sich der letzte SPD-Landesparteitag zur Frage der Sanktionen positioniert hat?

Jörg Heydorn, SPD: Herr Foerster, das muss ich Ihnen nicht erzählen, das haben Sie heute schon erwähnt, das heißt, Sie wissen das. Aber ich kann Ihnen sagen, dass es ein sehr knappes Ergebnis war, also diese Aussage,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und dass es auch innerhalb der SPD dazu keine einheitliche Meinung gibt. Und ich kann Ihnen sagen, dass ich im Übrigen mit der Meinung, die da vorgetragen wurde, durchaus meine Probleme habe.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr gut!)

Und jetzt würde ich gerne mal, jetzt würde ich gerne mal anfangen, dass man das in den historischen Kontext stellt, Herr Foerster. Ich finde, Sie haben hier eine gute, sachliche Rede gehalten, die aber viele Dinge einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Gerade Sie als LINKE treten ja immer wieder dafür auf, Frau Rösler habe ich da immer vor Augen, die sagt, die Kommunen brauchen mehr Geld. Und wenn man sich mal anguckt, in welchem historischen Kontext ist Hartz IV denn entwickelt worden, dann ging es im Wesentlichen bei dem Thema auch um die Reform der Gemeindefinanzen.

Vor Hartz IV war es ja so, da gab es das Bundessozialhilfegesetz. Das Bundessozialhilfegesetz kannte zwei unterschiedliche Zuständigkeiten: Das waren die örtlichen Träger und die überörtlichen Träger. Die örtlichen Träger waren die Kreise und kreisfreien Städte und die hatten die sogenannte Hilfe zum Lebensunterhalt zu bezahlen. Und Hilfe zum Lebensunterhalt ist ja, wenn Sie so wollen, zumindest ein Teil von Hartz IV heute. Als das Bundessozialhilfegesetz entstanden ist, hatten wir eine sehr geringe Arbeitslosigkeit. Und man hat damals gesagt, es geht um einen marginalen Personenkreis und um einen marginalen Leistungsumfang und das können Kreise und kreisfreie Städte gut bezahlen.

Die Entwicklung war im Laufe der Jahre eine andere, das heißt, die Hilfe zum Lebensunterhalt war für viele Menschen eine rentenähnliche Dauerleistung, die die Kreise und kreisfreien Städte in ganz erheblichem Umfang Geld gekostet hat. Und Hartz IV hat die örtlichen Sozialhilfeträger von diesen Kosten entlastet, weil mit einem Schlag ging das Gros im Soll dieser Kosten auf den Bund über, das heißt, man hat im Grunde – und das verschweigen Sie ja immer wieder –, man hat im Grunde da eine erhebliche Entlastungsleistung für die kommunale Ebene organisiert. Das ist der eine Teil der Geschichte.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das mag ja sein, aber sagen Sie doch mal was zu den aktuellen Problemen!)

Und der zweite Teil: Natürlich ist es richtig zu sagen, als man Hartz IV entwickelt hat, war Deutschland der kranke Mann Europas. Das wollen Sie doch nicht wirklich in Abrede stellen?! Und in der Situation, wo die Wirtschaft nicht richtig läuft, die Arbeitslosigkeit hoch ist, neue Wege zu gehen und zu gucken, wie kriege ich das besser hin, wie kriege ich mehr Menschen in Beschäftigung, das ist der eine Teil.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Mit Hungerlöhnen! –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Vor allem, wie viel Geld kann ich noch sparen?)

Und der andere Teil ist: Was kann ich letztendlich tun, um zu fördern? Und natürlich ist es ganz klar – das wird von keinem wegdiskutiert –, dass diese Förderschiene gerade bei uns in den neuen Bundesländern zu kurz gekommen ist.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und ich bin auch völlig bei Ihnen, wenn man sagt, wir müssen Hartz IV weiterentwickeln, weil – der Minister hat darauf hingewiesen – Langzeitarbeitslosigkeit geht zurück. Es kommen auch immer mehr Langzeitarbeitslose in Beschäftigung, und wir kommen immer mehr in die Situation, dass der Personenkreis, der letztendlich in Hartz IV noch Leistungsbezieher ist, der deutlich weniger wird. Und je weniger Leute ich da habe, desto mehr kann ich mich auch um die kümmern, desto mehr kann ich machen und so weiter und so fort.

Und natürlich gibt es auch aus unserer Sicht Probleme, die man in Angriff nehmen muss, beispielsweise das Thema „Kosten der Unterkunft“. Ich glaube, Sie sind darauf eingegangen. Das Thema „Kosten der Unterkunft“ ist ja im Gesetz so gestaltet, dass man sagt, angemessene Unterkunftsstellen werden übernommen. Angemessene Unterkunftsstellen sind in vielen Städten und in vielen Quartieren eher hier bei uns im Plattenbaubereich, wo die Mieten niedrig sind und so weiter und so fort. Das heißt also, der Faktor „Kosten der Unterkunft“ im Bereich der Hartz-IV-Gesetzgebung hat in erheblichem Umfang zur sozialen Segregation beigetragen. Das kann keine Sache sein, die man wirklich will. Und da muss man gegensteuern.

Ich will einen anderen Punkt rausgreifen, das sind diese sogenannten einmaligen Leistungen. Beispiel: Waschmaschine geht kaputt und der Leistungsempfänger muss sich eine neue Waschmaschine kaufen. Das sind Anschaffungen, die der aus dem Budget, was ihm zur Verfügung steht, nicht leisten kann, und jetzt kriegt er da ein Darlehen ausgezahlt und darf das dann in irgendeiner Form abtrottern. Ich sage Ihnen ganz deutlich, da bin ich nicht mit einverstanden. Das muss man anpacken und das muss so verändert werden, dass es durchträgt und funktioniert.

Ich will noch auf etwas anderes eingehen. Sie sprechen von einer hohen Fehlerquote in der Administration und führen aus, dass das zu einer erheblichen Zahl von Klagen bei den Gerichten führt. Das mag sein, aber dann – so, wie es Professor Weber macht – die Schlussfolgerung zu ziehen und zu sagen, na ja, dann brauchen wir deutlich mehr Richterstellen, ist meines Erachtens der zweite Schritt vor dem ersten. Ich würde im ersten Schritt erst einmal versuchen, dass ich die Fehlerquote, dass ich die deutlich absenke.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Und die Sachen, die noch anhängig sind, die 17.000, da warten wir ab, bis es noch mehr werden?! –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Das heißt also, dass die Bescheide von besserer Qualität sind und dass ich im Ergebnis eben nicht die Anzahl von Klagen bei den Gerichten habe. Und das also jetzt damit zu begründen, dass man sagt, das ist alles zu kompliziert –

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, ist es.)

Herr Foerster, gucken Sie sich das Steuerrecht an! Also das Steuerrecht ist mit Sicherheit in erheblichem Umfang komplizierter als das Thema „SGB-II-Leistungen“, und auch da haben Sie nicht diese Fehlerquote auf der administrativen Ebene und diese Anzahl von Klagen, die die Finanzgerichte beschäftigen.

Also da ist meine Empfehlung, bevor man jetzt also die Forderung aufstellt und sagt, wir brauchen da deutlich mehr Richter bei den Gerichten, das würde ich erst mal zurückstellen und sagen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Zurückstellen?!)

da gucken wir doch mal, was wir auf der administrativen Ebene verbessern können.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Heydorn, gestalten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

Jörg Heydorn, SPD: Nein, jetzt werde ich meine Rede zu Ende führen wollen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Genug ist genug, Henning!)

Also noch mal:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt hast
du ihn aber durcheinandergebracht.)

immer einen Schritt nach dem anderen und nicht den zweiten vor dem ersten machen. Das ist der Punkt.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Haben Sie gelesen, dass wir eine Bundesländer-Arbeitsverwaltungs-Arbeitsgruppe fordern, die sich des Themas ...)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Jörg Heydorn, SPD: Herr Foers...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Heydorn, einen Moment!

Herr Foerster, Sie wollten eine Zwischenfrage stellen, die hat der Abgeordnete Heydorn nicht zugelassen. Dass Sie jetzt quasi auf den Platz zurückgehen und Ihre Zwischenfrage dann von dem Platz stellen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Als Zwischenruf.)

ich glaube, das entspricht auch nicht unserer Geschäftsordnung. Zwischenrufe müssen kurz sein, und ich gehe mal davon aus ... Nein, Frau Bernhardt, aber Sie haben ja auch noch Redezeit. Wenn Sie sich mit Frau Bernhardt diese Redezeit teilen, können Sie dann auch noch alles loswerden, was nötig ist.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ich glaube, das entscheiden wir noch
selbst. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Frau Bernhardt hat viel mitzuteilen.)

Jörg Heydorn, SPD: Also, wenn man das Ergebnis noch mal zusammenfasst, dann muss man sagen, ja, es gibt

Reformbedarf im Bereich der Hartz-IV-Gesetzgebung, aber ganz klar ist zu erkennen, die Beschäftigung nimmt zu, Langzeitarbeitslosigkeit nimmt ab. Auf der Bundesebene sind Beschlüsse gefasst worden, wie man Menschen, die Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt Arbeit zu finden,

(Torsten Renz, CDU: Also läuft alles.)

besser unterstützen und begleiten kann. Das ist auf dem Weg, das wird bereits praktiziert.

Vielleicht noch einen Satz zu Herrn Professor Weber. Herr Professor Weber, Sie sprachen im Kontext von Hartz IV von sozialen Geschenken. Ich habe Sie als einigermaßen, ich sage mal, ich habe Sie als blickigen Verfassungsrechtler hier erlebt. Sie wissen, unser Land verteilt keine sozialen Geschenke. Es gibt unterschiedliche Prinzipien, das stimmt. Hartz IV unterliegt nicht dem sogenannten Versicherungsprinzip, sondern dem Fürsorgeprinzip oder dem, was man früher als Fürsorgeprinzip bezeichnet hat, aber es ist kein soziales Geschenk. In den Gesetzen steht drin, dass der notwendige Lebensunterhalt sicherzustellen ist. Was notwendiger Lebensunterhalt ist, ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Da beschäftigen sich im Zweifelsfalle die Gerichte mit.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Aber zu sagen, das ist ein soziales Geschenk, dem folge ich ausdrücklich nicht. Da gibt es einen Rechtsanspruch drauf. Insofern kann das kein Geschenk sein.

Und der nächste Punkt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er will ja nicht. Er will ja nicht.)

der nächste Punkt ...

(Torsten Renz, CDU: Man weiß es nicht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Heydorn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Weber?

Jörg Heydorn, SPD: Nein.

(Heiterkeit bei Dirk Friedriszik, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und der nächste Punkt war der Hinweis darauf, dass Mittel, die für Mieten oder für Strom oder dergleichen gezahlt werden, dass die häufig nicht zweckentsprechend verwendet werden, sondern zu Substitutionszwecken für andere Sachen herangezogen werden und man doch diese Gelder direkter an die entsprechenden Empfänger zahlen sollte. Auch das lehnen wir ab. Das ist eine Form von Entmündigung. Also man kann nicht unterstellen, dass derjenige, der im Transferleistungsentzug oder die große Masse, die Transferleistungen erhält, dass die nicht dazu imstande ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Und insofern lehnen wir das ab.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Na bitte!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV die Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! „Existenzminimum sichern – Hartz IV überwinden“, ein Antrag der LINKEN den wir vorliegend diskutieren und im Wesentlichen auch hier schon mehrheitlich inhaltlich diskutiert haben.

Deshalb gleich zu Beginn – und das können Sie sich sicherlich vorstellen, ganz klar, dass es Ihnen nicht gefallen wird –: Hartz IV ist eben nicht Armut per Gesetz, wie Sie es zum wiederholten Male in Ihren Anträgen, so natürlich auch wieder in diesem, schreiben, sondern Hartz IV ist ein Zeichen der Solidarität der Gesellschaft mit Hilfsbedürftigen in diesem Land.

(Dietmar Eifler, CDU: So kann man das sehen.)

In Ihrem Antrag fordern Sie unter anderem erneut, Hartz IV abzuschaffen beziehungsweise zu überwinden, wie Sie es formulieren. Hartz IV ist nicht für den dauerhaften Lebensunterhalt gedacht, sondern dafür, ein menschenwürdiges Leben zu garantieren in der Überbrückung einer möglichst kurzen Zeitspanne.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV
und Sebastian Ehlers, CDU)

„Fördern und Fordern“ ist bei Hartz IV das Motto, damit die Leute wieder schnell in Arbeit kommen. Das muss das vorderste Ziel sein. Sicher gibt es beim Thema Hartz IV Missstände, einige davon habe ich bereits im März in der Debatte angesprochen. Es ist beispielsweise ein Unding, dass es Menschen gibt, die trotz Arbeit und Verdienst mit Hartz IV aufstocken müssen, also zu den Aufstockern gehören. Das ist nicht hinnehmbar. Ich halte dies für eine Entwürdigung für die betroffenen Menschen.

Aber zurück zu Ihrem Antrag, liebe LINKE: Sie führen dort weiterhin aus, dass die langen Verfahrensdauern bei den Gerichten die Folge von Klagen im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung und mit Sanktionen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch sind. Dies mag zum Teil stimmen, Sie übersehen jedoch das große Ganze. Im Gegensatz zu den Zivilgerichten sind die Sozialgerichte vom Amtsermittlungsgrundsatz geprägt. Die Gerichte sind in dem Verfahren angehalten, umfassende medizinische Ermittlungen anzustellen, medizinische Gutachten einzuholen und so weiter. Und wenn sich dann der Gesundheitszustand einer Person noch verschlechtert, müssen teilweise erneut Gutachten angefordert werden, was das jeweilige Verfahren weiterhin verzögert. Ich will damit sagen, dass die lange Verfahrensdauer unterschiedliche Gründe hat,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Unterschiedliche Gründe.)

und man sich nicht, wie Sie es tun, explizit einen Grund aussuchen kann, nur um mal wieder einen Antrag zur Abschaffung von Hartz IV einzureichen, meine Damen und Herren.

Falls Sie mit der Formulierung in der Begründung des Antrags, dass unter anderem Klagen im Zusammenhang mit Sanktionen maßgeblich die Gerichte belasten, wieder

unterschwellig die Abschaffung von Sanktionen fordern, so stelle ich hier ausdrücklich – und das habe ich hier auch im März bereits angesprochen – fest, Sanktionen sind richtig und müssen sein. Es geht darum, dass, wenn sich bestimmte Menschen nicht an die Regeln halten, sie auch für ihr Verhalten bestraft werden müssen. Dies verlangt die Fairness denen gegenüber, die die Leistungen erwirtschaften, nämlich der arbeitenden Bevölkerung mit ihren Steuergeldern.

In Ihrem Antrag wiederholen Sie, liebe LINKE, Ihre alten Forderungen. Alles in allem enthält Ihr Antrag nichts substantiell Neues.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Sie haben ihn gar nicht
gelesen offensichtlich!)

Wir lehnen den Antrag ab, war klar.

Natürlich.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Dann haben Sie ihn nicht verstanden.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Foerster, ich habe mir bei Ihrer Rede die Frage gestellt, was wohl die Menschen – ich denke mal so an die Krankenschwester, die gerade aus der Nachtschicht kommt, der Handwerker, der sich heute Morgen um sechs auf die Autobahn gesetzt hat, nach Hamburg gefahren ist oder die vielen Pendler, Sie standen, glaube ich, jetzt als LINKE im Wahlkampf auch morgens um sechs am Bahnhof, haben da was verteilt an die Pendler – denken, wenn Sie hier eine sanktionslose Grundsicherung für alle fordern, wenn Sie also das System von „Fördern und Fordern“ hier völlig ad absurdum führen. Da kann man nur hoffen – auch für Ihr Wahlergebnis am Sonntag –, dass von der Personengruppe nicht allzu viele heute Morgen hier Ihrer Rede gelauscht haben,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Im Gegenteil.)

denn – und ich habe es schon in der Debatte zum Wohnen gesagt – ich glaube, wir müssen schon ein Stück weit gucken, dass wir diese Menschen, die ich gerade angesprochen habe, auch bei unseren Themen wieder stärker hier in den Blick nehmen. Sie haben das Thema Hartz IV jetzt in der Endlosschleife hier an der Stelle.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das tun wir, wenn wir über Tarifbindung und andere Fragen reden. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das eine schließt das andere ja nicht aus.)

Von daher ist es aus meiner Sicht nicht unbedingt das Thema, was momentan die Mehrheit der Menschen in unserem Land bewegt.

Und da brauchen Sie auch gar nicht Heiner Geißler zu zitieren, denn für die CDU als Volkspartei ist es selbstverständlich, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung zusammengehören. Ich glaube, Harry Glawe ist da auch ein gutes Beispiel dafür als Wirtschaftsminister,

(Torsten Renz, CDU: Ja, genau.)

der die Themen hier auch anpackt – gerade wenn es auch um Fragen geht, wir haben bei dem Thema „DHL und Post“ beim letzten Mal auch im Ausschuss miteinander diskutiert –, der sich also auch dort für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzt.

(Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE
und Karen Larisch, DIE LINKE)

Von daher, glaube ich, brauchen wir gar nicht bis zu Heiner Geißler an der Stelle zu schauen. Und ich glaube, es ist wirklich so, hier prallen Welten aufeinander. Und deswegen bin ich auch dem Kollegen Heydorn noch mal sehr dankbar für seine Klarstellung und dass auch er noch mal die Position der SPD deutlich gemacht hat. Am Ende ist es doch so, Hartz IV ist nicht Armut per Gesetz, denn Hartz IV – und Kollegin Weißig hat es gesagt – soll doch kein Dauerzustand sein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Für manche ist es das aber.)

Und, Herr Kollege Foerster, wir bewegen uns ja nun in einer gemeinsamen Stadt und Sie können es doch nicht einfach ignorieren an der Stelle, dass es Gebiete gibt, Stadtteile hier gibt, wenn man da die Kinder fragt, was möchtest du werden – ja, Hartz-IV-Empfänger. Da haben wir die Situation: zweite, dritte Generation Hartz IV.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ist das die Schuld von den Kindern?)

Das sind nicht alle, das ist auch nicht die Schuld der Kinder,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

aber wir müssen es doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass es so eine Entwicklung auch gibt. Und dann können wir doch jetzt nicht sagen, wir streichen alle Sanktionen und Freibier für alle an der Stelle und das geht so weiter.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Wir müssen doch bei denjenigen, die dann nicht willig sind, auch Instrumente in der Hand haben, um die zu motivieren, dass sie arbeiten gehen. Denn ich bin fest davon überzeugt, wenn Sie mit Unternehmern in unserer Stadt hier sprechen, der Druck ist überall da – wir haben es gestern Abend beim Thema Pflege diskutiert –, ob in der Pflege, in Kita, im Handwerk, in der Industrie, in jedem Bereich, sodass ich fest davon überzeugt bin, und da stehe ich auch zu, jeder, der, glaube ich, arbeiten möchte, der findet heutzutage auch eine Arbeit. Da bin ich fest von überzeugt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben eine gute Situation am Arbeitsmarkt und wir haben die Situation, dass es für viele Unternehmen auch

hier in unserer Stadt, in unserem Land mittlerweile ein Wachstumshemmnis ist, weil sie keine Arbeiter mehr finden an der Stelle. Und deswegen, glaube ich, müssen wir uns eher Gedanken machen, wie wir diejenigen wieder stärker motivieren, dass sie auch eine Arbeit annehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und dann, glaube ich, darf man nicht mit diesen falschen Anreizen, Sanktionen streichen et cetera, hier dazwischengehen.

Wir haben die höchste Zahl der Erwerbstätigen seit dem Jahr 2000. Wir haben erstmals im April jetzt unter 60.000 Arbeitslose gehabt. Die Zahl lag bei 58.600, 7,1 Prozent Arbeitslosenquote. Wir haben Teile, gerade hier in Westmecklenburg, da gehen wir ja wirklich fast schon in den Bereich Vollbeschäftigung irgendwann. Das hat auch viel mit dem Thema Pendler zu tun. Und deswegen, glaube ich, an der Stelle müssen wir uns in der Tat eher Gedanken machen, wie wir diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen auch weiter unterstützen, wie wir die stärken, wie wir sie auch entlasten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, wer hemmt Sie denn daran?
Es hält Sie doch niemand davon ab!)

beispielsweise hier im Land durch das Thema „beitragsfreie Kita“, durch andere Maßnahmen beim Thema Wohnen. Aber jetzt hier andauernd wieder dieses Gespenst „Hartz IV“ durchs Land zu treiben –

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

ich glaube, das wird auch einfach der Lebenswirklichkeit in unserem Land an der Stelle nicht gerecht und deswegen können Sie das natürlich jetzt bringen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Für 58.000 Leute ist das Lebenswirklichkeit.)

Und, Herr Kollege Foerster, Sie haben gesagt, das hat natürlich nichts mit Wahlkampf zu tun. Trotzdem haben Sie jetzt drei-, viermal versucht, Sozialdemokraten hier vorzuführen. Das entlarvt Sie auch ein bisschen. Beim letzten Mal war noch die knackige Überschrift „Hartz IV muss weg“, jetzt haben Sie es aufgedröselte, fordern Arbeitsgruppen und wissenschaftliche Untersuchungen. Ich weiß noch nicht, ob das jetzt irgendeinem Hartz-IV-Empfänger an der Stelle weiterhilft. Deswegen glaube ich, gibt es kein System, was man nicht verbessern kann, aber jetzt das grundsätzlich abzulehnen, keinerlei Sanktionen mehr hier vorzuhalten, das wird es mit der CDU nicht geben. Das sage ich hier ganz klipp und klar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und ich glaube, da spreche ich auch für die deutliche Mehrheit der Menschen in unserem Land. Und deswegen lehnen wir Ihren Antrag heute auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Werte Kollegen und liebe Gäste!

Herr Heydorn, wenn Sie keine Zwischenfrage zulassen, dann muss ich es eben vom Rednerpult aus richtigstellen. Ich bitte darum, wenn Sie zitieren, richtig und kontextorientiert zu zitieren. Ich hatte gesagt, dass es von vielen Menschen, die vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV absteigen, nicht verstanden wird, dass eine manchmal zwanzigjährige oder mehr Erwerbsbiografie keine Rolle spielt. Das wird von denen wie ein Almosen mit der ganzen Sozialprüfung, also als soziales Geschenk verstanden und nicht als Würdigung der Erwerbsbiografie, die da dahintersteht. Das hatte ich gesagt und nicht, dass Hartz IV ein soziales Geschenk sei. Ich wollte das nur mal richtigstellen für die Außenwirkung. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen jetzt eigentlich vier Fälle vorstellen zum Komplex Hartz IV.

Fall Nummer 1, den wir alle aus dem Leben kennen, wo ich auch ganz konkret jemanden vor Augen habe: Ein älterer Arbeiter, der sein Leben lang harte Knochenarbeit verrichtet hat, rutscht nach längerer Krankheit in die Arbeitslosigkeit, in Hartz IV und sieht das Risiko vor sich, dass er am Schluss das mühsam erworbene kleine Häuschen dann auch noch verscherbeln muss.

Fall 2, den wir auch alle kennen, ist der Alkoholiker von nebenan –

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

im übertragenen Sinne –, der sein Leben lang noch keinen Finger krumm gemacht hat, der auch Hartz IV bekommt.

Fall 3 ist die alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern, die mitten im Leben steht, sich um die Kinder kümmert, aber nicht arbeiten kann.

Fall 4 ist der Migrant, den ich auch erwähnen muss –

(Karen Larisch, DIE LINKE: Das war ja klar.)

es muss ja nicht gerade der kürzlich in der „Bild-Zeitung“ vorgestellte Syrer mit drei Frauen und 14 Kindern sein –, der ganz normale Migrant mit Frau und Kindern.

Alle werden unter dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit gleichbehandelt und erhalten Grundsicherung. Herr Glaue sprach – wahrscheinlich versehentlich – davon, unverschuldet in Hartz IV zu rutschen. Auf Verschulden kommt es überhaupt nicht an, es kommt nicht auf das Vorleben an, es kommt allein auf die Bedürftigkeit an. Das Prinzip ist eben, nach dem Fürsorgeprinzip wird hier eine steuerfinanzierte Hilfe gewährt, die allein darauf abstellt, ob der Betroffene bedürftig ist. Es findet also keinerlei Berücksichtigung der bisherigen Lebensleistung statt. Das war mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe so gewollt. Das war kein Versehen.

Die beitragsfinanzierte Arbeitslosenhilfe soll – es war auch so gedacht, und ist heute so gedacht – nur für eine Übergangszeit sein, ist eben beitragsfinanziert. Das Subsidiaritätsprinzip verlangt auch, dass diejenigen, die aufgrund von Vermögen oder Partnereinkommen selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, keine steuerfinanzierten Leistungen bekommen. Auch das ist prinzipiell so in Ordnung, und im Prinzip hat sich dieses System auch grundsätzlich bewährt, trotz aller Probleme im Einzelnen, die teilweise angesprochen wurden, wo Verbesserungen notwendig sind.

Nun aber im nächsten Schritt die unterschiedliche Sichtweise der Betroffenen: Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass keiner mit Hartz IV glücklich ist. Das ist keine Situation, mit der ein Mensch eigentlich zufrieden sein kann. Es widerspricht der menschlichen Natur – jedenfalls meine Meinung ist das – und es entspricht überhaupt dem Naturgesetz, kein Lebewesen kommt normalerweise mit Nichtstun über die Runden. Es ist so, glaube ich jedenfalls, wenn man versucht, sich da reinzusetzen, dass man sich in gewisser Weise auch ausgegrenzt fühlt, nicht geachtet fühlt. Es ist ein menschliches Problem. Es entspricht der menschlichen Natur, eigenverantwortlich zu sein, sein eigenes Schicksal in die Hände zu nehmen und damit auch Erfolg zu erleben und teilzuhaben an der Gesellschaft.

Dennoch – auch das ist Realität, sie wurde schon angesprochen in den Vorreden, das muss ich gar nicht groß erläutern – gibt es auch andere, die sich da etabliert haben und sich gar nicht so unwohl fühlen, weil sie es wahrscheinlich auch realistisch sehen aufgrund ihrer mitgegebenen oder mitbekommenen Eigenschaften oder mangelnden Fähigkeiten, trotz Mühe vielleicht hier und da, die sehen, sie kommen, wenn sie auch arbeiten würden, mit einfacher Arbeit nie über diesen Level hinaus. Dann ist es nachzuempfinden, dass man da auch keine großen Anstrengungen anstellt.

Wie sehen die Betroffenen das jetzt untereinander? Ich denke mal, der Erste, der sein Leben lang gearbeitet hat, der wird sagen, es kann doch nicht sein, dass ich mit den anderen – die anderen Fälle, insbesondere Fall 2, der Alkoholiker und auch der Migrant –, dass ich mit denen nun gleichgestellt werde. Ich habe mein Leben lang gearbeitet und jetzt das. Das ist nachzuvollziehen, dass die Lebensleistung also überhaupt nicht berücksichtigt wird.

Der Fall 2, der Alkoholiker wird, na ja, wenn er sich und die Welt realistisch betrachtet, sagen, eigentlich kann ich nicht mehr erwarten. Die alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern, die mitten im Leben steht, aber versorgt ist und mit dem Geld ordnungsgemäß umgeht, die wird vielleicht auch hier und da im Grunde zufrieden sein und wird irgendwie Hoffnung haben, wenn die Kinder größer sind, kann ich wieder arbeiten gehen.

(Torsten Renz, CDU: Nicht vorher?
Warum denn nicht vorher? –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Der Migrant wird im Zweifel auch zufrieden sein,

(Julian Barlen, SPD: Sie kennen
sich richtig aus, was?)

der Migrant wird im Zweifel auch zufrieden sein müssen, weil er – das brauche ich auch nicht zu vertiefen – aus

einer Gegend herkommt, wo man auch mit bester Bildung kaum so eine Rundumversorgung erreichen kann, wie er hier erhält, insbesondere auch in ärztlicher, medizinischer Hinsicht und so weiter.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

So, aber irgendwie, meine ich, kommen wir nicht drum herum zu sehen, dass es ein bisschen ungerecht ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Ralph Weber, AfD: Sehr!)

Und man müsste drüber nachdenken, ob man jetzt im Systembruch doch irgendwo die Lebensleistung, die sonstigen Umstände mitberücksichtigt. Und das wird ja auch erörtert. Ich meine, ein Grundeinkommen kann nicht ständig erhöht werden. Es muss so sein, wie es sich rechtfertigt für jemanden, der wirklich nichts tut. Aber im Fall 1, meine ich, wo dieser Mensch sein Leben lang gearbeitet hat, könnte man an gewisse Zulagen denken. Dasselbe gilt für die Mutter mit den Kindern.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nur eine deutsche Mutter.)

Aber Arbeitslosengeld I ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Deutsche Mutter mit Kindern.)

Ach, Herr Ritter, hören Sie doch auf!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, der
Vollständigkeit halber! Natürlich!)

Aber im Fall 4 ist es doch völlig klar, und wenn Sie vor diesen Realitäten die Augen versperren, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Herr Ritter, wenn es ginge, dann
deutsche Mutter, es geht aber nicht.)

Die Steuern werden nicht ewig so sprudeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na ja, ich
wollte es ja auch nur noch mal deutlich
machen, was Ihr Politikansatz ist. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und welche Verwerfung wäre zu erwarten? Welcher soziale Sprengstoff darin liegt, dass letztlich nach Ihrer Vision Millionen ins Land kommen, die dann genauso behandelt werden wie mein Fall 1 und Fall 2,

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Genau, die Würde des Menschen ist
unantastbar, Herr Förster. Das gilt
für alle Menschen und nicht nur für
deutsche weiße alte Männer.)

die hier nie in diesem Lande vorher gelebt haben, nie Steuern bezahlt haben, dass das ein unheimlicher sozialer Sprengstoff ist, wer das leugnet, hat keinen Blick für die Realitäten.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Schallschutzwände.)

Arbeitslosen...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster!

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die Debatte hier verfolgt hat, war sie unterirdisch. Sie glich eher einer Generaldebatte zu Hartz IV, als dass sie sich mit unserem Antrag auseinandergesetzt hätte.

Horst Förster, AfD: Also Ziel ist: ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Foerster!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Horst Förster, AfD: ... raus aus der Arbeitslosigkeit.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe die Lampe jetzt schon lange gehalten.

Auf die verschiedenen Maßnahmen, die wir in den Anträgen vorgeschlagen haben, sind Sie kaum eingegangen, haben alles verschönt und haben uns verschiedene Dinge vorgeworfen.

Horst Förster, AfD: Bildung, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir nähern uns einer halben Minute.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Horst Förster, AfD: ... Bildung ...

Insofern würde ich gerne noch mal auf einige Redebeiträge meiner Vorredner eingehen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte kommen Sie zum Schluss!

Herr Ehlers, Sie meinten, wir hätten die Menschen hier im Land nicht im Blick,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aufhören!)

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Horst Förster, AfD: Einen Satz noch:

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Aufhören! – Zurufe von Manfred Dachner, SPD, und Karen Larisch, DIE LINKE)

den Pendler, der tagtäglich von Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg fährt. Herr Ehlers, wir stehen sehr wohl sehr häufig an Parkplätzen, reden mit Pendlern, was sie betrifft.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Aha!)

Wichtig ist, die Lösung liegt darin,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Redezeit ist abgelaufen.)

Und, Herr Ehlers, haben Sie mal einen Pendler befragt, was ihn eigentlich dazu bewegt, nach Hamburg, in andere Bundesländer zu fahren? Das sind die Löhne.

dass man alles tut,

(Sebastian Ehlers, CDU: Na logisch, ja!)

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Die Redezeit ist schon längst abgelaufen.)

Und wofür sind wir zuständig? Warum schaffen wir es nicht,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

nicht in Hartz IV reinzurutschen und da rauszukommen durch Bildung,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

hier in Mecklenburg-Vorpommern mit guten Löhnen für gute Arbeit zu sorgen?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Bildung und nochmals Bildung, vor allem für die Kinder.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie das noch mal wiederholen? Ich habe das Letzte nicht verstanden. – Dr. Ralph Weber, AfD: Weil ihr so laut wart. – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Christoph Grimm, AfD)

Wenn wir das nächste Mal über das Vergabegesetz reden,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das hätten Sie wohl gerne?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also wenn es jetzt hier auch noch darüber Diskussionen gibt, eigentlich war die Redezeit abgelaufen, es war auch die halbe Minute noch mehr, also von daher ist zwar die Kritik an sich berechtigt, dass es zu laut war, aber die Redezeit war auch schon eine ganze Weile beendet oder abgelaufen. Und von daher, denke ich mal, hat es dann einen gewissen Ausgleich gegeben.

warum schaffen wir es nicht, endlich gute Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen?

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das, was Sie heute gemacht haben, Herr Ehlers, ist, dass Sie die eine Gruppe gegen die andere ausgespielt haben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Nö! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Zu den Menschen im Land gehört eben nicht nur der Pendler,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

wo wir für gute Arbeit sorgen müssen, sondern gehört eben auch der Mensch, der Hartz IV bezieht

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und wo wir schauen müssen, wie es diesem Menschen im Hartz-IV-Bezug geht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Deswegen machen Sie die Tankfüllung um 25 Euro teurer?!)

Deshalb gehören Menschen hier im Land, alle ...

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und für die Menschen im Land, insbesondere auch für die Empfänger von Hartz-IV-Leistungen werden wir nicht müde werden – und das kann ich Ihnen heute versprechen –, weiterhin Anträge zu dem unsäglichen Hartz-IV-System zu stellen, weil es uns um die Menschen unter Hartz-IV-Bezug geht und eben nicht,

(Horst Förster, AfD: Und wer es bezahlen soll.)

dass Sie hier alles beschönigen und dass es überhaupt keine Probleme gebe.

(Horst Förster, AfD: Sagen Sie, wer es bezahlen soll!)

Denn das stellt man bei Ihnen fest – wie zum Beispiel bei Herrn Glawe, der sich nur darauf bezog, wie toll wir uns im Land entwickelt haben. Ja, Herr Glawe, unser Arbeitsmarkt ist besser geworden, aber wir haben immer noch 132.000 Menschen, die im Hartz-IV-Bezug leben. Ist es nicht wert, auch diese Menschen in den Blick zu nehmen, wie es ihnen geht, was wir für ihre Situation verbessern können?

(Manfred Dachner, SPD: Sicher.)

Das wurde beispielsweise heute aus dem Redebeitrag von Herrn Glawe überhaupt nicht irgendwie mal angesprochen, sondern er bezog sich nur auf die tolle Konjunktur. Das ist für uns zu kurz gegriffen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, wir müssen auch schauen, was wir dazu beitragen können, um das Hartz-IV-System zu verbessern, denn wir müssen schauen, wie es den Menschen geht.

Leider gibt es aus unserem Land keine Studien darüber. Es gibt die Studie der AWO über Aspekte von Armut in Mecklenburg-Vorpommern, die wir unter anderem auch im Sozialausschuss behandeln wollten, was aber mit den Stimmen von SPD, CDU und den übrigen abgelehnt wurde, sich mit der Situation von Armut in Mecklenburg-Vorpommern zu beschäftigen. Das ist sozusagen immer wieder Ihre Meinung. Sie ignorieren das Problem, schieben es weg, wollen lieber nichts damit zu tun haben, als sich damit auseinanderzusetzen.

(Manfred Dachner, SPD:
Das ist ja falsch, Frau Bernhardt.)

Zum Glück gibt es viele, viele Menschen, die sich dennoch auf den Weg machen und immer wieder auf ihre Probleme aufmerksam machen. Ich erinnere da an die Landesarmutskonferenz des Landes, den Erwerbslosenbeirat, das 21. Erwerbslosenparlament. Und wenn Sie meinen, es geht uns so gut in der Bundesrepublik Deutschland, und nur sozusagen die in Arbeit befindlichen Menschen in Betracht ziehen, dann fallen eben die Arbeitslosen hinten runter, und das wollen wir nicht, denn das ist auch ein schlechter Schritt. Es führt dazu, dass sich insbesondere diese Menschen von Politik abgehängt fühlen, sich von Politik verlassen fühlen. Wozu das führt, sehen wir auf der rechten Seite. Ich muss Ihnen sagen, für so arrogant möchte ich Sie nicht halten. Lassen Sie uns damit beschäftigen, wie es den Menschen in der Situation geht!

Ich möchte da ganz herzlich Herrn Glawe ausnehmen. Ihr Engagement, Ihr Programm für Langzeitarbeitslose und Ihre neue Arbeitsmarktstudie sind hier zum Beispiel ein gutes Beispiel.

(Patrick Dahlemann, SPD: He! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Haben wir gerade gehört.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich würde aber doch noch mal, weil Sie es nicht getan haben, auf einige Aspekte in unserem Antrag eingehen. Es ist Punkt 1: die Verfahrensdauer von Klagen an den Sozialgerichten bezogen auf das SGB II.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Seit beinahe 20 Jahren ist die Sozialgerichtsbarkeit das Sorgenkind der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern. Das spiegelt sich auch in den Petitionen im Petitionsausschuss und in der Arbeit des Bürgerbeauftragten wider. Die Belastung der Sozialgerichte wurde mit der Einführung von Hartz IV noch einmal verschärft und steuert auf unhaltbare Zustände zu, wie wir meinen.

Erst seit 2012, also sieben Jahre nach der Hartz-IV-Reform – die Ursache für den Anstieg an sozialgerichtlichen Klagen war, dass die Personalverwendung in der Sozialgerichtsbarkeit höher als der Personalbedarf ist –, erst seit diesem Zeitpunkt bestehen bei den Richterinnen und Richtern überhaupt erst freie Kapazitäten, um sich mit dem Abbau der Bestände zu beschäftigen. Und erst seit 2014 wird die Zahl der Richterinnen und Richter in den Sozialgerichten wieder langsam erhöht. Herr Glawe führte hierzu aus, dass Verbesserungen vorgenommen wurden. Ja, das ist richtig, aber das ist nicht ausreichend, wenn wir uns auch die Verfahrenszahlen anschauen.

Ende 2018 befanden sich mehr als 17.000 Fälle im Bestand der Sozialgerichte und des Landessozialgerichts – mehr als 17.000 Fälle, die teilweise seit mehreren Jahren auf ihre Bearbeitung warten, mehr als 17.000 Fälle, in denen es für die Betroffenen um existenzielle Dinge geht wie zum Beispiel Sozialleistungen, Hartz IV, wie Rente, Krankenversicherung, Hilfsmittel et cetera. Und hier finden wir es einfach unverständlich, wenn diese Menschen, die auf diese Dinge angewiesen sind, über zwei Jahre warten müssen. Da sagen wir, das ist so nicht hinzunehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb verstehe ich auch Sie nicht, Herr Heydorn, wenn Sie meinen, das wäre der zweite vor dem ersten Schritt, wenn wir bei der Sozialgerichtsbarkeit mit mehr Richterinnen und Richtern für Verbesserung gerade bei den Verfahrenslaufzeiten sorgen würden. Herr Heydorn, wir haben jetzt die Probleme an den Sozialgerichten, dass Menschen mehrere Jahre auf ihre Urteile warten müssen, wie gesagt in existenziellen Dingen. Und wir finden es für nicht hinnehmbar, sozusagen hier auf den zweiten Schritt zu warten, sondern da können wir konkret jetzt bei den Haushaltsberatungen zum nächsten Haushalt Maßnahmen schaffen und für mehr Stellen in der Justiz sorgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und noch zum zweiten Punkt, den wir in unserem Antrag drin haben: Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, keinen Plan brauchen Sie auch für die Einleitung von Normenkontrollklagen bezogen auf die Ermittlung und die Höhe der Regelsätze sowie die Leistungserbringung über das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket in seiner Ermittlung und Höhe. Herr AfD meinte, Herr Weber von der AfD meinte – Entschuldigung –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der AfD, DIE LINKE und
Ministerin Stefanie Drese –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

dass wir hier sozusagen bei diesem Antrag keine Handlungsmöglichkeiten hätten,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

um irgendetwas auf Landesebene zu tun. Herr Weber, Sie sind Juraprofessor und wissen sehr wohl, dass ein Normenkontrollverfahren vorm Bundesverfassungsgericht natürlich auch durch die Landesregierung eingeleitet werden könnte. Wenn Sie der Meinung sind, dass bestimmte Verfahren, bestimmte Regelungen wie zum Beispiel bei Hartz IV verfassungswidrig sind – gerade im Bereich von Hartz IV gab es bereits ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, was Anlass bietet, noch mal erneut auf diesen Weg zu gehen.

Ich erinnere da an das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2010, wo es auch hauptsächlich um Nachbesserungen ging. Es wurde damals ausgeführt, dass die Berechnung der Regelleistung für ALG-II-Empfänger als verfassungswidrig beanstandet wurde. Das Gericht sagte dem Gesetzgeber, er solle Neuregelungen finden, dass ein nachvollziehbares Verfahren zur Berechnung der Regelsätze zugrunde gelegt wird. Ebenfalls sollten die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei der Berechnung Berücksichtigung finden. Es war sozusagen der Schritt zur Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes, was allen Kindern und Jugendlichen, die darauf angewiesen sind, zugutekommen soll.

Welche Situation haben wir heute, also acht Jahre danach? Wir bekommen als Mecklenburg-Vorpommern 15 Millionen Euro Mittel an Bildungs- und Teilhabepaketen, Mittel vom Bund. 7 Millionen Euro alleine gehen in den Verwaltungen unter für Verwaltungskosten, Sachkosten, Personalkosten – Gelder, wo wir meinen, das müsste direkt bei den Kindern ankommen

(Manfred Dachner, SPD: Dann machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

und darf nicht in dieser Höhe zur Hälfte der 15 Millionen

(Manfred Dachner, SPD: Machen Sie doch mal einen Vorschlag!)

sozusagen untergehen in den Verwaltungen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Herr Dachner, weil Sie von Vorschlägen sprechen, damit werden wir uns in der nächsten Landtagssitzung beschäftigen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich sage nur „Kindergrundsicherung“, aber damit können wir uns das nächste Mal beschäftigen.

Allein diese Zahlen zeigen, dass die Gelder eben nicht bei allen Kindern und Jugendlichen, die darauf angewiesen sind, ankommen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

dass wir auch hier Maßnahmen als Land treffen können, um diese Verwaltungskosten zu senken, um ein Normenkontrollverfahren gegen die Regelungen des SGB II in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket einzuführen. Insofern stehen wir nach wie vor dazu, dass auch wir hier im Land Möglichkeiten haben und diese ergreifen sollten.

Und noch ein letztes Wort zur AfD, zu Herrn Weber, Herrn Förster und wer noch gesprochen hatte: Sie gaben sich heute ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Bernhardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Weißig?

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nein.

(Christel Weißig, Freie Wähler/BMV: Oh!)

So sozial, wie Sie sich heute gaben in Bezug auf das Arbeitslosengeld I und II, so sozial kann ich es leider in Ihrem Wahlprogramm nicht finden. Ich erinnere mich an das Wahlprogramm aus dem Jahr 2016, wo Sie insbesondere dafür plädiert haben,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

das Arbeitslosengeld I zu privatisieren. Es sollte bei den Menschen selber liegen, privat vorzusorgen, durch Familien abgesichert zu werden oder selber für schlechtere Zeiten zu sparen. Wir meinen, das ist nicht der Ansatz, sondern sozial geht anders.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Und wir haben entsprechende Vorschläge vorgelegt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3595. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3595 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen den Fraktionen bestand Einvernehmen, heute keine Mittagspause vorzusehen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh!)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist aber nicht arbeitnehmerfreundlich.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41:** Beratung des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV – Katastrophenschutz stärken – Warntag in Mecklenburg-Vorpommern einführen, Drucksache 7/3606.

Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV Katastrophenschutz stärken – Warntag in Mecklenburg-Vorpommern einführen – Drucksache 7/3606 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wissen Sie, was es bedeutet, wenn die Sirene eine Minute lang im Dauerton

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

mit jeweils zwei – die Frage war noch gar nicht zu Ende, Sie konnten noch gar nicht antworten –,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

mit jeweils zwei Unterbrechungen heult? Oder kennen Sie den Sirenenton für die Entwarnung einer Gefahrenlage?

(Andreas Butzki, SPD: Na selbstverständlich!)

Und wer das vielleicht noch weiß, die weitere Frage: Wissen Sie, was NINA ist?

(Thomas Krüger, SPD: Natürlich kenne ich NINA. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Die Auflösung folgt in meiner Rede.

Ich behaupte, viele können diese Fragen nicht beantworten.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV – Peter Ritter, DIE LINKE: Aber den Sirenenton müssen Sie dann machen, ne?)

Viele kennen nicht die unterschiedlichen Signale einer Sirene.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

Dabei ist das Wissen über diverse Warnmittel sowie das richtige Verhalten im Katastrophenschutzfall von größter Bedeutung. Große Schadensereignisse und Katastrophenfälle können jederzeit auftreten, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Unwetter, Bombenentschärfungen, Überflutungen, Großbrände, all dies sind realistische Gefahrenlagen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wildgewordene Biber und Wölfe!)

Die Bevölkerung ist in Gefahrenlagen zu schützen. Das setzt zuallererst voraus, dass diese im Katastrophenfall flächendeckend informiert und gewarnt wird.

(Manfred Dachner, SPD: Machen wir ja!)

In Mecklenburg-Vorpommern existieren derzeit mehrere Möglichkeiten, die Bevölkerung bei einer drohenden Katastrophe zu warnen. Hierzu zählen Sirenen, Lautsprecherdurchsagen aus Warnfahrzeugen und Risikokommunikation über Radio, Fernsehen oder Mobilfunk.

(Manfred Dachner, SPD: Alles vorgesehen!)

Zum Schutz vor Katastrophen müssen die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr in unserem Land verbessert werden.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Ganz genau.)

Die bisherigen Erkenntnisse deuten auf einen Katastrophenschutz, der noch nicht zufriedenstellend ist.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr richtig. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Dr. Ralph Weber, AfD)

Das Risikobewusstsein und die Sensibilität der Bevölkerung sind für potenzielle Gefahrenlagen im Land in nur sehr geringem Maß ausgeprägt, sagt die Landesregierung,

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt nicht.)

zu Recht.

Auch die Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbsthilfe kann noch weiter gestärkt werden. Selbsthilfe im Katastrophenfall meint die Fähigkeit, die Warnsignale richtig zu deuten und den Handlungsanweisungen dann entsprechend Folge leisten zu können. Hierzu bedarf es einer umfassenden Aufklärung im Bereich Katastrophenschutz für jeden einzelnen Bürger dieses Landes. Auch die Eigenverantwortung der Bevölkerung spielt eine zentrale Rolle. Wenn jedermann weiß, wie er sich im Katastro-

phenfall zu verhalten hat, dann kann die Bevölkerung vor großen Schäden geschützt werden. Die verbesserte Reaktion der Bevölkerung im Katastrophenfall erleichtert eben auch die Arbeit der Einsatzkräfte. Die Fähigkeit zur Selbsthilfe jedes Einzelnen trägt zu einem effektiven Bevölkerungsschutz bei.

Viele Bürger sehen diese Eigenverantwortung in Krisensituationen jedoch nicht als selbstverständlich an. Stattdessen verlassen sie sich im Katastrophenfall häufig auf den Staat oder andere Hilfeleistungsorganisationen. Auch dies hat die Landesregierung so auf eine Anfrage von mir mitgeteilt. Dieses Bewusstsein muss sich ändern. Die Selbsthilfefähigkeit der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern muss gestärkt werden. Hierzu dient der vorliegende Antrag, in dem wir die Einführung eines landesweiten Warntages in Mecklenburg-Vorpommern fordern.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

An diesem Warntag sollen im ganzen Land alle eingesetzten Warnmittel zeitgleich getestet werden. Sirenen- und Lautsprecherdurchsagen von Feuerwehrfahrzeugen kommen in Städten und auf dem Land zum Einsatz. Zeitgleich wird das in Mecklenburg-Vorpommern eingeführte modulare Warnsystem zum Teil getestet. Hierbei soll eine Probewarntage über die Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes – das ist also kurz NINA – versendet werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Der eine oder andere hat es vielleicht ja auch auf seinem Handy.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Über NINA können Warnungen für unterschiedliche Gefahrenlagen versendet werden. Der Bürger erhält über sein Smartphone eine für seinen Standort relevante Gefahrenmeldung sowie weitere Hilfestellung. Der Warntag dient dazu, die Warnmittel im Land zu testen und auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Hierbei können technische Mängel aufgedeckt und behoben werden.

Im Katastrophenschutzkonzept der Landesregierung steht, dass die Bevölkerung im Katastrophenfall angemessen, rechtzeitig, schnell und flächendeckend gewarnt werden muss. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Es ist derzeit zu befürchten, dass im Katastrophenfall nicht sichergestellt ist, dass die Bevölkerung flächendeckend auch tatsächlich rechtzeitig gewarnt wird.

Zur Einhaltung dieser im Ernstfall lebenswichtigen Warnung dient ein landesweiter Warntag mit der Erprobung aller vorhandenen Warnkonzepte. Ziel des Warntages ist die Stärkung des Risikobewusstseins der Bevölkerung. Die Menschen sollen eben für das Themenfeld Warnung sensibilisiert werden. Nur so können sie im echten Katastrophenfall richtig reagieren und sich selbst, aber auch andere vor Schäden schützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Antrag betrifft die Öffentlichkeitsarbeit. Im Vorfeld dieses Warntages in Mecklenburg-Vorpommern soll die Landesregierung entsprechende Öffentlichkeitsarbeit leisten. Sie soll die Bürger über den Inhalt sowie den Ablauf des Warntages infor-

mieren. Einen solchen Warntag gibt es bereits seit kurzer Zeit in Nordrhein-Westfalen. Er wurde am Donnerstag, dem 6. September letzten Jahres, zum ersten Mal durchgeführt. An diesem Tag wurden in Nordrhein-Westfalen zeitgleich in allen Kommunen die örtlichen Warnkonzepte erprobt.

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr gut!)

Sirenen heulten, Feuerwehrfahrzeuge waren im Einsatz und die Bevölkerung wurde über die Durchsagen und eben die genannten Telekommunikationsmittel gewarnt, und dabei wurden auch die Schwachstellen im Sirenen-system aufgedeckt oder im Alarmierungssystem darüber hinaus, zum Beispiel, was diese bundesweite Warn-App auf dem Handy angeht – NINA. Diese hatte nicht überall Alarm ausgelöst, wie die Medien nach diesem Tag dann berichteten. Damit wäre also die Aufdeckung von Mängeln in der Alarmierung der Bevölkerung ein weiterer wesentlicher Grund für die Notwendigkeit dieses Antrages.

Der erstmalige Warntag 2018 in Nordrhein-Westfalen war ein erfolgreicher Tag für den Schutz der Bevölkerung im Land. Nordrhein-Westfalen besitzt damit eine Vorreiterrolle. Mecklenburg-Vorpommern kann sich mit der Zustimmung zu diesem Antrag dieser Vorreiterrolle anschließen. Der landesweite Warntag in Mecklenburg-Vorpommern soll ebenfalls in jedem Jahr am ersten Donnerstag im September um 10.00 Uhr stattfinden. Dieses Datum wäre dann mit dem Datum in Nordrhein-Westfalen abgestimmt und das würde dem Ziel dienen, das auch – so, wie ich die Antwort auf eine Kleine Anfrage verstanden habe – die Landesregierung wohl anstrebt. Das große Ziel wäre natürlich ein einheitlicher bundesweiter Warntag.

Ich möchte natürlich noch abschließend zu den Eingangsfragen die Auflösung verraten: Eine Minute Dauerton mit zwei Unterbrechungen – das werden die meisten auch wissen – ist natürlich die Alarmierung der Feuerwehr und die eine Minute Sirenendauerton wäre dann die Entwarnung.

Für den Schutz unserer Bevölkerung bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat jetzt das Wort der Minister für Inneres und Europa. Bitte.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob heute der Tag ist, wo immer die Fraktionen mit Anträgen kommen, die schon längst in der Umsetzung sind. Vielleicht haben Sie irgendwo was gehört, das ist so in der Sache.

Und, Herr Dr. Manthei, ich habe Ihnen das vorher schon gesagt, also nicht heute, sondern schon vor ein paar

Tagen, Flickschusterei halte ich für falsch, wenn, dann müssen wir das komplett mit den Ländern machen. Es hilft ja nichts, wenn hier ein Bayer im Urlaub ist und einen anderen Sirenton hat, als der in Bayern ist, oder umgedreht, und die Signale unterschiedlich sind.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der müsste schon auf bayerisch
sein, der Ton, das stimmt. –
Tilo Gundlack, SPD: Da können wir
ja den Kollegen Waldmüller fragen. –
Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Da danke ich Ihnen zunächst für den Antrag, den Sie hier eingebracht haben, denn er deckt sich eins zu eins mit dem, was mein Haus auf der Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung im März vorgelegt hat. Nur er ist eben ein bisschen weitergehend als Ihrer. Zeitlich gesehen kommt daher sozusagen Ihr Antrag durchaus einige Monate zu spät. Gleichwohl räumt er mir die Möglichkeit ein, hier im Parlament zu diesem durchaus wichtigen Thema ausführen zu können,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Gern geschehen.)

denn die Bürgerinnen und Bürger – danke – für die Warnung vor gefährlichen Ereignissen zu sensibilisieren, ist eine wichtige, aber eben durchaus auch schwierige Aufgabe. Nur wenige Menschen, nicht nur bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, sondern deutschlandweit, verstehen Warnungen richtig und können sie entsprechend einordnen. Das betrifft insbesondere junge Leute, die den Kalten Krieg nicht mehr bewusst miterlebt haben. Warnsignale haben seit dem Fall der Mauer quasi komplett an Bedeutung verloren und seitdem hat der Bund das flächendeckende Sirensystem auch Stück für Stück abgebaut. Stattdessen entscheiden die Gemeinden und ihre Feuerwehren jetzt in eigener Zuständigkeit, ob und wie sie auf Sirenen zurückgreifen. Auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist das so.

Wie die Sirenen klingen und was sie bedeuten, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und manchmal sogar von Gemeinde zu Gemeinde. Kommt, wie gesagt, ein Bayer nach Mecklenburg-Vorpommern, weiß er im Zweifelsfall gar nicht, was ein bestimmter Warnton bedeutet, und andersherum gilt das Gleiche natürlich in Grün. Gerade für uns als Tourismusland sollte so was im Vorfeld geklärt sein.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Wie lange sind Sie schon Minister?)

Und über das Thema Warnmeldungen hinaus hilft es auch ganz sicher nicht, dass das Risikobewusstsein in der Bevölkerung generell relativ gering ist. Es ist schön, dass in Deutschland Katastrophen eher selten auftreten.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das führt aber auch zu einer Erwartungshaltung, dass der Staat schon alles regeln wird, wenn es einmal so weit ist.

(Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

Da müssen wir in jedem Fall ran, das ist vollkommen außer Zweifel. Deshalb hat sich mein Haus im Bund-

Länder-Gremium auch mit einem Konzept eingebracht, um die Wahrnehmung in der Bevölkerung für solche Szenarien zu erhöhen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen besser auf Katastrophen vorbereitet werden.

Im Gegensatz zum Vorschlag der BMV

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Freie Wähler/BMV.)

zielt unser Antrag – sorry, BMV/Freie Wähler –,

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Freie Wähler/BMV.)

zielt unser Antrag – Freie Wähler/BMV, auch das wiederhole ich gern –, zielt unser Antrag

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

allerdings auf einen gemeinsamen bundesweiten Warn-tag ab. Es ist sicherlich nicht zielführend, wenn jedes Land – und das habe ich schon mal eingangs erwähnt – hier sein eigenes Süppchen oder seine eigene Struktur kocht, denn es müssen alle Menschen in Deutschland vorbereitet sein. Schließlich machen Katastrophen nicht vor Landesgrenzen halt.

Vorbild für das Konzept ist in der Tat NRW, das so einen Warntag im letzten Jahr bereits erfolgreich durchgeführt hat mit allem, was dazugehört: Sirenen, Probewarntmeldungen über Warn-Apps und die Erprobung des jeweils lokalen Warnkonzeptes. Das ist medienwirksam sehr gut über die Bühne gegangen. Unter anderem haben die Feuerwehren in NRW mit einem Twitter-Gewitter über die einzelnen Aktionen an diesem Tag berichtet. Die Medien haben sehr ausführlich berichtet und im Ergebnis konnten allein 180.000 neue NINA-Abonnenten in dem Zeitraum in NRW gewonnen werden.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Toll!)

Dieses Erfolgsmodell gilt es jetzt bundesweit einzuführen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Genau.)

Wir haben in unserem Vorschlag für den zweiten Donnerstag im September plädiert, allein schon deshalb, weil auch dann in dem letzten Bundesland, egal in welchem Jahr, keine Ferien mehr sind.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Richtig!)

Unser Plan ist, dass dieser bundesweite Warntag erstmals am 10. September 2020 durchgeführt werden soll. Alle Warnwege sollen dabei eine Rolle spielen. Dafür brauchen wir jetzt nur noch die Zustimmung der Innenministerkonferenz und die findet zu dem Thema unter anderem in 14 Tagen statt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ohne Sirene.)

Ich gehe davon aus, dass die, die von Mecklenburg-Vorpommern kommt, von den Länderministern und -senatoren auch einstimmig angenommen wird.

Übrigens nutzen bereits jetzt 95.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die NINA-App. Das ist gegenüber den 7.000 Nutzern, die wir im Jahr 2016 bei der Einfüh-

rung hatten, eine deutliche Steigerung. Aber da ist durchaus noch viel Luft nach oben. Deswegen gehe ich mal davon aus, dass am Ende dieser Landtagssitzung alle Kolleginnen und Kollegen die NINA-App auf ihrem Handy haben,

(Beifall Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV)

um dann hier zumindest auch ein Stück Vorbildwirkung innerhalb des Landes zu sein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Und wenn ich dann wieder gehackt werde? Das ist auch blöd.)

Aber auch hier geht letztendlich noch mehr, denn theoretisch sind rund 90 Prozent der Bevölkerung allein über diese App erreichbar. Auch dafür dient so ein Warntag, Sie haben das schon erwähnt, dass noch mehr Menschen von diesen Möglichkeiten erfahren und sie letztendlich zukünftig aktiv nutzen.

Das Einzige, was wir jetzt dazu noch brauchen, ist eine vernünftige Netzabdeckung, dann klappt es auch mit dem Warntag in Gesamtdeutschland. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Kramer.

(Andreas Butzki, SPD: Herr Manthei
braucht doch bloß zurückzuziehen.
Es ist doch alles gesagt.)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Liebe Gäste!

(Andreas Butzki, SPD:
Liebe leere Stühle!)

Sehr geehrter Herr Butzki, Sie begrüße ich ganz besonders hier zu dieser Stunde.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Ich freue
mich, dass ich persönlich begrüßt werde.)

Ich freue mich, dass ich mich mit Ihnen hier unterhalten kann, ganz hervorragend.

(Andreas Butzki, SPD: Aber kurz und knapp.)

Kommen wir zu einem sehr ernsten Thema, Herr Butzki. Spitzen Sie die Ohren! Hören Sie zu,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dann können Sie vielleicht noch was lernen!

(Andreas Butzki, SPD:
Immer, von Ihnen immer! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Die Ausführungen des Innenministers waren ja schon ganz hervorragend, dem schließe ich mich an.

Schaut man auf die offiziellen Seiten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz, dann werden hier vier Schwerpunktthemen hervorgehoben. Es geht um präventives Wissen gegenüber Gefahren durch Chemikalien, bei schweren Unwettern oder bei Brand- und Hochwasserkatastrophen. All das kann auch unser schönes Mecklenburg-Vorpommern treffen. Herr Manthei hat es angesprochen, als ein modernes Mittel für eine frühzeitige Warnung der Bevölkerung empfiehlt die Landesregierung die Notfall-App NINA. Wenn man diese auf seinem Smartphone installiert, bekommt man zuerst folgenden Hinweis angezeigt, ich bitte zitieren zu dürfen: „Beachten Sie im Ereignisfall die Anweisungen der örtlich zuständigen Stellen! Die Anweisungen vor Ort haben im Zweifel Vorrang ...“

Meine Damen und Herren, wenn im Katastrophenfall von solchen „Anweisungen“ gesprochen wird, stellen sich mir einige Fragen: Wie werden effektiv jene Bevölkerungsteile informiert, die weder über eine App verfügen, noch von den Sirenen im Land erreicht werden können und von den staatlichen Behörden abgeschnitten sind?

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Was passiert, wenn aufgrund unvorhersehbarer Umstände der Rundfunk als zentrales Informationsmedium in der Bevölkerung ausfällt? Und was tun Sie, wenn Sie aufgrund der vielen Funklöcher – Herr Caffier hat es auch angesprochen – im Land von allen Medien komplett abgeschnitten sind?

Ein Fraktionskollege sagte gerade zu mir, ich kann mir die App runterladen, das nutzt mir aber nichts, wenn ich zu Hause keinen Empfang habe. Diese Fragezeichen verdeutlichen, dass es im Katastrophenfall für nicht wenige Bürger unseres Landes weder mündliche noch mobile Anweisungen geben könnte. In solchen Fällen kann ein persönlich griffbereiter Notfallplan sowie durch Warn-tage geschultes Handeln sprichwörtlich Gold wert sein.

Der Antrag der BMV-Fraktion will natürlich auch aus diesen von mir genannten Fragen den Katastrophenschutz in M-V stärken. Alle Parteien haben die Aufgabe, für ein gesundes Bewusstsein in der Bevölkerung zu sorgen, damit diese gegen etwaige Krisenszenarien vorbereitet ist. Selbstverständlich unterstützt auch meine Fraktion dieses Anliegen.

Meine Damen und Herren, bereits vor fast zwei Wochen hat die Landesregierung über die Presse verlauten lassen, dass bundesweit ein Warntag etabliert werden soll. Der Innenminister – er hat es eben auch schon angesprochen – will hierzu einen Beschluss auf der kommenden Innenministerkonferenz der Länder Mitte Juni vorlegen. Es besteht also kein Dissens zwischen einbringender Fraktion und der Landesregierung. Meine Fraktion geht davon aus, dass die Innenministerkonferenz der Beschlussvorlage folgen wird.

Gleichwohl halten wir den Antrag aus zwei Gründen für zustimmungswürdig: Zum einen würde durch eine breite Zustimmung des Parlamentes gegenüber diesem an sich konsensualen Anliegen schon heute ein öffentliches Signal an die Bevölkerung gesendet. Die Bewusstseinsbildung und die Sensibilität der Bürger würden kurzfristig gefördert. Zum Zweiten ist noch weiter zu diskutieren, wo konzeptuelle Schwächen im Instrumentarium des Katastrophenschutzes liegen. Insbesondere dieser Punkt

sollte durchaus die Landesregierung und anschließend den Innen- und Europaausschuss beschäftigen, damit am richtigen Ort konzeptuelle Schwächen herausgearbeitet werden. Bei einem so wichtigen Thema sollte die Opposition mit eingebunden werden.

Aber – und das hat der Innenminister auch angesprochen – so ein Warntag nur für Mecklenburg-Vorpommern ist nicht zielführend. Deswegen wird es auf der Innenministerkonferenz dann möglicherweise diesen Beschluss geben, dass wir das bundesweit haben werden, und aus diesem Grund wird meine Fraktion sich bei diesem Antrag enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Mucha.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde im Gegenteil zu meiner geschätzten Kollegin Weißig heute meinen Vortrag nicht halten, weil ich glaube, der Innenminister hat allumfänglich informiert. Die Aussagen der AfD kann ich insofern nicht nachvollziehen, weil ich glaube, es hat in der Vergangenheit viele gute Beispiele gegeben, wo wir bei Großschadenslagen – ich sage, gerade aktuell die Bombenräumung in Rostock – gesehen haben, wie die Hilfsorganisationen aufgestellt sind. Und um vielleicht die Frage zu beantworten, wenn kein Handyempfang ist oder Apps nicht funktionieren oder Stromausfall ist, gibt es immer noch Lautsprecherdurchsagen, die auch im Katastrophenschutzkonzept hinterlegt sind, sodass wir als Kameraden der freiwilligen Feuerwehr zum Beispiel dann durch die Gegend fahren und die Bevölkerung dementsprechend warnen.

Der Antrag ist vom Grunde gut gemeint, aber wie gesagt, der Minister hat das gut begründet. Ich plädiere auch für einen bundesweiten Warntag, um die Bevölkerung noch mehr zu sensibilisieren und um einheitliche Warnsignale zu haben. Insofern lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Christiane Berg, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Wohnsiedlung, wo ich früher wohnte, ging jeden Abend um 18.00 Uhr die Sirene.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jeden Tag, ja, ja. Das hatte den positiven Effekt, dass die Kinder wussten: Reinkommen, Abendbrot ist fertig! Aber das ist eine andere Geschichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Arbeitsstil des Kollegen Manthei erleichtert es mir, mich auf Landtagssitzungen vorzubereiten, weil man so ungefähr das Gefühl hat, welches Thema kommt aus der Fraktion, denn es gibt den Vorlauf mit zahlreichen Kleinen Anfragen, Pressemitteilungen et cetera pp.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Insofern wollte mein Mitarbeiter mit mir wetten, dass heute ein Antrag zum Katastrophenschutz auf der Tagesordnung steht. Wir waren beide dafür und deswegen brauchten wir nicht zu wetten.

(Zuruf und Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Zuruf von Bernhard Wildt, Freie Wähler, BMV)

Aber zum Ernst der Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich bin der Meinung, dass wir den vorliegenden Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV in den Innen- und Europaausschuss überweisen sollten, weil mit den Ausführungen des Ministers ist sozusagen der Weg in die Zukunft dargelegt. Aber gleichwohl wissen wir, dass es hier im Land doch Beratungsbedarf gibt, und wir sollten uns gemeinsam dieser Herausforderung stellen. Deshalb halten wir eine Beratung auf Grundlage des Antrages der Fraktion Freie Wähler/BMV im Innenausschuss für zielführend, denn wenn wir uns ehrlich in die Augen schauen, ist das Thema insgesamt doch etwas unterbelichtet, auch in der jüngsten Vergangenheit.

Der Landtag hat sich zuletzt 2016 etwas intensiver mit den Änderungen des Landeskatastrophenschutzgesetzes befasst und die Unterrichtung durch die Landesregierung über ihr Katastrophenschutzkonzept stammt aus dem Jahr 2015. Das liegt also alles schon ein bisschen zurück und insofern ist aufgrund der bundesweiten Gespräche, die geführt werden, durchaus Diskussionsbedarf angezeigt im Ausschuss.

Natürlich ist der Antrag so, wie er jetzt vorliegt, zum Teil überholt und in einem Punkt, glaube ich, auch ein bisschen unrealistisch. Die Forderung – das haben wir gehört – nach einem landesweiten Warntag entspricht der Praxis in NRW, in der Forderung aus Rheinland-Pfalz, und deckt sich mit den Ankündigungen beziehungsweise Initiativen unseres Innenministers nach Etablierung eines bundesweiten Warntages. Also mit oder ohne Antrag ist einiges in Bewegung. Andere Forderungen des Antrages ließen sich ebenso debattieren, etwa vor dem Hintergrund des Abdeckungsgrades des Warnmittels Warn-App vor dem Hintergrund der Funklöcher. Auch das ist bereits in den Redebeiträgen schon erwähnt worden.

Wenn der Antrag dann aber fordert, an diesem landesweiten Warntag zugleich alle örtlichen Warnkonzepte insgesamt zu erproben und alle Warnkonzepte an diesem Tag hinsichtlich Wirksamkeit, möglicher Mängel, erforderlichem Nachbesserungsbedarf auszuwerten, dann, glaube ich, wird dieser Tag selbst zur Katastrophe. Wir sollten also dieses Anliegen nicht überfrachten mit Forderungen, die unrealistisch sind.

Gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird notwendig sein, nicht nur durch die Landesregierung, sondern auch durch uns. Insofern sehe ich hier schon eine Verantwortung des Parlamentes und deshalb würde ich mich freuen, wenn die antragstellende Fraktion sich meinem Vorschlag anschließen könnte, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Franz-Robert Liskow.

(Tilo Gundlack, SPD: Fasse dich kurz!)

Franz-Robert Liskow, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein solcher Tag, wie Sie im Antrag vorschlagen, ist ja grundsätzlich begrüßenswert. Die Menschen müssen wieder für Verhalten in Extremfällen sensibilisiert werden. Das hat aber auch unser Innenminister ausführlich dargestellt, weswegen ja auch sein Haus eine Initiative gestartet hat für einen bundeseinheitlichen Katastrophenschutztag im Jahr 2020, was wir ausdrücklich unterstützen, weil es ganz wichtig ist, dass dies deutschlandweit für alle auf dem gleichen Niveau gelehrt wird, damit alle in Deutschland das Gleiche, die gleiche Ausbildung haben und den gleichen Kenntnisstand. Dies unterstützen wir sehr.

Daher lehnen wir Ihren Antrag hier heute ab und freuen uns, wenn der Innenminister uns in zwei Wochen dann hoffentlich ein positives Votum aus der Innenministerkonferenz mitteilen kann. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Der Antrag und die darin angepeilten Maßnahmen sind natürlich richtig und wichtig, greifen allerdings etwas zu kurz, denn was nützt es allein, wenn die Bürger die Sirensignale deuten können und eine App zu bedienen wissen, wenn sie aber nicht darauf vorbereitet sind, mit den Folgen dessen, was die Sirenen und die Apps ankündigen, umzugehen.

In letzter Zeit häufen sich von diversen Experten die Warnungen vor einem Blackout, also eines landesweiten oder eines überregionalen großflächigen Stromausfalls. Und zwar wird gesagt, dass das Risiko für ein solches Ereignis, für eine solche Katastrophe in dem Maße steigt, wie die Umsetzung der Energiewende weiter voranschreitet,

(Thomas Krüger, SPD:
Woher wissen Sie denn das?)

also grundlastfähige Stromerzeuger vom Netz gehen. Auch das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag

(Thomas Krüger, SPD: Wer hat Ihnen denn diesen Bären aufgebunden?)

hat vor einiger Zeit ein recht umfangreiches Gutachten zu diesem Thema erstellt. Auch diese Experten haben festgestellt, dass das Bewusstsein bei der Bevölkerung für eine solche Katastrophe – und das muss natürlich der Fairness halber gesagt werden –, die nicht allein durch die Energiewende, sondern auch durch Cyberattacken oder eine Naturkatastrophe ausgelöst werden könnte, nichtsdestotrotz, dass das Bewusstsein bei der Bevölkerung für ein solches Ereignis sehr unterentwickelt ist. In diesem Sinne, denke ich, sollte man diesen Antrag und damit verbundene Maßnahmen auch weiterentwickeln, denn wenn es zu einem Blackout kommen sollte, dann bricht die Lebensmittelversorgung zusammen, der Verkehr, das Gesundheitswesen und auch die Sicherheitslage wird sich natürlich dementsprechend beeinträchtigt finden. Sich darauf vorzubereiten, ist ganz entscheidend, denn wenn man einige Tage oder vielleicht noch länger ganz auf sich allein gestellt ist als Bürger, als Familie,

vielleicht auch mit Verwandten, die Medikamente benötigen, dann, denke ich, sollte man auch, wenn man Katastrophenvorsorge betreibt, darauf hinweisen, dass es zum Beispiel wichtig ist, sich als Bürger, als Familie einen Notvorrat an Lebensmitteln, an Wasser,

(Zuruf aus dem Plenum: Aha!)

an Medikamenten, an Geld, an Bargeld anzulegen, um für so eine Situation gewappnet zu sein.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich höre es hier schon – ich bin auch gleich fertig, Frau Präsidentin – an den Zwischenrufen. Es ist der Vorbereitung einer solchen Katastrophe leider nicht dienlich, wenn Menschen, die sich auf so etwas vorbereiten, dann in die Ecke von irgendwelchen Preppern oder Reichsbürgern gestellt werden.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ja, ja, und mit solchem Gerede konterkarieren Sie nämlich wirksam Katastrophenschutz.

(Thomas Krüger, SPD:
Ich hab da gar nicht geredet. –
Ralf Mucha, SPD: Das hat kein Mensch gesagt.)

Das abschließend und in diesem Sinne vielen Dank.

(Dietmar Eifler, CDU: Blackout! –
Dirk Friedriszik, SPD: Blackout, genau!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst vielen Dank an alle Fraktionen, dass sie zwar dem Antrag nicht unbedingt zustimmen, aber inhaltlich doch der Sache zustimmen. Danke auch an das Innenministerium, das hier offensichtlich schon den Antrag auf Bundesebene vorbereitet hat. Das freut uns natürlich, dass dieses Anliegen hier allgemein auf Zustimmung trifft.

Ich wollte nur ganz kurz noch auf die Vorredner eingehen, zunächst auf Herrn Innenminister Caffier. Das unterstützen wir natürlich, dass hier versucht wird, das auf Bundesebene einheitlich zu machen. Trotzdem erschließt sich mir nicht, warum man das hier nicht in Mecklenburg-Vorpommern auch machen sollte. Das eine schließt das andere nicht aus,

(Tilo Gundlack, SPD: Wozu denn? –
Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Macht NRW auch. –
Tilo Gundlack, SPD: Alles, was NRW
macht, müssen wir nicht auch machen.)

zumal offensichtlich, nachdem, wie Sie Ihren Antrag dargelegt haben, die Dinge auch sozusagen genauso sind, wie wir das hier gefordert haben.

Mit der Zuständigkeit ist es auch immer so eine Sache, damit wird immer argumentiert. Aber hier ist es nun mal so, der Katastrophenschutz ist Ländersache. Darum kom-

men wir nicht herum, da können wir nicht sagen, wir warten auf den Bund, wir warten auf Bayern, wir warten auf irgendwen. Katastrophenschutz ist Ländersache, Punkt.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Sehr richtig!)

Das heißt, die Entscheidungen im Katastrophenschutz sind vom Land zu treffen und davor darf man sich nicht drücken und ausweichen und sagen, der Bund macht mal. Das ist nicht richtig und das finde ich auch nicht ganz fair, diese Argumentation. Wir erleben es immer wieder, dass gesagt wird zur Zuständigkeit, wir machen es nicht, weil die Kommunen sind zuständig. Manchmal kann man ja darüber diskutieren, das ist mitunter richtig, das sage ich selbst auch, aber wenn ich dann selbst zuständig bin und wieder sage, ich mache das nicht, weil das lieber der Bund machen soll, weil es sinnvoller ist, dann ist das natürlich nicht überzeugend.

Das eine, wie gesagt, schließt das andere nicht aus, und man kommt aus der Verantwortung für das Land, für den Katastrophenschutz im Land nicht raus, weil Sie, Herr Caffier, wissen das, Sie sind unser oberster Katastrophenschützer. Die oberste Katastrophenschutzbehörde ist das Innenministerium, die Verantwortung liegt bei Ihnen und da dürfen wir nicht auf andere Bundesländer warten. Das ist jedenfalls unsere Meinung. Trotzdem ist es natürlich sinnvoll, das auch im Bund zu versuchen.

Dann noch eine Sache: Sie sagten, es wurde, ich zitiere, „im März vorgelegt“, Zitatende. Das kann ich nicht beurteilen, ich kenne das nicht, es ist nicht veröffentlicht. Ich hatte auch angefragt, welche Maßnahmen die Landesregierung sozusagen selbst für sinnvoll hält. Ich meine, in der Antwort ist dieser bundesweite Warntag auch gefallen, aber es ist nichts davon gesagt worden, dass hier schon ein Antrag ausgearbeitet werden soll oder wurde oder wird. Von daher müssen wir das jetzt so zur Kenntnis nehmen, dass das hier jetzt so gesagt wird. Aber da bitte ich auch um Verständnis, wir hatten die Idee jetzt nicht deshalb, weil wir kannten diesen Antrag überhaupt gar nicht. Woher auch?

Wir sind auch der Meinung – ich glaube, einer der Vordner hat es gesagt –, dass es natürlich trotzdem sinnvoll ist, diesen Beschluss heute hier zu machen, weil wir natürlich dadurch als Landtag insgesamt einhellig der Landesregierung sozusagen noch mal einen Rückenwindantrag mitgeben, dass wir sagen, hier gibt es Unterstützung, der Landtag steht einstimmig hinter der Intention eines Warntages.

Dann zu Herrn Kramer: Sie haben völlig zu Recht hingewiesen auf viele Probleme, die es im Katastrophenschutz immer noch gibt. Jedenfalls gibt es zum Beispiel die Funklöcher, Herr Caffier hat es auch gesagt. Das wissen wir natürlich, dass es noch sehr viele Baustellen im Bereich des Katastrophenschutzes gibt. Ich will das mal ganz zurückhaltend sagen, Herr Ritter hat es auch angedeutet: Das Konzept ist aus 2015 und bei jedem, der das Konzept mal liest, stellt sich eine ganze Reihe von Fragezeichen und tauchen eine Menge von Baustellen auf. Da ist noch viel zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Trotzdem ist dieser Warntag ja nur der allererste Schritt. Er soll nur erst mal den Katastrophenschutz überhaupt in

das Bewusstsein der Bevölkerung rücken und dazu führen, dass wir auch so einen Test haben. Wenn wir sagen, Warnmittel brauchen wir landesweit, dann müssen wir auch wissen, ob die funktionieren. Und wenn die Warnmittel nicht funktionieren, und zwar auch mal komplett, dann weiß ich es eben nicht und kann auch nichts ändern. Das hatten wir in Nordrhein-Westfalen, dass dort festgestellt wurde, dass es viele Mängel gab.

Wir sind damit natürlich völlig einverstanden, den Antrag auch noch mal im Ausschuss zu beraten, was ich also hiermit beantrage, die Ausschussüberweisung. Das wäre ja dann der Innenausschuss, denke ich mal.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Herr Ritter sagte, insgesamt sei das Thema, Zitat, „unterbelichtet“. Das – das habe ich auch schon gesagt – ist völlig richtig. Da gibt es eine Menge Dinge noch zu tun. Ich meine aber auch, die örtlichen Warnmittel sollten getestet werden. So ist es auch in Nordrhein-Westfalen erfolgt, weil letztlich ist zwar das Land die oberste Katastrophenschutzbehörde, aber es gibt nun mal auch die unteren Katastrophenschutzbehörden, die das letztlich vor Ort ausführen müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber nicht alles an einem Tag.)

Das hat natürlich keinen Sinn, einen Warntag zu machen, wenn man gerade die Gemeinden vor Ort ausklammert. Dann hat das eigentlich keinen Sinn, würde ich sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt.)

Ich weiß nicht, wie der Antrag des Innenministeriums aussieht, der dann in der IMK beraten wird, aber meiner Meinung nach sollten wir das flächendeckend testen. Das ist auch in Nordrhein-Westfalen so erfolgt. Es gibt ja umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit vorher, wenn das jetzt auch so geplant ist auf der IMK. Das ist sehr wichtig, dass man natürlich im Vorfeld und im Nachhinein umfassend auch die Öffentlichkeit informiert. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Noch mal ums Wort gebeten hat der Minister für Inneres und Europa. Bitte, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Kollege Manthei, da Sie immer so auf Korrektheit bestehen und hier immer alle belehren, weil es alles anders ist und anders gesagt worden ist, möchte ich das in dem Fall auch gern tun.

Ich habe nicht einmal in meinen Ausführungen den Bund als zuständig erwähnt.

(Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV:
Nee, habe ich nicht gesagt.)

Ich habe nur darauf abgehoben, dass wir mit den Bundesländern einen gemeinsamen Tag anstreben. Und wenn dies nicht erfolgt, werden wir das als Land allein tun. Aber der frühestmögliche Zeitpunkt dafür ist 2020. Des-

wegen werden wir 2020 einen gemeinsamen machen und wenn es keinen gibt, dann werden wir als Land das allein tätigen. Insofern liegt die Zuständigkeit in den Ländern und die bestreiten wir auch gar nicht, aber Katastrophen machen nicht vor Ländergrenzen halt. Deswegen tun wir gut daran, wenn wir gemeinsam mit den anderen Bundesländern auf einheitliche Verfahren abheben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3606 zur Beratung an den Innen- und Europaausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Überweisungsvorschlag zustimmen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV, der AfD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3606. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV auf Drucksache 7/3606 bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU sowie Enthaltung der Fraktionen der AfD und DIE LINKE und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 42:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Insektenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/3599.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Insektenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/3599 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, jetzt kommt nicht das große Krabbeln, aber es geht vielleicht doch ein kleines bisschen in diese Richtung.

Vor gut zwei Wochen legte der Weltbiodiversitätsrat der Vereinten Nationen einen dramatischen Bericht vor. Demnach sind rund eine Million Arten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vom Aussterben bedroht, wenn es zu keinem Umsteuern bei der Landnutzung, beim Umweltschutz, bei der Eindämmung des Klimawandels kommt. Ein zuverlässiger Indikator für die Biodiversität ist dabei der Zustand der Insektenwelt. Vielfach sind gerade die Insekten die Basis der Nahrungspyramiden oder stehen am Anfang von Ketten, die die gesamte Funktionsfähigkeit des Ökosystems überhaupt gewährleisten – im Rahmen der wissenschaftlichen Kenntnislage ein düsteres Bild. Dieses düstere Bild benennt auch eine ganze Reihe von Verursachern.

Zugegeben, dieser Bericht passt zum Antrag. Aber bevor gegogelt wird – Herr Renz ist ja sowieso anders beschäftigt jetzt –: Unser Antrag war vorher da.

Der UN-Bericht unterstreicht Aktualität, Bedeutung und Dringlichkeit unseres Anliegens. Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, die einzige mahnende Stimme, Idee oder Taktgeber zu sein. Ganz im Gegenteil, wir begreifen uns als ein Teil eines großen Chores und würden uns wünschen, wenn Sie in diesen Chor mit einstimmen.

Auch hierzulande hat der Verlust der biologischen Vielfalt oder das Insektensterben, wie es oft verkürzt dargestellt wird, schon des Öfteren eine Rolle gespielt. Nicht zuletzt die Regierungskoalition hat schon mittels Antrag auf die Veröffentlichung der sogenannten Krefelder Studie reagiert und einen entsprechenden Landtagsbeschluss mit dem Titel „Insektensterben stoppen – Forschungen intensivieren“ herbeigeführt. Es gab ebenso einen Antrag zur Förderung von insektenfreundlichen LEDs, der die Zustimmung des Landtages fand, und die Oppositionsfraktionen stellten Anträge, die hauptsächlich die Forschung über die Ursachen des Rückganges der Insektenpopulation ins Zentrum stellten. Zwischenzeitlich hat die Regierung die Initiative „Mehr Respekt vor dem Insekt!“ gestartet. Das begrüßen wir außerordentlich und ich bin dem Minister sehr dankbar dafür, dass das auch mit der entsprechenden medialen Kraft verbreitet wird. Das begrüßen wir in dem Falle also gleich doppelt. Das Problem ist mittlerweile in den meisten politischen Parteien und mitten in der Gesellschaft angekommen.

In der Wissenschaft ist es mittlerweile Konsens, dass weltweit ein alarmierender Rückgang an biologischer Vielfalt in der Kultur und insbesondere in der offenen Agrarlandschaft zu verzeichnen ist. Die Zahlen des UN-Berichtes haben wir alle wahrgenommen. Meist steht dabei der Verlust an bestäubenden Insekten im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, weil dieser unmittelbar die dramatischsten Auswirkungen hat. Die Honigbiene ist dabei zum Symbol geworden, nicht nur wegen Maja.

Und wenn ich an unseren Landtag denke, meine Damen und Herren, in Schwerin, stellt sich dieses Thema in der Praxis bereits mit einem Bienenstöckchen auf dem Dach des Hauses.

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Jetzt sind es schon mehr.)

Ich denke, wir sind dort gewissermaßen ...

Zwei.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Nein, fünf.)

Fünf?

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Ich korrigiere, mit mittlerweile fünf Bienenstöcken auf unserem Dach sind wir gewissermaßen dort auf dem Wege, ein gutes Beispiel für andere zu sein.

Insekten bilden ein wichtiges Glied in der Nahrungskette und rund ein Drittel der Nahrungs- und Futtermittelproduktion sind direkt auf Bestäubung durch diese Insekten angewiesen. Gleichzeitig muss dies aber auch als ein

Zeichen für einen gravierenden Wandel im gesamten Ökosystem verstanden und diskutiert werden.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind sehr komplex. Durch die Wissenschaft werden hauptsächlich der Lebensraumverlust durch Urbanisierung und Versiegelung, durch die Intensivierung der Landwirtschaft, chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Düngemittel, Pathogene und Einschleppung fremder Arten sowie der Klimawandel verantwortlich gemacht. Das zeigt, dass diese Verluste an biologischer Vielfalt nur ein Symptom für systematische und strukturelle Ursachen sind. Dabei ist ein falsches Agrarmodell der EU und in Deutschland ein besonderes Moment, denn dort wird auf Agrarexporte für den Weltmarkt gesetzt, für den möglichst viele und möglichst billige agrare Rohstoffe produziert werden sollen. Damit wird Landwirtschaft auf eine billige Rohstofflieferfunktion reduziert, statt eine gemeinwohlorientierte Versorgungsfunktion mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln für kostendeckende Erzeugerpreise auszufüllen. Das habe ich extra noch einmal ausgeführt, weil möglicherweise der im Antrag unter I formulierte Satz für die Erklärung eines falschen Agrar- und Wirtschaftsmodells der EU und in Deutschland sonst missverständlich wäre.

Von diesem Agrarmodell profitieren Saatgut- und Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne, und am Ende stehen die, die zu zahlen haben, die Menschen, die Natur und vor allem auch die Bauern. Doch dagegen formiert sich wachsender Widerstand. Erste Fortschritte wurden erreicht, sind aber angesichts der wissenschaftlichen Datenlage längst nicht ausreichend. Obwohl zum Beispiel selbst die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit die Wirkstoffgruppen der Neonikotinoide als besonders bienengefährlich bewertet hat, sind nur erste Verbote der Anwendung solcher Pflanzenschutzmittel im Freiland erfolgt.

Das Volksbegehren „Artenvielfalt“ in Bayern mit über 1,7 Millionen Unterschriften in nur ganz kurzer Zeit hat mehr als deutlich gemacht, dass dies immer mehr Menschen nicht mehr hinnehmen wollen. Diese Botschaft muss auch im Parlament von Mecklenburg-Vorpommern verstanden werden. Aber, um es klar auszusprechen, meine Fraktion und ich wollen auf keinen Fall die Landwirtschaft an den Pranger stellen. Statt einen Pranger für die Landwirte und Landwirtinnen will DIE LINKE in den verschiedensten Landtagen von Berlin, Brandenburg, Hessen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Bundestag gemeinsam mit meiner Fraktion in diesem Hause eine grundlegende strategische Änderung in der europäischen und deutschen Agrarpolitik, damit sie von nachhaltiger Landwirtschaft auch leben kann.

Zukünftig sollen EU-Agrarsubventionen konsequent an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden und für mehr insektenfreundliche Kulturflächen, wie Brachenschutz, Streifenhecken, Kleingewässer, aber auch für gute und fair bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft benutzt werden. Dazu muss die Landwirtschaft auf Augenhöhe mit der Konzernmacht agieren können. Dafür müssen die regionale Produktion, Verarbeitung, Vermarktung ausgebaut und das Kartell, das Kartellrecht, Entschuldigung, auf Gemeinwohlinteresse ausgerichtet werden. Dazu muss das EU-Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel so geändert werden, dass es transparenter und unabhängig ist und in der Risikobewertung alle Gefahren Berücksichtigung finden.

Auch die Weidetierhaltung muss als wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft umfassend gefördert werden, Flächenversiegelung vermieden und, auch wenn die Positionen, beispielsweise zu Mitteln wie Glyphosat, durchaus strittig sind, hier ein unverzügliches Verbot eingeleitet werden. Das dritte Urteil in den USA mittlerweile gegen Monsanto ist doch ein Signal, das auch Europa aufhorchen lässt.

Gleichzeitig hat durchaus ein Umdenken in der Landwirtschaft begonnen. Das zeigt, dass nicht nur stetig, wenn auch langsam wachsend, der Anteil des Ökolandbaues zunimmt, sondern auch in mehr konventionell produzierenden Betrieben wächst die Bereitschaft zur Veränderung. Politik muss deshalb zwingend für Rahmenbedingungen sorgen, damit notwendiges Handeln nicht zum existenziellen Risiko für diese Betriebe wird. Die Landwirtschaft muss zum Verbündeten der Politik werden, genauso, wie wir Verbündete der Landwirtschaft sein müssen.

Bleibt, für unser Land ein besonderes Problem zu erwähnen: Immer mehr Agrarflächen befinden sich im Besitz von außerlandwirtschaftlichen, von außeragratischen Investoren, die ihre Flächen von Dienstleistern bewirtschaften lassen, und da stören insektenfreundliche Landwirtschaftsstrategien, Umweltschutzaufgaben, Einschränkungen im Düngerecht oder beim Einsatz von PSM bei der Gewinnoptimierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir durchaus bewusst, dass der vorgelegte Katalog von insgesamt 16 Punkten nicht in jedem Falle von jedem geteilt wird, aber seien Sie sich bewusst auch der Tatsache, dass wir von den insgesamt 52 Punkten, die wir vorgehabt haben, eine ganze Reihe gestrichen haben. Maßnahmen, die im Voralpenland sinnvoll sind und in der Oberrheinischen Tiefebene, sind natürlich genauso nicht enthalten wie Dinge, die hier mehr strittig sind als andere.

„Mehr Respekt vor dem Insekt!“ sagt die Landesregierung. Wir stimmen in dieses Lied mit ein und bitten Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich freue mich auf eine angeregte Debatte. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ehe wir weiter verfahren, möchte ich eine Ankündigung machen: Die Fraktion Freie Wähler/BMV hat zwischenzeitlich ihren Antrag auf Drucksache 7/3604 zurückgezogen. Damit entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 43.

An dieser Stelle unterbreche ich die Sitzung, bis ein dritter Minister oder eine dritte Ministerin das Parlament wieder beehrt.

Unterbrechung: 11.42 Uhr

Wiederbeginn: 11.44 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

Wir setzen die Beratung zum Tagesordnungspunkt 42 fort. Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich

sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat um das Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Herr Dr. Backhaus, bitte schön.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den nächsten Stunden werden junge Leute wieder auf die Straße gehen und demonstrieren für und gegen die Veränderung des Klimas.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

Ich glaube, dass dieser Antrag heute auch ein Teil einer Strategie ist, weil alles hängt mit allem zusammen. Wer das nicht versteht und begreift, dass wir Menschen nur ein Teil des ökologischen Fußabdruckes dieser Erde, dieses Planeten sind, der wird auch nicht verstehen, dass wir nur zu Gast auf dieser Erde sind. Und deswegen finde ich es gut, dass junge Leute sich engagieren. Ich habe das gestern schon gesagt. Ich bin auch sehr glücklich darüber, dass wir gemeinsam RUN gegründet haben, nämlich den Rat für Umwelt und Nachhaltigkeit.

Herr Weiß, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken, für die Art der Darstellung und auch für den Antrag. Der reiht sich vom Prinzip her in unsere Strategie wirklich sehr, sehr gut ein. Sie haben selbst angedeutet, natürlich kann der eine oder andere Punkt auch differenziert betrachtet werden, aber unterm Strich zählt, gelingt es uns nach außen und nach innen, Mecklenburg-Vorpommern wirklich zu einem ökologischen Paradies weiterzuentwickeln. Von außen werden wir so betrachtet, das ist auch so dokumentiert, als ökologisches Paradies.

Und ich glaube auch wirklich, ganz ehrlich sagen zu dürfen, dass Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren seit der politischen Wende immense Leistungen für den Natur- und Umweltschutz auf den Weg gebracht hat, natürlich mit den Kommunen, mit den Unternehmen, aber auch mit den Verbänden. Und da beziehe ich sowohl die schützenden Verbände als auch die Natur nutzenden Verbände mit ein.

Ich glaube, man darf auch unterm Strich eins festhalten, hätten wir die Insekten nicht, die im Übrigen uns überlegen sind, wenn ich das mal herausarbeiten darf: Die Insekten leben, was wir heute wissen aus Wissenschaft und Forschung, seit mehr als 500 Millionen Jahren auf dieser Erde. 500 Millionen Jahre auf dieser Erde! Sie haben sich angepasst. Sie haben im Übrigen auch den letzten Klimawandel, den es vor 56 Millionen Jahren gegeben hat, sie haben das zum Teil überstanden. Wir reden ja heute in der Wissenschaft und Forschung davon, dass wir in einem Zeitalter der fünften Epoche dieses blauen Planeten leben dürfen, der nur knapp 14 oder 11.700 Jahre alt ist. Diese fünfte Epoche ist durch den Menschen geprägt. Das heißt, wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass die nachfolgende Generation auch noch auf diesem Planeten leben darf und möchte. Wenn es nicht gelingt, auch bei der Artenvielfalt im Übrigen jetzt die Notbremse zu ziehen, dann muss jedem klar werden, ohne Insekten gibt es kein Leben auf der Erde, es gibt nichts zu essen und es würde stinken.

Und wenn man das alles ein Stückchen verinnerlicht, dann wird man auch nachvollziehen können, warum wir

in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur den Wettbewerb gemacht haben insektenfreundlichste Region/Gemeinde, sondern ich habe auch diese, genau diese Strategie, Mecklenburg-Vorpommern zum insektenfreundlichsten Bundesland Deutschlands, Europas und der Welt zu machen. Und da kann jeder seinen eigenen Beitrag leisten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

ob auf dem Balkon,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Garten!)

ob im Garten, im Vorgarten oder in der Art, wie wir untereinander, miteinander umgehen.

Von der Natur zu lernen, ist für mich auch ein Grundsatz. Wer mit Tieren gut umgeht, der geht auch im Übrigen mit Menschen gut um. Insofern will ich auch noch mal diese Ideen und den Forderungskatalog der LINKEN, der ist ja sehr lang und der trägt ja eine ganze Reihe von Hinweisen, die wir ja bereits aufgegriffen haben, nennen. Es ist einfach so: Der blaue Planet hat Fieber, er ist krank und der Mensch ist schuld. Wer das nicht versteht, der wird auch die Zukunft nicht gestalten können. Deswegen glaube ich auch, dass wir in der gestrigen Debatte, gestern Abend etwas verkürzt, aber in den Grundsätzen uns völlig einig sind, wir müssen hier mehr tun. Und der Klimawandel, die Biodiversität, also die Artenvielfalt, und sauberes Wasser, wenn diese drei Grundlagen für uns gelten, dass wir diese zu schützen, zu verbessern haben, dann kommen wir auch weiter.

Ich bin im Übrigen vollständig bei den LINKEN, wenn Sie in Ihrem Antrag feststellen, dass in der öffentlichen Diskussion zu sehr auf die Bestäubungsleistung von Insekten abgehoben wird und reduziert wird, sondern das Ökosystem Insekt und das Ökosystem insgesamt ist ohne Insekten nicht haltbar. Die anderen Leistungen, die eben auch unverzichtbare Funktionen der Insekten innerhalb der Nahrungskette ebenso wichtig ist wie das Gleichgewicht auch der Arten untereinander, auch dazu tragen die Insekten in immenser Leistung und auch der Art und Weise bei. Das ist uns allen im täglichen Leben gar nicht so bewusst und deswegen bin ich natürlich auch dankbar, dass der Landtag hier auf dem Schloss im Übrigen diese fünf Beuten gestellt hat. Das war im Übrigen auch eine Idee, die ich mit Sylvia Bretschneider diskutiert habe, denn wir haben den Lehrpfad bei uns am Haus für die Bienen und Insekten, und für das Schloss fand sie es damals eine hervorragende Idee, auch diese Völker hier zu installieren.

Oder, natürlich finde ich es wunderbar, dass ich hier die Unterstützung aus dem Hohen Hause bekommen habe für „Mehr Respekt vor dem Insekt!“. Innerhalb der Umweltministerkonferenz hat man noch geschmunzelt, mittlerweile haben das Schmunzeln alle aufgegeben. Und insofern ist es natürlich auch so, dass wir in den letzten Jahren sehr viele Dinge auf den Weg gebracht haben. Ich betone noch mal, ich möchte, dass Mecklenburg-Vorpommern zum ökologischen Paradies weiter sich entwickeln kann, und wir haben da auch viel auf den Weg gebracht.

Die Maßnahmen konnten, seitdem wir daran arbeiten, noch nicht ihre volle Wirksamkeit entwickeln. Daher will ich auch noch mal ausdrücklich sagen, das ist ein Prozess, den wir weiter begleiten wollen. Wir stehen am

Anfang und wir sind in Deutschland mit dieser Initiative in einer Vorreiterrolle. Auch das macht mich ein bisschen stolz. Und deswegen, glaube ich auch, ist es richtig, dass wir die Strategie auf den Weg gebracht haben. Und dass der Bund im Übrigen an diesem Thema auch jetzt intensiv mitarbeitet und eine Reihe von Forderungen in das Eckpunktepapier auf Bundesebene mit aufgenommen worden ist, das die Handschrift Mecklenburg-Vorpommerns trägt, ist, finde ich, auch ein großer Erfolg. Das aber nur am Rande.

Im Übrigen, ich sage auch noch mal, dieses Thema „Mehr Respekt vor dem Insekt!“ ist nur ein Baustein, ein Baustein im Prozess des Masterplans, den ich auch weiterentwickeln möchte zum Insektenschutz in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa. Seit ich im Übrigen 2006 die Zuständigkeit für das Umweltressort übernommen habe, habe ich auch die Landwirtschaftspolitik hier im Lande deutlich nachhaltiger und umweltfreundlicher entwickelt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Auch da darf ich mich noch mal ausdrücklich bei meinen Kolleginnen und Kollegen auch des Landtages bedanken. Im Übrigen will ich da ausdrücklich auch Fritz Tack mit genannt haben, mit dem ich ja auch sehr eng noch immer in Kontakt stehe und der, glaube ich, nächste Woche auch Geburtstag hat.

Zum Beispiel der ökologische Landbau, wir haben 150.000 Hektar mittlerweile im ökologischen Landbau. Bei den vielfältigen Kulturen sind wir Vorreiter in Deutschland und Europa, die Eiweißpflanzenstrategie immerhin mit 141.000 Hektar. Oder wir sind die Ersten gewesen im Übrigen, die das Blühflächenprogramm auf den Weg gebracht haben. Heute sind in diesem Programm für Insektenfreundlichkeit und Nektarband durch das Land 7.830 Hektar und damit 220 Prozent höher als im letzten Jahr.

In den vergangenen Jahren haben wir auch diese Agrarumweltmaßnahmen deutlich nach oben gefahren. Allein im letzten Jahr sind 45,6 Millionen Euro in diese Agrarumweltprogramme geflossen. In 2019, das ist meine Prognose, werden wir bereits 55 Millionen Euro in diese Agrarumweltprogramme hinein investieren. Mittlerweile sind über 20 Prozent, über 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche – und da gebe ich Ihnen recht, Herr Weiß, die Landwirte, die klugen Landwirte, die auch ökologischer geworden sind, haben mittlerweile erkannt, dass man mit Umweltleistungen in Mecklenburg-Vorpommern Geld verdienen kann und dass damit im Übrigen auch die Anerkennung der Landwirtschaft in der allgemeinen Gesellschaft dann auch wieder steigt, auch das hat die letzte Umfrage gezeigt –, und ich sage es noch mal, über 20 Prozent, das ist ja das Ziel der Bundesregierung, ökologische Landwirtschaftssachen. Wir haben über 20 Prozent mittlerweile in der ökologischen Ausrichtung.

Außerdem werden wir im Übrigen die Umschichtung von der ersten und zweiten Säule weiterführen und wollen damit die fünfjährigen Verpflichtungen auch weiter umsetzen. Das ist ein umweltpolitischer Erfolg und natürlich kommt auch dieses den Insekten, dem Klimaschutz und der Sauberkeit von Wasser weiter entgegen.

Aber nicht nur das Land, auch auf Bundes- und Europaebene hat längst ein Umdenken begonnen. Ich wünsche

mir da auch mehr und deswegen ist es auch so wichtig, dass am Wochenende die Menschen von ihrem Recht und auch ihrer Pflicht Gebrauch machen, zur Wahl zu gehen, denn es geht auch um die Landwirtschaft, es geht um die ländlichen Räume von Europa. Natürlich wünsche ich mir bei der einen oder anderen Frage in vielen Bereichen auch mehr Mut, vor allen Dingen auch mehr Tempo, vor allem, wenn es um so wichtige Fragen der Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik geht.

Im Übrigen, das einzige Bundesland, das aus Deutschland heraus diese Veränderung in Europa angeschoben hat, ist Mecklenburg-Vorpommern. Auch hier nehme ich zur Kenntnis, dass viele Aspekte, die jetzt in den Vorschlägen aus Europa gekommen sind, auch hier aufgenommen worden sind. Im Übrigen, ich glaube auch, dass wir mit unserem Modell in der Zukunft auch für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume damit dem Grundsatz folgend „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ stärker untersetzen werden. Und das ist ja der Punkt 1, den Sie gefordert haben, denn die Einbeziehung von Anreizkomponenten, insbesondere was den Klimaschutz anbetrifft, was die Artenvielfalt und auch ausdrücklich die Integration des ländlichen Raumes in diese Prozesse stärker voranzubringen und damit zu einer neuen Qualität in der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land zu kommen, halte ich für geboten.

Die Förderung des ökologischen Landbaus haben Sie angesprochen zu stärken, das brauchen wir weiterhin und wir machen das auch.

Drittens, die Kulturlandschaftsprogramme. Ich nehme zur Kenntnis, dass ihr euch in der LINKEN wahrscheinlich sehr gut abgestimmt habt über Ländergrenzen hinweg. Wir haben solche Programme nicht. Wir haben unsere Agrarumweltprogramme und die ziehen auch und die funktionieren auch. Und was mich besonders freut, sie sind eben auch von der Landwirtschaft angenommen worden.

Grünlanderhaltung sprechen Sie an, absolut richtig. Wenn man sich überlegt, wir haben in den letzten Jahren, im Übrigen schon vor der Wende, in den 80er-Jahren, bis heute insgesamt über 100 Hektar Grünland verloren, die umgebrochen worden sind und heute dann mehr oder weniger intensiv bewirtschaftet werden. Das ist aus meiner Sicht richtig geregelt. Wir haben ein Umbruchverbotsgesetz für Grünland. Es gibt nur drei Länder in Deutschland, die das gemacht haben.

Die Weidetierhaltung, ja, 33.000 – können Sie sich das vorstellen? –, 33.000 verschiedene Arten hängen heute an der Weidetierhaltung. Wenn wir keine Weidetierhaltung haben, verarmt die Landschaft und letzten Endes damit auch die Insektenvielfalt. Deswegen ist jeder Tierhalter, der Tiere in freier Natur hält, eigentlich ein wahrer Held, weil er damit im Übrigen unsere wunderbare Landschaft und damit auch die Artenvielfalt unterstützt.

Auch in Sachen Garten, Erhalt der biologischen Vielfalt in unseren Wäldern brauchen wir uns nicht zu verstecken. Herr Weiß, ich glaube, Sie wissen, wir haben in den letzten Jahren im Übrigen die Waldbewirtschaftung in den Nationalparks eingestellt. Das Ziel der Bundesrepublik Deutschland war, fünf Prozent der Wälder in Deutschland aus der Produktion zu nehmen. Wir liegen heute bei über neun Prozent in Mecklenburg-

Vorpommern, das heißt exakt, 52.000 – 52.000! – Hektar Wald, nehmen Sie das bitte auch alle mit, 52.000 Hektar Wald sind in Mecklenburg-Vorpommern aus der Produktion genommen und werden zur Wildnis. Andere Holz nach wie vor ab. Ich sage immer wieder, der Wald, das Leben im Wald beginnt nach dem Tod der Bäume.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Und deswegen glaube ich auch, dass es richtig ist, dass wir diese Strategie weiterfahren.

Die nationale Strategie der biologischen Vielfalt haben wir umgesetzt, im Übrigen auch mit der Landesforschungsanstalt, und sie wird auch durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe unteretzt.

Auch, und darüber freue ich mich sehr, die Ansiedlung des Kompetenz- und Informationszentrums Wald und Holz, KIWUH genannt, in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, welchen Stellenwert dieses Thema „Wald, Klimaschutz, Biodiversität, sauberes Wasser“ für uns hat.

Der ELER, auch das möchte ich siebentens dann noch mal angesprochen haben, der Europäische Fonds zur Entwicklung der ländlichen Räume, im Übrigen auch der Europäische Meeres- und Fischereifonds, sind natürlich sehr hilfreiche Instrumente.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Ohne diese Hilfen aus Europa hätten wir diese 25 Milliarden Euro, die wir in die ländliche Entwicklung, in die Landwirtschaft, in das Aufbereiten von Wasser, in die Naturinvestitionen geben, nicht auf den Weg bringen können. Und insofern sage ich noch mal: Ich bin glücklich und dankbar dafür, dass wir in Europa leben dürfen und dass wir diese wahnsinnstolle Unterstützung aus Europa haben.

Die Kompensationsmaßnahmen: Ich glaube, auch hier ist es richtig, dass wir die Kompensationsmaßnahmen mit verschiedenen Nutzungsoptionen mittlerweile verknüpft haben. Die Ökokonten erfreuen sich mittlerweile großer Beliebtheit oder auch unser Moorschutzprogramm, von manchen scharf kritisiert, werden heute weltweit im Übrigen als eines der wichtigsten im Interesse des Klimaschutzes, der Artenvielfalt und für sauberes Wasser gefeiert und sind im Übrigen in das Klimaprotokoll von Paris mit aufgenommen worden. Das ist Mecklenburg-Vorpommern, ich sage noch mal, das ökologische Paradies Deutschlands.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich möchte auch unterstreichen, die Förderungen von Naturschutzprojekten im investiven und nicht investiven Bereich erfolgen auch über doch sehr gute Förderkonditionen. Eine Erhöhung der Förderung würde im investiven Bereich im Übrigen damit uns auch noch mehr Möglichkeiten geben.

Die Förderung – zehntens – der Landschaftsverbände erfolgt seit Jahren im Rahmen der Möglichkeiten. Und ich glaube, dass es auch gut ist, dass wir die Landschaftspflegeverbände haben. Sie sind für mich ein integraler Bestandteil im ländlichen Raum zwischen Nutz- und Schutzinteressen, ausgewogen und mit Augenmaß auch

Naturschutz zu betreiben. Ich war es im Übrigen mal, der Schutz durch Nutzung auf den Weg gebracht hat.

Beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss ich ganz klar sagen, die Reduktion ist das Gebot der Stunde, Punkt eins. Und ich glaube, dieser integrierte Ansatz, am Ende der Kette steht der Einsatz eines Medikamentes und nicht am Anfang, ist das Gebot der Stunde. Und deswegen erwarte ich von der Bundesministerin Frau Klöckner, die im Übrigen zurzeit auf der Verbraucherschutzkonferenz weilt, dass sie tatsächlich auch dieses Programm zur Integration des Pflanzenschutzes, nämlich das Reduktionsprogramm, jetzt endlich vorlegt.

Auch das Thema Glyphosat haben Sie angesprochen. Ich glaube, wir nehmen zur Kenntnis, die allgemeine Bevölkerung möchte, dass diese Anwendungen von Totalherbiziden weitestgehend ausgeschlossen werden. Und dazu stehe ich persönlich auch. Wir werden auch Pflanzenschutzmittel oder Medikamente für die Pflanzengesundheit benötigen, ähnlich wie im Humanmedizinbereich oder auch im Veterinärmedizinbereich, aber das Gebot der Stunde ist Reduktion.

Die Lichtverschmutzung sprechen Sie auch an. Da bin ich natürlich auch meiner Fraktion sehr, sehr dankbar, dass wir in diesem Zusammenhang in der Dezembersitzung im vergangenen Jahr diesen Antrag auf den Weg gebracht haben und mittlerweile das Energieministerium ja auch reagiert hat. Die Richtlinie ist verändert worden. Und im Übrigen, in einem Land leben zu dürfen, wo man auch abends den Sternenhimmel noch sieht, ist nicht nur für die Insekten gut, sondern auch für Menschen gut.

(Heiterkeit bei Holger Arppe, fraktionslos)

Ja, manch einer von Ihnen sieht ja nur Sterne.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Ja, Ihre Beiträge, muss ich ganz ehrlich sagen, man sieht ja, ich kann das ja immer schön beobachten, Herr Arppe, wenn Sie nach vorne gehen, ohne Vorbereitung und labern ein dummes Zeug herum,

(Heiterkeit und Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

wo man wirklich sagen muss, schade, dass Sie hier sitzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Ohne Vorbereitung, ohne irgendwas. Dass Sie sich nicht schämen,

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

dass Sie sich nicht schämen!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, würden Sie bitte zur Sache reden!

Minister Dr. Till Backhaus: Bringen Sie erst mal Ihre Sachen in Ordnung, und dann können wir weitermachen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, würden Sie bitte zur Sache reden!

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Minister Dr. Till Backhaus: Im Übrigen die Flächenversiegelung – zur Flächenversiegelung will ich nur noch mal eins sagen: Ich glaube, dass es gut ist, dass wir nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in diesem Lande die Art der Versiegelung massiv weiter zurückfahren wollen. Ich habe zu diesem Thema gestern schon gesagt, wenn man sich überlegt, was wir in den letzten Jahren an Infrastrukturmaßnahmen, an Gewerbeflächen, an natürlich auch Wohnungsbau, an Versiegelungen vorgenommen haben, dann sind das Größenordnungen von über 50.000 Hektar. Über 50.000 Hektar! Und diese Flächen stehen logischerweise für Biodiversität und für andere ökologische Aufgaben nicht zur Verfügung.

Ich bin mir sicher, dass unsere Bildungsministerin a. D., da waren wir ja in einer engen Diskussion, aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass wir mit unserer neuen Bildungsministerin auch die Integration des Themas Biodiversität in die Lehrpläne stärker aufnehmen werden. Und wir werden in Kürze im Übrigen auch einen wunderbaren, wenn man so will, Leitfaden aus dem forstlichen Bereich und Wald mit der Bildungsministerin gemeinsam vorstellen. Ich freue mich darauf sehr.

Ich will ausdrücklich die Imker dieses Landes loben. Ich glaube, mit Herrn Ellmann als Vorsitzenden des Landesimkerverbandes haben wir jemanden an der Spitze, der sich wie kein anderer in Deutschland, in Europa, aber auch gerade für unser Land unheimlich engagiert. Und deswegen bin ich glücklich darüber, dass wir Arbeitsgemeinschaften an Schulen haben, also Insekten machen Schule, Angeln macht Schule, der Wald macht Schule, ja, dass wir weiterkommen und dass wir im Übrigen auch das Bienenzuchtzentrum massiv jetzt ausbauen werden und dass wir den Wettbewerb, nämlich die insektenfreundliche Region, dass auch ausbauen wollen für insektenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern, ist, glaube ich, ein Gebot der Stunde.

Insofern darf ich noch mal ausdrücklich sagen, ich war natürlich auch berührt von der Entwicklung in Bayern. Dass sich so viele Menschen aus den Städten engagieren für Bienen, hat mich doch hochehrt.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ich glaube, wir können in Mecklenburg-Vorpommern sagen, das Thema Insekten ist nicht nur in der Politik angekommen, sondern wir haben in den letzten Jahren sehr, sehr viel auf den Weg gebracht. Nichts ist aber so gut, als dass man es nicht noch besser machen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig! Das ist die Intention jedes Antrages, den wir stellen.)

Insofern freue mich sehr über diesen Antrag und ich glaube, es macht Sinn, sich auch mit dem Thema für die nächsten Jahre weiter auseinanderzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Minister hat seine Redezeit um elf Minuten überzogen.

(Minister Harry Glawe: Ei, jei, jei, jei! – Zurufe von Burkhard Lenz, CDU, und Jürgen Strohschein, AfD)

Nach unserer Geschäftsordnung steht diese den Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

zusätzlich zur Verfügung.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Na, er hat ja nur zehn angemeldet!)

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Strohschein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Bienchen der AfD kommt jetzt!)

Jürgen Strohschein, AfD: Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Bürger und Abgeordnete!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Liebe Bienen!)

Herr Minister, dass Sie Ihre Redezeit grundsätzlich jedes Mal überziehen, das finde ich nicht schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Minister Dr. Till Backhaus: Ho, ho, ho, ho! Was gesagt werden muss, muss gesagt werden!)

Ja, Sie haben sehr viel zu sagen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ein Glück! – Martina Tegtmeier, SPD: Das stimmt!)

Ja, ja,

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich darf noch viel mehr sagen!)

nur Sie widersprechen sich ja laufend.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Strohschein, würden Sie bitte zum Antrag sprechen!

Jürgen Strohschein, AfD: Die Fraktion DIE LINKE hat 16 Punkte zur Verbesserung des Insektenschutzes aufgeführt.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vieles, was hier gefordert wird, gibt es schon oder es ist schon in Arbeit, um Verbesserungen herbeizuführen. Natürlich ist einiges verbesserungswürdig. Mit einigen Punkten gehen wir auch mit, und zwar möchte ich mal anfangen:

„Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“, das gibt es schon.

Punkt 2, Ökolandbau stärken, gibt es auch schon.

Drittens. Nutzungstermine an Schutzziele anpassen, das ist natürlich ausbaufähig.

Viertens. Dauergrünland ausweiten, Biotopverbunde schaffen, wird auch schon gemacht.

Fünftens. Weidetierhaltung unterstützen sowie vorhandene Hemmnisse beseitigen, hier gehen wir mit. Sie hätten aber unter „Hemmnissen“ auch den Wolf mit aufschreiben müssen.

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Andreas Butzki, SPD)

Dieser ist der größte Feind der Weidetierhaltung.

Vielfalt in den Wählern, wird auch schon gemacht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ausreichend ELER-Mittel für eine insekten- und artenfreundliche Landwirtschaft, wird auch schon gemacht.

Punkt 8, Kompensationsmaßnahmen besser in die Landwirtschaft integrieren und auf Kommunen ausdehnen, da gehen wir natürlich mit, aber da müsste man noch mal nachfragen, wie präzise ist das auch gemeint.

Den Vertragsnaturschutz stärken, ja, da gehen wir auch mit.

Punkt 10, Landschaftspflegeverbände besser unterstützen, da gehen wir auch mit.

Pestizideinsatz minimieren und Forschung verstärken, wird bereits auch zum Teil schon gemacht.

Glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel und Neonikotinoide auf Landes- und Kommunalflächen verbieten. Die Glyphosatzulassung wird absehbar 2022 auslaufen. Diverse Neonikotinoide sind bereits verboten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Was für Dinger?!)

Es sind auf alle Fälle die Forschungsergebnisse abzuwarten.

Lichtverschmutzung, der Landtag hat dazu bereits im November 2018 einen Beschluss gefasst.

14 – Flächenversiegelung minimieren. Hier sind wir auch dafür.

15 – Naturschutz stärker in die Lehrpläne integrieren. Hier sind wir auch dafür.

Imker besser unterstützen. Auch das ist unser Anliegen.

Wir haben es in Deutschland mit einem Rückgang der Insekten zu tun. Es ist daher anzunehmen, dass damit auch ein Rückgang der Artenvielfalt einhergeht. Nicht nur die Landwirtschaft ist der Verursacher von Insektensterben. Es wurde auch festgestellt, dass die Windkraftanlagen Insekten schreddern und der Verkehr auf Straße, der Bahn und in der Luft ebenfalls dazu beiträgt. Das alles zusammen ergibt sicherlich viel. Wir sind alle aufgerufen, dagegen etwas zu tun.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Und da Sie, Herr Minister, ja hier so Ihre Verwässerung der Landschaft so gelobt haben,

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

muss ich Ihnen aber eins sagen: Wenn in Anklam 1.230 Hektar Eichenwald abgesoffen sind, da stehen nur noch die kahlen Stümpfe,

(Thomas Krüger, SPD:
Das haben wir doch diskutiert!)

und im Wald sind ja nun mal bekanntlich mehr Insekten als in der freien Landschaft, dann haben Sie nichts für die Insekten getan, im Gegenteil.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Des Weiteren, und diese Regierungsparteien sitzen ja auch im Bundestag und sind Regierungsparteien, und da muss man ja auch die Frage stellen: Warum lassen Sie zu, dass in Deutschland der Odenwald zum Teil abgeholzt wird? Da werden die Bergkuppen abgeholzt, da werden 400 große Windkraftanlagen gebaut. Die schreiden dann natürlich mit Vorliebe auch Insekten.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Da wird nichts für die Insekten getan, da wird etwas gegen die Insekten getan.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dann ist es auch noch Laubwald, der dort abgeholzt wird.

(Thomas Krüger, SPD: Ach, Mensch!)

Und eigentlich nach Ihrer Theorie ja hier sind das ja eben auch ...

(Andreas Butzki, SPD: In Alaska
werden auch die Bäume abgeholzt.)

Es sind Sauerstoffspender und sie verarbeiten CO₂ und wandeln das CO₂ um in Sauerstoff,

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist Biologie!)

und den Sauerstoff brauchen wir zum täglichen Leben.

(Minister Dr. Till Backhaus: Richtig!)

Das alles

(Tilo Gundlack, SPD: Und noch viel mehr!)

widerspricht voll und ganz Ihrer Theorie, Sie tun viel für die Insekten. Sie tun dagegen aber nicht so viel, wie Sie es hier ausgeführt haben, denn im Gegenteil, Sie haben auch Insekten vernichtet. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Fliegen im
Büro totgeschlagen!)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lenz.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Burkhard Lenz, CDU: Herr Oberlehrer! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE gelesen

habe, buh, habe ich gedacht, Donnerwetter, da ist die Fraktion DIE LINKE doch wieder mal schlauer als die Wissenschaft.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da fehlen noch ein paar Punkte,
die bringen wir nächsten Monat!)

Ja. Nein, aber ich war erstaunt, Herr Ritter, das muss ich ganz ehrlich sagen.

Aber dann, das gebe ich ehrlich zu, hat in der Einbringungsrede der Herr Dr. Weiß das doch sehr realisiert.

Dass wir für den Schutz der Insekten sind, das ist, denke ich, eindeutig. Dass es dafür die unterschiedlichsten Möglichkeiten gibt, das wissen wir auch. Vieles haben wir im Land schon getan. Und ich sage hier „wir“ dazu. Das ist nicht nur das Landwirtschaftsministerium, sondern auch der Landtag, hier speziell auch die Koalition, die viel für den Naturschutz,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Erfolg braucht Vielfalt.)

für die Biodiversität und auch das Insektenprogramm auf den Weg gebracht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Fraktion der LINKEN! Das mit dem Kulturlandschaftsprogramm hat der Minister schon erwähnt. Er hat sehr viel erzählt, auch, dass wir die Natur durch Nutzung schützen wollen, was ja gekommen ist. Also es sind einige Punkte dabei, da könnte man darüber diskutieren, ob die zustimmungsfähig sind oder nicht, aber insgesamt ist der Antrag nicht ganz neu, also es steht für uns nicht viel Neues drin, um die Insekten mehr zu schützen.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und noch mal ganz kurz auf den Herrn Minister Backhaus eingehen, der ja seine Redezeit wieder so überschritten hat, weil er ja von einem in das andere kam, weil da ja auch in der Natur eins ins andere greift. Lieber Herr Backhaus, Sie reden immer von der Verbesserung der Biodiversität und Sie wissen, dass ich damit immer ein Problem habe.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Verbesserung der Biodiversität, was bedeutet das? Sind das mehr Pflanzen, sind das mehr Tiere?

(Minister Dr. Till Backhaus: Artenvielfalt.)

Sie wollten mir schon mal eine Auflistung geben über die Verbesserung der Biodiversität im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Die habe ich bis heute nicht.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Aus meiner Erkenntnis heraus sollten wir nicht über eine Verbesserung der Biodiversität, sondern von einer Veränderung der Biodiversität reden. Vor meiner Haustür, Herr Backhaus, extensiv genutztes Weideland, Mutterkuhhaltung, zu Beginn der Nutzung ist eine ganz andere Flora da, wie sie jetzt nach der Nutzung ist. Und deshalb ist für ich der Begriff „Verbesserung der Biodiversität“

gerade durch Naturschutzgebiete immer ein bisschen zweifelhaft, solange ich nicht den Beweis habe, dass das wirklich so ist. Vor meinen Augen, und ich denke, dass ich ein bisschen in der Pflanzenwelt Bescheid weiß, ist es eine Veränderung der Biodiversität und nicht nur gleich eine Verbesserung.

So, da der Antrag der LINKEN nicht allzu neu ist, werden wir sehen, wie wir damit umgehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Na,
ihr habt euch wohl noch nicht entschieden.
Wir werden sehen, wie wir damit umgehen!)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium!

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Linkspartei! Ihrem Antrag kann ich in vielen Punkten folgen und zustimmen. Im Prinzip ergänzt er sich mit unserem Antrag zu den Steingärten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Natürlich gibt es einige Dinge, wo wir naturbedingt anderer Meinung sind. Die Punkte 1, 11 und 12 zum Beispiel könnten wir nicht unterstützen. Aber ich denke, diesmal sollten der gute Wille und der gute Zweck die Richtung vorgeben. Bei einigen Punkten hatte ich sogar den Eindruck, das haben Sie bei mir abgeschrieben.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Sebastian Ehlers, CDU: Wo sonst?!
Wo sonst?! – Peter Ritter, DIE LINKE:
Heimlich in Ihr Büro geschlichen! –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Och, Herr Borschke, also!)

Zu Punkt 5 „Weidetierhaltung ... unterstützen“ oder Punkt 4 „Dauergrünland zu erhalten“ sowie Punkt 14 „Flächenversiegelung ... minimieren“ volle Zustimmung.

Herr Minister, Sie haben ja wieder eine sehr lange Rede gehalten. Ich war ein bisschen überrascht, dass Sie Ihre Redezeit überzogen haben.

(Martina Tegtmeier, SPD: Echt?
So spannend?! – Peter Ritter, DIE LINKE:
Die war so kurzweilig, die Rede.)

Aber ich muss sagen, wissen Sie, Weidetierhaltung, Fakten, Weidetierhaltung, Herr Minister, wir kämpfen immer noch mit Sachsen-Anhalt um den letzten Platz. Was haben Sie denn da gemacht?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Sie können mal zu mir nach Hause kommen. Ich mache was dafür.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Für den letzten Platz, oder was?!)

Ich habe Kühe und Schafe. Dann können wir mal einen Stall ausmisten und dann werden Sie mal staunen, was es für Insekten gibt. Die haben Sie noch nie gesehen, so was, da wussten Sie gar nicht, dass das so was gibt, Herr Minister!

(Minister Dr. Till Backhaus: Bin ja Bauer. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Punkt 6 „Erhalt der biologischen Vielfalt von Wäldern im öffentlichen Eigentum“ – das unterstützen wir natürlich.

Wir haben also ein Thema, bei dem wir alle zusammenkommen können, wenn der Wille zu einer fraktionsübergreifenden Einigung nicht aus parteipolitischen Erwägungen dem entgegensteht. Einer Überweisung in den Ausschuss würden wir zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall Jürgen Strohschein, AfD, und
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Pure Euphorie da drüben!)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Kollege Weiß, auch wenn Sie sich im Abschreiben noch ein bisschen üben müssen, damit dann auch nur die Maßnahmen drin sind, die auf unser Bundesland passen, glaube ich, haben wir grundsätzlich an vielen Punkten Konsens. Das kann man erst mal festhalten. Das hat ja auch unser Minister hier schon angedeutet.

Ich glaube, ich fange jetzt so ein bisschen an, dass ich hier irgendwie in jeder Rede anfangen, Danke zu sagen, weil auch das ist wieder ein Antrag, Herr Kollege Weiß, wo Sie eigentlich genau ganz viele Sachen unterstreichen, die wir in der Koalition schon vorangebracht haben, und von daher danke, dass Sie uns auf diesem Weg mit diesem Antrag unterstützen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, gern, gern! Wir sind nicht so,
wie immer behauptet wird!)

Schauen wir rein in die Punkte. Ein paar Sachen möchte ich doch ansprechen. Wenn Sie sagen, die Strategie „Mehr Respekt vor dem Insekt!“ ist noch nicht ausreichend in dem, was sie umfasst, möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass das jetzt ein Prozess ist. Das heißt, es wird jemand kommen, der auch viel Wissen zusammenfassen wird, zum Beispiel aus den entsprechenden Untersuchungen. Wir haben vor, dass es eine Art Nektarband gibt, das heißt, dass es am Ende eine Art Karte gibt, um genau diese Biotopverbunde, die Sie sich wünschen, entsprechend klug miteinander mit allen Landnutzern und Landschaftszüglern hinzubekommen. Und das dauert, weil es eben einfach auch Maßnahmen sind, die man sich gut überlegen muss und die man auch mit allen Beteiligten abstimmen muss. Das heißt, jetzt zu erwarten, dass am Ende vielleicht sogar schon alles umgesetzt ist, ich glaube, das wissen Sie genauso gut wie ich, das kann man an dieser Stelle gar nicht tun, sondern wir müssen die Landnutzer mitnehmen. Und wir sind auch alle beieinander, dass es nicht darum geht,

jetzt irgendeine einzelne Gruppe hier entsprechend auszuschließen oder eben für entsprechende Fehlentwicklung allein verantwortlich zu machen.

Ich möchte ganz gern noch auf die 16 Punkte eingehen, die Sie hier aufgezeichnet haben unter III. Sie wissen, dass wir als SPD natürlich das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ verfolgen und auch grundsätzlich offen sind entsprechend für Umschichtungen zwischen den beiden Säulen.

Sie sagen, der Ökolandbau muss noch mehr gestärkt werden. Wir haben unser Ziel im Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode bereits erreicht, nämlich wir haben über 150.000 Hektar im Ökolandbau hier in Mecklenburg-Vorpommern. Also auch da unterstreichen Sie eigentlich das, was hier seit vielen, vielen Jahren schon praktiziert wird.

Bei KULAP habe ich gedacht, das ist einer der Punkte, die bei uns einfach nicht zutreffen. Da hätten Sie ein bisschen sorgsamer in der Übertragung sein können.

Dauergrünlanderhaltungsgesetz – was war das damals scheinbar für eine Diskussion, wenn ich die Kolleginnen und Kollegen, die damals dabei waren, höre, das überhaupt hier hinzubekommen! Ich glaube, dass es sehr wichtig war, dass es hinbekommen wurde. Wir haben jetzt allein in dieser Wahlperiode schon wieder zwei Anpassungen gehabt. Das heißt, auch da sind wir auf dem richtigen Weg, seit Jahren schon. Das heißt, das könnten wir so unterschreiben.

Und ich hatte gesagt, dieser funktionale Biotopverbund, den Sie hier ansprechen, ist das, was wir mit der Strategie „Respekt vor dem Insekt!“, die Minister Backhaus in seinem Hause erarbeitet, durchaus vorhaben.

Die Weidetierhaltung. Herr Backhaus sagt, jeder, der seine Tiere auf der Weide hält, ist ein Held.

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV: Echt?)

Danke, ich stecke mir den Orden auch gerne an.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ich auch. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Heldin!)

Echt, Herr Borschke, weil Sie sind nicht der Einzige. Ich gucke auch mal zum Referenten der CDU-Fraktion, der hat seine Kühe auch draußen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also es gibt durchaus in diesem Hause einige Heldinnen und Helden und von daher vielen Dank für diesen Orden! Den gebe ich gerne nach draußen weiter an all diejenigen, die das genauso tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Was ich ...

(Zuruf von Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Herr Borschke, da ich durchaus meine Tiere selbst ausmiste und auch meine Weide selbstständig pflege, weiß ich schon durchaus, was da so kreucht und fleucht. Das können Sie mir gerne glauben, und falls Sie daran nicht

glauben, dann lade ich Sie gerne zu mir nach Hause ein,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Martina Tegmeier, SPD)

dann können wir die Mistkäfer zusammen zählen gehen. Sehr gerne machen wir das.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Was ich aber eigentlich sagen wollte ...

Burkhard Lenz, auch du bist herzlich eingeladen!

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Präsidentin)

Was ich aber eigentlich sagen wollte, ist,

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

dass dieser Punkt, die Weidetierhaltung soll unterstützt werden, natürlich einer ist, der, wenn man sich mal die aktuellen Agrarumweltmaßnahmen anguckt, seit vielen Jahren praktiziert wird.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir haben das Sommerweideprogramm, wir haben das Grünlandextensivierungsprogramm und auch auf Bundesebene hat Till Backhaus sich dafür eingesetzt, dass wir auch eine sogenannte GV- oder Mutterschafprämie bekommen.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt in den Wäldern: Die Landesforstanstalt als einer der größten Waldbewirtschafter hier in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet seit vielen Jahren daran, dass entsprechend Naturverjüngung stattfindet. Wir haben zehn Prozent der Landeswaldfläche stillgelegt, die also gar nicht genutzt werden, wo viel Totholz zu finden ist. Und auch Totholz bildet am Ende die Grundlage für viel Leben.

Wir könnten uns jetzt mit all den weiteren Punkten abhandeln. Ich will noch mal vielleicht zwei, drei nur rausgreifen, die wir grundsätzlich unterstützen würden.

Sie haben unter Punkt 11 zum Beispiel den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Ich mag das Wort „Pestizide“ immer nicht so ganz gerne, weil es ja negativ belastet ist. Viele Wirkstoffe, die eingesetzt werden, sind wichtig, damit entsprechend gut produziert werden kann durch die landwirtschaftlichen Betriebe. Von daher hätte ich mir gewünscht, Sie hätten hier den Begriff „Pflanzenschutzmitteleinsatz“ genutzt,

(Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV:
Da muss ich Ihnen mal zustimmen.)

aber wünschen darf man sich ja viel. Grundsätzlich haben Sie auch da wieder einen Punkt aufgegriffen, den wir längst im Koalitionsvertrag auch auf Bundesebene stehen haben und wo ja auch die Bundeslandwirtschaftsministerin angekündigt hat, dass da jetzt endlich etwas kommen wird.

Punkt 13, die Lichtverschmutzung. Da, glaube ich, können Sie mal ein großes Lob aussprechen an diese Landesregierung, weil die nämlich so schnell wie wahrscheinlich sonst nie die Richtlinie angepasst hat. Wir hatten im Dezember den Antrag zu den insektenfreundlichen LEDs und ich habe es im Hinterkopf, dass im Januar oder spätestens im Februar das Energieministerium das schon umgesetzt hatte. Von daher eine großartige Leistung und herzlichen Dank an Christian Pegel an dieser Stelle!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Im Bereich Bildung läuft ja zum Beispiel „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ oder wir haben auch das Freiwillige Ökologische Jahr, wo viel passiert, was wir auch gerne weiter unterstützen wollen. Und natürlich sind auch die haupt- und nebenberuflichen Imkerinnen und Imker diejenigen, die seit vielen, vielen Jahren durch das Bienenzuchtzentrum, wo viel Landesgeld reingeflossen ist, unterstützt werden, sei es durch Genetik, sei es durch Beratung, sei es durch Ausbildung neuer Imkerinnen und Imker. Wir haben den Bienengesundheitsdienst bei der Tierseuchenkasse. Also viele, viele Punkte, die Sie hier aufgelistet haben, wo Sie uns guten Rückenwind mitgeben, für den wir danken. – Und damit danke ich für Ihren Antrag und für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Aßmann, ich habe Ihnen so gerne zugehört. Ich war jetzt völlig überrascht, dass ich jetzt wieder dran bin.

(Andreas Butzki, SPD: Ach so? –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Aber das muss ja nichts Böses bedeuten, nichts Schlimmes bedeuten.

(Andreas Butzki, SPD: Zum Thema!)

Herr Minister, zunächst möchte ich mich bei Ihnen bedanken – ja, wir sind jetzt in der Bedankensrunde – für den Hinweis auf die Vorbildfunktion von Mecklenburg-Vorpommern. Ich selbst habe das Glück gehabt, Anfang/Mitte der 90er-Jahre in einem DFG-Projekt mitzuarbeiten. Das nannte sich abgekürzt UsLaR – Unzerstörte störungsarme Landschaftsräume für zoologische Populationen mit großem Raumanpruch.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Das ist natürlich so ein Mittelaltertitel, wo man glaubt, dann kommen nur noch drei Seiten Text, aber dann ist dabei wirklich so ein dicker Wälzer herausgekommen.

Das, was mich am meisten bewegt hat, war die Tatsache, dass wir in vielen Populationen, ob das nun beispielsweise bestimmte Vögel sind, ob das der Dachs, der bei uns beispielsweise im Mittelpunkt stand, gewesen ist, Schreiadler, die deutschlandweit vielfach 80, 90, 95 Prozent der Gesamtbestände in unserem Land haben ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Dr. Weiß, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen. Es ist schön, dass Sie offensichtlich gerne mit Herrn Dr. Backhaus reden, aber ich würde Sie bitten, zum Plenum zu reden.

(Andreas Butzki, SPD: Zum Thema!)

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Ja, selbstverständlich.

Ich würde trotzdem an dieser Stelle das Thema noch mal aufgreifen. Wenn wir über 80 Prozent verschiedener Signaltiere, die ein Zeichen dafür sind, dass ihr ökologisches Umfeld vernünftig funktioniert, allein in unserem Bundesland haben, dann entspricht das genau dem, was wir auch unter Vorbildfunktion verstehen können, wo wir eine Vorreiterrolle besitzen, und, ich glaube, nicht einfach nur, um es in ein Eckpunktepapier des Bundes reinzuschreiben, sondern weil es notwendig ist, genau das zu bewahren. Um als Vorbild für andere zu gelten, müssen wir hier besonders den Finger auch auf die Stellen legen, wo es Strittigkeiten gibt, wo es Schwierigkeiten gibt, die Natur in dem Maße zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln, dass wir alle eine Zukunft haben.

Und insofern, Herr Lenz, das ist natürlich eine gute Frage, die Sie gestellt haben. Manchmal sind solche Formulierungen, wie „Verbesserung der Biodiversität“ oder „Bewahrung“ eher geeignet nachzuweisen, dass man über solche Begriffe nicht richtig nachgedacht hat. Wenn wir die Biodiversität beispielsweise erhöhen würden oder wollten, dann würde das ja bedeuten, wir wollen mehr Tiere, mehr unterschiedliche Tiere haben, als da sind, als in einem Ökoraum sind. Wollen wir denn neue Tiere erfinden? Dann kommt noch der Nächste und uns wird dann vielleicht noch Gentechnik angeboten oder so etwas. Es geht natürlich in erster Linie um die Bewahrung der vorhandenen Biodiversität und dann haben wir genau den Punkt erreicht, wenn wir das in der Lage sind umzusetzen, aus der Perspektive der Ökologen auch das auf den Weg zu bringen, was wir gerne möchten. Da haben wir dann überhaupt keine Strittigkeit.

Und auch, wenn ich beispielsweise die Deklination unserer einzelnen Punkte Revue passieren lassen wollte, ich werde da nicht elf Minuten überziehen, Frau Präsidentin, keine Angst, denn ich mache das überhaupt nicht. Ich nehme aber einen Gedanken auf und möchte vor allem diese Strittigkeit einiger Punkte glätten. Wenn es wirklich strittig ist, über bestimmte Punkte nachzudenken, dann würde ich erstens hier fliegend einen Änderungsantrag zum Begriff „Pestizideinsatz“ einbringen und dort dieses Wort „Pestizideinsatz“ durch „Pflanzenschutzmittel“ ersetzen, insbesondere deswegen, weil der Begriff „Pflanzenschutzmittel“ größer, weiter gefasst ist und etabliert ist, und damit hätten wir eine Sache bereits geheilt.

Ein zweites Moment des besseren Umgangs mit unserem Antrag würde möglicherweise darin bestehen, dass wir insbesondere im Punkt III eine Einzelabstimmung durchführen. Jetzt bin ich mir nicht sicher, ob das den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen würde.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn du das beantragst, dann ist es so.)

Aber ...

Genau.

... wenn ich das beantrage, würde ich natürlich jedem, der hier mit dem einen oder anderen Punkt Bauchschmerzen hat, entgegenkommen und wir hätten sicherlich die Möglichkeit, dann zufriedener aus dieser Abstimmungsrunde herauszugehen.

Einige, das sei vielleicht abschließend noch gesagt, bezweifeln nach wie vor, dass der Rückgang der Insektenbiomasse stattfindet. Und dann wird auf das massenhafte Auftreten von Ameisen, von Eichenprozessionsspinnern oder eingewanderten Populationen verwiesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, umgekehrt ist es in der Ökologie. Es vermehren sich genau dann spezielle Arten dort und zuerst, wo es für sie Lebensräume gibt, wo sich für sie Lebensräume auftun, ökologische Nischen ergeben. Und gerade weil viele Populationen verschwinden, kommt es dann dazu, dass es an der einen oder anderen Stelle umkippt. Wir sollten uns von solchen Dingen, die dann oftmals hochgekocht werden, nicht beirren lassen.

„Mehr Respekt vor dem Insekt!“ Wir stehen an dieser Stelle nicht nur an der Seite der Landesregierung, sondern wir wollen, dass wir hier gemeinsam etwas für unser Land, für unsere Umwelt, für unseren Lebensraum, für unser Leben und für unsere Zukunft tun, und da gehört das mit dazu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Die Anträge, denke ich, sind registriert worden. Warten wir, was die Abstimmung ergibt! – Danke.

(Beifall Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, Herr Dr. Weiß! Ich habe eine Nachfrage: Das heißt, Sie beantragen einmal die Änderung in der Nummer 11 „Pestizideinsatz“, Entschuldigung, für „Pflanzenschutzmittel“, und Sie wollen auch, dass wir jeden Punkt einzeln abstimmen?

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Unter III.

Präsidentin Birgit Hesse: Unter III.

Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 12.34 Uhr

Wiederbeginn: 12.40 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich stelle fest, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3599. Der Antragsteller hat beantragt, dass wir einzeln die Punkte abstimmen. Insofern beginnen wir mit der Abstimmung. Und zu der Ziffer 11 gibt es dann den Änderungsantrag.

Wir beginnen mit der Abstimmung.

Ich rufe auf die Ziffern I und II. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind I und II bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, bei Ablehnung durch die Fraktionen CDU und SPD, bei Enthalt-

tung durch die Fraktionen Freie Wähler/BMV und AfD abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, über die Ziffer III und alle aufgeführten arabischen Nummern 1 bis 16 einzeln abzustimmen. Wir kommen daher zur Abstimmung zu III, der einzelnen Ziffern.

Ich beginne mit der Ziffer 1. Wer der Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Ziffer 1 nicht zugestimmt bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktionen CDU und SPD, bei Stimmenthaltung durch die Fraktion Freie Wähler/BMV und Zustimmung durch die Fraktion AfD.

Damit kommen wir zur Ziffer 2. Wer der Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Ziffer 2 zugestimmt mit den Stimmen der LINKEN, SPD und CDU, bei Gegenstimmen durch die Fraktion AfD, bei Enthaltung durch Freie Wähler/BMV.

Damit kommen wir zur Ziffer 3. Wer der Ziffer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 abgelehnt mit den Stimmen der SPD und CDU, bei Zustimmung AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten und den LINKEN, Enthaltung durch Freie Wähler/BMV. Vielen Dank.

Damit kommen wir zur Ziffer 4. Wer der Ziffer 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen haben zugestimmt. Damit ist der Ziffer 4 zugestimmt worden.

Wir kommen zur Ziffer 5. Wer der Ziffer 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist die Ziffer 5 beschlossen.

Die Ziffer 6. Wer möchte der Ziffer 6 zustimmen? – Damit ist bei gleichem Stimmverhalten der Ziffer 6 zugestimmt.

Wir kommen zur Ziffer 7. Wer möchte der Ziffer 7 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 7 nicht beschlossen bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten, bei Gegenstimmen durch die SPD- und die CDU-Fraktion und Enthaltung durch die Fraktion Freie Wähler/BMV.

Wir kommen zur Ziffer 8. Wer der Ziffer 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Ziffer 8 bei gleichem Stimmverhalten nicht zugestimmt worden.

Wir kommen zur Ziffer 9. Wer der Ziffer 9 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 9 bei gleichem Stimmverhalten nicht beschlossen worden.

Wir kommen zur Ziffer 10. Wer möchte der Ziffer 10 zustimmen? – Wer stimmt nicht zu? – Damit ist die Ziffer 10 nicht beschlossen bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der AfD, des fraktionslosen Abgeordneten, der Freien Wähler/BMV mit den Gegenstimmen der SPD- und CDU-Fraktion.

Wir kommen zur Ziffer 11.

Dort gibt es den Änderungsantrag, der lautet, „Pestizideinsatz“ auszutauschen mit dem Wort „Pflanzenschutzmittel“. Wer der Ziffer 11 in dieser geänderten Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Elisabeth Aßmann, SPD: Stopp! „Pflanzenschutzmitteleinsatz“ sollte das heißen!)

Beantragt wurde, „Pestizideinsatz“ zu ändern in „Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“.

Damit stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab in der Ziffer 11. Wer mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt worden mit den Stimmen der LINKEN, der SPD- und der CDU-Fraktion, bei Gegenstimmen durch die Fraktion der AfD, der Fraktion Freie Wähler/BMV und dem fraktionslosen ...

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Sie haben die Enthaltungen nicht gefragt.)

Entschuldigung. Bei dem Änderungsantrag noch mal die Enthaltungsstimmen? –

(Torsten Renz, CDU: Sehr wachsam!)

Damit ist dem Änderungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion der LINKEN, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, bei Enthaltung einzelner Abgeordneter der AfD, und Ablehnung durch einzelne Abgeordnete der AfD zugestimmt.

Wir kommen damit zu der geänderten Ziffer 11. Wer der geänderten Ziffer 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 11 bei gleichem Stimmverhalten beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 12. Wer möchte der Ziffer 12 zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Ziffer 12 mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE, Fraktionen SPD, CDU – BMV war? –

(Burkhard Lenz, CDU, und
Torsten Renz, CDU: Abgelehnt. –
Bernhardt Wildt, Freie Wähler/BMV:
Wir haben abgelehnt! –
Torsten Renz, CDU: Wir auch.)

und einigen Stimmen aus der Fraktion AfD zugestimmt, bei Ablehnung einiger Mitglieder aus der Fraktion der AfD

(Manfred Dachner, SPD:
Einige Enthaltungen aus der AfD. –
Jens-Holger Schneider, AfD: Enthaltung.)

und Stimmenthaltung einzelner Abgeordneter.

Damit kommen wir zu Ziffer 13. Wer der Ziffer 13 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 13 abgelehnt mit den Stimmen der LINKEN, AfD, dem Fraktionslosen und bei Ablehnung der Fraktionen SPD und CDU.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Können wir das noch mal wiederholen?)

Bitte? Die 13 noch mal wiederholen?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die Abstimmung.)

Dann stimmen wir noch einmal ab die Ziffer 13. Wer der Ziffer 13 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 13 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, bei Zustimmung durch die Fraktion der LINKEN, der AfD und Enthaltung durch den fraktionslosen Abgeordneten, BMV, Entschuldigung, Freie Wähler/BMV.

Wir müssen noch einmal bitte die Ziffer 12 abstimmen. Wer mit der Ziffer 12 einverstanden ist, den bitte ich noch mal um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit wurde die Ziffer 12 abgelehnt bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Teilzustimmung oder Zustimmung durch teilweise Abgeordnete der AfD, bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU, Freie Wähler/BMV und teilweise Enthaltung durch Abgeordnete der AfD, teilweise Ablehnung durch die Abgeordneten der AfD und teilweise Enthaltung. Vielen Dank.

Damit rufe ich auf die Ziffer 14. Wer der Ziffer 14 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 14 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, bei Zustimmung durch die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, Freie Wähler/BMV, die Fraktion AfD und den fraktionslosen Abgeordneten.

Damit kommen wir zur Ziffer 15. Wer der Ziffer 15 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 15 abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der Fraktion AfD, dem fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung durch die Fraktion Freie Wähler/BMV.

Damit kommen wir zur Ziffer 16. Wer der Ziffer 16 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Ziffer 16 mit allen Stimmen der Abgeordneten zugestimmt worden.

(Torsten Renz, CDU: Nächstes Mal machen wir namentliche Abstimmung!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 44**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Notfallplan für Bootsflüchtlinge – „Sichere Häfen“ ermöglichen – keine Rückführung nach Libyen, Drucksache 7/3447.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Notfallplan für Bootsflüchtlinge –
„Sichere Häfen“ ermöglichen –
keine Rückführung nach Libyen
– Drucksache 7/3447 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Exodus – Jochebed legte ihren Sohn in einen Weidenkorb und übergab ihn dem

Fluss. Die Schwester des Pharaos rettete das Kind und es überlebte. Das Kind war Mose.

Rettung von Menschen aus dem Wasser ist seit Urzeiten humanes Handeln. Rettung von Menschen aus dem Wasser hat mit der Geschichte des Mose Einzug in jede Kultur und Religion gehalten, im Tanach, Buch Exodus, Kapitel 1 bis 15; in der Bibel im 2. Buch Mose, im Koran in der Sure 7 und der Sure 10.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Moses Geschichte geht weiter, Zitat: „Und er“ (Gott) „schrieb auf die Tafeln die Worte des Bundes, die Zehn Worte.“ Das fünfte Wort heißt: „Du sollst nicht töten.“ Für Katholiken und Lutheraner ist es das sechste Wort. Töten, was ist das? Wer den Tod findet, weil niemand hilft, wurde aus unserer Sicht auch getötet, Tod durch Unterlassen. Unsere Werte fußen auf das Christentum. Die Zehn Gebote sind unser ethisches Minimum. Sie betonen hier immer das christliche Abendland.

Im Nationalsozialismus verfassten Bischöfe einen Hirtenbrief über die Zehn Gebote als Lebensgesetz aller Völker. Zitat: „Tötung ist in sich schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt wurde.“ Und weiter, auch bezieht sich das auf die Tötung „an Menschen fremder ... Abstammung“. Tod durch Unterlassen ist in unseren Augen Mord.

Seit 2014 sind mehr als 18.000 Menschen auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen, ertrunken durch unterlassene Hilfeleistung. Warum übergab Jochebed Mose dem Wasser? Weil sie sich sicher war, er würde gerettet, oder weil er ohne die Übergabe an den Fluss sicher tot gewesen wäre, so als männliches Kind einer Hebräerin im Auftrag eines Pharaos.

Mehr als 80.000 Menschen konnten gerettet werden durch Seenotrettung, durch private Initiativen, nicht durch die EU. Die EU finanziert die libysche Küstenwache. Selbst aus internationalen Gewässern müssen Menschen mittlerweile nach Libyen zurückgebracht werden, zurück zu Folter, Vergewaltigung, Sklaverei und Mord, zurück in die Internierungslager der libyschen Milizen, zurück in den Tod.

Je härter und menschenverachtender Frontex agiert, je mehr Menschen sterben. Je mehr private Seenotrettung es gibt, je mehr Menschen überleben. Exodus: „Du sollst nicht töten“, auch nicht durch Unterlassung. 70 Jahre Grundgesetz, 70 Jahre „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mehr als 200 Abgeordnete des Bundestages haben in einem Osterappell europäische Seenotrettung verlangt, Abgeordnete von den LINKEN, von den GRÜNEN, von der SPD, von der CDU und von der FDP. Mehr als 200.000 Menschen in über 130 deutschen Städten sind in der Initiative „Seebücke“ aktiv. Mehr als 250 zivilgesellschaftliche Bündnisse, Organisationen und Akteure haben einen offenen Brief verfasst.

Die Zehn Gebote in Tanach, Bibel und Koran sind der ethische Minimalkonsens unseres Grundgesetzes, unseres Landes, das sich doch immer so auf das Christentum bezieht. Zitat: „Aber Fluch dem Menschen, der ... aufsteht und spricht: ‚Sie gelten nicht mehr.‘“ Das sagte Thomas Mann über Karl-Josef Kuschel. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis 120 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Bitte schön, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Kollegin Larisch, ich weiß nicht so richtig, was wir als Landtag mit diesem Antrag anfangen sollen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Er ist letztendlich wortgleich mit dem offenen Brief der zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Sie ja in Ihrem Antrag auch zitieren, der sich aber richtigerweise an die Bundesregierung, namentlich die Bundeskanzlerin richtet, zu Recht. Und wenn man sich diesen Brief durchliest, dann ist aus meiner festen Überzeugung – ich glaube, auch aus der festen Überzeugung aller Parlamentarier – davon grundsätzlich erst mal nichts falsch.

Ja, die Bundesregierung verhandelt bereits mit anderen europäischen Staaten über ein Verteil- und Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge, die im Mittelmeer gerettet werden. So hat der Europäische Rat einen neuen Ansatz zur Ausschiffung gefordert, also, dass in Seenot geratene Flüchtlinge das Rettungsschiff verlassen und an Land gehen dürfen. Rat und Kommission sollen in Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingswerk und der Internationalen Organisation für Migration ein Konzept für regionale Ausschiffungsplattformen in Drittstaaten ausarbeiten, und auch in der EU soll es auf freiwilliger Basis solche Möglichkeiten geben. An beiden Konzepten will sich die Bundesregierung beteiligen.

Hier ist aber ganz klar der Bund gefragt. So etwas hat das BMI und nicht eine Landesregierung zu entscheiden. Außerdem laufen die Verhandlungen hierzu in Deutschland und es ist auf die Hilfe der anderen Mitgliedsstaaten angewiesen, weil es eben keine alleinige Entscheidung ist. Und wie wir alle wissen, ist nicht Deutschland der Bremsklotz bei der Frage einer fairen Verteilung von Flüchtlingen, was, denke ich, auch gut aus dem Brief der Organisationen hervorgeht und die Bundeskanzlerin in ihrem Interview aus der letzten Woche mit der „Süddeutschen Zeitung“ deutlich gemacht hat. Die Sorgen um die Zukunft Europas sind berechtigt, wenn sich nicht alle Mitgliedsstaaten stärker als bisher für die EU einsetzen.

Unabhängig von diesen Verhandlungen ist es in der Vergangenheit aber auch immer wieder vorgekommen, dass Deutschland in konkreten Einzelfällen Migranten aufgenommen hat, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind, zuletzt gerade erst wieder im Fall der „Alan Kurdi“. Auch in diesen Fällen waren wir aber jeweils immer auf ein entsprechendes Zeichen des Bundesinnenministeriums angewiesen. Insoweit erübrigt sich der Punkt Ihres Antrages.

Das Gleiche in Grün gilt im Übrigen auch für den Punkt der sicheren Häfen. Rostock hat hier zuerst im letzten Jahr beispielsweise einen Antrag mit einer solchen politi-

schen Willensbekundung verabschiedet und auch andere Städte haben das bereits getan. Dagegen ist grundsätzlich erst einmal gar nichts einzuwenden, allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass nach der Migrationskrise in den Jahren 2015/2016 erst jetzt die Welle der aufenthaltsrechtlichen Verfahren auf uns zuläuft, die uns noch vor genug Herausforderungen stellen wird. Aber auch hier gilt, wenn über den Königsteiner Schlüssel hinaus Möglichkeiten geschaffen werden sollen, zusätzlich Schutzsuchende aufzunehmen, dann müssen dafür zuerst einmal auf Bundesebene die Voraussetzungen geschaffen werden. Auch hier ist also die Bundesregierung der richtige Adressat.

Und auch beim dritten Punkt, den Rückführungen nach Libyen, ist in erster Linie nicht die Landesregierung gefragt. Es ist gut, dass sich die Bundesregierung gegenüber anderen Mitgliedsstaaten dafür einsetzt, dass gerettete Menschen auch an einen sicheren Ort evakuiert werden. Für die Landesregierung kann ich jedoch sagen, dass das Thema „Rückführung nach Libyen“ für uns keines ist. 38 libysche Staatsangehörige halten sich überhaupt bei uns in Mecklenburg-Vorpommern auf, wovon lediglich drei Personen ausreisepflichtig sind, die allerdings im Besitz einer Duldung sind. Überhaupt ist zuletzt 2017 ein libyscher Asylbewerber nach Mecklenburg-Vorpommern zugezogen. Das entspricht im Übrigen den ebenfalls sehr geringen Bundeszahlen. Auch hat Mecklenburg-Vorpommern bislang nie nach Libyen abgeschoben und auch aus anderen Bundesländern ist mir nichts anderes bekannt.

Es ist noch völlig offen, wann das Thema der Rückführung nach Libyen überhaupt wieder auf der Tagesordnung steht. Aber der Lagebericht des Auswärtigen Amtes zur Situation in Libyen deutet nicht gerade darauf hin, dass so etwas zeitnah in Angriff genommen wird. Darauf spielen ja auch die Unterzeichner des Briefes an die Bundeskanzlerin an. Deshalb besteht auch überhaupt keine Notwendigkeit, dass sich die Landesregierung gegenüber dem Bund dafür starkmacht, Abschiebungen nach Libyen auf Grundlage des Artikels 33 der Genfer Flüchtlingskonvention zu verbieten.

Insofern frage ich mich schon ein bisschen, was genau jetzt eigentlich Anlass für diesen Antrag war. Gegen den Brief, auf den der Antrag abstellt, ist nichts einzuwenden. Er wurde an die richtige Stelle adressiert. Den Forderungen, die darin aufgemacht werden, wird bereits entsprochen oder sie sind sogar schon gegenstandslos. Von daher weiß ich nicht, welchen Mehrwert die Debatte heute bringt oder was die Landesregierung hier noch unternehmen soll. Deswegen empfehle ich die Ablehnung dieses Antrages und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Frau Larisch bleibt konsequent bei ihrer Linie, das muss man ihr lassen. Sie hat ja schon öfter ihre grundsätzliche Auffassung hier vertreten, dass es in erster Linie immer darauf ankommt, um wen es sich handelt, und wenn es sich um Menschen handelt, dann, das ist ihre Auffassung, sind die überall und egal, wo und warum, gleich zu behandeln.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Richtig!)

Sofern ist das ihre konsequente Linie, die ich zwar nicht teile, die aber jedenfalls konsequent vorgetragen wird.

Auf der anderen Seite sehe ich auf diesem Gebiet viel Heuchelei und viel Widersprüchliches,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dazu aber später.

Natürlich lehnen wir als AfD auch die Kernbegründung ab, nämlich diese moralische Überhöhung, mit der Sie Ihr Anliegen hier vortragen. Sie gehen sogar so weit, dass die, die letztlich dieser Ansicht nicht beitreten und dort nicht konkret helfen wollen, Mord durch Unterlassen begehen. Tötung durch Unterlassen, eine Straftat durch Unterlassen setzt immer voraus, dass man eine besondere Rechtspflicht zum Handeln hat. Da müsste man die erst mal begründen, dass wir hier in Deutschland grundsätzlich verpflichtet sind, Schiffbrüchigen- oder Seenotrettungen auf allen Meeren dieser Erde zu betreiben.

DIE LINKE macht sich also die humanitäre Sicht- und Argumentationsweise eines offenen Briefes von Hilfsorganisationen zu eigen und fordert unter dem Stichwort „Seenotrettung“ eine Aktivierung der Hilfsmaßnahmen für Bootsflüchtlinge im Mittelmeer, vor der Küste Libyens. Die AfD lehnt den Antrag ab.

Zuerst stellt sich die Frage nach einer rechtlichen Verpflichtung Deutschlands. Neben der Pflicht eines jeden Schiffsführers zur Seenotrettung besteht nach dem Übereinkommen über Seenotrettung nur für die Küstenstaaten eine solche Verpflichtung. Diese haben dazu bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem Rettungsleitstellen einzurichten, Personal zu stellen und so weiter. Das Zurückweisungsverbot nach Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention begründet kein Recht auf internationalen Schutz. Es erzeugt lediglich Schutz vor Ausweisung, Zurückweisung aufgegriffener Flüchtlinge, wenn ihnen im Rückführungsstaat Verfolgung droht. Es besteht also grundsätzlich für Deutschland keine Verpflichtung zur Rettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Anders verhält es sich bei den Grenzüberwachungseinsätzen der EU-Grenzschutzagentur Frontex und der 2015 gestarteten Operation „Sophia“. Hier greift die Seeaußengrenzenverordnung der EU vom 15.05.2014. In deren Kapitel III sind unter Artikel 9 Such- und Rettungseinsätze geregelt. Danach besteht eine Pflicht zur Seenotrettung. Kernauftrag der Operation „Sophia“ ist die Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke vor der libyschen Küste, daneben soll diese zum Kapazitätsaufbau der libyschen Küstenwache beitragen. Diese solle damit in die Lage versetzt werden, das Geschäftsmodell des Menschen schmuggels auf der zentralen Mittelmeerroute zu unterbinden, die Sicherheit in den libyschen Hoheitsgewässern zu verbessern und Such- und Rettungsaktionen durchzuführen. Damit soll ein Beitrag zur Stärkung staatlicher Strukturen geleistet werden.

Da sich die EU auf ein neues System der Verteilung der Flüchtlinge nicht einigen kann und Italien keine Flüchtlinge mehr aufnimmt und eine Einigung im Übrigen auch

nicht in Sicht ist, wurde die Mission vorerst gestoppt. Das Training der Küstenwache geht jedoch weiter.

Da sich die Aktivitäten der Operation auf die hohe See beschränken mussten, konnte die Schleuserei nicht wirklich bekämpft werden. Knapp 50.000 Migranten wurden gerettet beziehungsweise aufgegriffen und nach Italien gebracht. Die entscheidende Frage ist jedoch nicht die rechtliche, sondern eine politische: Wollen wir, dass die Flüchtlinge nach Europa kommen, und das heißt letztlich überwiegend nach Deutschland, oder wollen wir das nicht? Wenn nicht, dann kann man die Einsätze letztlich nur einstellen oder eine Rückführung in andere Länder vornehmen. Aus der Sicht der LINKEN steht, wie bereits gesagt, der Flüchtling als Mensch im Mittelpunkt. Wenn dieser in Seenot gerät, dann muss er gerettet werden. Das ist schlüssig und dagegen ist zunächst grundsätzlich nichts einzuwenden.

Aber natürlich darf eine Politik der Vernunft hier nicht stehen bleiben. Sie muss danach fragen, wo ein unbedingtes Ja am Ende hinführt und ob das gewollt sein kann. Ist das, was hier geschieht, eigentlich das, was man sich unter Seenotrettung vorstellt? Die Seenotrettung ist von Schleusern eingeplant und Teil der Schleusung.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Die Schleuser schicken die meist seeuntauglichen Boote aufs Meer und ziehen sich noch innerhalb der libyschen Küstengewässer zurück. Die Flüchtlinge werden dann, wie geplant, von der Marine oder privaten Rettungsschiffen von Nichtregierungsorganisationen aufgegriffen und nach Italien gebracht. Soldaten, die bei dem Rückkehrappell dabei waren, haben mir den Ablauf so geschildert:

In Sichtweite der Schiffe wird mit Messerstichen in die Schlauchboote nachgeholfen, um den Seenotfall sicher herzustellen. Der Seenotfall mit Aufgriff durch die Grenzschutzagentur oder ein anderes Rettungsschiff ist somit ein fest eingeplanter Etappenschritt auf dem Weg nach Europa. Mit einem klassischen Seenotfall hat das Ganze wenig zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Es handelt sich um illegale Migration, eben nur über das Wasser. An deren Beginn stehen die Schleuser, deren Auftrag von den Rettern erfolgreich zu Ende geführt wird. Dabei wissen die Schlepper mit ihren modernen Satellitenortungssystemen ganz genau, wo ein Rettungsschiff patrouilliert. Die Retter sind praktisch der verlängerte Arm der Schlepper und damit Teil deren Geschäftsmodells,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr richtig!)

und dieses lohnt sich, denn laut Frontex erhalten die Schleuser in den Sommermonaten 5.000 Dollar pro Migrant. Das macht bei einem Boot mit nur 100 Migranten bereits eine halbe Million US-Dollar aus. Der klassische Seenotfall liegt auch deshalb nicht vor, weil die Migranten nicht gerettet und an die nahe Küste, von der sie gestartet sind, zurückgebracht werden wollen, wie es sonst bei einer Seenotrettung vorgesehen ist. Nein, sie wollen eigentlich nicht gerettet, sondern nach Europa

gebracht werden. Deshalb ist die Fokussierung auf Seenotrettung rechtlich und politisch der falsche Ansatz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Verdammung der Schleuser als üble Kriminelle und die Willkommensheißung der Flüchtlinge schließen sich eigentlich aus,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn ohne Schleuser kämen die Flüchtlinge gar nicht ans Ziel. Die Schleuser sind, ungeachtet der kriminellen Begleitumstände, notwendige Helfer für die Flucht. Dennoch macht sich der Schleuser, auch wenn er sich nicht bezahlen ließe, wegen Einschleusens von Ausländern nach Paragraph 96 Aufenthaltsgesetz strafbar. Mit dieser Vorschrift wurde eine entsprechende Richtlinie der EU umgesetzt. Genauso machen sich die sogenannten NGOs strafbar,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn es nicht um die konkrete Rettung, sondern die Verbringung von Migranten nach Europa geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie bedenklich die Aktivitäten dieser Organisationen sind, zeigt ein vom Schweizer Fernsehen ausgestrahltes Wettrennen zwischen einem NGO-Schiff und der libyschen Küstenwache, um ein Schlepperboot zu erreichen. Anstatt die Küstenwache ihre mit EU-Geldern finanzierte Arbeit machen zu lassen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

wollte man um jeden Preis die Migranten selbst aufgreifen und nach Europa verbringen. Je dichter die Überwachungen, je sicherer die Rettungen, desto mehr werden sich auf den Weg begeben. Solange eine Seenotrettung gleichbedeutend ist mit dem Zugang zu Europa, wird der Zustrom von Migranten auf diesem Wege nicht abreißen. Angesichts des Elends in der Welt, insbesondere in Afrika, sowie des dortigen enormen Bevölkerungszuwachses ist ein Ende der Zuwanderung, so man diese nicht unterbindet, nicht abzusehen. Im Gegenteil, der Migrationsdruck wird zunehmen.

Die „Zeit“-Journalistin Mariam Lau hat im Juli 2018 die moralische Überhöhung der NGOs mit deutlichen Worten kritisiert, Zitat anfang: „Das Ertrinken im Mittelmeer ist ein Problem aus der Hölle, ein politisches Problem, zu dessen Lösung die private Seenotrettung null und nichts beizutragen hat.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Denn Politik besteht eben nicht darin, das vermeintlich Gute einfach mal zu machen, sondern die Dinge im Zusammenhang zu betrachten und auch die Nebenwirkungen gut gemeinten Handelns. Die Retter sind „Teil des Geschäftsmodells der Schlepper“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

„Je mehr gerettet wird, desto mehr Boote kommen – so einfach ist das, und so fatal.“ Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es stellt sich somit zwingend die Frage einer Begrenzung, denn die Aufnahmebereitschaft und die Aufnahmefähigkeit sind in jedem Land begrenzt. Das kann vernünftigerweise niemand bestreiten.

Zudem stellt sich eine Gerechtigkeitsfrage: Ist es wirklich gerecht, diejenigen, die die Schleuser bezahlen konnten, hier aufzunehmen, und die noch viel Ärmeren ihrem Schicksal zu überlassen?

Ein Weiteres kommt hinzu: Was passiert denn mit den Flüchtlingen, wenn wir sie ins Land lassen? Wenn alles nach Recht und Ordnung lief, müsste der allergrößte Teil, bei dem es sich um Wirtschaftsflüchtlinge handelt, unser Land wieder verlassen. Faktisch würden allerdings die meisten trotz Ausreisepflicht mit oder ohne Duldung hierbleiben, mit der vagen Aussicht auf Integration mit vielen Fragezeichen. Dennoch wären sie im Vergleich zu den Verhältnissen im Herkunftsland mit der ihnen zustehenden Rundumversorgung im Paradies angekommen. Die paradiesischen Zustände haben aber ihren Preis und den müssen andere bezahlen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Was ist die Alternative? Zunächst sich darauf zu besinnen, was als These völlig unbestritten ist, die Bekämpfung der Fluchtursachen hat Vorrang. Mittel mit bestmöglicher Wirkung einzusetzen, das heißt, mit denselben Mitteln, die wir hier für die Bewältigung der Migration ausgeben, lässt vor Ort ein Vielfaches an Wirkung erzielen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Förster, Ihre Redezeit ist schon eine halbe Minute überschritten. Ich habe die ganze Zeit die Lampe gedrückt. Es sind zehn Minuten zur Einbringung angemeldet worden.

Horst Förster, AfD: Es ist keine Einbringungsrede.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ach so, okay, entschuldigen Sie! Entschuldigen Sie, ja, alles klar!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber der Versuch war nicht schlecht.)

Horst Förster, AfD: Jetzt war ich schon ganz verwirrt. Also darf ich noch mal da weitermachen. Ich habe schon besonders schnell gesprochen.

So, was ist die Alternative? Zunächst sich darauf zu besinnen – ich muss das wiederholen, weil ich sehr schnell geredet habe –, was als These völlig unbestritten ist, nochmals, Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort, Mittel mit bestmöglicher Wirkung einzusetzen, das heißt, mit denselben Mitteln, die wir hier für die Bewältigung der Migration ausgeben, lässt sich vor Ort ein Vielfaches an Wirkung erzielen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genauso ist es.)

Dennoch ist es völlig unrealistisch, dass auf diesem Feld kurzfristig wesentliche Erfolge zu erzielen sind. Im Gegenteil, bessern sich die Verhältnisse, dann schwillt die

Flucht zunächst an, weil mehr Migranten die Schlepper bezahlen können. Und was bei allen Schuldzuweisungen zu kurz kommt, sind die afrikanischen Politiker und Regierungen, die die Hauptverantwortung dafür tragen, dass ihre Länder nicht auf die Beine kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Natürlich kann uns die Lage in Libyen und einer Region vor unserer Haustür nicht gleichgültig sein. Wir haben ein Ordnungsinteresse an stabilen Verhältnissen und funktionierenden staatlichen Strukturen. Die fortsetzende Hilfe beim Aufbau der libyschen Küstenwache ist deshalb zu begrüßen. Am Ende des Tages lautet die Frage aber ganz einfach: Wollen wir die Migration unbedingt zulassen oder nicht? Wollen wir selbst bestimmen, wer zu uns kommt, oder halten wir die Türen aus humanitären Gründen für jeden offen, der um Schutz nachsucht? Wer das will, muss sich dazu erklären, bis zu wie viel Millionen das gelten soll und wie die sich daraus ergebenden Aufgaben bewältigt werden sollen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genauso ist es.)

Wer das nicht will, muss die Frage beantworten, ob sich Europa abschotten soll. Ja, genau dies ist auf lange Sicht die einzige Alternative, um Chaos an unseren Grenzen und im Inneren zu verhindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Abschottung heißt nicht, sich vom Elend abzuwenden und die Flüchtlinge ertrinken zu lassen. Abschottung heißt nichts anderes als eine konsequente Sicherung der Außengrenzen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und konsequente Rückführung der Migranten in ihr Herkunftsland oder jedes andere europäische Land. Abschottung heißt, das Wort „Asyl“ als Türöffner für den Eintritt in Europa im Mittelmeer zu versenken und dafür eine geordnete Migration, wie es sie schon immer im verträglichen Maße zum beiderseitigen Vorteil gegeben hat, zuzulassen. Abschottung ist kein Akt der Inhumanität, es ist das ehrliche Wort für Sicherung der Außengrenzen, wenn man den Begriff „Sicherheit“ nicht seines Inhalts entleert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist, werte Kolleginnen und Kollegen, nur eine Frage der Zeit, bis sich diese schlichte Erkenntnis durchgesetzt hat. Im Satz der Kanzlerin, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, findet diese Aussage bereits ihre grundsätzliche Bestätigung. Abschottung und Aufhebung des Fluchtanreizes, wie auf der Balkanroute vorgemacht, von Deutschland als dem Hauptprofiteur heuchlerisch beschimpft und zugleich mit dem Ruf nach Sicherung der Außengrenze gefordert, heißt nicht, dass uns das Schicksal der Flüchtlinge aus Libyen und sonst in der Welt gleichgültig sein kann.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber Politik muss mit Vernunft und Weitsicht gemacht werden. Mitleid und Mitgefühl sind eine Tugend, sie dürfen aber nicht die bestimmende Größe sein. Es geht bei

der Migration auch um unser Land und seine Identität, es geht um unser Europa mit seiner in Jahrhunderten gewachsenen Identität in abendländischer Vielfalt, es geht um unser gemeinsames kulturelles Erbe, das es zu bewahren gilt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wer meint, eine millionenfache Migration aus für uns kulturfremden Ländern sei damit verträglich, der irrt folgenscher und versündigt sich an seinem Land und an Europa,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn er sät auf lange Sicht Unruhe und Unfrieden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete!

Frau Larisch, der Innenminister hat erklärt, dass die Landesregierung keinen Handlungsbedarf sieht, weil da viel gemacht wird in dieser Richtung, und Sie haben der AfD noch einmal zwei Tage vor der Europawahl die Plattform geboten,

(Zuruf vonseiten der Fraktion
der AfD: Die Wahrheit zu sagen. –
Jens-Holger Schneider, AfD: Frau Tegtmeier,
haben Sie überhaupt zugehört?!)

ihr menschenverachtendes Weltbild hier darzustellen.

Ich habe ganz genau zugehört. Ich habe zum Beispiel vernommen, dass Herr Förster ziemlich am Anfang seiner Rede gesagt hat oder Frau Larisch vorgeworfen hat, sie möchte, dass alle Menschen gleichbehandelt werden. Das möchten Sie nicht, ich möchte das auch.

Den Osterappell zur Seenotrettung, hinter dem sich noch einmal viele Bundestagsabgeordnete fast aller Fraktionen, der AfD natürlich nicht, versammelt haben, kann ich nur voll unterschreiben, und ich glaube, im Namen vieler meiner Kolleginnen und Kollegen zu sprechen und zu sagen, dass sie das auch können.

Menschen, die auf hoher See in Seenot geraten, vor dem Ertrinken zu retten, ist ein humanitärer Imperativ, so steht es hier in dem Appell und dem kann man nicht widersprechen. Und zu der humanitären Pflicht, steht hier weiter, gehört auch, dass Menschen aus Seenot gerettet und gemäß internationalem Recht in Sicherheit gebracht werden müssen.

Ich bitte, Folgendes im Kontext zu sehen – ich merke ja schon, dass es hier so läuft, dass Sie mir nicht glauben, dass Herr Förster das gesagt hat, im Protokoll werden Sie das wiederfinden –: Herr Förster sagte, dass, wenn man als durch einen Schlepper aufs Mittelmeer gebrachter Mensch dort absäuft, das erst mal kein Fall ist, der unter Seenotrettung zu verstehen ist.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Was erzählen Sie denn da?!)

Das hat er gesagt. Er hat ausgeführt, was man unter Seenotrettung zu verstehen hat

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

und dass das ja wohl nicht dazugehören würde. Er hat hier angeführt, die Boote würden durch Schlepper auf See gebracht, teilweise extra angestochen, damit sie untergehen und die Menschen gerettet werden müssen.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Genau, das sind Tatsachen.)

Das hat er hier als Beispiel angeführt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Eine Zeugenaussage
derer, die bei der Rettung dabei waren!)

Ich habe gerade gesagt, das hat er hier als Beispiel angeführt, dem stimmen Sie ja offensichtlich zu. Warum regen Sie sich da so auf? Das verstehe ich jetzt nicht wirklich.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Weil Sie was
von menschenverachtend erzählt haben!)

Ich habe von Humanität gesprochen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich habe von Humanität gesprochen. Das Wort „christliche Nächstenliebe“ will ich hier jetzt gar nicht erst bemühen

(Tilo Gundlack, SPD:
Die wissen nicht, was das ist.)

oder „humanitäres Gewissen“.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das hat damit überhaupt nichts zu tun. –
Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Wir sehen den Menschen als solchen, der dort vor Ort ertrinkt und jeder Mensch, der dort ertrinkt,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ist einer zu viel.)

egal auf welchem Wege er sich auf dem Mittelmeer befindet oder auf welchem Weg er gekommen ist, ist ein Mensch zu viel, der dort ertrinkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und ich würde auch keinen Unterschied machen, ob ich ein Touristenschiff hier habe, das in Seenot gerät und die Menschen gerettet werden müssen,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das ist eine Selbstverständlichkeit.)

oder ob es ein Schlauchboot mit Flüchtlingen ist, das hier untergeht und wo die Menschen gerettet werden sollen. Das ist auch der Grund, warum in dem Wahlprogramm

der SPD genau die Kernpunkte dieses Appells aufgenommen worden sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Wir möchten, dass diese Menschen gerettet werden, ohne Wenn und Aber. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion wird den Antrag ablehnen. Der Antrag vermengt zwei völlig unterschiedliche Dinge: Auf der einen Seite diskutieren wir über Seenotrettung und auf der anderen Seite über Asylrecht oder Einwanderung. Beide Bereiche vermengt der Antrag und führt damit eine rechtlich falsche und auch inhaltlich unlogische Argumentationslinie. Man könnte auch sagen, es sind gewisse unfaire Argumentationen, die hier verwendet werden.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich will das kurz erläutern. In Seenot geratene Menschen müssen immer ohne Ausnahme gerettet werden. Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist Ausdruck von Menschlichkeit. Seenotrettung ist allerdings nicht nur ein humanitäres Gebot oder von mir aus auch, wie Frau Larisch abgeleitet hat, ein religiöses Gebot. Das muss jeder mit sich selbst ausmachen, aber es ist eben einfach auch rechtlich vorgeschrieben. Seenotrettung ist völkerrechtliche Pflicht.

Nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1994 verpflichtet jeder Staat, Zitat, „den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes ..., jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten“. Es gilt also unabhängig davon, wo sich ein in Seenot geratenes Schiff befindet. Es spielt auch keine Rolle, welche Staatsangehörigkeit die Betroffenen haben. Auch der Status des Betroffenen ist nicht relevant. Ich bin selbst in der Wasserrettung tätig. Es ist natürlich jetzt nicht die richtige Seenotrettung, aber man weiß, wie es ist, wenn Leute, die sich auf dem Wasser befinden, in einer Notsituation sind. Wir retten da jeden, und da ist es also vollkommen egal, was das für jemand ist, warum er in die Notsituation geraten ist. Also jeder, der sich in dieser Notlage befindet, ist zu retten, und selbst, wenn es hier im Vorfeld eine Handlung von Schleusern gab und es befinden sich deshalb Menschen in einer Seenotlage, auch dann müssen sie natürlich gerettet werden.

Aber Seenotrettung darf nicht vermengt werden mit der Gewährung von Asyl.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Ist ein Küstenstaat oder ein Flaggenstaat, also der Staat, unter dessen Flagge das Schiff fährt, völkerrechtlich zur Rettung auf See verpflichtet, so ist es ihm freigestellt, wie er dieser Pflicht nachkommt, das heißt mithilfe welcher Einrichtungen und Verfahren.

(Beifall Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV)

Das ist eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates. Das Seevölkerrecht bestimmt keinen rechtlichen Rahmen für innerstaatliche Angelegenheiten. Asylrecht und Einwanderung liegen nun einmal in der Zuständigkeit der nationalen Staaten. Damit begründet die völkerrechtliche Hilfeleistung bei Seenot keine Ansprüche der geretteten Menschen auf die Gewährung von Asyl. Daher können Seenotrettung und Asylrecht nicht als deckungsgleiche Begründung für die Rettung und Aufnahme von Flüchtlingen verwendet werden.

Zusammenfassend ist klar zu sagen: Was konkret ein sicherer Hafen – und das ist ja immer so der Begriff oder der sichere Ort, der auftaucht in den Vorschriften –, was konkret dieser sichere Hafen im Sinne der Seenotrettung ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab. Hierbei steht dem Kapitän ein Ermessen zu. Entscheidend ist, dass der sichere Ort dann erreicht ist, wenn die Rettungsmaßnahme beendet ist. Damit ist jedenfalls klar, dass Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit den sicheren Orten im Sinne der Seenotrettung für Notfälle im Mittelmeer gemeint sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist eine Vermischung der Seenotrettung mit Asylrecht, die wir zurückweisen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Larisch, wenn man Ihren Redebeitrag betrachtet, bezogen auf das, was Sie ausgeführt haben, dann muss ich sagen, der Redebeitrag war in Ordnung. Wenn man jedoch – und das ist ja auch unsere Aufgabe – so einen Redebeitrag möglichst in einen Kontext bringen will, nämlich zum Antragstext beziehungsweise zum gesamten Verfahren und zur politischen Situation und dazu, ob es eine politische Frage ist oder ein politisch größeres Thema, dann fehlt mir dieser Zusammenhang, und deswegen kann ich, wie gesagt, den Redebeitrag an sich akzeptieren, aber wie das Thema damit abgearbeitet werden soll, erschließt sich aus meiner Sicht eben nicht. Und ich glaube auch, gerade die zwei Juristen, die hier noch mal gesprochen haben, haben jetzt ausreichend gewürdigt die rechtliche Frage, auf die ich mich nicht weiter beziehen möchte, wie da das Verfahren genau sein sollte.

Ich will aber doch eher eine politische Diskussion zu diesem Thema führen, weil ich glaube, das ist auch auf alle Fälle angebracht, und mich verwundert schon, dass keiner meiner Vorredner sich noch mal versucht hat zu erinnern – vielleicht ist es für Sie auch nicht so wichtig, ich will es nämlich dann tun –, wie dieser Antrag überhaupt zustande gekommen ist.

Am 03.04. gab es diese Institutionen, die sich versammelt und einen offenen Brief geschrieben haben, ungefähr 250, und wenn Sie sich noch richtig erinnern, gab es ja eine Antragsfrist für den damaligen Landtag. Diese hat DIE LINKE verstreichen lassen, bewusst oder unbewusst, das weiß ich nicht mehr ganz genau. Auf alle Fälle kam es dann zum Dringlichkeitsantrag am 10.04., und wie das dann so mit Dringlichkeitsanträgen und Pressemitteilungen

in diesem Zusammenhang immer ist, da wird ja sonst was unterstellt, wenn man das nicht gleich behandelt und beschließt, dann geht da was unter. Jetzt ist nach dem 10.04., nach Antragstellung beziehungsweise dem offenen Brief zu diesem Thema, so, wie es angegangen wurde politisch in der Öffentlichkeit durch diese Vereine und Verbände, nach meinem Kenntnisstand nichts mehr passiert, und auch vonseiten der LINKEN habe ich seit diesem Tage zu diesem Thema nichts mehr gehört. Es war in dem Sinne Funkstille, und da werfe ich Ihnen in dieser Phase heute doch wieder gezieltes politisches Handeln vor

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

und will Sie auch nicht aus der Verantwortung lassen. Und wenn man sich dann diesen Antrag auch anschaut mit den Teilüberschriften, „Notfallplan für Bootsflüchtlinge“, „Sichere Häfen ermöglichen“, „Keine Rückführung nach Libyen“, das sind aus meiner Sicht alles Stichworte, die zu dem Gesamtthema „Migration, Asylpolitik“ et cetera passen. Deswegen bin ich auch gar nicht bereit, nur auf einzelne Punkte, so, wie Sie sie uns hier vorlegen, zu antworten und zu diskutieren, weil ich glaube, dieses Thema kann man nicht als ein Einzelteil eines Puzzles betrachten, sondern das muss man als Gesamtgebilde betrachten.

Deswegen erfordert dieses Thema eben keine Symbolpolitik oder keinen Aktionismus, sondern strukturiertes Vorgehen, und zwar gekennzeichnet durch verantwortungsvolles Handeln aus Sicht der Europäischen Union, aber – und das will ich auch deutlich an dieser Stelle sagen – immer unter der Berücksichtigung nationaler Interessen. So müssen wir dieses Thema diskutieren und die politischen Positionen, die in diesem Zusammenhang ausgetauscht werden. Schwarz-Weiß-Politik ist hier nicht angebracht, denn Schwarz-Weiß-Politik ist, auf der einen Seite uns völlig abzuschotten und auf der anderen Seite eine Politik zu fahren, die alles und jeden herzlich willkommen lässt. Das kann nicht die Lösung der Europäischen Union und auch insbesondere nicht die Lösung von Nationalpolitik, von nationalem Interesse von Deutschland sein.

Deswegen formulieren wir als Union klar und deutlich die Punkte, die nämlich dazu führen, dass diese Tragödien, die dort ablaufen für jeden Einzelnen, eben nicht stattfinden. Und ich will Ihnen das jetzt ersparen, unser gesamtes Wahlprogramm hier vorzustellen, aber ich glaube, es ist schon stichpunktartig notwendig, dass wir diese Maßnahmen benennen, die dazu führen, dass das, was dort im Mittelmeer abläuft, nicht stattfindet.

Das ist erstens ein wirksamer Außengrenzschutz und da sagt die CDU/CSU ganz deutlich: „FRONTEX soll auf mindestens 10.000 zusätzliche Grenzschützer mit direkten Eingriffsrechten anwachsen. FRONTEX benötigt die Befugnisse, die klaren Vorschriften zur Grenzkontrolle und den Einreisebestimmungen an den europäischen Außengrenzen in Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten durchzusetzen.“

Zweiter wesentlicher Punkt ist, illegale Migration muss bekämpft werden, das heißt, effektives Vorgehen gegen Schlepperbanden und ein wirksamer Schutz in diesem Zusammenhang mit den Außengrenzen.

Und ein dritter wesentlicher Punkt, der uns allen am Herzen liegen sollte in Deutschland und damit in Europa, dass wir Ordnung und Humanität zur Grundlage nehmen, und

diese Ordnung, die wir hineinbringen müssen, benötigen wir auch. Das heißt ganz klar, dass wir uns in diesem Zusammenhang mit Ordnung und Humanität auf der einen Seite auf unsere humanitären Verpflichtungen besinnen und dem nachkommen, aber auch dafür sorgen, dass will ich deutlich an dieser Stelle sagen, dass die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Europa und nach Deutschland kommt, möglichst niedrig ist, dauerhaft niedrig und auch so bleibt.

Das ist Ansinnen unserer Politik. Das beinhaltet Maßnahmen, die dem einen oder anderen so politisch nicht passen, wie zum Beispiel die Benennung der sicheren Herkunftsstaaten. Da will ich noch mal ausdrücklich sagen, dass die CDU dafür steht, Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien hier zu benennen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Wir können politisch in diesem Lande auch so weitermachen, indem wir eben mit unserer Politik, mit unseren Interessenvertretern in Europa nicht schnell genug vorankommen und handeln. Das können wir weiter so machen,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

aber ich sage Ihnen, das führt dazu, dass das Vertrauen in Politik, was dann Europa betrifft, schwinden wird, und daran können wir alle kein Interesse haben.

Deswegen sage ich Ihnen, die Wahlen sind so wichtig, es ist wichtig, dass die Punkte, die ich hier eben benannt habe in der Debatte, ganz klar und nicht weiterhin zögerlich umgesetzt werden. Nämlich das trägt dazu bei, dass Stabilität in der Europäischen Union bestehen bleibt. Wolfgang Schäuble hatte heute Morgen in einem Interview gesagt, ganz wichtig ist das „Stabilitätsempfinden der Bevölkerung“. Wenn wir nicht endlich konkret handeln, und zwar so, wie ich das benannt habe, nicht ein Puzzleteil uns rauschauen, sondern das Thema in Gänze in Angriff nehmen, wenn dieses Stabilitätsempfinden durch Nichthandeln in der Bevölkerung absinkt – oder man könnte auch sagen, wir die Bevölkerung nicht mitnehmen –, dann bekommen wir alle ein Problem, und daran kann ein Demokrat, der Deutschland und die Europäische Union vertritt und das als Grundlage seines Handelns nimmt, nicht interessiert sein.

Insofern war es noch mal richtig, dass wir uns hier heute ausgetauscht haben. Wir werden aus den von mir vorgebrachten politischen Gründen Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Also mit dem Alten oder Neuen Testament in der Hand Politik zu machen, das kennt man ja eher von verschiedenen amerikanischen Präsidenten, aber nicht von Abgeordneten der Linkspartei.

Zu Ihrem kleinen Ausflug in die Bibel: Mose wurde damals ja nicht gerettet aufgrund irgendwelcher Flüchtlingskonventionen, sondern weil Gott eine Mission für ihn hatte,

und die bestand darin, das Volk Israel aus der Gefangenschaft zu führen, und zwar direkt hinein in das verheißene Land. Und dort liegt heute der Staat Israel, der sein Existenzrecht mit genau diesen biblischen Vorkommnissen begründet. Das heißt, wenn Sie Ihre Flüchtlingspolitik mit dem Alten Testament jetzt hier irgendwie rechtfertigen wollen, dann müssen Sie und Ihre Partei künftig auch das Existenzrecht Israels vorbehaltlos anerkennen.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Das tun wir, Herr Arppe!)

Und da gibt es sicher einige in Ihrer Partei, die Moses unter diesen Umständen dann ein anderes Schicksal gewünscht hätten,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

aber das nur am Rande.

Israel ist übrigens ein Land, das seine Grenzen schützt und trotzdem weltoffen ist, die einzige Demokratie in dieser Region der Welt. Aber man weiß dort eben auch, man kann nicht alle Mühseligen und Beladenen dieses Erdballs dort und auch nicht hier in Europa aufnehmen. Das müsste eigentlich jedem klar sein.

Der Wissenschaftler Gunnar Heinsohn hat in seinen wissenschaftlichen Arbeiten und Berechnungen immer wieder darauf hingewiesen, das uns in Afrika in der Tat eine demografische Katastrophe nicht nur bevorsteht, sondern auch schon auf dem Wege ist, auf die man zweifellos Antworten finden muss. Das kann aber nicht bedeuten, dass wir jetzt quasi Fährverbindungen einrichten zwischen Afrika und Europa, sondern das kann nur bedeuten, dass wir die Fluchtursachen, von denen immer so viel geredet wird, angehen und da auch mal ein bisschen auf Experten und vor allen Dingen auf die Afrikaner selbst hören. Nämlich wir tragen zum Beispiel mit der Entwicklungshilfepolitik ein gerüttelt Maß dazu bei, das die Zustände in Afrika sind, wie sie derzeit sind. Das sagen auch viele Afrikaner selbst. Afrikanische Ökonomen, auch der Präsident Ruandas, der derzeitige Präsident Ruandas hat zum Beispiel gesagt, die Entwicklungshilfepolitik des Westens ist das Schlimmste, was Afrika jemals passieren konnte. Das ist sicher etwas drastisch ausgedrückt, aber darüber kann man mal nachdenken.

Auch der deutsche Diplomat und Exbotschafter in verschiedenen afrikanischen Ländern, Volker Seitz, hat in seinen Büchern und Vorträgen wiederholt darauf hingewiesen, dass die derzeitige Politik des Westens gegenüber Afrika vor allen Dingen einschließlich der Entwicklungshilfepolitik mit verantwortlich ist dafür, dass jetzt so viele Menschen aus Afrika sich auf den Weg machen, wofür wir diesen Menschen natürlich keinen Vorwurf machen, das muss auch ganz klar gesagt werden. Aber hier gilt es, völlig neue Ansätze zu finden, und darüber ist heute hier leider noch gar nicht groß diskutiert worden. – Vielen Dank.

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Ohne Applaus.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Arppe, ich verahre mich gegen den Vorwurf, dass ich, meine Partei oder meine Mitstreiter oder hier irgendwer in diesem Parlament das Existenzrecht des Staates Israel nicht akzeptiert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Christoph Grimm, AfD)

Sollten Sie das wiederholen, dann werde ich über andere Sachen nachdenken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Oh, jetzt
haben wir aber Angst!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das internationale Seerecht ist eines der ältesten niedergeschriebenen Völkerrechtsregelungen.

(Burkhard Lenz, CDU: Da hat sie recht.)

Eine kleine Fahrt in die Geschichte: 1802 zum Beispiel in Memel, dem heutigen Klaipeda, hat es begonnen, dass man darüber nachdachte, dass Fischer Menschen auf dem Meer retten. 1854 sank ein Auswandererschiff vor Spiekeroog – die „Johanne“. Die Proteste danach waren sehr groß, denn die Bewohnerinnen und die Bewohner von Spiekeroog plünderten nämlich einfach das Schiff und retteten die Menschen nicht. Und das führte dazu, das wir heute nach langem, langem noch mal Umändern die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger unter anderem haben.

(Burkhard Lenz, CDU:
Wann ist die gegründet?)

Das internationale Seerechtsübereinkommen von 1982, in Deutschland nochmals verabschiedet 1994, spricht ganz klar von Suche und Rettung auf See und Verbringung in sichere Häfen.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Libyen ist aber kein Land mit sicheren Häfen. Die NATO bombte Libyen 2011 ja erst ins Chaos. Die Grenzen zu Tunesien und Ägypten sind den Flüchtlingen verschlossen. Milizen kontrollieren das Land,

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Internierung und Folter sind in Libyen Alltag. In Libyen geht es um Öl, es geht nicht um Menschen. Die EU-Kommissare haben gerade Ungarn gerügt, gerügt wegen des Umgangs mit Geflüchteten, gerügt wegen der Kriminalisierung der Helfenden. Wie können Sie Libyen als sicheren Hafen bezeichnen? Wie können wir dann nicht erst recht Libyen sanktionieren? Wie können Sie Seenotretter kriminalisieren?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das tun die selbst.)

Wann haben wir uns von der Humanität verabschiedet? Die Verweigerung der Einfahrt in einen sicheren Hafen ist ein klarer Verstoß gegen das Seerecht. Es ist die Missachtung der UN-Menschenrechtscharta. Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Eine staatliche Seenotrettung anstatt noch mehr Frontex – nur das beendet das Sterben im Mittelmeer.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Ich zitiere mal kurz aus unserem Antrag: „Die Genfer Flüchtlingskonvention“

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

„trat am 22. April 1954 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Artikel 33 der Konvention besagt: „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit, wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.““

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

In Libyen ist das Leben aller Menschen bedroht. Sie werden gefoltert, sexuell versklavt, Frauen und Kinder werden vergewaltigt, Mütter werden angerufen, dass sie für ihre Kinder bezahlen müssen, und dann werden sie auf diese Boote gesetzt. Das ist grausam und das müssen wir beenden.

Und Sie, werte AfD-Fraktion, werfen uns LINKEN immer vor, dass wir etwas mit dem Mauerbau zu tun haben. Soll ich Ihnen mal was sagen? Sie sind die, die neue Mauern bauen. Wir haben gelernt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Wir haben gelernt, Mauern töten. Sie bauen neue Mauern und Sie bauen neue tödliche Grenzen mit Ihrer Abschottungspolitik. Wir haben gelernt, nicht Sie! Wir ehren die Retterinnen und Retter von Flüchtlingen, sie sind für uns Helden und Heldinnen,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

unter anderem die mutigen Menschen im Nationalsozialismus,

(Zurufe von Burkhard Lenz, CDU,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

die Jüdinnen und Juden über Grenzen schmuggelten, sie schleusten,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sie versteckten und ihnen das Leben retteten. Sie retteten sie vor dem Gas und vor der Erschießung, so, wie heute Menschen auf dem Mittelmeer Menschen retten, die wieder in Internierungslager kommen, die wieder getötet werden, die versklavt und gefoltert werden.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Wir nennen Sie Heldinnen und Helden, nicht Schlepperinnen und Schlepper und nicht Schleuser und Schleuserinnen. Wir können heute und hier einfach symbolisch Menschen retten oder wir können sie weiter ertrinken lassen. Wir können die Menschen in Deutschland versorgen, in Europa verteilen, in Europa gut versorgen, oder wir können sie weiter den Mördern und Folterern in Libyen ausliefern.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Ja oder Nein, Leben oder Tod, das entscheiden Sie heute. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU –
Unruhe bei Holger Apppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Es ist eigentlich erschütternd, wie über ein im Grunde schwieriges politisches und menschliches Thema hier diskutiert wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Frau Larisch, mit Ihnen sind wieder die Gefühle durchgegangen, eine unselige Verallgemeinerung und Relativierung. Das Allerschlimmste ist, dass Sie dann auch den Holocaust instrumentalisieren und fürchterlich relativieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bei Frau Tegtmeier hätte ich wirklich gedacht, dass sie sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzt. Stattdessen haben Sie sich einige Punkte rausgesucht, bewusst falsch wiedergegeben, aus dem Zusammenhang gezogen und sind im Grunde auf die ganze Problematik nicht eingegangen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das können wir im Protokoll nachher noch mal nachlesen, Herr Förster.)

Was die Operation „Sophia“ ist, was das Ziel der Operation war, Schleuser bekämpfen, auch Flüchtlinge retten, dass die Rettung, wenn man vor Ort ist, gar nicht in Frage steht – mit alledem haben Sie sich nicht näher befasst. Sie haben sich insbesondere nicht mit der Frage befasst, die dann auch von Herrn Dr. Manthei, insbesondere von Herrn Renz angesprochen wurde, dass natürlich das Ganze mit der Migration inhaltlich verbunden ist und welche Folgen man daraus ziehen muss.

Herr Renz, Sie sind jetzt auch der Frage ausgewichen oder die Antwort schuldig geblieben darauf, wie denn die Bekämpfung der Schleuser und Sicherung der Außengrenze funktionieren soll, wenn man die Flüchtlinge reinlässt. Das wissen Sie bis heute nicht, und Sie haben auch völlig recht, der Ausgangspunkt war ja,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass die Operation „Sophia“ gestoppt wurde, aber die Aktion Frontex 10.000 Leute aufrüstet. Das ist etwas nach den neusten Erkenntnissen, was, glaube ich, erst 2025 oder irgendwann so weit sein soll. Das kann man völlig vergessen, das ist für die nächste absehbare Zeit überhaupt keine Lösung. Das Schlimmste ist eigentlich – nicht das Schlimmste, sondern das Interessanteste –, wenn man jetzt mal im Protokoll hinterher die Reden von Frau Tegtmeier und von Herrn Renz gegenüberstellt und deren Funktion und Parteizugehörigkeit weglässt und man, sagen wir mal, ein Ratespiel machen würde und würde die Reden irgendwelchen unbefangenen Bürgern

vorhalten und fragen, von wem das sein könnte und ob es vorstellbar sei, dass die in einer Koalition sind, die Antwort können Sie sich selbst geben.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Es liegt eine unglaubliche ideologische, auch intellektuelle – aus meiner Sicht – Breite dazwischen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und die kann man auch nach Berlin genauso schicken. Und wer hier der große Bremser ist und dafür sorgt, dass wir in dieser Situation, die ganz schlimme Perspektiven hat, nicht weiterkommen, der völlig inkonsequent diesen Prozess blockiert, das ergibt sich daraus auch.

(Jochen Schulte, SPD:
Da werden Sie mal deutlicher! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und noch ein Letztes, das mir am Herzen liegt: Die deutsche Teilung habe ich ja auch erlebt und ich habe die Wiedervereinigung und das Begehren nach der Einheit nicht erst im Zuge der Wende begriffen,

(Andreas Butzki, SPD:
Das waren Widerstandskämpfer.
Ich könnte mich totlachen!)

sondern ich gehöre zu denen, die vorher immer daran geglaubt und gehofft haben, dass wir diese Wiedervereinigung bekommen. Und diese Mauer, die da stand, wo ein Volk durch die Kriegereignisse geteilt wurde gegen seinen Willen, ein Volk, das nun wirklich ohne jeden Rassismus in Jahrhunderten zusammengewachsen war, das sich das Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten hatte, das verwenden Sie jetzt und sagen, wenn wir jetzt irgendwo nicht Flüchtlinge retten, dann würden wir ähnliche Mauern aufrichten. Wissen Sie, das liegt so sehr daneben und lässt bei der eigenen Einstellung zu unserer Geschichte und zu unseren Problemen erkennen, dass da nichts Vernünftiges oder nur ganz dünn vorhanden ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss auf den letzten Redebeitrag dann doch noch mal eingehen, weil ich auch nicht möchte, dass das als letztes Wort zu diesem Thema im Protokoll steht.

(Andreas Butzki, SPD: Genau. –
Thomas Krüger, SPD: Das ist auch gut so.)

Meine Kollegin Frau Larisch hat hier klar und deutlich die Positionierung meiner Partei zum Existenzrecht von Israel dargestellt. Wenn der Kollege Förster dann kommt und sozusagen noch mal versucht, das wieder aufzuweichen, indem Sie uns ...

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Horst Förster, AfD)

Hören Sie doch einfach zu!

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

... unterstellen, wir hätten mit diesem Antrag den Holocaust instrumentalisiert,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Redebeitrag von Frau Larisch.)

dann liegen Sie vollkommen daneben, das will ich hier ganz deutlich sagen!

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

So eine Einschätzung eines Vertreters aus einer Partei, dessen Parteivorsitzender die zwölf Jahre Naziherrschaft

(Horst Förster, AfD: Ach du Schande, ach du Schande!)

als „Vogelschiss der Geschichte“ bezeichnet, das steht Ihnen einfach nicht zu,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

und das werden wir in diesem Hohen Haus nicht dulden! Und ich will Ihnen auch sagen, dass ich der Kollegin Tegtmeier für ihren Redebeitrag sehr dankbar bin

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und auch für die Positionierung der SPD in dieser Frage insgesamt.

(Heiterkeit bei Holger Arppe, fraktionslos –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist doch klar und nachvollziehbar, dass es auch in einer Koalition zu diesem Thema unterschiedliche Auffassungen gibt. Das haben beide Koalitionspartner hier deutlich gemacht. Ich glaube aber, dass dieses Thema nicht geeignet ist, dann sozusagen zu versuchen, hier einen Keil in die Koalition zu treiben, was ohnehin aus verschiedenen Gründen wenig Erfolg versprechend ist. Aber gerade bei solchen Themen sollten wir versuchen, dass die demokratischen Fraktionen untereinander die unterschiedlichen Positionen akzeptieren.

(Heiterkeit und Zuruf von Horst Förster, AfD –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und ich betone es noch mal, weil Sie jetzt auch wieder so hämisch grinsen, Herr Förster: Mit Ihren Belehrungen über Geschichtsverständnis werden Sie hier in diesem Hohen Haus nicht durchkommen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

weil das unterscheidet uns ganz deutlich von Ihnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Christiane Berg, CDU –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die AfD-Fraktion hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Verehrte Kollegen!

Herr Richter, wer mit seiner geschichtlichen ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ritter, nicht Richter!)

Herr Ritter, wer mit seiner geschichtlichen Darstellung letztlich durchkommt, das entscheidet die Geschichte, und Gott sei Dank nicht Sie selbst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich möchte Ihnen nur sagen, wir haben uns dagegen verwahrt, dass die angebliche Nichtrettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer von Frau Larisch mit dem Holocaust verglichen wird,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Das hab ich überhaupt nicht verglichen! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

mit der systematischen, gezielten, massenhaften Vernichtung von Menschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Karen Larisch, DIE LINKE:
Das habe ich nicht getan!)

Das haben Sie getan,

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Hören Sie doch auf, da Interpretationen reinzulegen! –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und das ist eine unerträgliche Relativierung des Holocaust, gegen die wir uns verwahren müssen!

Und noch eines möchte ich klarstellen: Niemand in der AfD möchte, dass auch nur ein einziger Flüchtling auf dem Mittelmeer ertrinkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir möchten, dass alle, die in Seenot geraten,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

entsprechend den internationalen Seenotrettungsregelungen gerettet und dahin zurückgebracht werden, wo sie aufgebrochen sind. Das ist unser Petition.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Wir wollen nicht, dass Seenotrettung als Hilfsmittel für illegale Schlepperei und illegale Zuwanderung verwendet wird.

(Beifall Horst Förster, AfD,
und Holger Arppe, fraktionslos –
Horst Förster, AfD: Nur darum geht es.)

Das muss einmal klipp und klar gesagt werden, das ist Ziel unseres Antrages. Und uns dann zu unterstellen, wir wären, wie Frau Larisch das gesagt hat, durch Unterlassen am Tod von Menschen schuldig, ist infam. Das gehört mal klargestellt! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3447. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3447 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, Freie Wähler/BMV und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Abgeordneten der Fraktion der AfD haben darum gebeten, gemäß Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung abzugeben.

Ich rufe deshalb jetzt nacheinander die Abgeordneten auf und erteile Ihnen das Wort, Jens-Holger Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verwahre mich gegen die Unterstellung von Frau Tegtmeier. Leitfaden meines Handelns ist meine christliche Überzeugung,

(Thomas Krüger, SPD: Welche Unterstellung meinen Sie denn?)

die freiheitlich-demokratische Grundordnung und unser Parteiprogramm.

(Thomas Krüger, SPD:
Was wurde Ihnen denn unterstellt? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter Christoph Grimm.

(Thomas Krüger, SPD: Na, nun bin ich gespannt. Vielleicht erfahren wir jetzt, was ihm unterstellt worden ist.)

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn mir in der soeben hier geführten Debatte durch die Frau Abgeordnete Tegtmeier ein menschenfeindliches oder – menschenverachtend hatten Sie gesagt – menschenverachtendes Weltbild unterstellt wurde, so weise ich dieses als falsch zurück. Richtig ist, dass mein Menschenbild durch Humanismus geprägt ist. – Vielen Dank.

(Thomas Krüger, SPD: Da frage ich mich ja, was Sie in dieser Partei tun. – Sebastian Ehlers, CDU: Aha, und das Parteiprogramm vergessen.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Frau Präsident! Verehrte Kollegen! Auch ich weise den Vorwurf von Frau Tegtmeier, ein menschenverachtendes Weltbild zu haben, entschieden zurück. Mein Weltbild ist alles andere als menschenverachtend.

(Thomas Krüger, SPD:
Keine Förderung für Ausländer.)

Es ist für mich eine der höchsten Pflichten,

(Thomas Krüger, SPD: Deutscher ist nur, wer vier Großeltern hat. Ich fasse es nicht!)

die ich innerlich anerkenne, für Menschen einzutreten und dem Weltbild des Humanismus gerecht zu werden. Insofern war diese Unterstellung grob beleidigend.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter de Jesus Fernandes.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Der auch?)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Ich weise den Vorwurf von Frau Tegtmeier, ich sei menschenverachtend, entschieden zurück. Ich weise den indirekten Vorwurf von Peter Ritter, wir sind undemokratisch, entschieden zurück,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und ich weise auch das Weltbild, was uns Frau Larisch andichten will, entschieden zurück. Unterlassen Sie in Zukunft solche Versuche, uns hier persönlich zu entmenschlichen!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Ihr seid Schauspieler, das ist kaum zu glauben!)

Das widerspricht dem Grundgesetz und dem demokratischen Gedanken dieses Hauses, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter Dirk Lerche ist nicht da. Herr Dr. Jess.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das geht gar nicht. Wenn, dann alle! –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich möchte mich dagegen verwahren, dass Frau Tegtmeier mir ein menschenverachtendes Weltbild unterstellt.

Frau Tegtmeier, ich muss Ihnen vielleicht noch eine kleine Frage stellen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist eine Erklärung!)

Sie sollten sich mal fragen, ob nicht genau diejenigen, ...

(Tilo Gundlack, SPD: Nein! –
Thomas Krüger, SPD: Das ist doch eine
Erklärung! – Zuruf von Christian Brade, SPD)

Das gehört dazu.

... die praktisch verantwortlich sind, nämlich die Schlepperorganisationen, in Leuten wie Ihnen und Frau Larisch nützliche Idioten sehen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Na, na, na!)

Danke schön.

(Thomas Krüger, SPD:
Das war ja wohl beleidigend!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter Strohschein.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jürgen Strohschein, AfD: Ich weise die Unterstellung, dass wir undemokratisch sind, zurück. Ich weise auch die Unterstellung von Frau Tegtmeier zurück,

(Tilo Gundlack, SPD: Aufs Entschiedenste.)

dass wir ein menschenverachtendes Weltbild haben. Ich stehe auf das Grundgesetz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, da stehe ich drauf. – Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter Hersel.

Sandro Hersel, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Auch ich weise den Vorwurf von Frau Tegtmeier zurück, die mir hier ein menschenverachtendes Weltbild unterstellt hat. Es ist grundlegend falsch.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das sagt der Richtige. –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ebenso weise ich die Äußerungen, die indirekte Äußerung von dem Kollegen Ritter zurück, der uns hier unterschwellig suggeriert, wir seien keine Demokraten. Wir sind Demokraten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn wir kommen,
wird aufgeräumt, sagte Herr Hersel einst.)

wir sind demokratisch gewählt. Und, Herr Ritter, Sie müssen das nicht weiter kommentieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, ja, ja, wenn wir kommen,
wird aufgeräumt, sagte Herr Hersel.)

ich weiß, dass Sie Schwierigkeiten haben mit politisch Andersdenkenden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, ja, da fühlt er sich wieder ertappt,
wenn wir kommen, wird aufgeräumt. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Abgeordneter Fraktionsvorsitzender Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Tegtmeier, ich weise diese infame Unterstellung zurück, ich hätte ein menschenverachtendes Weltbild. Diese Äußerung so verallgemeinernd zeugt von Menschenverachtung. Es wurde hier mehrfach auch gesagt ...

(Thomas Krüger, SPD:
Insbesondere, wenn Sie mit Ihrem
Finger abrutschen bei Ihren Chats, ne?)

Kennen Sie irgendwelche Chats von mir, Herr Krüger?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Ritter, ebenso Ihre indirekte Unterstellung, die AfD wäre eine undemokratische Partei,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war eine direkte Feststellung.)

muss ich von mir weisen, muss ich von dieser Partei weisen,

(Thomas Krüger, SPD: Ja, weisen Sie alles
von sich! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

muss ich von dieser Fraktion weisen.

Ich erinnere an die Worte von Frau Bretschneider zur Eröffnung dieses Saales hier, das sei die „Herzkammer unserer Demokratie“. Wir sind mit demokratischen Mitteln gewählt worden und dementsprechend sind wir auch Demokraten.

Frau Larisch hat es gestern in ihrer Rede auch gesagt, Artikel 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das gilt für alle, und eben genauso gilt diese Würde auch für mich und für die Mitglieder meiner Partei. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 45:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Festival „Fusion“ – kulturelle Freiräume bewahren, auf Drucksache 7/3586. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3659 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Festival „Fusion“ – kulturelle
Freiräume bewahren
– Drucksache 7/3586 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/3659 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

„Und, was macht ihr im Sommer?“, so habe ich es vor gar nicht allzu langer Zeit eine 73-jährige Rostockerin gefragt am Ende unserer gemeinsamen Sprechstunde. Und was macht sie? Sie holt ihr Portemonnaie raus, zeigt mir zwei Fotos ihrer Enkelkinder und sagt: „Na das, was wir immer machen! Wir fahren zur ‚Fusion‘.“

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich sage: „Schön.“ Und warum macht sie das? Weil sie es kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die „Fusion“ ist ein friedliches Festival. Punkt!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und weil das so ist, werde ich mich an diese Mentalität halten, wenn ich jetzt für die „Fusion“ spreche, denn sie ist viel mehr als das, was viele sich vorstellen wollen, wenn sie „Festival“ hören: Kunst und Kultur, Familienprogramm, Workshops, internationale Begegnungen und ein selbstdefinierter Freiraum, der Normen festgelegt hat, Normen, an die sich alle halten. Die „Fusion“ ist anders, anders als andere Festivals. Ich selbst habe das Miteinander damals als kleine heile Welt erfahren, in der niemand komisch guckt, wenn man anders aussieht oder tanzt, und zwar nicht nur, weil es sich nicht gehört, komisch zu gucken, sondern weil es einfach akzeptiert wird, so zu sein, wie man eben ist. Du bist besonders, und das ist gut so. Du bist schrill, und das ist auch gut so. Und es ist eben ein großer Unterschied, ob man zur „Fusion“-Community gehört und sich auf diese besondere Welt eingelassen hat oder ob man kritischer Beobachter mit Kontrollabsicht ist, sprich Polizistin oder Polizist.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist, wie es ist, an dieser Stelle stört sie, die Polizei.

(Egbert Liskow, CDU: Warum? –
Dr. Ralph Weber, AfD: Unsere Polizei stört nie.)

Und es erschüttert unsere Gesellschaft doch nicht im Mark, wenn es Menschen gibt, die sich von der Anwesenheit der Polizei gestört fühlen. Ich persönlich habe auch keine Angst vor Polizistinnen und Polizisten. Mein Vater ist Bundespolizist. Aber ich kann sehr gut nachvollziehen, warum man ohne sie feiern will, warum man sich ohne Polizei unbeschwerter fühlt, warum für manche Menschen die Anwesenheit der sogenannten Ordnungshüter/-innen eben keine Nebensache ist, keine Selbstverständlichkeit.

Mal abgesehen von der gesellschaftspolitischen Frage, die ich hier ganz relevant finde, zählt noch etwas anderes. Eine Einsatzwaffe auf dem Gelände und eine Bestreifung ohne Anlass, also eine Kontrolle ohne Anlass, sind mit Blick in die Vergangenheit durch nichts zu rechtfertigen. Eine permanente Überwachung durch die Polizei kann nicht begründet werden und bisher habe ich auch noch kein einziges überzeugendes Argument gehört. Im Gegenteil, die meisten Anwürfe klingen konstruiert und nach einer verzweifelten Suche nach Begründungen.

Dabei ist der Verein Kulturkosmos Müritz gewillt, alle erforderlichen Maßnahmen des Behördenkatalogs umzusetzen, sofern sie umsetzbar und auch leistbar sind für

eine solche Veranstaltung. Und in diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich es äußerst kritikwürdig, dass gestern Abend noch mal eine Liste mit Forderungen bei den Veranstalter/-innen eingegangen ist, noch mal neue Ansprüche, noch mal komplizierte und aus meiner Sicht auch überzogene Forderungen.

Langsam, aber sicher müssen wir fragen, ob hier einfach verzögert werden soll. – Offenbar, denn am Sonntag sind die Kommunalwahlen. Offenbar will man weder die eine noch die andere Wählerseite vergrätzen. Stattdessen wird noch mal nachgefordert und Entscheidungen werden weiter nach hinten geschoben, obwohl die Zeit schon jetzt drängt.

Werte Mitglieder des Landtages, ein Sicherheitskonzept ist wichtig, keine Frage, da sind sich alle einig. Menschen müssen vor Gefahren geschützt werden, natürlich. Und wie sicher ist die „Fusion“ oder aber wie gefährlich? Auf einmal werden Vergleiche bemüht, die mehr als nur hinken. Die Massenpanik auf der Loveparade oder ein Bühnenbrand während des „Rock am Ring“-Festivals eignen sich nicht, um angeblich notwendige Sicherheitsmaßnahmen zu begründen. Die „Fusion“ findet auf einem Gelände statt, das circa 210 Fußballfelder groß ist. Mit einem Tunnel in Duisburg kann man das nun wirklich nicht vergleichen. Über das stets und gerne gezogene Damoklesschwert Terrorismus will ich gar nicht erst reden, denn mit der Angst vor dem Terror wurde in den letzten Jahren schon so manche Schweinerei legitimiert, die sich hinterher als falsch und vorgeschoben herausgestellt hat.

Die Veranstalter/-innen der „Fusion“ sind zur Kooperation bereit, das haben sie mehrfach bewiesen. In konkreten Verdachtsfällen und natürlich in Notfällen kann die Polizei auf das Gelände kommen. Niemand stört sich daran, niemand hat etwas gegen ein Kriseninterventionsteam. Warum jedoch die positive Sicherheitsstatistik der „Fusion“ negiert und sogar ins Gegenteil verkehrt wird, verstehen wir nicht. Warum die Wache in unmittelbarer Nähe außerhalb des Geländes sein kann beziehungsweise nicht sein kann, versteht auch niemand.

Und an dieser Stelle möchte ich klar sagen, zum Gelände gehören alle gepachteten Flächen, und „außerhalb“ heißt dann eben auch „außerhalb“. Doch ganz offenbar stört sich der Polizeipräsident einfach daran, dass die Polizei in den vergangenen Jahren eben keine absolute Kontrolle hatte. Seine Aussage, man müsse einen Fehler der letzten Jahre korrigieren, spricht doch hier Bände.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Nils Hoffmann-Ritterbusch schürt Ängste und man muss sich fragen, ob er die Konfrontation sogar sucht. Das Sicherheitskonzept 2018 war absolut ausreichend, und genau zu diesem Konzept müssen wir zurückkehren, denn uns bricht kein Zacken aus der Krone, wenn wir akzeptieren, dass es Menschen in unserer Gesellschaft gibt – und ich rede ausdrücklich nicht von Gewalt –,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Die kiffen und dealen, ne?)

die sich aber durch die Anwesenheit von PolizistInnen eingeschränkt fühlen oder sogar bedroht. Können wir

nicht akzeptieren, dass dieses Festival ein Hort ist für Leute, die auch ohne Polizei friedlich zusammen sein wollen und können? 70.000 bis 100.000 Menschen aus ganz Europa treffen aufeinander, und das ist doch großartig.

Babette Kirchner, Musiksoziologin an der TU Dortmund, beschreibt das Festivalphänomen so, ich zitiere: „Die Fans finden dort ein Zugehörigkeitsgefühl – sie bilden ein Gemeinschaftsgefühl aus. Und jemandem, dem man sich zugehörig fühlt, dem möchte man nichts Böses.“ Zitatende. Sie macht klar, es geht darum, den Moment zu erleben und Spaß zu haben. Man gehört zusammen, zumindest für diesen Moment. Endet das Festival, endet dieses Gefühl. Aber solange die Musik spielt, sichert dieses Gefühl die Friedfertigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich einen Ruck! Tausend Beamte dort zu stationieren, wo in den letzten Jahren nicht einmal 250 nötig waren, kommt nicht friedlich rüber, nein, das ist übertrieben. Wer auch nur einmal auf der „Fusion“ war, weiß, dass dieses Konzept nicht aufgehen kann und dass dringend abgerüstet werden muss. Und die äußerst fragwürdigen Begleiterscheinungen, die rund um die Debatte zur sogenannten Absicherung auftauchten, sind ebenso besorgniserregend, aber darüber sollten wir im Innenausschuss reden.

Der Vorsitzende des Kulturrates von Mecklenburg-Vorpommern, Michael Körner, erklärte, er habe kein Verständnis für die jetzige Situation, und Polizisten auf dem Gelände seien „nicht sinnvoll“. Dies wäre „provokierend und nicht deeskalativ“. Recht hat er. Er meint sogar, ich zitiere aus einem Bericht von „Deutschlandfunk Kultur“, die Polizei solle „dem Geist der Fusion nicht mit einer Law-and-Order-Mentalität begegnen“, sondern die Entfaltung des Geistes des Festivals ermöglichen. Er lobt die Kreativität, die Fantasie und die Kultur, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir auch tun. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Selten war ich für einen Oppositionsantrag dankbarer als für den „Fusion“-Antrag der LINKEN. Er gibt mir die Gelegenheit, hier im Landtag Stellung zu beziehen und vor allen Dingen vieles geradezurücken, denn ich kann mich nicht erinnern, über nachvollziehbares und verantwortungsbewusstes Handeln staatlicher Stellen – und hier rede ich eben nicht nur von der Polizei, sondern hier rede ich auch vom Amt, hier rede ich auch vom Kreis, von der Genehmigungsbehörde – so viel Unsinn, Diffamierendes und so viele Unwahrheiten gehört zu haben wie in den letzten Wochen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Und angesichts des aufgebauten Popanzes ist es schon peinlich, dass Sie als Linksfraktion diesen Tagesordnungspunkt am Freitagnachmittag ansiedeln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber zur Sache!

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Es ist Ihre Entscheidung, wo die Punkte angesiedelt werden, nicht meine.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das entscheidet der Ältestenrat!)

Erstens. Die „Fusion“ hat in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kann es auch morgen machen.)

Der Landkreis, das zuständige Ordnungsamt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das zuständige Ordnungsamt, die Landesregierung und selbstverständlich auch der Polizeipräsident und die Polizei wollen, dass die „Fusion“ dem Land in Zukunft erhalten bleibt. Wer etwas anderes behauptet oder verbreitet, der verbreitet schlicht Blödsinn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Horst Förster, AfD)

Zweitens. Die „Fusion“ ist sicherlich kein gewöhnliches Festival. Es werden verschiedene Musikrichtungen gespielt, es gibt Theatervorführungen, es gibt Kabinett, Kabarett,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Kinoprogramme, Kunstinstallationen und auch, ...

Das war der berühmte freudsche Versprecher.

... und auch,

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

und es gibt auch Performancevorstellungen. Ja, die Veranstaltung ist etwas Besonderes. Der Veranstalter Kulturkosmos Müritz e. V. hat hier etwas Spezielles und auch etwas Einzigartiges geschaffen. Dafür gebührt ihm Anerkennung und Unterstützung und auch Dank, ohne Wenn und Aber. Dennoch, kein Festival, kein Kulturfest, keine öffentliche Veranstaltung findet im rechtsfreien Raum statt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD)

Auch für die „Fusion“ gelten Regeln, die unter anderem, liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Fällen das Parlament selbst aufgestellt hat. Ob es die Landesbauord-

nung ist, ob es die Jugendgesetzgebungen sind, ob es das SOG ist, es sind unsere Regeln, über die wir hier reden.

Drittens. Die genehmigende Behörde, sagte ich eingangs schon, für die „Fusion“ ist nicht die Polizei, ist auch nicht der Innenminister, auch nicht die Landesregierung, sondern das Ordnungsamt Röbel-Müritz. Es beteiligt den Landkreis und bezieht selbstverständlich die Polizei mit ein.

Viertens. Es stimmt, das Sicherheitskonzept der „Fusion“ wurde in den letzten Jahren stets mehr oder weniger ausnahmslos genehmigt. Doch das lag eben nicht an dem erstklassigen Sicherheitskonzept, sondern daran, dass sich Genehmigungsbehörde und Polizei nicht intensiv genug mit dem Konzept auseinandergesetzt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Das wurde auch eingestanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja ein Armutszeugnis.)

Das wurde auch eingestanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das würde
ich nachträglich zurückziehen.)

Doch die allgemeine Sicherheitslage hat sich geändert und auch die Ordnungsbehörden sehen genauer hin. Wir haben 20-mal Glück gehabt, dass nichts Ernsthaftes passiert ist. Doch auf Glück möchten und sollen sich Behörden und Politik in Zukunft nicht verlassen.

Fünftens. Die Fachleute wissen es, bei unzähligen größeren Einsatzlagen hält die Polizei durchaus im Hinterland Räumfahrzeuge oder Wasserwerfer bereit. Das ist Polizeialltag, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Da ist es natürlich naheliegend, dass man sich auch bei der „Fusion“ zumindest einmal mit dieser Option beschäftigt, die schon längst über Bord geworfen worden ist. Der Einsatz von Räumfahrzeugen oder Wasserwerfern ist längst vom Tisch. Es ist doch lächerlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war aber vorgesehen.)

es ist doch lächerlich, sich an etwas aus einem langen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

es ist wirklich lächerlich,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sich etwas aus einem langen und nachvollziehbaren Entscheidungsprozess innerhalb der Landespolizei herauszupicken und dann anzuprangern.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Von Wasser-
werfern habe ich doch gar nichts gesagt!)

Messen Sie die Landespolizei doch an ihren Taten

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Dazu hat sie gar nichts gesagt!)

und nicht an irgendwelchen Zeitungsartikeln von Journalisten, die zum Teil gar nicht hier aus dem Land kommen, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Sechstens. Überraschung!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

An der Fachhochschule Güstrow werden Bachelorarbeiten geschrieben, die sich mit aktuellen Themen beschäftigen. Die Studenten sollen nachweisen können, dass sie ein gesellschaftlich oder polizeirelevantes Thema wissenschaftlich erschließen können und erarbeiten können. Und wenn am Ende neue Erkenntnisse für die Fachhochschule der Landesverwaltung oder die Polizei herauspringen, ist das ein willkommener Nebeneffekt. Es ist doch gerade aber absurd zu glauben, dass ein Polizeipräsident eine Bachelorarbeit in Auftrag gibt, damit ihm eine Studentin erklärt, wie er mit einem Sicherheitskonzept umzugehen hat. Das wäre so, als wenn ich die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes als Bachelorarbeit vergeben hätte und mir von einer Studentin erklären lasse, wie in Zukunft der FAG im Land gestaltet werden soll. Das ist doch albern, meine Damen und Herren!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und ja, an der Fachhochschule habe ich unterschiedliche Männer und Frauen, Frauen und Männer, die aus unterschiedlichen politischen Landschaften sind. Sie sind parteilos, sie sind Mitglied der SPD, sie sind Mitglied der CDU oder FDP,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Oder AfD.)

die sind Mitglied der alternativen Listen oder sie sind Mitglied der AfD.

(Sebastian Ehlers, CDU: LINKE auch.)

All dies ist ein Querschnitt der Gesellschaft und es ist nicht Aufgabe des Ministers, einen Gesinnungsprozess durchzuführen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

sondern die Leute sind in den jeweiligen Aufgaben zu verwenden. Auch darüber können wir uns gerne,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Hat das jemand verlangt, Herr Minister?)

darüber können wir uns gerne in dem Ausschuss unterhalten.

Ich verrate Ihnen sogar etwas, liebe Kollegin Kröger: Es gab bereits eine Bachelorarbeit zur „Fusion“. Im Moment liegen also sogar zwei vor.

(Heiterkeit und Zuruf
von Sebastian Ehlers, CDU)

Und wenn die Studenten durch die unsägliche Berichterstattung zurzeit nicht so verunsichert wären, dass man nicht noch eine zusätzliche in Auftrag gäbe, haben wir das momentan nicht getan. Und warum soll man nicht aktuell polizeiliche Themen als Bachelorarbeiten vergeben? Was ist daran falsch?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, aber das hat doch niemand gesagt! –
Zurufe von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE,
und Karen Larisch, DIE LINKE)

Hier wird ein gutes ...

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das hat doch niemand
infrage gestellt!)

Sie haben doch noch genügend Sprachrecht nachher.

Hier wird ein gutes und bewährtes System der Fachhochschule völlig ohne Not und vor allem

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

völlig zu Unrecht diskreditiert.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Aber wenn man keine Argumente hat?!)

Ich finde das schlicht verantwortungslos.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Die bei den Bachelorarbeiten verwendeten Sicherheitskonzepte enthalten eventuell im beschränkten Umfang personenbezogene Daten der Veranstalter. Wir werden prüfen, ob wir in vergleichbaren Fällen zukünftig Schwärzungen vornehmen müssen. Darüber bin ich auch mit dem Datenschutzbeauftragten im Gespräch beziehungsweise er setzt sich auch mit der Polizeibehörde in Verbindung. Aber wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Die Konzepte wurden lediglich polizeiintern verwandt und personenbezogene Daten, zum Beispiel von Veranstaltungsteilnehmern, wurden sowieso nicht weitergegeben. Mittlerweile müsste auch der Letzte verstanden haben, dass die Verschwörungstheorien um die Bachelorarbeiten Räuberpistolen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So weit, so gut.

Kommen wir aber doch jetzt zum Kern der Debatte. Die Polizei möchte zum Schutz der Teilnehmer jederzeit Zutritt zum „Fusion“-Gelände haben. Punkt! Das ist alles. Das ist der vermeintliche Skandal, der nun schon seit Tagen inszeniert wird. Ich wiederhole das noch mal: Die Polizei möchte zum Schutz der Teilnehmer jederzeit Zutritt zum „Fusion“-Gelände haben.

Liebe Kollegin Kröger, gehen Sie doch mal unter die Leute und konfrontieren Sie die Leute mit dieser Aussage! Ich sage Ihnen, Sie werden so viel Zustimmung ernten wie in Ihrem ganzen politischen Leben nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Ehrlich gesagt kann ich bis heute nicht nachvollziehen, was an dieser Forderung auch nur ansatzweise verwerflich sein soll. Die „Fusion“ gibt es nun schon über zwei Jahrzehnte und ich gestehe gerne zu und kann das auch deutlich sagen, dass das Festival rundum friedlich ist, und ich hoffe auch, dass es in Zukunft so bleibt. Doch deswegen ist die „Fusion“ noch kein rechtsfreier Raum!

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD)

Zur Strafverfolgung/Gefahrenabwehr muss die Polizei ungehinderten Zugang zum Gelände haben, und genau das hatte sie eben in der Vergangenheit nicht immer. Der Veranstalter selbst warb in der Vergangenheit explizit mit einem polizeifreien Festival. Er hat immer wieder öffentlichkeitswirksam verkündet, dass er alleine entscheidet, ob und wann die Polizei auf das Gelände kommt. Das müssten sich mal andere Veranstalter erlauben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Und genau dieser Geist, und genau dieser Geist schwang bei der Zusammenarbeit mit der Polizei stets mit. Es gab verschiedene Vorfälle, die ja auch immer infrage gestellt werden, die das untermauern. Über den Bombenfehlalarm 2012 wurde bereits berichtet, gestern wieder im „Nordkurier“. Ja, es mag sein, dass keine Gefahr bestand und das Objekt harmlos war, und es ist auch nett, wenn hinterher Fotos davon ins Netz gestellt werden. Allein, die Polizei hat das Objekt nie zu Gesicht bekommen. Wo kommen wir denn hin, wenn irgendwo Bombenalarm ist und private Sicherheitskräfte hindern

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

die Polizei am Zugang oder entscheiden, ob das eine Bombe oder keine Bombe ist?!

(Torsten Renz, CDU: Wahnsinn!)

Im Jahr 2013 wurden durch das Security-Personal Drogendealer aufgegriffen und der Polizei übergeben. Das Personal durchsuchte auch die Zelte der Dealer. Ermittlungen vor Ort lehnte die damalige Sicherheitschefin jedoch rigoros ab, mit der ziemlich dreisten Begründung, dass sie angeblich selbst bei der Durchsuchung dabei war, und das sei schließlich ausreichend. Erst zwölf Stunden später konnten die Einsatzkräfte – übrigens mit richterlichem Durchsuchungsbeschluss – auf das Gelände. Diese stellten fest, die Zelte waren doch nicht so gründlich durchsucht und ein flüchtiger Tatverdächtiger nutzte offenbar die Zeit, um sein Fahrzeug vom Gelände zu schaffen. Das sind doch inakzeptable Vorgänge,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

und da müssen wir doch auch in der Lage sein, wir wollen gemeinsam, dass so was in Zukunft ausgeschlossen ist.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Das muss genauso das Interesse des Veranstalters sein wie unser eigenes.

Im Jahr 2014 gab es einen Todesfall auf dem Gelände. Erst zwei Stunden nach Feststellung des Todes wurde die Polizei zum Gelände gerufen. Am Sonntag, dem 3. Juli 2016 teilte die Sicherheitschefin der „Fusion“ der Polizei mit, dass vier Tage zuvor eine Vergewaltigung stattgefunden hat. Sie alle wissen, dass bei Sexualdelikten oft nur wenig Zeit für die Beweissicherung ist. Anstatt die Polizei ermitteln zu lassen, wurden Täter und Opfer dann übergeben. Das ist dann schon arg grenzwertig. Im letzten Jahr gab es den Verdacht einer Vergewaltigung. Glücklicherweise konnte der Verdacht später ausgeräumt werden. Mir wurde jedoch berichtet, dass auch da die Polizei darüber nicht informiert wurde.

Sie müssen sich das so vorstellen, dass die Polizisten immer wieder wie Besucher ohne Ticket um Einlass bitten mussten. So kann verantwortungsvolle Polizeiarbeit nicht geleistet werden!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Das zuständige Ordnungsamt, der Landkreis und der Polizeipräsident von Neubrandenburg haben sich dieser Sache deshalb nach der letzten „Fusion“ angenommen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit dem Veranstalter zu verbessern. Und dafür haben alle Beteiligten meine volle Unterstützung, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Immer wieder wurde mit dem Veranstalter gesprochen – im November, im Dezember, im Februar und so weiter. Dabei war es stets das Ziel des Amtes, des Landkreises und der Polizei, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Nur leider war es schwierig, Bewegung aufseiten des Veranstalters zu erreichen. Tatsächlich reichte er zunächst ein Sicherheitskonzept ein, in dem die Polizei so gut wie gar nicht stattfand. Und genau in diesem Lichte ist dann die Idee einer Wache auf dem Gelände entstanden, denn wenn der Veranstalter erkennbar nicht willens ist, der Polizei einen ungehinderten Zugang zum Gelände ohne Zeitverzug zu gewähren, dann muss die Polizei eben selbst auf dem Gelände sein.

Ich formuliere es mal anders: Wenn es keine Probleme mit den Zutrittsrechten der Polizei gegeben hätte oder wenn der Veranstalter eindeutig signalisiert hätte, dass die Probleme der Vergangenheit abgestellt werden, hätte niemand die Forderung nach einer Wache auf dem Gelände auch nur erwogen. Die Idee mit der Wache war nicht die fixe Idee von irgendwelchen Festivalgegnern, sondern sie war die notwendige Reaktion auf die fehlende Kompromissbereitschaft. DIE LINKE mag hier gern andere Legenden stricken, die sind eben nur schlichtweg falsch.

Im Übrigen waren es auch nicht die Genehmigungsbehörde oder die Polizei, die das Thema in die Öffentlichkeit gezogen hätten. Wir hätten diese Probleme – wie bei vielen anderen Veranstaltungen, fast wöchentlich in allen Bereichen – immer liebend gern ausschließlich am Verhandlungstisch mit den zuständigen Behörden geklärt.

So, nun gibt es wieder Stimmen, die sagen, die Polizei ist nicht notwendig, es ist sowieso alles friedlich. DIE LINKE spricht in diesem Zusammenhang tatsächlich von einer „minimalinvasiven Sicherheitslösung“. Ich habe selten eine dämlichere Formulierung gehört, muss ich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und AfD –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Na, na, na, na, na!)

Ich gehe aber nicht davon aus, dass sie von meinem geschätzten Kollegen Ritter kommt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

In Lärz entsteht für ein paar Tage die drittgrößte,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich stehe voll hinter dem Antrag.
Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

in Lärz entsteht für ein paar Tage die drittgrößte Stadt dieses Landes. Da wird unter anderem natürlich auch die eine oder andere Straftat begangen, egal, ob das Sexualdelikte sind oder gegen Jugendschutz möglicherweise verstoßen wird. Und es wird viele Eigentumsdelikte geben. Der Veranstalter selbst schreibt in seinem Sicherheitskonzept jetzt, dass insbesondere Diebstähle eine ernst zu nehmende Gefahr darstellen. Auch das ist bei einer so großen Personenmenge an und für sich eine Selbstverständlichkeit, dass es zu Konflikten kommt. Ich will das auch gar nicht dramatisieren, weil bei 70.000 Menschen auf einer vergleichbaren kleinen Fläche kommt so was eben vor. Aber dann kann man doch nicht ernsthaft zulassen wollen, dass die Polizei außen vor bleibt!

Lieber Kollege Ritter, Ihr Wohnort Stavenhagen hat rund 6.000 Einwohner.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 5.600.)

Dort steht eine Polizeistation,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die nicht besetzt ist. Ha, ha, ha!)

dort steht eine Polizeistation, die,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da steht ein Schild dran: Rufen Sie bitte Malchin an!)

die nicht rund um die Uhr besetzt ist und wo der Kontaktbeamte in regelmäßigen Abständen Dienst macht. Wenn man Unternehmensberater,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eben nicht!)

wenn man Unternehmensberater zu Ihnen hinschicken würde in die Dienststelle,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

würden die womöglich feststellen, das Kriminalitätsaufkommen rechtfertigt noch nicht mal die eigene Polizeistation in Stavenhagen. Ich darf Sie beruhigen, ich habe nicht vor, das Schild abnehmen zu lassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was, das Telefonschild „Rufen Sie Malchin an“?)

Aber nur mal angenommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das kannste abmachen.)

ich würde es tun, oder in einem anderen kleinen Revier im Land, Sie würden hier im Karree springen und mir Verantwortungslosigkeit vorwerfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Sie würden vermutlich sagen, Sie würden vermutlich sagen, Caffier lässt die Bürger im Stich,

(Beifall Horst Förster, AfD: Genau.)

die Polizei zieht sich aus der Fläche zurück. Auf jeden Fall wäre ein Riesentheater angesagt. Bei knapp 6.000 Menschen ist Polizei unverzichtbar, bei 70.000 Menschen fabuliert hier eine Fraktion von einer „minimalinvasiven Sicherheitslösung“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Das, meine Damen und Herren, ist grober Unfug. Jedenfalls jedes halbwegs bekannte Festival setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Die allermeisten Veranstalter wollen sogar explizit eine Wache auf dem Gelände, zum Beispiel beim „Airbeat One“ in Neustadt-Glewe oder bei „Rock am Ring“ in Rheinland-Pfalz. Sogar beim „Wacken Open Air“, ebenfalls als sehr friedfertig bekannt, ist die Polizei selbstverständlich mit dabei und die Rocker schießen fleißig Selfies mit den Beamten. Selbst dort, wo die Polizei keine Wache auf dem Veranstaltungsgelände hat, wird eng mit ihr zusammengearbeitet. Es gibt ungehinderten Zugang und gemeinsame Lagebesprechungen, und nichts anderes wünschen wir uns auch.

Sprechen Sie, liebe Kollegin Kröger, mit all diesen Veranstaltern! Alle werden Ihnen sagen, dass die Polizei hochwillkommen ist, die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert und das Festivalerlebnis nicht beeinträchtigt wird. Und vor allem werden Sie nirgendwo auf Verständnis für die bisherige rigorose Haltung der Ablehnung stoßen.

Und es ist doch geradezu hanebüchen zu behaupten, die Präsenz der Polizei, ich wiederhole das noch mal, die Präsenz der Polizei würde die Kulturfreiheit infrage stellen.

(Dietmar Eifler, CDU: Unglaublich!)

Wo haben Sie das schon einmal erlebt? Das wird dann auch irgendwann an irgendeiner Stelle peinlich.

Aber mal abgesehen von den vielen verquerten Argumenten ärgert mich die grundsätzliche Unehrllichkeit in dieser Diskussion, denn wenn beim „Fusion“-Festival ein Gebäude einstürzt und Menschen begraben würden oder wenn bei einer Panik Menschen totgetrampelt würden, weil die Fluchtwege nicht breit genug sind, oder wenn bei einer Explosion einer Gasflasche Menschen zu Schaden kommen würden, weil die Rettungskräfte nicht schnell genug zum Einsatz kommen, und wenn dann hinterher rauskommen würde, dass das Amt, der Landkreis

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

oder die Polizei alle Warnungen ignoriert hätten, nur um einer Konfrontation mit dem Veranstalter aus dem Weg

zu gehen, ja dann wäre hier im Landtag die Hölle los. Dann würden Sie von der Fraktion DIE LINKE wahrscheinlich zum Standgericht bitten, es würde ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss einberufen,

(Beifall und Heiterkeit bei
Jens-Holger Schneider, AfD)

es würden Rücktritte gefordert, Amtsleiter, Landrat, Polizeiführung, Minister, alle weg. Und wissen Sie was? Wahrscheinlich hätten Sie in der Frage sogar recht.

Nur, das ist genau das, was Frau Kröger Ihnen hier und heute nicht erzählt. Amtsleitung, Landrat, Polizeipräsident versuchen weder, die „Fusion“ zu verhindern, noch sind sie auf einem Feldzug gegen politisch Andersdenkende. Sie machen verdammt noch mal nur ihren Job, den wir ihnen übertragen haben, meine Damen und Herren, an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD,
Freie Wähler/BMV und Holger Arppe, fraktionslos)

Im Übrigen finde ich es auch unverantwortlich, wie mit haltlosen Unterstellungen Stimmungen angeheizt werden. Der Polizeipräsident und ich halten diese verbalen Entgleisungen aus. Das ist nicht schön, gehört aber irgendwie zur Jobbeschreibung. Aber um die Polizisten, die vor Ort im Einsatz sind, mache ich mir Sorgen. Sie wollen mich jedenfalls nicht erleben, wenn beim „Fusion“-Festival am Ende aufgrund der Polemik einiger Wichtigtuer Steine auf Polizisten fliegen.

(Unruhe vonseiten
der Fraktion DIE LINKE: Oooh!)

Ich mahne daher entschieden,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Oh, natürlich! –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

ich mahne daher entschieden zur verbalen Abrüstung.

Meine Damen und Herren, und jetzt hören Sie,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

jetzt hören Sie zu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie
jetzt gerade in den Spiegel geguckt?)

jetzt hören Sie zu, Frau Kröger,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt eben bei dem Satz? –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

jetzt hören Sie zu, Frau Kröger,

(Glocke der Vizepräsidentin)

denn das scheint Ihnen ja entgangen zu sein in Ihrer Kommunikation: Der Veranstalter geht hier im Übrigen mit gutem Beispiel voran. Er zeigt sich mittlerweile ausgesprochen gesprächs- und kompromissbereit. Er hat viele Anregungen und Hinweise der Genehmigungsbehörden aufgegriffen. Das Wichtigste: Er hat sich externer Berater bedient. Diese Berater haben ein Sicherheits-

konzept erstellt, das der Genehmigungsbehörde letzte Woche vorgelegt wurde. Es ist um Längen, um Längen besser als die ersten beiden Konzepte. Derzeit klären das Amt und der Veranstalter letzte Einzelheiten. Die Beteiligten hoffen, Anfang nächster Woche – nach meiner Info am Montag – eine Einigung zu erzielen. Doch heute schon steht es fest, heute schon steht fest, an der Polizei wird es jedenfalls nicht scheitern. Der ungehinderte Zugang der Polizei zum Festivalgelände ohne jeglichen Zeitverzug ist im Sicherheitskonzept inzwischen schwarz auf weiß festgehalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und Freie Wähler/BMV –
Torsten Renz, CDU: Hört, hört!)

Wörtlich heißt es, wörtlich heißt es: „Dem Veranstalter ist an einer reibungslosen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei gelegen.“

(Torsten Renz, CDU: Guck an!)

„Die gesetzlichen Befugnisse der Polizei werden durch dieses Sicherheitskonzept in keiner Weise beschränkt. Der Veranstalter stellt der Polizei kostenlos einen Standort auf dem Flugplatzgelände zur Verfügung“,

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

„auf dem die Polizei eine mobile Wache“

(Sebastian Ehlers, CDU: Ist doch alles gut.)

„und einen Stand- und Rückzugsort für ihre eigenen Kräfte einrichten können.“ Zitatende.

(Torsten Renz, CDU: Das macht alles
der Veranstalter? Das ist interessant.)

Darüber hinaus sichert der Veranstalter zu, sich regelmäßig mit der Polizei abzustimmen und diese zu unterstützen. Unmissverständlich wird dann festgehalten, die Polizei erhält anlassbezogen Zutritt zu allen Besuchern zugänglichen Flächen des Veranstaltungsgeländes. Der Zugang wird ohne Zeitverzögerung ermöglicht. Sehr gut! Das ist das, was die Polizei wollte, meine lieben Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Und nein, es wird keine Streifengänge der Polizei auf dem Gelände geben. Die hätten aber auch nicht stattgefunden, wenn die Wache auf dem Festivalgelände errichtet worden wäre. Die Polizei muss nur bei Gefahrenlagen eingreifen und unterstützen können. Sie will Straftaten verhindern und aufklären und nicht Babysitter für feiernde Mittzwanziger und Ältere spielen.

Ich freue mich außerdem, dass der Veranstalter bei seinen Gästen für eine große Akzeptanz der Zusammenarbeit mit der Polizei werben möchte. Ich weiß dieses Signal als zuständiges Ministerium zu schätzen. Und ich freue mich auch für unseren Polizeipräsidenten Hoffmann-Ritterbusch. Er musste in den letzten Tagen viel einstecken. Seine harte Haltung wurde immer wieder kritisiert. Aber seien wir doch mal ehrlich, ohne diese Haltung wäre doch dieser Prozess, der in den letzten Wochen in Gang gesetzt worden ist, überhaupt nicht in Gang gekommen. Amt, Landkreis, Polizei und Veranstalter haben

einen Prozess in Gang gesetzt, bei dem alle Seiten viel dazugelernt haben und von dem alle Seiten – davon bin ich fest überzeugt – noch lange profitieren werden. Und das ist genau das, was wir an dieser Stelle auch wollen. So bekräftigt der Veranstalter für die Zukunft ausdrücklich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist
genau das, was wir mit unserem
Antrag beabsichtigen, genau so!)

ausdrücklich die enge Zusammenarbeit mit den Behörden, ich zitiere noch mal, „mit dem Ziel, das Fusion-Festival auch künftig schutzzielorientiert und im hohen Maße regelgetreu veranstalten zu können“, Zitatende. Das ist eine klare Ansage. Das klingt nach Partnerschaft. Ich danke jedenfalls dem Veranstalter ausdrücklich auch für dieses Signal und freue mich auch im Namen der Polizei auf eine gute Zusammenarbeit.

Und, Frau Kröger, abschließend noch mal der Hinweis, ja, das Amt hat einen Bescheid auf Grundlage der Beratungen in dieser Woche rausgeschickt, in dem eine Vielzahl von Punkten eingefordert werden. Nur, Sie werden keinen finden, auch meine Kollegin Sozialministerin zum Beispiel nicht, die anordnen wird, dass die Batchelung von Jugendlichen, die dem Jugendschutz unterliegen, nicht zu erfolgen hat, damit man auch weiß, wer jünger als 18 Jahre ist. Sie werden keinen finden, auch meinen Kollegen Bauminister nicht, der anordnet, das Fluchttor, was eine gewisse Größe einfordert, ist eben nicht so groß zu halten, sondern wird kleiner gemacht. Das werden die Kollegen nicht tun und das würde auch gegen die jeweiligen Gesetzlichkeiten sprechen, und deswegen halte ich es für folgerichtig, dass man die Auflagen auch dementsprechend einfordert, dass man sie in gemeinsamen Gesprächen, so, wie wir das mit der Polizei getan haben, auch dementsprechend realisiert. Und deswegen wünsche ich von der Stelle aus der „Fusion“ einen guten Verlauf, wie all die Jahre davor, einen friedlichen, und denjenigen, die da hingehen, viel Spaß, viel Freude, und für die Region ist es ja auch ein wichtiges Ereignis. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD, Freie Wähler/BMV
und Holger Arpe, fraktionslos –
Dr. Ralph Weber, AfD: Dann könnt ihr
eigentlich euern Antrag zurückziehen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Minister hat die angemeldete Redezeit um 14 Minuten überschritten.

(Andreas Butzki, SPD: 14?!)

Diese steht nach Paragraph 85 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Ich habe jede Minute genossen.)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Fraktionsvorsitzenden Herrn Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! Liebe Gäste hier im Hause! Wie heißt es nach alter deutscher Mundart: „Wo man singt, da lass dich nieder, böse

Menschen haben keine Lieder.“ Die universale Allgemeingültigkeit dieser Aussage steht spätestens seit den Anschlägen im Bataclan in Paris 2015 und den Vorfällen im Rahmen eines Popkonzertes der Sängerin Ariana Grande in Manchester im vorletzten Jahr zur Diskussion.

Das „Fusion“-Festival in Lärz ist mittlerweile über unsere Landesgrenze hinaus bekannt und ist, wenn Sie es so wollen, ein kultureller Leuchtturm unseres Bundeslandes. Jahr für Jahr bewerten Fachexperten und Behörden das Sicherheitskonzept dieser Veranstaltung. Mit 70.000 Teilnehmern ist die „Fusion“ schon lange kein kultureller Geheimtipp mehr, sondern eine Großveranstaltung. 70.000 Menschen – wir sprechen hier über die Sicherheit von 70.000 Männern, Frauen und Kindern, die das Festival in diesem Jahr anziehen wird. Die Polizei verlangt eine – eine! – mobile Station auf dem Gelände, um im Falle des Falles schnell vor Ort zu sein.

Und, Frau Kröger, hier geht es nicht um Kontrolle. Hier geht es, der Innenminister hat es auch mehrfach gesagt, um Gefahrenabwehr. Das ist die ureigenste und wichtigste Aufgabe der Polizei: Gefahrenabwehr. DIE LINKE fordert die Landesregierung in ihrem Antrag auf, die „Verhältnismäßigkeit zu überprüfen und zusammen mit den Veranstalterinnen und Veranstaltern nach konsensualen Wegen für eine minimalinvasive Sicherheitslösung zu suchen“. Auch dazu hat der Minister sich schon geäußert.

Verhältnismäßigkeit? Eine Polizeistation für 70.000 Menschen? Ich bin geneigt, einen eigenen Verhältnismäßigkeitsantrag zu stellen, meine Damen und Herren, der dann im Gegenzug klären soll, ob eine Polizeistation nicht verhältnismäßig wenig für so viele Menschen ist. Unverhältnismäßig wäre es eben gerade, keine Station auf dem Gelände zu haben. Nur mal zum Vergleich: Beim DFB-Pokal-Endspiel 2018 im Berliner Olympiastadion waren 76.000 Menschen zugegen. Damals sicherten 2.400 Polizisten das Großereignis ab. Und in Lärz soll es nicht einmal möglich sein, eine einzige Polizeistation auf dem Gelände zu installieren?

Bunte Weltoffenheit und Toleranz ...

Herr Kröger, Sie haben, Sie und Ihre Fraktion, Sie haben noch Redezeit. Sie sind nach mir dran.

(Thomas Kröger, SPD: Werden wir nutzen, seien Sie sicher!)

Können Sie auch gerne machen.

Bunte Weltoffenheit und Toleranz haben sich die Veranstalter des Festivals auf die eigenen Fahnen geschrieben. Die permanent gepredigte Toleranz hört aber scheinbar da auf, wo der Staat für Ordnung und Sicherheit sorgen will.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und so erklärt der Veranstalter Martin Eulenhaupt, eine ständige und anlasslose Polizeipräsenz wäre unverhältnismäßig, widerspräche der Philosophie des Festivals und würde die Freiheit von Kunst und Kultur unnötig einschränken.

Inwiefern die Freiheit der Kunst und Kultur durch die Präsenz der Polizei eingeschränkt wird, können wir von

der AfD beim besten Willen nicht erkennen. Die von den Veranstaltern gewünschte freie Entfaltung der Gäste steht für uns in keinem Widerspruch mit der vorhandenen Polizeipräsenz, es sei denn, die freie Entfaltung der Gäste geht über die gesetzlichen Grenzen hinaus. Und wir von der AfD sagen, wer nichts zu verbergen hat, der braucht auch keine Angst vor Polizeipräsenz zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Och, natürlich! –
Zurufe von Thomas Kröger, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht doch hier nicht um Schikane, es geht um die Sicherheit von 70.000 Menschen. Und es geht auch darum, dass das Sicherheitsgefühl der Besucher durch die Anwesenheit der Polizei gestärkt wird. Der Neubrandenburger Polizeipräsident Nils Hoffmann-Ritterbusch hat es gesagt: „Wir wollen doch nicht in jedes Zelt gucken. Wir wollen doch nicht die Taschen kontrollieren und wir wollen auch nicht mit massiver Polizeipräsenz das Kulturerlebnis stören. Das ist doch nicht unser Ansinnen! Wir wollen schnell bei jedem Ereignis handlungsfähig sein.“ Zitatende. Im Klartext, nicht die Suche nach den auf dem Festival beliebten Betäubungsmitteln steht im Fokus der Beamten, denn offensichtlich ist es genau das, was die Veranstalter unter der freien Entfaltung ihrer Gäste verstehen und was sie durch die Polizeipräsenz gefährdet sähen.

Dabei verkennen die verantwortlichen Festivalorganisatoren aber den seit Jahren in Deutschland steigenden Sicherheitsbedarf auf Großveranstaltungen. Dass hier auf die Meinung externer Experten und Sachverständiger aus dem Sicherheitsbereich kein Wert gelegt wird, ist für uns absolut unverständlich,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

zumal vergleichbare Veranstalter, wie zum Beispiel Sebastian Eggert vom Elektrofestival „Airbeat One“ in Neustadt-Glewe, die Präsenz der Polizei als ausdrücklich wichtig erachten. Dieser Vergleich ist nun möglicherweise weniger schräg für Sie, Herr Krieger, Herr Kröger, Kröger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen in diesem Vorgang lediglich ein Kräftemessen linkskultureller Ignoranten mit den staatlichen Behörden, denn ein vernünftiges Argument gegen die Polizeipräsenz gibt es nach unserer Auffassung nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir erachten es außerdem als nicht zielführend, wenn sich auch noch der Landtag in die Debatte einmischen muss, und lehnen den Antrag daher ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und die Regierungsfractionen und die Opposition DIE LINKE mögen überlegen, ob sie nicht die Sondersitzung des Innenausschusses am Montag wieder abberufen.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Es ist ja im Grunde alles geklärt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Polizeihundertschaften im Dreischichteinsatz, Wasserwerfer, Räumpanzer, das klingt wie die Planung zu einem G20-Gipfel in einer deutschen Großstadt oder an der Küste von Mecklenburg-Vorpommern,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Was soll das denn jetzt?)

zu dem Tausende gewaltbereite Demonstranten erwartet werden. Klar, dass sich der Staat wehrhaft zeigen muss, wenn Gefahr droht. Aber die Polizeidirektion Neubrandenburg bereitet sich gar nicht auf einen G20-Gipfel vor, weder auf einen in Hamburg noch einen in Heiligendamm. Gewaltbereite Demonstranten haben sich auch nicht angemeldet, nein, es sind Festivalbesucher, die zur „Fusion“ wollen, 70.000, die den Verantwortlichen für den Einsatz der Sicherheitskräfte offenbar Angstalpträume bereiten. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass alles aufgefahren werden soll, was das Arsenal hergibt?

(Horst Förster, AfD:
Haben Sie nicht zugehört?)

Seit 21 Jahren gehört die „Fusion“ zu den friedlichsten Festivals in Europa. Ja, es wurden in der Geschichte auch Gewalttaten gemeldet, mal eine, mal zwei, einmal waren es sogar sieben. Sind 1.000 Polizisten darauf die Antwort?

Was also jagt den ordnungsbehördlichen Einsatzstrategen derartige Angst ein? Ich habe da eine Idee. Ist es vielleicht die Angst, kurz vor der Kommunalwahl eine Chance zu verpassen, sich als Law-and-Order-Mann darzustellen?

(Sebastian Ehlers, CDU: Ui, ui, ui,
schwere Geschütze hier!)

Erst recht, wenn es gegen ein Festival geht, das von Gruppen organisiert wird, die dem linken Spektrum zugeordnet werden.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Da ist was dran, an der Vermutung.)

Das könnte sein, denn inzwischen wurde ja ein Stückchen zurückgerudert,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Haben Sie nicht zugehört?)

denn in der CDU vor Ort fürchtet man ja einen Imageverlust, wenn, wie die „Zeit“ schreibt, ein bewaffneter Polizist bei einer LINKEN-Party auf der Wohnzimmercouch sitzt. Die Gäste könnten wegbleiben, das Festival ausfallen und wirtschaftlichen Schaden für die Region bedeuten, so die Argumente.

Nicht nur Hartmut Lehmann, CDU-Bürgermeister in Lärz, zählt zu den Befürwortern und Unterstützern des Festivals. So atmete er erleichtert auf, als die Wasserwerfer

und Räumpanzer vom Tisch zu sein schienen. Eine Wache auf dem Gelände ist laut Lehmann Unsinn. Außerdem ist er auch der Auffassung, dass ein fiktives Bedrohungsszenario aufgebaut wird.

Ein weiterer prominenter Unterstützer ist Henry Tesch.

(Sebastian Ehlers, CDU: Guter Mann!)

Er nennt das Einschreiten ...

Ja, guter Mann, hat auch eine gute Meinung.

Er nennt das Einschreiten des Polizeipräsidenten unnötig, die Folgen für die Region sind noch nicht absehbar. Klar wäre aber, die Region muss den Schaden ausbaden, und zwar nicht nur den Frust, sondern auch eben den Verlust jahrelang gewachsener kultureller Strukturen. Je weiter die politische Verantwortung also vom Ort des Geschehens entfernt ist, desto weniger scheint mir die Vernunft zu walten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Bei all den Experten und Sorgenträgern, wer war denn eigentlich vor Ort und hat sich tatsächlich die Gegebenheiten angeschaut?

(Thomas Krüger, SPD: Wer war denn da?)

Wer war denn da? Ich kenne jemanden, der ist mit dem Hubschrauber übergeflogen. Aber vor Ort waren mein Kollege Philipp da Cunha, Julian Barlen und ich. Und wir können von uns behaupten, dass wir gut informiert sind,

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

uns vom Veranstalter das Gelände haben zeigen lassen, wir haben uns die Hangars angeguckt,

(Sebastian Ehlers, CDU: Dann
können wir ja beruhigt sein.)

letzten Freitag.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Außerdem wäre es schön gewesen, wenn ich auch aus dem Büro des Innenministers eine Reaktion auf meine Anfrage von vor 14 Tagen bekommen hätte.

(Sebastian Ehlers, CDU: Hier ist was los, du!)

Und doch, quasi in Tappschritten geht es nun etwas voran. Plötzlich sind die Wasserwerfer vom Tisch. Aber so ganz nachgeben geht wohl doch nicht so kurz vor der Wahl. Gestern Abend waren noch mal 30 neue Auflagen. Irgendwie muss das Thema doch noch über den 26. Mai gebracht werden können, oder?

(Sebastian Ehlers, CDU: Freut euch doch!)

Egal, wie am Ende entschieden wird, diese Diskussion wird die „Fusion“ verändern. Es wird nie wieder sein, wie sie 22 Jahre lang war. Natürlich dürfen wir keine rechtsfreien Räume zulassen, aber ich fürchte, mit dem Frontalangriff auf ein friedliches Fest ist ein Geist aus der Flasche gelassen worden, den wir nicht mehr zurück-

stopfen können. Lärz ist nicht Hamburg und auch nicht Heiligendamm, es sei denn, jemand macht es gezielt dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linksfraktion,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Herr Dachner ist schon rausgegangen.)

wir halten uns an den Koalitionsvertrag und lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

(Torsten Renz, CDU: Redet jetzt nicht die Opposition, Frau Präsidentin?)

Es sind keine mehr, außer dass der Antragsteller ganz zum Schluss redet, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht musste ich mich auch gerade in den letzten 30 Sekunden vom letzten Redebeitrag erholen.

(Tilo Gundlack, SPD: Musst du Sauerstoff kriegen, oder was?! – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Insofern an Frau Kollegin Julitz gerichtet: Ich finde es gut, dass Sie sich an den Koalitionsvertrag halten.

(Jochen Schulte, SPD:
Wir tun das immer, Herr Kollege.)

Das ist bemerkenswert und auch richtig und ich will deutlich sagen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Wir auch.)

dass die CDU-Fraktion sich nicht nur an den Koalitionsvertrag hält, sondern an Recht, Ordnung und Gesetz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und ich erlaube mir an dieser Stelle, auch noch einen Schritt weiter zu gehen.

(Jörg Heydorn, SPD: Was soll denn der Schuss in den Ofen, Herr Renz?)

Ich bin froh, dass wir mit diesem Innenminister in diesem Lande, CDU-geführt, das Innenministerium besetzen und führen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und wenn ich den ersten Redebeitrag von Frau Kröger als Einstieg hier wähle, Formulierungen, man will „einfach nur Spaß haben“, dann frage ich mich ernsthaft, einfach nur Spaß haben, heißt das automatisch – und vielleicht können Sie das nachher noch mal geraderücken –, dass Ordnung, Sicherheit, Gesetze, alles außer Kraft gesetzt wird,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wer macht denn so was, Herr Renz?)

dass ein rechtsfreier Raum entstehen soll? Soll es das heißen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das hat doch niemand gesagt, Herr Renz!)

„einfach nur Spaß haben“?

(Tilo Gundlack, SPD: Vielleicht weiß Herr Renz nicht, was Spaß ist.)

Und im Prinzip, vor der Diskussion habe ich mich gefragt, worüber reden wir eigentlich hier? Reden wir nicht eigentlich über eine Selbstverständlichkeit? Da gibt es jemanden, der will, weiß ich nicht, vielleicht auch einfach nur Spaß haben, auf alle Fälle hat er eine Veranstaltung mit 70.000 Besuchern. Mit 70.000 Besuchern! Und das hat doch niemals zur Folge in dieser Bundesrepublik Deutschland oder in Mecklenburg-Vorpommern, dass das automatisch bedeutet, dass jeder machen kann, was er will.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wer will das denn?)

Wir sind an Recht, Ordnung und Gesetz gebunden. Und es geht hier um Sicherheitskonzepte, die vieles beinhalten, ob das Jugendschutz ist,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Brandschutz, Sicherheit und Ordnung, bauliche Voraussetzungen und, und, und. Das ist doch nicht außer Kraft gesetzt, weil jemand sagt, ich lade hier mal 70.000 Leute ein. Es ist mehr als die Pflicht, dass der Minister und die Polizei in diesem Lande agieren, wie sie agieren.

Und ich frage mich auch schon ernsthaft in Richtung der LINKEN, mit wem sprechen Sie überhaupt? Mit wem reden Sie? Reden Sie mit dem Veranstalter,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Na selbstverständlich!)

mit dem Amt, mit den Behörden, mit der Polizei?

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Ja, selbstverständlich!)

Mit wem reden Sie? Wenn Ihnen jetzt – und das wäre zumindest für mich logisch, dass Sie zumindest sehr nah am Veranstalter auch dran sind –, wenn Sie dann diese Information, dass diese Kooperation, die durch den Minister jetzt gelobt wird hier, dass die Kooperation ja im Prinzip auf den Weg gebracht ist, um hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, also da scheinen Sie schon gewisse Informationsdefizite zu haben.

Aber was eigentlich für mich die Krönung ist, ist, was mit Ihrer Spaßnummer Sie daraus jetzt nachher noch machen und für mich hier mit Ihrem Redebeitrag die Kompetenz der Polizei in diesem Lande infrage stellen wollen. Das, finde ich, geht gar nicht.

Sie haben hier formuliert aus meiner Sicht überzogene Forderungen. Ich bin nun kein Innenexperte oder Polizeiexperte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt, ja.)

aber ich habe schon mal einen Polizeieinsatz begleitet bei einem Hansa-Spiel.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Beim Hansa-Spiel!)

Und da können Sie davon ausgehen, dass der zuständige Polizeibeamte niemals alleine entscheidet, sondern Polizeiarbeit ist auch Teamarbeit. Da wird die Situation beachtet, analysiert, dann wird im Team beraten und dann wird entschieden. Dass das dann einer nach draußen transportieren muss, das ist doch logisch. Aber dass Sie – und da bitte ich Sie auch in Zukunft, in diesem sensiblen Bereich der Innenpolitik vielleicht etwas vorsichtiger zu sein, wenn man nicht der absolute Fachmann ist –, aber was Sie hier einfach mal so locker rausposaunen, aus meiner Sicht sind das alles überzogene Forderungen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, das hat sich doch auch gezeigt,
da ist doch zurückgerudert worden.)

Und Sie formulieren weiter, Frau Kröger, die Polizei „stört“ an dieser Stelle. Diese Sätze muss man sich in diesem Land an diesem Ort hier mal durch den Kopf gehen lassen! Das kann ich nur aufs Schärfste zurückweisen. Und am Ende will ich es fast als Wahnsinn bezeichnen, wenn Sie dann den Polizeipräsidenten als Person hier in der Diskussion auch noch an den Pranger stellen. Das geht aus meiner Sicht gar nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Und Ihr Antrag konkret, insbesondere der Punkt 2, der macht ja nichts anderes, als uns aufzufordern, hier in ein funktionierendes Rechtssystem, einen funktionsfähigen Rechtsstaat einzugreifen. Und da kann ich nur noch mal sagen, wir können so froh sein, dass dieser Minister für die CDU, für dieses Land hier in Verantwortung steht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch eine Bitte,
die Bitte zur Kooperation lehnen
Sie damit auch ab, ja?)

dass nämlich so etwas nicht passiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kennen Sie, den Änderungsantrag
haben Sie gelesen?)

Und es gibt ausreichend Beispiele, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben
Sie den Änderungsantrag gelesen?)

über die Landesgrenzen hinaus, wo es zu Ereignissen gekommen ist. Ich will nur einmal Duisburg nennen. Wenn so etwas nachher passiert ist, dann wird die Verantwortungsfrage gestellt

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja, richtig.)

und dann würde ich schon gerne sehen wollen, wo die ganzen Helden da dann sind. Wahrscheinlich haben sie sich dann in die Büsche verdrückt, wie auch immer.

Deswegen kann ich nur sagen, in diesem Lande muss weiter Recht und Ordnung gelten, auch bei so einer Veranstaltung, und insofern bin ich wie gesagt dankbar, dass wir jetzt auf einem guten Wege sind, dass nämlich Fachleute zusammenarbeiten und eine fundierte Entscheidung treffen werden, was den Bereich Ordnung und Sicherheit betrifft, dass dieses Festival weiterhin friedlich stattfinden kann. Ich glaube, in dem Punkt sind wir uns alle einig, das wünschen wir uns, und insofern, glaube ich, hat insbesondere der Minister hier ausreichend die Situation beschrieben, wo sich dann tatsächlich die Frage stellt, was haben Sie noch für eine Motivation, was soll die weitere Diskussion über diese Debatte hinaus jetzt bringen. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Ralf Borschke, Freie Wähler/BMV –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Sie meinen, das war das letzte
Wort, Herr Renz?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das ist ja mal ein Innenexperte.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Von mir hochgeschätzter Herr Innenminister! Ich will hier als Erstes klarstellen, dass ich voll hinter dem Antrag stehe, weil ich ihn mit ausgearbeitet habe, und auch hinter dem Änderungsantrag, den ich gestern noch auf den Tisch des Hohen Hauses gelegt habe, weil ich wirklich in den letzten Tagen alles versucht habe, wirklich alles versucht habe, eine gemeinsame Basis zu finden, wie wir uns der gemeinsamen Verantwortung stellen können, eines der bedeutendsten Festivals hier in diesem Land gemeinsam zum Erfolg zu führen.

Leider sind alle diese Versuche gescheitert. Selbst der Änderungsantrag – ich weiß nicht, ob der Kollege Renz ihn gelesen hat –, der da heißt, wir bitten die Landesregierung, in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden vor Ort, mit den Veranstaltern, mit der Polizei dafür Sorge zu tragen, dass ..., selbst das wird nicht mitgetragen. Das erschließt sich mir nicht, weil im Moment, auch aufgrund der öffentlichen Diskussion, ja nichts anderes stattfindet als genau das, was wir hier in unserem Änderungsantrag vorschlagen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also sind die Vorschläge oder die Argumente, die Sie hier bringen zur Ablehnung unseres Antrages, ziemlich dürftig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dann haben Sie geäußert, Herr Innenminister, wir würden hier einen Popanz aufbauen und irgendwelche Journalisten hätten. Das klingt so alles nach dem Motto, niemand hat die Absicht. Aber es bestand die Absicht! Es bestand die Absicht! In dem Konzept vom 12. März heißt es unter anderem, ich zitiere: „Darüber hinaus wird dem Einsatzabschnitt Veranstaltungsschutz eine Besatzung SB4 und WaWe unterstellt.“ Also Hubschrauber und Wasserwerfer. Und es heißt weiter: „In der Ferienparkanlage Boeker Mühle und im Ferienpark wurden für den

gesamten Einsatzzeitraum circa 1.000 Betten angemietet.“ Ja, für wen denn? Und ist dieses Einsatzkonzept vom 12. März, das keine Erfindung eines Journalisten ist, sondern auf der zuständigen Polizeidienststelle erarbeitet worden ist, ist das vom Tisch? Ist das ad acta gelegt? Gibt es keinen WaWe? Sind die bestellten Betten für Tausend Beamtinnen und Beamte, sind die gekündigt, die Mietverhältnisse? All diese Fragen, all diese Fragen sind nicht beantwortet, sind nicht beantwortet. Und das ist ...

(Sebastian Ehlers, CDU:
Können wir Montag machen.)

Jaja, können wir Montag im Ausschuss machen, deswegen, genau deswegen haben wir die Sondersitzung des Ausschusses beantragt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und dann sprachen Sie davon, dass der Umgang von unserer Seite mit diesem Thema verantwortungslos sei. Wissen Sie, was ich verantwortungslos finde, liebe Kolleginnen und Kollegen? Verantwortungslos finde ich, dass ein rechtskräftig Verurteilter als Dozent an der Fachhochschule der Polizei, als Dozent für Einsatzlehre arbeitet. Das finde ich unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau.)

Das finde ich unverantwortlich.

Und schließlich und endlich, und schließlich und endlich ...

(Sebastian Ehlers, CDU:
Was hätten Sie mit dem gemacht?)

Ich hätte bestimmt eine Besenkammer im Ministerium gefunden, das kann ich Ihnen zusichern. Das kann ich Ihnen zusichern, Herr Ehlers.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Bitte schön, wenn Sie der Meinung sind, dass ein rechtskräftig Verurteilter junge Polizistinnen und Polizisten in diesem Land ausbildet,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dann ist das doch eine klare Botschaft.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich finde das verantwortungslos, Herr Liskow.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich finde das verantwortungslos.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Ritter!

Herr Liskow, jetzt ist hier Ruhe, sonst gibt es einen Ordnungsruf!

Peter Ritter, DIE LINKE: Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich und endlich will ich Ihnen eines sagen: Wir hätten uns, wir hätten uns die Debatte auch in dieser Intensität sparen können, wenn nämlich diese Regierung, diese Landesregierung ihre Hausaufgaben machen würde. Und Hausaufgaben machen heißt, dass die Landesregierung zum Termin 21.05. meine Kleine Anfrage auf meinen Tisch zu legen hatte. Dort geht es darum, welche Sicherheitsbestimmungen bislang bei „Fusion“ galten, welche neuen Sicherheitsbestimmungen kommen und aufgrund welcher Gefahrenanalyse das Sicherheitskonzept erarbeitet wird. Die Antwort liegt bis heute nicht vor! Und da stellen Sie sich hier hin und machen mir Vorwürfe, machen uns Vorwürfe, dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung setzen! Das kann ich nicht tolerieren!

Und, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, auch da haben Sie eine Verantwortung. Schaffen Sie endlich Ordnung in der Staatskanzlei, dass die Anfragen der Abgeordneten rechtzeitig beantwortet werden!

(Sebastian Ehlers, CDU: Macht sie doch, das macht der neue CdS.)

Da können wir uns nämlich hier solche Debatten sparen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Nikolaus Kramer, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich finde es bedauerlich. Ich finde es bedauerlich, was ich heute, kurz vorm Wochenende, kurz vor einem Wahltag – nicht nur zur Europawahl, sondern auch für Kommunalwahl – hier in diesem Haus als Debatte erleben muss. Und ich will das mal deutlich machen.

Zunächst einmal – und das hoffe ich, dass ich das nicht nur im Namen meiner eigenen Fraktion sage, sondern in der Hoffnung, dass ich das für eine Vielzahl von Abgeordneten in diesem Haus sage –, völlig losgelöst von der „Fusion“ und dem Festival möchte ich mich an dieser Stelle einmal bedanken für die Vielzahl von Polizistinnen und Polizisten, und damit meine ich die Leute, die vor Ort im Einsatz sind, völlig egal, ob das in Lärz, in Rostock bei Veranstaltungen, wo auch immer ist, die im Zweifelsfall dann auch dazwischengehen müssen, nicht, weil sie es wollen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV)

sondern weil es ihre Arbeit ist.

Und das sage ich auch an dieser Stelle: Es ist nicht meine Aufgabe, die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE hier zu verteidigen, aber ich habe heute in diesem Raum nicht gehört, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE diesen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch nur mit einem einzigen

Wort einen Vorwurf machen. Und das sollte man an dieser Stelle auch mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Das gehört, glaubte ich, zur Fairness im gesamten Umgang.

(Dr. Ralph Weber, AfD: „Die Polizei stört“, haben Sie aber gehört?!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der zweite Punkt, den ich hier ansprechen möchte, weswegen ich das auch bedauerlich finde, dass diese Debatte in dieser Form so ausgeüfert ist: Weder – da komme ich auf das zurück, was ich gerade eben gesagt habe –, weder die Polizistinnen und Polizisten vor Ort noch die Veranstalter, erst recht nicht die Besucherinnen und Besucher, aber auch nicht alle anderen Menschen in diesem Land haben es im Endeffekt verdient, dass eine Veranstaltung, die, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, seit 20 Jahren in diesem Land friedlich veranstaltet wird, aus welchen Gründen auch immer heute hier zu einem Großkampfergebnis zwischen rechts und links hochstilisiert werden soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ob das mit der Kommunal- und der Europawahl zusammenhängt, wie die Kollegin Julitz das angesprochen hat, das kann ich nicht beurteilen, ich kann nicht in die Köpfe der Menschen reinschauen, aber zumindest die Überlegung mag ja nicht völlig von der Hand zu weisen sein.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, das sage ich auch an dieser Stelle, weil ich habe es auch über die Presse gelesen, dass irgendjemand eine aus meiner Sicht – und da kommt dann vielleicht der Jurist durch – nicht ganz so intelligente Bemerkung gemacht hat, nach dem Motto, das Veranstaltungsgelände wäre ein rechtsfreier Raum. Es gibt keine rechtsfreien Räume in Deutschland,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

es darf auch keine rechtsfreien Räume in Deutschland geben, aber,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Umstand, dass ein Raum nicht rechtsfrei sein darf, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass dieses nur dann gewährleistet ist, wenn ich rechts und links einen Sicherheitsbeamten, einen Polizeibeamten, einen Ordner oder wie auch immer stehen habe. Rechtsfreiheit – und wir haben diese Woche 70 Jahre Grundgesetz angesprochen –, Rechtsfreiheit verhindert man zunächst einmal in den Köpfen. Und erst dann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn tatsächlich aus polizeilicher Sicht zum Beispiel Gefahr im Verzug besteht, dann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sollte und kann die Polizei auch ohne Weiteres eingreifen.

Und das möchte ich an dieser Stelle auch noch mal sagen, ich kann eine Debatte nicht verstehen –

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und da fühlt sich ja offensichtlich jemand ganz rechts außen schon wieder angesprochen –, ich kann eine Debatte nicht verstehen,

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

ich kann eine Debatte nicht verstehen, ...

Und Sie kann ich sowieso schon lange nicht mehr verstehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nichts für einen begrenzten Horizont.)

... ich kann eine Debatte nicht verstehen, die tatsächlich, die tatsächlich den Eindruck erwecken möchte,

(Tilo Gundlack, SPD: Das war jetzt aber ..., Frau Präsidentin!)

dass die Nichtrechtsfreiheit eines Raums nur dann gewährleistet ist, wenn entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden. Jeder, der sich mit dem Thema vielleicht mal etwas näher – nicht aus politischer Sicht, sondern vielleicht erst einmal, und das ist bei solchen Veranstaltungen ja vielleicht auch nicht schlecht, aus rechtlicher Sicht – beschäftigt hat, der weiß, da brauchen sie auch zum Beispiel, was Veranstaltungen in geschlossenen Räumen angeht, gucken Sie sich die Paragraphen 102 StPO Folgende an, da ist ausdrücklich geregelt, dass bei Gefahr im Verzug jederzeit die Polizei auch ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss entsprechende Maßnahmen ergreifen kann. Das ist geregelt und da müssen wir eigentlich in diesem Raum keine Debatten führen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch mal sagen, es wäre, und ich habe mich ja auch als Parlamentarischer Geschäftsführer meiner Fraktion darum bemüht, vielleicht einfacher, dem Ansehen dieses Hauses angemessener und auch ein Erfolg – und ich wünsche dieser Veranstaltung viel Erfolg, auch in den nächsten Jahren –, auch dieser Veranstaltung und ihren Besuchern angemessener gewesen, wenn die Fragen, die teilweise ja offensichtlich noch offengeblieben sind, und ich verweise nur darauf, dass der Innenminister dieses Landes ja eben hier noch mal deutlich gemacht wird, dass es ja einen Arbeitsprozess gibt, wo offensichtlich dann auch bestimmte Dinge, die in der Vergangenheit so nach außen kommuniziert worden sind, entsprechend schon gar nicht mehr gelten, dass man entsprechend die Gelegenheit genutzt hätte, vielleicht diesen Antrag, da will ich gar nicht über die Qualität dieses Antrages reden, dass man diesen Antrag möglicherweise tatsächlich in den Innenausschuss überwiesen hätte.

Und, Herr Kollege Ritter, dann sage ich es auch mal ganz deutlich, dann wären die Fragen, die Sie oder andere gehabt hätten, vielleicht beantwortet worden. Dadurch wird Ihr Antrag vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht besser, aber das Problem wäre ohne eine entsprechende, doch teilweise sehr populistische Debatte im Interesse aller anderen Beteiligten gelöst worden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Es tut mir schrecklich leid, ich verstehe das Ganze gar nicht. Hier wird etwas politisiert, was gar nicht zu politisieren ist.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht um eine Veranstaltung und um deren Genehmigungsfähigkeit und um Bedingungen, für die der Landtag, denke ich, nicht zuständig ist. Dafür sind zuständig, der Minister hat es ausgeführt, bestimmte Behörden, und wenn einem das nicht passt, dann kann man den Rechtsweg einschlagen.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Dann ist von rechts und links die Rede. Also rechts und links gehört erst mal in den Straßenverkehr. Ich weiß nicht, was es mit der Genehmigung einer Veranstaltung zu tun hat. Trotzdem wäre die Kontrollfrage interessant, es soll ja – ich habe da wenig Ahnung, nur vom Hörensagen und Zeitungswissen, ich habe nie teilgenommen –, es soll eine linke Veranstaltung sein. Stellen Sie sich mal so ganz kurz die Kontrollfrage, wenn das eine sogenannte rechte Veranstaltung wäre, wie dann die Diskussion ablaufen würde.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Dann haben wir gehört, dass der Innenminister hier über das Ergebnis der gemeinsamen Suche berichtet hat. Das sollte doch eigentlich den Sachverhalt völlig verändert haben. Da werden hier vorgefertigte Reden vorgelesen, darauf will ich überhaupt nicht eingehen. Auch das verstehe ich überhaupt nicht. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich verstehe auch nicht, was dann am Montag noch die Veranstaltung soll, die Sitzung des Innenausschusses. Ich glaube nicht, dass ich daran teilnehmen werde, ich überlege mir das noch, aber es ist im Grunde eine Frechheit, dies hier zu veranstalten.

Ich führe noch mal aus: Wir sind nicht zuständig, wir sind Rechtsstaat und wir sind auch nicht berechtigt, den zuständigen Behörden zu sagen, was sie zu tun haben. Das sollten sich alle hinter die Ohren schreiben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ihre väterlichen Ratschläge immer! Schreiben Sie sich das hinter die Ohren!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Kröger.

(Die Abgeordnete Eva-Maria Kröger wendet sich an das Präsidium. – Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank! Vielen, vielen Dank, weil es ist genau das passiert, was ich demonstrieren wollte, und es hat wunderbar geklappt, ganz wunderbar. Ich habe gedacht, Eva, da gehst du

nach vorne und hältst eine freundliche, friedliche, zugewandte Rede – die inhaltlich nicht jedem gefallen muss,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen bin ich extra nicht nach vorne gegangen.)

das muss ich einschränkend sagen, weil es eben so ist und weil es irgendwie auch zu diesem Festival passt –, und es ist genau das passiert, was ich vermutet habe. Sofort, reflexartig, reflexartig wird aggressiv reagiert, und so ist es immer, wenn die eine Seite, die nach maximaler Freiheit, und die andere, die nach maximaler Sicherheit strebt, aufeinandertreffen. Sofort stellt DIE LINKE die Polizei an den Pranger, natürlich!

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ein Schwachsinn!)

Aber automatisch!

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Sofort werden Dinge behauptet, die nicht der Realität entsprechen, wir würden uns nur um den Spaß kümmern. Natürlich!

(Torsten Renz, CDU: Das ist falsch.)

Und wir diskutieren natürlich auch nur mit den VeranstalterInnen und sonst mit niemandem!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn ihr so eine Spaßbremse seid, können wir nichts dafür.)

Ja, sicher ist das so,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

bestätigen wir doch die Vorurteile!

(Unruhe bei Sebastian Ehlers, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Und eigentlich, das war mein Lieblingsmoment, wollen wir unter dem Deckmantel der freien Entfaltung doch eigentlich nur den Drogenkonsum absichern! Stimmt, das passt zur LINKEN!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich mal in die Situation komme – und wie gesagt, ich kann mich nur noch mal bedanken, weil Sie haben genau bewiesen, weshalb es so schwierig ist –, der Kollegin Julitz zu sagen, dass ihre Rede linksextremer war als meine,

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt.)

das hätte ich ehrlich gesagt auch nicht vermutet.

(Torsten Renz, CDU: Ach nee, das nehme ich zurück! Das nehme ich zurück!)

Also vielen Dank, liebe Kollegin,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

dass Sie hier so deutlich aufgetreten sind.

(Torsten Renz, CDU:
Also Sie sind linksextrem und
Frau Julitz ist noch extremer, ja?)

So musste ich das ja offensichtlich nicht machen.

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, dass Sie jetzt nur noch das Wort „linksextrem“ hören und jetzt fangen die Ohren an zu klingeln und alles Weitere

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„Links-grün-versifft“ fehlt noch.)

wird jetzt auch nicht mehr gehört,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

weil jetzt hat sie „linksextrem“ gesagt und jetzt ist natürlich eine sachliche Debatte auch nicht mehr möglich,

(Glocke der Vizepräsidentin)

also diese Schutzreaktion, diese automatische Reaktion Ihrerseits war zu erwarten und eigentlich ist es schade.

Und, Herr Caffier, ich muss wirklich sagen, ich bin schwer enttäuscht von Ihrem Auftreten hier, weil offensichtlich haben Sie meiner Rede gar nicht zugehört,

(Sebastian Ehlers, CDU: Ein größeres
Lob kann man nicht bekommen.)

gar nicht zugehört, aber wenn man sich was aufgeschrieben hat, dann ist es halt einfacher, dann auch bei seinem Zettel zu bleiben.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ui!)

Sie haben über ganz viele Dinge geredet, die ich gar nicht angesprochen habe und übrigens auch bewusst nicht angesprochen habe, weil sie hier nicht hergehören

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

und weil sie nicht zur Debatte gehören.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Aber das funktioniert ja nicht, das kann ja nicht sein, weil man hatte ja eine Erwartungshaltung,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sie führen
die Debatte doch öffentlich.)

dass DIE LINKE jetzt hier nach vorne geht

(Sebastian Ehlers, CDU:
Die Debatte läuft doch.)

und über all diese Sachen spricht, und dann hat sie es leider nicht gemacht, aber egal.

Genau deshalb wollten wir uns im Innenausschuss darüber unterhalten, weil nämlich die ganze Kiste mit der Bachelorarbeit und dieser AfD-Verquickung und was weiß ich nicht alles hier heute zu dieser Debatte für mich gar nicht gehört. Und deshalb habe ich das auch nicht angesprochen. Aber natürlich musste darauf rumgeritten werden, natürlich musste das noch mal als vermeintliches Argument

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

irgendwie in eine Diskussion gebracht werden – ziemlich schlecht, ehrlich gesagt.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und dann reden wir doch noch mal über die Geschichte, über die Entwicklung. Letztlich ist es doch schön, und das hat ja der Kollege Schulte auch in gewisser Hinsicht schon angedeutet,

(Unruhe bei Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

dass die gesellschaftliche Debatte, die es in den letzten Wochen zu diesem Thema gegeben hat,

(Glocke der Vizepräsidentin)

doch eigentlich erst zu diesem Punkt geführt hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktion
der CDU und Andreas Butzki, SPD)

Und da verstehe ich erstens nicht, warum wir uns im Landtag nicht über etwas unterhalten sollten, nicht etwas in den Landtag ziehen sollten, was gerade für offensichtlich viele Menschen – nicht nur für die Medien, sondern für viele Menschen – relevant ist. Und wenn wir dann so agieren, dass wir sagen, ja, wir sind ja hier keine Behörde und wir haben ja nicht mit zu entscheiden, also ich glaube, dann könnten wir uns 80 Prozent der Arbeit, die wir uns machen, sparen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Also gerade der Petitionsausschuss kann seine Arbeit dann einstellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

ehrlich gesagt. Da befassen wir uns nämlich fortlaufend mit der Arbeit von Ämtern und von Behörden auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und befassen uns mit diesen Problemen. Und deshalb ist es auch Aufgabe des Landtages, so eine öffentliche Diskussion und so eine ja anfänglich auch vorhandene Eskalation hier in den Landtag zu tragen und darüber zu sprechen, und davor muss man sich nicht drücken, das kann man einfach tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und dann ist es doch ein demokratischer Mehrwert, wenn wir uns eben diese Entwicklung der Diskussion in den letzten Wochen angucken. Sicherlich muss man nicht mit jeder Medienberichterstattung glücklich sein,

das kann ich sogar nachvollziehen. Und dann darf man Fragen stellen und sagen, ist das so oder ist das nicht so, und dann telefoniert man miteinander und dann setzt man sich noch mal zusammen und noch mal.

Und, Herr Caffier, es ist ja gut, es ist ja gut, wenn Sie jetzt die gute Zusammenarbeit, die konstruktive Zusammenarbeit loben, dass man gemeinsam sitzt und versucht, ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten, aber dann, muss ich auch wieder sagen, Vorsicht, Wortklauberei, dann kommt es auf die Feinheiten an. Wenn man dann jetzt immer zusammensitzt und zusammenarbeitet, dann bleibt die Frage offen, warum dann gestern Abend noch mal ein Forderungskatalog mit über 30 Punkten gekommen ist, bei denen wieder welche dabei sind, von denen bisher noch nie die Rede war, die neu sind, die eine ganz neue Qualität haben, ganz neue Anforderungen stellen. Gut, dann muss darüber wieder gesprochen werden, dann muss man sich wieder zusammensetzen und gucken, was eigentlich leistbar ist, und ich kann nur hoffen, dass das auch passiert.

Dann geht es um Interpretation. Sie sagen, Ihnen ist wichtig, dass die Polizei jederzeit Zugang hat, dass immer ein Zugang ermöglicht wird. Aber genau das ist doch das, worüber wir reden. Genau das ist die Feinheit, die geklärt werden muss. Was heißt „jederzeit“? Und was heißt „anlassbezogen“? Und da gibt es einen Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischen „jederzeit“ und „anlassbezogen“. Und diesen Unterschied gibt es nach wie vor und der ist auch immer noch nicht geklärt, muss aber geklärt werden. Alle anderen Fragen hat mein Kollege Herr Ritter schon gestellt, gerade in Bezug auf die Menge der Polizistinnen und Polizisten, die hier eingesetzt werden sollen.

Und dann auch noch mal rückblickend auf die Debatte der letzten Tage: Man kann das immer so und so drehen, und da verstehe ich sogar die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, wenn sie sagen, wenn uns jemand sagt, da gibt es eine Bombe, dann sind wir besorgt, dann haben wir unser Protokoll, dann reagieren wir, dann wollen wir uns um die Situation kümmern. Da sind viele Menschen auf dem Festival, nachvollziehbar. Und dann stellt sich am Ende heraus, es war keine Bombe, es war eine Autobatterie mit irgendeinem Lichtkabel drum und dann macht sich die andere Seite vielleicht darüber lustig. Auch nicht schön. Das kann ich sogar verstehen. Da hat jemand die Gefahr ernst genommen und hinterher wird sich darüber lustig gemacht. D'accord. Aber dann würde ich in so einer Debatte, wenn ich jetzt gemeinsam an einem Sicherheitskonzept arbeite, das einfach weglassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Dann würde ich einfach sagen, das ist wirklich blöd gelaufen, für beide Seiten, und den Fall nicht noch mal rausholen, und schon gar nicht halb seriös dann sagen, wir hatten mal eine Bombendrohung und kamen nicht aufs Gelände, weil dann ist doch klar, was dann passiert und welche Reaktionen es gibt. Und dann diskutiere ich weiter und dann ziehe ich das Wetter heran. Also zur Not redet man ja immer übers Wetter, das kennen wir ja auch.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Wenn einem nichts mehr einfällt, wird übers Wetter geredet, dann drohen Sturm und Hagelsturm und Regengüsse. Ja, so was kann immer passieren.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Aber auch an der Stelle noch mal, das ist heute noch nicht gesagt worden: Die Feuerwehr ist immer vor Ort, das THW ist immer vor Ort, Sanitärerinnen und Sanitäter sind immer vor Ort. Auch für solche Notfälle sind natürlich die Gäste des Festivals hier geschützt.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Ich glaube, und das ist das, was ich sozusagen mit meiner Rede heute und mit der erwartbaren Reaktion, die dann folgte, auch noch mal deutlich machen wollte, es geht ganz viel um Sprache in dieser Diskussion. Und ja, man kann es auf die Goldwaage legen, wenn ich sage, die Polizei stört. Das kann man so interpretieren, wie Sie es offensichtlich interpretieren. Ich meine und sage und höre das aber anders,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Dann sagen Sie es doch
einfach anders!)

weil ich politisch einfach in einer anderen Welt tätig bin und sage, ich brauche die Polizei da nicht, ich fühle mich auf dem Festival nicht gefährdet, ich gehöre zu dieser Gemeinschaft, ich fühle mich da wohl. Und ja, ich fühle mich dann eingeschränkt und beobachtet, wenn Polizistinnen und Polizisten vor Ort Streife gehen.

Wenn das dann nicht passiert, ist das doch gut. Dann muss es aufgeschrieben werden, abgesegnet werden. Aber warum können wir über solche Dinge nicht ordentlich miteinander reden? Und warum gibt es jedes Mal immer sofort wieder Verhärtungen und Konfrontationen? Und heute muss ich leider konstatieren, dass diese Konfrontationen nicht von links gekommen sind,

(Heiterkeit bei Dr. Ralph Weber, AfD)

ganz eindeutig nicht von links und nicht aus unserer Fraktion und schon gar nicht von mir.

Und am Ende,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

um das auch noch mal zu sagen, und das zeigt eigentlich, auf welchem Niveau wir uns hätten bewegen können, wenn Herr Minister anständig reagiert hätte –

(Heiterkeit bei Minister Lorenz Caffier)

„minimalinvasiv“, ein Begriff, der auf jeden Fall, so kenne ich ihn, überwiegend in der Medizin benutzt wird, aber auch in der Stadtplanung und auch in der Architektur. Und wenn man sich damit ein bisschen beschäftigt und vielleicht dann ein bisschen offener und belesener ist, dann hätte man das auch gewusst und man hätte mich nicht aus Unwissenheit beleidigen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Minister für Inneres und Europa. Bitte schön.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ja, das war klar.)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst erst mal, Frau Kröger, ich glaube, so funktioniert das Geschäft nicht, dass man eine Aussprache zum Thema „Fusion“ aufruft,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Einen Antrag!)

indem man in den letzten Wochen permanent Pressemitteilungen rausgegeben hat, was wir alles falsch machen,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
„Permanent“!)

und jetzt hier sich heute hinstellt

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
„Permanent“!)

und sagt,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das ist auch schon wieder so
eine Wortwahl, „permanent“!)

über diese Pressemitteilung will ich nicht reden, ich will nur über den Text im Antrag reden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist eine gemeinsame Entwicklung, über die wir reden.

Und noch etwas will ich Ihnen sagen, weil mich das jetzt langsam ärgert. Die Genehmigungsbehörde ist das Amt Röbel-Land. Und die erteilen die Auflagen, nicht der Minister, nicht die Polizei, nicht andere. Und wenn die das gestern Abend gerade noch mal gemacht haben oder vorgestern, dann bin ich da bei Frau Julitz in der Frage, dass es vielleicht hätte auch eher, das eine oder andere, schon kommen können, kann ich nicht beurteilen, das können wir aber als Parlamentarier auch nicht festlegen, weil das ist amtliches Handeln.

Und ich sage Ihnen, wenn man schreibt, „die Poller auf den Rettungswegen sind auszuweisen und müssen so gestaltet sein, dass sie jederzeit umzuklappen, zu versenken beziehungsweise entfernt werden können“, halte ich das für eine Auflage, die an und für sich selbstverständlich sein müsste, damit ihre Rettungsfahrzeuge, über die Sie gerade ...

(Unruhe bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Ich trage nur vor aus den Dingen, die jetzt gestern nachgereicht worden sind, die ja hier so hingestellt wurden, als wenn wir uns wieder sonst was alles ausgedacht hätten. Es kommt nicht von der Polizei!

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, aber
dann lesen Sie sie doch auch alle vor!)

„Alle 14- bis 16-jährigen Jugendlichen sind als Zugehörige dieser Altersgruppe zu kennzeichnen.“

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

„Hinweis: Ein entsprechendes Armband würde als Erfüllung dieser Auflage akzeptiert werden.“

Der nächste Punkt: „Alle Jugendlichen, die 16 Jahre und älter sind, bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sind als Zugehörige dieser Altersgruppe zu kennzeichnen. Hinweis: Ein entsprechendes Armband würde diese Dinge erfüllen.“ Und, und, und.

Ich finde, dass das Punkte sind, die selbstverständlich sind und die auf der Arbeitsebene auch abgewickelt werden sollten und wo es nicht Gegenstand der Parlamentarier ist, festzulegen, ob die jetzt ein Armband tragen oder keins, sondern wir haben die Gesetzlichkeiten geschaffen, dass Jugendliche bis zu einer gewissen Altersgruppe bis zu einem gewissen Zeitpunkt zu Veranstaltungen gehen können und dann ins Bettchen müssen, oder sonstige Dinge, und dafür haben wir als Politik Sorge zu tragen, dass die entsprechenden Behörden, das Amt das umsetzen. Und jetzt nehme ich mal das Amt in dem Fall in Schutz, auch wenn ich dafür gar nicht zuständig bin. Die machen da ihren Job, und das muss man auch akzeptieren. Ob man die Auflagen alle gut oder schlecht findet, das ist nicht die Aufgabe von mir oder von anderen.

Und, lieber Kollege Ritter, ich habe das jetzt schon mehrmals gesagt, ich sage das noch mal: Das Konzept vom 13. ist eins von vielen Überlegungen gewesen, die es innerhalb der Polizei gegeben hat. Dieses Konzept, bezogen auf Wasserwerfer und Räumpanzer, hat keinen Bestand mehr. Über die Anzahl der Polizisten und die Anzahl der Einsatzaufgaben entscheidet man im Zusammenhang mit der Konzeption in Gänze. Es ist nicht eine Aufgabe des Ministers, die Anzahl der Betten zu definieren oder festzustellen.

Und für diejenigen, die sich mit der Materie nicht ganz so gut auskennen: Die Europäische Arbeitszeitrichtlinie, die ja alle wollen, bringt natürlich auch durchaus Probleme mit sich. Wenn ich 30 Polizisten über mehrere Tage ununterbrochen zur Verfügung haben will, brauche ich mindestens 90 Betten, denn das ist die Voraussetzung, dass ich überhaupt die entsprechenden Anforderungen auch erfüllen kann. Und deswegen weiß ich gar nicht, ob Tausend Betten automatisch gleich Tausend Mann sind. Also hier so à la U-Boot, drei Mann in einem Bett, das ist bei uns noch nicht der Fall.

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber das wird entschieden durch die dementsprechenden Fachkräfte und nicht durch den Minister. Und wie viel,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Minister ist keine Fachkraft, okay.)

wie viel Polizei entsprechend nachher zum Einsatz kommt, das ist das, was man derzeit mit den Veranstaltern gemeinsam verhandelt. Und deswegen hätte ich mir gewünscht, dass man dieses ganze Thema von Anfang an im kleinen Kreis behandelt hätte, wie das mit anderen Veranstaltungen derzeit auch der Fall ist, wo wir die

Arbeitsgespräche führen, aber es ist halt anders gelaufen. Vielleicht lehrt uns das auch in Zukunft, dass man solche Themen nicht vorher dramatisiert, sondern sich erst mal mit der Materie befasst und dann entsprechend auseinandersetzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU,
Jürgen Strohschein, AfD, und
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch mal ums Wort gebeten Peter Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Und meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Innenminister! Wir sind ja nicht blöd! Wir sind ja nicht blöd! Und dass die Genehmigungsbehörde das Amt Röbel ist, das weiß ich auch. Ich kenne allerdings auch das Agieren der Versammlungsbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen oft genug zusammengesessen und ich weiß, dass man am Ende aber immer zu einer Lösung findet.

Und wenn jetzt hier auch noch mal vom Minister gesagt wird, ja, man hätte im kleinen Kreis und hätte, hätte, dann sage ich noch mal, hätte die Landesregierung die Anfragen, die es gab aufgrund öffentlicher Berichterstattung, ordnungsgemäß und rechtzeitig beantwortet, hätte man das eine oder andere sich sparen können. Den Parlamentariern dann den Vorwurf zu machen – unter anderem denen, die wir aus der Region kommen –, dass wir uns einer Sache annehmen, die die Leute vor Ort beschäftigt, das halte ich nicht für in Ordnung. Das ist unsere Aufgabe, uns darum zu kümmern. Es ist unsere Aufgabe, auch den Versammlungsbehörden Unterstützung zu geben. Es ist unsere Aufgabe, der Polizei unsere Unterstützung vor Ort zu geben, damit eben nichts passiert, damit man in einem Dialog auf Augenhöhe all die Dinge miteinander beredet und vorbereitet, um auch so ein Festival oder eine Demonstration oder anderes zum Erfolg zu bringen. Da haben wir doch ausreichende Erfahrungen gesammelt.

Und der Ausgangspunkt, der Ausgangspunkt dieser Debatte lag nun wirklich nicht bei uns, lag nun wirklich nicht bei uns. Und wenn ich höre, wir haben 20 Jahre lang nicht richtig hingeguckt, na dann steigert das nicht unbedingt das Vertrauen meinerseits in die Behörden.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und wenn ich höre, wir haben viele Fehler gemacht und wir müssen die Fehler nicht noch mal machen, provoziert das doch neue Fragen, die Fragen: Welche Fehler haben wir gemacht? Wie können wir gemeinsam diese Fehler zukünftig ausschließen?

Also genau das, genau das war Anlass unseres Antrages, dies hier zu thematisieren, weil wir eben auch mit Gesprächen im kleinen Kreis nicht weitergekommen sind, weil wir nicht weitergekommen sind, weil unsere Fragen, weil die Fragen des Veranstalters und die Fragen auch der Kommunalpolitiker/-innen, der Leute aus der Tourismuswirtschaft und die alle von dem Festival profitieren, nicht beantwortet sind bis zum heutigen Tag. Bis zum heutigen Tag!

Und deswegen, Kollege Förster, ob Sie nun am Montag zur Innenausschusssitzung kommen oder nicht, das ist mir ziemlich pillepalle. Das ist Ihre Entscheidung. Ich bin, nebenbei, auch nicht da, aber meine Kolleginnen und Kollegen vertreten mich, und wir werden die Ergebnisse,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

wir werden die Ergebnisse dieser Ausschusssitzung natürlich auswerten und wir werden abgleichen, ob das, was hier heute gesagt worden ist – wir sind auf einem guten Weg und wir werden nichts verhindern –, ob das in der Realität Bestand hat. Das werden wir machen, und wenn das nicht zufriedenstellend ist, werden wir dieses Thema erneut auf die Tagesordnung setzen, denn das ist unsere Verantwortung und Verpflichtung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3659 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3659 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3586 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3586 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 46:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Lebensmittelverschwendung stoppen, auf Drucksache 7/3596.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Lebensmittelverschwendung stoppen
– Drucksache 7/3596 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der letzte Tagesordnungspunkt auf dieser Landtagsitzung, aber nicht weniger wichtig, es geht um die Lebensmittelverschwendung. 18 Millionen Tonnen zumeist genießbare Lebensmittel werden jährlich in Deutschland in die Mülltonnen geschmissen. 18 Millionen Tonnen! Das sind Lebensmittel mit einem Gewicht von 450.000 Lkw-Ladungen, also mehr als tausend Lkw-Ladungen pro Tag an Lebensmitteln, die weggeschmissen werden. Für 60 Prozent der Lebensmittelverschwendung ist die Wirtschaft verantwortlich, ein Viertel der vermeidbaren Nahrungsmittelverluste fallen allein im Lebensmittelhandel an. Am häufigsten werden gutes und genießbares Obst, Gemüse und Brot weggeworfen. Zum Anbau dieser Mengen an Lebensmitteln werden ungefähr 2,6 Millionen Hektar Nutzfläche benötigt. Das entspricht in etwa der Fläche Mecklenburg-Vorpommerns.

Und was macht Deutschland, was macht Mecklenburg-Vorpommern? Die Bundesregierung, Frau Ministerin Klöckner, legt eine „Nationale Strategie“ vor, dessen Hauptinhalt weitere Dialogforen sind. Seit Jahren wird geredet, geredet und geredet. Und jetzt der große Durchbruch: fünf weitere Dialogforen. Wahnsinn! Das Reden geht also weiter, ohne Erfolge, auf der Bundesebene geht es also voran. Ironie off.

Damit es schneller verbindlicher wird und wir so die nationalen Ziele erreichen, schlagen wir Ihnen mit unserem Antrag vor, dass es eben nicht beim Reden bleibt und bei Dialogforen, sondern dass die Bundesregierung eine „Nationale Strategie“ erarbeitet mit konkreten Maßnahmen, um die Lebensmittelabfälle bis 2030 zu reduzieren.

Doch schauen wir nach Mecklenburg-Vorpommern. Was tun wir, was tut unsere Landesregierung? Tja, unsere Landesregierung missachtet in erster Linie erst einmal Landtagsbeschlüsse, auch super, denn 2015 hatten wir hier im Landtag einen Antrag von CDU und SPD behandelt. Meine Fraktion hatte dazu noch einen Änderungsantrag vorgelegt. Schauen wir uns den noch mal an! Was hat denn der Landtag damals beschlossen?

Erstens. Die Landesregierung sollte im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit allen Akteuren Lösungsvorschläge erarbeiten. Und was ist daraus jetzt geworden nach vier Jahren? Auch vier Jahre später gibt es diese Arbeitsgruppe nicht. Auf meine Nachfrage antwortet die Landesregierung, ich zitiere: „Da die Verringerung der Lebensmittelverschwendung ein sektor- und länderübergreifendes Thema ist, beteiligt sich Mecklenburg-Vorpommern aktiv in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die unterschiedliche Sektoren in einem Stakeholder-Prozess einbezieht. Die Bildung einer Arbeitsgruppe auf Landesebene ist deshalb bisher noch nicht erfolgt, wird aber dann relevant, wenn landesspezifische Maßnahmen zur Verringerung des Problems der Lebensmittelverschwendung operationalisiert werden sollen.“ Zitatende.

Als ich das gelesen habe, habe ich mich gefragt, wie ernst es die Landesregierung überhaupt mit dem Landesparlament meint. Sehen Sie uns als Souverän und Gesetzgeber oder sehen Sie uns als Kasperletheater, das der Regierung nur zuklatschen soll, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung? Wenn der Landtag beschließt, dass die Landesregierung eine Arbeitsgruppe einrichten soll, um auf Landesebene Lösungen zu finden, dann ist das verbindlich aus unserer Sicht und keine Empfehlung an die Landesregierung!

Aber auch an die CDU die Frage gerichtet: Überprüfen Sie auch, ob die Landesregierung die Forderungen umsetzt, oder geht es nach dem Motto „Hauptsache, einen Antrag stellen“? Das war damals Ihr Antrag und die Beschlüsse werden vier Jahre lang missachtet. Nicht nur die Opposition hat eine Rolle der Kontrolle der Landesregierung, nein, der gesamte Landtag. Und wenn man Ihnen nicht nachsagen soll, das wäre damals nur halbherzig gewesen, dann hätte ich Ihnen raten können, einmal nachzuhaken.

Was können wir also als Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern noch machen? Nur mal so als Anregung: Bayern begann beispielsweise 2012 mit der Erhebung einer landesweit anfallenden Studie zu Lebensmittelverlusten. Das 2015 gegründete Bündnis „Wir retten Lebensmittel!“ beschloss 17 Maßnahmen, die systema-

tisch umgesetzt werden sollen. Nordrhein-Westfalen gründete 2010 als erstes Bundesland den Runden Tisch „Neue Wertschätzung für Lebensmittel“. Es hat eine beachtliche Anzahl von Maßnahmen realisiert und die Mittel dafür bereitgestellt. Es gibt also auch Maßnahmen im Land, die helfen könnten, Lebensmittelverschwendung zu begegnen, die in einer Länderarbeitsgruppe betrachtet werden sollten.

Aber selbst der Antrag von 2015 gab mehrere Handlungsmaßnahmen für Mecklenburg-Vorpommern vor. Im Punkt 2 des damaligen Antrages wurde angestoßen, dass Best-Practice-Lösungen aus der Lebensmittelkette so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, „dass auch andere Akteure von bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen profitieren“ können. Was ist damit? Nichts! Auch hier herrscht gähnende Leere.

Drittens sah der Antrag vor, und ich zitiere, „die Verschwendung von Lebensmitteln in den Bereichen Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Gastronomie in Schul- und Berufsausbildung zu thematisieren“. Zitatende. Was ist damit? Ich zitiere die Landesregierung: „Bei der Umsetzung konzentrierte sich die Landesregierung auf die Außer-Haus-Verpflegung. Die Vermeidung von Lebensmittelabfällen ist integraler Bestandteil der DGE-Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung. Im Rahmen der Vermittlung der Standards für die Gemeinschaftsverpflegung gehen die Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung auf ökonomische Fragen in den Beratungen mit Caterern ein.“ Zitatende. Das war es, also nichts umgesetzt.

Viertens. Die Landesregierung sollte einen Wettbewerb Lebensmittelverschwendung ausschreiben. Und? Dreimal dürfen Sie raten, ob es diesen Wettbewerb mittlerweile gibt. Nein!

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Natürlich nicht!)

Die Landesregierung prüft noch „die Modalitäten“. Ich weiß nicht, wie sich die Abgeordneten der Koalition fühlen, aber ich empfinde das als reinste Veralberung. Ich kann nur hoffen, dass wir mit den Landtagssitzungen und den beschlossenen Anträgen die Landesregierung nicht allzu sehr beim Regieren stören.

Und ich bin noch nicht am Ende, denn fünftens – das war der Punkt, den meine Fraktion reingebracht hat –, fünftens sollte die Landesregierung gemeinsam mit den Medien Kampagnen erarbeiten, die das Verbraucherbewusstsein und die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren. Ich weiß auch hier nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe von diesen Kampagnen nichts mitbekommen. Das kann an mir liegen oder an den Kampagnen, aber wenn nicht einmal ich das mitbekommen habe, kann es nicht so doll gewesen sein.

Meine Damen und Herren, wenn Mecklenburg-Vorpommern dann in einer Studie des WWF als „Nachzügler“ in Sachen Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung bezeichnet wird, dann ist das in Anbetracht der Bilanz, die ich hier gezogen habe, noch sehr milde ausgedrückt. Deswegen liegt Ihnen heute erneut ein Antrag vor, damit die Landesregierung endlich auf Landesebene eine Arbeitsgruppe einrichtet und eine Landesstrategie erarbeitet. Dazu müssen wir nicht auf den Bund und die Ergebnisse aus der „Nationalen Strategie“ warten, nein, die

Ergebnisse aus den Dialogforen könnten integriert werden, und andersherum können Ideen aus der Arbeitsgruppe im Land auf die Bundesebene einfließen. Schluss mit den Ausreden! Machen ist angesagt! Und wenn die Koalition heute auf die Idee kommt, den Antrag abzulehnen, dann bitte ich darum, den Punkt II.3 extra abstimmen zu lassen – das ist die Arbeitsgruppe –, denn zumindest diese Forderung müssten Sie teilen, denn die stammte ja 2015 aus Ihrem eigenen Antrag.

Aber, meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung dann schon immer auf den Bund wartet, dann schlagen wir vor, dass es in Deutschland so läuft wie in Frankreich oder Tschechien, denn nach wie vor werden Lebensmittel, noch bevor sie in den Supermarkt kommen und nicht der Norm entsprechen, entsorgt. Auch im Handel werden oft Obst, Gemüse weggeworfen, weil es eine Druckstelle gibt oder Ähnliches, und das ist völlig legal und politisch akzeptiert. Tag für Tag werden aus Marketinggründen und für die Gewinnmaximierung Lebensmittel vernichtet, die noch essbar sind. Das allein finden wir mehr als absurd.

Aber wenn ich dann noch lese, dass zwei Studentinnen vor Gericht gestellt werden, weil sie Lebensmittel aus der Mülltonne eines Supermarktes geholt haben, also container haben, bin ich einfach nur noch sprachlos. Hier brauchen wir doch endlich eine Rechtsumkehr. Nicht das Retten der Lebensmittel gehört verboten und unter Strafe gestellt, sondern das sinnlose Wegwerfen muss endlich ein Ende haben und verboten werden,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

gerade vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland und auch gerade in Mecklenburg-Vorpommern noch Armut gibt und die stetig zunimmt. Millionen Menschen können sich nicht regelmäßig eine vollwertige Mahlzeit leisten, aber anstatt die Lebensmittelhersteller zu verpflichten, kurz vor dem Ablauf befindliche Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen oder interessierte Personen abzugeben, bestrafen wir die, die weggeschmissene Lebensmittel noch verbrauchen wollen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir sind da anderer Meinung, wir fordern: Containern entkriminalisieren, Handel verpflichten, aus dem Verkauf genommene genießbare Ware kostenfrei abzugeben! Lassen Sie uns ernst machen mit dem Kampf gegen das sinnlose Wegwerfen von Lebensmitteln und stimmen Sie dem Antrag zu!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ehe ich allerdings die Aussprache eröffne, möchte ich besondere Gäste auf unserer Besuchertribüne begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen, Exzellenz Botschafter der Republik Südafrika, Herr Sizani, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Südafrikanischen Botschaft in Berlin sowie Herr Honorarkonsul Eymer. Herzlich willkommen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, DIE LINKE und Susann Wippermann, SPD)

Ich wünsche Ihnen einen interessanten und vielleicht auch lehrreichen Schloss- und Landtagsbesuch.

Aber jetzt eröffne ich die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Herr Dr. Backhaus, bitte schön.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Gäste! Dieser Antrag, den die LINKEN hier vorlegen, hat natürlich eine klare Zielrichtung. Für mich ist eins klar: Wenn wir uns weltweit anschauen, wir haben nach wie vor leider über 860 Millionen Menschen, die nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden, wenn wir feststellen, dass die Wertschöpfungskette in Lebensmitteln in Deutschland geschlossen ist und damit ethische, ökologische, soziale und nicht zuletzt auch ökonomische Probleme diesem Nachhaltigkeitsgedanken widersprechen, was die Verwendung von Lebensmitteln, den Mitteln zum Leben, bedeutet, dann ist es schon eine Tragödie, wenn man das so sagen darf, dass wir im Durchschnitt in Deutschland, Frau Bernhardt, 82 Kilogramm pro Einwohner – Sie gehören wahrscheinlich auch mit dazu –, 82 Kilogramm hochwertigste Lebensmittel einfach wegwerfen. Das ist nicht richtig, das kann und darf so nicht weitergehen.

Und vor dem Hintergrund von Klimaschutz, von Nachhaltigkeitsstrategien, der wachsenden Weltbevölkerung, aber selbstverständlich auch der knappen Ressourcen und einer steigenden im Übrigen, in der letzten Zeit sehr steigenden Anzahl von hungernden Menschen auf dieser Erde stellen Lebensmittelvernichtung und -verluste ein richtiges ethisches Problem dar. Insofern ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Denen helfen Sie mit den Verboten überhaupt nicht, den hungernden Menschen.)

Es geht gar nicht um ein Verbot, sondern es geht um ethische und moralische Ansätze, die Sie angeblich in Ihrer persönlichen Erklärung hier abgeklärt und erklärt haben, die gehören da rein. Also Sie widersprechen sich mal wieder selbst, Herr Weber.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Nicht „nee“, „nein“ heißt es, wenn schon, denn schon. So erziehe ich jedenfalls meine Kinder.

(Heiterkeit bei Elisabeth Aßmann, SPD)

Die Studien zur Ernährung der Weltbevölkerung im Übrigen identifizieren die Reduzierung der Lebensmittelverluste und die Vernichtung als eine wesentliche Stellenschraube tatsächlich der Ernährungssicherheit. In ihrer Roadmap für ein ressourcenschonendes Europa hat die Europäische Kommission beschlossen, und daran haben wir uns auch zu halten – und selbstverständlich gibt es da Arbeitsgruppen, Frau Bernhardt, insofern weise ich den Vorwurf, es gäbe hier keine Arbeitsgruppen, die sich mit dem Thema befassen, das weise ich ausdrücklich zurück und ich werde darauf noch eingehen –, und damit ist auch deutlich, nämlich, es ist beschlossen in der Europäischen Kommission und damit auch bindend für die Mitgliedsstaaten, der Lebensmittelverschwendung in Europa Einhalt zu gebieten.

Aktuell plant die Europäische Union, die Mitgliedsstaaten im Rahmen der Novellierung der Europäischen Abfallrichtlinie dazu zu verpflichten, die Lebensmittelabfälle bis zum Jahr 2025 um 30 Prozent zu reduzieren. Und daran werden wir uns auch halten. Das entspricht einer Reduktion von geschätzten 90 bis 63 Millionen Tonnen innerhalb der Europäischen Union, der Mitgliedsstaaten, der 27.

Die wichtigsten Hebel werden dabei allgemein in den Bereichen Aufklärung, finanzielle Anreize, Organisation und Recht gesehen. Bisher wurden in Deutschland überwiegend weiche Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen oder auch die Informationsplattformen, an denen sich der Bund und die Länder beteiligen, entwickelt und umgesetzt. So tragen die Initiativen der Landesregierung dazu bei, dass im Übrigen die Fähigkeiten, den Ernährungsalltag bedarfsgerecht abgestimmt, verantwortlich und genussvoll gestalten zu können, gestärkt werden.

Die täglich konsumierten Lebensmittel werden im Übrigen in einen Wertekanon hineingestellt, nämlich Lebensmittel wieder wertzuschätzen – da hätte ich mich schon gefreut, wenn Sie dazu mal was gesagt hätten – und damit den hohen Grad der Lebensmittelverschwendung deutlich zu machen, um damit auch im Übrigen von den Kindergärten bis in die Schulen hinein auch solche Projekte umzusetzen. Und wenn Sie davon noch nie was gehört haben, bin ich gerne bereit, das auch im Ausschuss dann Ihnen mal zu erklären, vom Ernährungsführerschein, den wir machen, oder dass wir die Schulklassen auf die Höfe holen, um sie aufzuklären, um damit tatsächlich auch mehr Verständnis für Lebensmittelproduktion und einen sorgsameren Umgang mit diesen Dingen umzusetzen.

Aus verschiedenen Studien, zum Beispiel aus Deutschland, lassen sich mehrere Tendenzen zu einer zunehmenden Entfremdung von Lebensmitteln in den Industriegesellschaften darstellen. In dieser Anonymisierung, die Sie im Übrigen auch vorgestellt haben, zeichnet sich auch das Bild ab. Es ist leider so, die meisten Menschen haben keine Beziehung mehr zur Produktion von Lebensmitteln und auch zu der Art, wie Lebensmittel heute produziert werden.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ganz schlimm.)

Zum einen ist eine Tendenz zum Verlust der Wertschätzung und damit auch des Wertebewusstseins für Lebensmittel zu erkennen, da seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine Lebensmittelknappheit – im Übrigen, ich habe das auch noch erlebt, dass wir nicht alle Lebensmittel in der DDR zur Verfügung hatten –, seit den letzten Jahren ja überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Es ist alles im Überfluss da. Und deswegen sage ich hier auch noch mal, ein Recht auf Erdbeeren zu Weihnachten gibt es nicht!

Weiterhin ist der Verlust natürlich der Lebensmittelidentität festzuhalten. In den Supermärkten werden Lebensmittel zusammen mit Nichtlebensmitteln verkauft, also Brot, Wurst zusammen mit Fernsehgeräten, Waschmitteln, und das Katzenfutter ist zum Teil teurer als die Lebensmittel. Eine verdrehte Welt! Bunte und werbewirksame Verpackungen der Lebensmittelindustrie verstärken diese Entfremdung. Das Lebensmittel ist überdies jederzeit bis zur letzten Minute vor Ladenschluss in vollen Regalen vollständig vorhanden.

Eine weitere Tendenz beschreibt den Verlust der Beziehung natürlich auch zu der Herkunft von Lebensmitteln. Immer mehr Menschen im Übrigen haben in der Industriegesellschaft den Bezug zur Landwirtschaft komplett verloren. Beim Verkehr von in Stäbchen gepresstem Fisch oder Wurst mit Teddysymbol oder mit Fußballmustern denkt kaum jemand noch daran, wie diese Produkte entstanden sind. Deswegen ist Verbraucheraufklärung für mich eine der wichtigsten Aufgaben. Schließlich geht es um eine integrale ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, einen Moment, bitte!

Minister Dr. Till Backhaus: ... Beziehung ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Dr. Till Backhaus: Den Satz würde ich gern noch zu Ende machen und dann können wir das machen. Ja, darf ich das?

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Okay, bitte.

Minister Dr. Till Backhaus: Kann ich gleich, Sie können sich schon noch mal kurz Gedanken machen,

(Heiterkeit bei Minister Harry Glawe)

aber wie gesagt, weil der, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Der Minister möchte den Satz beenden.

Minister Dr. Till Backhaus: ... weil der wirklich wichtig ist aus meiner Sicht.

Schließlich ist es ja so, wer keine emotionale Beziehung mehr zu dem Mittel zum Leben, also zum Lebensmittel hat – und die meisten haben es verloren, da immer mehr Mahlzeiten im Übrigen außer Haus und nebenbei eingenommen werden.

Und jetzt ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja.

Christoph Grimm, AfD: Herr Minister, ich hätte gerne gewusst, ob Sie mir Auskunft geben können, ob im Abfallwirtschaftsplan unseres Bundeslandes etwas geregelt ist zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen, denn mir ist bekannt, es soll acht Bundesländer geben, bei denen das der Fall ist.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich muss Ihnen auch mal ausdrücklich sagen, ich bin für einige Teile, die ich hier vortrage, nicht zuständig. Der Verbraucherschutz, wissen Sie, ist in der Legislaturperiode auf das Justizministerium übergegangen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, aber das bezog sich ja
auf die Lebensmittel.)

Die Abfallwirtschaft ist nicht bei uns ressortiert, sondern ist im Wirtschaftsministerium. Aber natürlich weiß ich, dass es um Abfallvermeidung geht. Im Übrigen haben wir ja auch gesagt, dass wir für die Wiederverwertung unbedingt,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

also von der Kompostierung bis hin zur Reduktion der Verschwendung von Lebensmitteln, natürlich eine Strategie haben. Selbstverständlich ist das in unserem Abfallwirtschaftsplan auch enthalten, aber ich nehme auch zur Kenntnis, dass in Teilen, insbesondere aus der Industrie heraus, daraus heute auch ein Geschäft gemacht wird. Mit Abfällen werden heute Geschäfte gemacht, und die nicht zu knapp, wenn Ihnen das hoffentlich reicht.

Also gerade wegen der eingangs genannten Tendenzen ist es in unserer Gesellschaft so wichtig geworden, dass die Sektion Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, mit denen ich sehr, sehr eng zusammenarbeite, natürlich auch Alltagswissen weiterhin vermittelt. Ein Beispiel: den Einkaufszettel zu Hause vorbereiten, Haltbarkeit prüfen, Vorräte kontrollieren, nicht zu viel kochen oder letzten Endes, wenn was überbleibt, einfrieren. Wir haben heute an sich ein perfektes System der sinnvollen Lebensmittelverwertung.

Von der Verbraucherzentrale, auch das darf ich noch mal ausdrücklich sagen, Frau Bernhardt, werden über unser Haus im Übrigen, was die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich der Ernährung angeht, verschiedene Projekte, Veranstaltungen, Vorträge, Veröffentlichungen zum Thema Ernährung durchgeführt. Wenn Sie davon noch nie was gehört haben – ich glaube, ich habe Sie auch noch nicht so oft,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Von der Aufklärungskampagne
her, Herr Dr. Backhaus.)

ich glaube, ich habe Sie noch nicht so oft bei uns im Agrarausschuss gesehen –, dann ist es so.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Von der Aufklärungskampagne!)

Die Vernetzungsstellen, Entschuldigung, die Vernetzungsstellen Schulverpflegung, kennen Sie die?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kenne ich.)

Oder auch die Kitaverpflegung,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kenne ich, Herr Dr. Backhaus.)

wo wir im Übrigen nach den Grundsätzen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung viele Projekte fördern, wissen Sie das?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kenne ich! Kenne ich!)

Das ist Verbraucheraufklärung, das ist eine Strategie. Auch das gehört dazu.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Alles klar!)

Auf Bundesebene haben wir die „Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“ gemeinsam mit der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Das Bund-Länder-Gremium wird sich, im Übrigen aus Vertretern verschiedener Bundesressorts – das Bundeslandwirtschaftsministerium, das Bundesumweltministerium, aber auch das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung – und der Länder, vorrangig auch mit den Themen der Lebensmittelverschwendung und der Abfallvermeidung, mit diesem Thema, weiter auseinandersetzen. Aufgaben des Gremiums, wo wir auch Mitglied sind, sind: Aufgaben einer prozessbegleitenden Steuerungsgruppe, Zielkonflikte beleuchten und Empfehlungen für die politische Ebene aussprechen, im Übrigen den Wissensaustausch und so weiter – ich kann Ihnen das gerne auch weitergeben –, das heißt, unter anderem auch die Barrieren und Hürden beim Vollzug des Lebensmittelrechtes zu identifizieren und bundesweit einheitliche Vollzüge umzusetzen.

Da geht es im Übrigen auch darum, das Modell Tschechiens oder Frankreichs zu prüfen. Aber Sie wissen doch hoffentlich auch – davon gehe ich aus, dass Sie es wissen –, dass wir eine völlig andere Verfassung in Frankreich haben als auch in Tschechien, das heißt, die Bund-Länder-Koordinierung muss dabei natürlich funktionieren. Das geht nicht so einfach wie in Frankreich.

Aber – und auch das will ich sagen – das Thema ist natürlich bei uns im Hause auch im Alltagsgeschäft präsent. Dazu gehört unter anderem, dass die Lebensmittelwertschätzung das Thema der MeLa 2019 sein wird, und wir werden die Ergebnisse im Übrigen auch dieser Arbeitsgruppe dann darstellen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und dazu finden Fachgespräche statt, unter anderem auch zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen, insbesondere in den Gemeinschaftsverpflegungen.

Zurzeit im Übrigen, zu dieser Stunde, findet die Verbraucherschutzministerkonferenz statt. Unsere Kollegin Frau Hoffmeister ist ja in Mainz und unser Abteilungsleiter, der für diesen Teil der Lebensmittelfragen zuständig ist, ist mit dabei. Und da ist im Übrigen auch das Thema der Lebensmittelverschwendung und -reduktion als auch im Übrigen die Nährwertabelle, in Klammern Ampel, oder wie kommen wir bei der Reduktion von Zucker, Salzen und Fett endlich zu einer Lösung. Und ich glaube, daran wird deutlich, dass das Thema Lebensmittelwertschätzung und Reduktion der Verschwendung natürlich innerhalb der Landesregierung eine hohe Priorität hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Der Minister hat seine Redezeit um zwei Minuten überschritten. Diese Zeit steht bei Bedarf den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zur Verfügung.

Jetzt hat für die Fraktion der AfD das Wort der Abgeordnete Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Bei dem Thema Lebensmittelverschwendung musste ich sofort

spontan an meine Großmutter denken, die in schwerster Zeit mit drei Kindern das Leben durchleben musste, und das ohne Mann. Der ist im Felde geblieben. Eine solche Entbehrung, die prägt natürlich, und wer Angehörige dieser Generation kennt, der wird das bestätigen, das Wegwerfen von Lebensmitteln fällt denen wirklich extrem schwer, bis heute. Und diese Entbehrungen prägen also.

Schade finde ich, dass es heute offenbar schon wieder so weit ist, denn Armut und soziale Bedingungen in Deutschland, die haben auch etwas damit zu tun, worüber wir heute sprechen, nämlich Lebensmittelverschwendung und angemessene Verwendung von Lebensmitteln, etwa, wenn ich an die Tafeln denke oder an das Containern, worüber ich gleich noch etwas sagen werde.

Aber zunächst mal kurz ein paar Fakten. Deutschland ist kein reiches Land. Der Pro-Kopf-Vermögensanteil entspricht also in Europa im Durchschnitt pro Person 100.000 Euro, in Deutschland sind es nur 55.000 Euro.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die Deutschen werden von ihrer Regierung derzeit eigentlich ausgepresst wie die Zitronen.

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

Wir sehen das daran, dass wir in der EU im Vergleich das höchste Renteneintrittsalter haben mit 67,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

das niedrigste Rentenniveau mit 48 Prozent, die längste Lebensarbeitszeit mit 45 Jahren

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und den höchsten Steuersatz von 50 Prozent.

(Thomas Krüger, SPD: Gucken Sie mal nach Skandinavien, allein die Mehrwertsteuer!)

Wer das Hamsterrad Deutschland verlässt, dem droht anschließend Altersarmut, und die wächst permanent,

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt müssen Sie noch auf die Migranten kommen.)

wie wir an dieser Problematik hier wieder deutlich erkennen. Flaschen sammelnde Rentner und wachsende Anzahl der Tafeln – wir haben es, glaube ich, gestern gehört, über 700 gibt es davon – sind die uns allen bekanntesten Zeichen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter!

Christoph Grimm, AfD: Junge Menschen ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter..., einen Moment bitte, Herr Abgeordneter!

Sie denken schon an das Thema des Antrages?

Christoph Grimm, AfD: Oh ja, das ist nur die Grundlage.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, die Migranten fehlen ja noch.)

Ich komme sofort auf das Thema natürlich, nur der Rahmen ist dadurch gesteckt, dass junge Menschen, die heute in das Erwerbsleben eintreten, monatlich 2.700 Euro verdienen müssen, und das 45 Jahre lang, damit sie der-einst als Rentner mehr als nur die Grundsicherung beanspruchen können.

(Thomas Krüger, SPD: Damit sie keine Lebensmittel verschwenden, ne?)

Das heißt, die einen brauchen jetzt dringend, was die anderen wegwerfen.

(Thomas Krüger, SPD: Aha!)

Nun kommen Sie mit diesem Antrag, „Lebensmittelverschwendung stoppen“. Ausgegangen ist ja Ihr Antrag von einem UN-Vertrag. Agenda für nachhaltige Entwicklung, so nennt sich das. Das Ziel dieser Agenda ist es, bis 2030 weltweite Nahrungsmittelverschwendung zu halbieren. Eben haben wir vom Herrn Minister gehört, dass die EU dazu einen Beschluss gefasst hat, der lautet, bis 2025 soll diese Verschwendung um 30 Prozent reduziert werden. Wenn ich das zusammenzähle, dann stelle ich fest, für die letzten fünf Jahre müssen noch mal, also bis 2030, 50, Quatsch, 20 Prozent reduziert werden. Ich finde, das ist echte Planwirtschaft – da sind wir mal wieder bei diesem Thema –, und ich weiß auch gar nicht, wie man das schaffen soll. Man müsste ja zunächst mal eine Erhebung machen, was sind heute die 100 Prozent, wovon wird ausgegangen, und da fürchte ich, dass das ohne Datenschutzverstoß schon mal gar nicht möglich ist.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Auf jeden Fall, ich meine, was ist hier konkret noch zu tun in Deutschland? Deutschland ist, so finde ich, derzeit nicht schlecht aufgestellt. Wir haben es vom Minister gehört, es gibt einige Aktionen, Nahrungsmittelführerschein haben Sie genannt. Ich sage mal, überflüssige Nahrungsmittel, die in der Gastronomie anfallen, werden von ReFood, das ist ja auch alles vorgeschrieben, oder anderen Firmen entsorgt, werden zu Biogas gemacht. MHD-Ware, also Mindesthaltbarkeitsdatumware, ist ja ein Stück Verbraucherschutz. Also ich glaube, davon will keiner Abstriche machen, niemand will diese Mindesthaltbarkeitsdaten ernsthaft abschaffen, aber auch da werden diese Nahrungsmittel einer vernünftigen Verwendung zugeführt, nämlich bei den Tafeln oder über die Tafeln. Bei Privathaushalten gibt es Aufklärung über die Verbraucherberatung und hier in Mecklenburg-Vorpommern weiß ich auch aus dem dörflichen Leben, dass so mancher noch seine Hühner hat oder auch das eine oder andere Schwein. Und diese Kleintierhaltung führt dann natürlich auch zu einer guten Resteverwertung.

Man fragt sich also, was kann man noch tun? Abfallmanagement und Abfallberatung sind allerdings und bleiben die Hauptverantwortungsbereiche der Bundesländer. Näheres ... Ja, Ihre „Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“ hatte ich bereits erwähnt, hier ist also diese Planung bis 2030.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt kommt der alternative Vorschlag.)

Was mir noch klärungsbedürftig scheint, ist, ob wir in unserem Abfallwirtschaftsplan eine Regelung haben. Vielleicht konnten Sie das inzwischen klären, ich würde mich freuen, aber das wäre so eine Anregung, die man vielleicht mitgeben könnte unserer Regierung.

Und was das Containern betrifft, so finde ich, dass Ihr Antrag leider vollkommen danebenschießt, denn schließlich befinden wir uns dann im Bereich des Strafrechtes. Sie wollen da etwas legalisieren,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

was derzeit unter Strafe gestellt ist,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, wollen wir.)

und das aus guten Gründen. Es gibt den Diebstahl, der da zu nennen ist, und natürlich auch den Hausfriedensbruch, und wir können nicht ernsthaft verlangen, dass nun die Rechte der Betroffenen hier eingeschränkt werden, und außerdem ist ja nun für das Strafrecht der Gesetzgeber der Bund. Also von daher würden wir uns dazu entschließen, Ihren Antrag leider abzulehnen.

Als abschließende Frage würde ich mich noch interessieren, ob Sie nicht am Ende, wenn wir schon solche Pläne wieder haben, bis 2030 die Verschwendung zu halbieren, wie wäre es denn mal mit einer Bepreisung der Lebensmittelverschwendung. Das, könnte ich mir vorstellen, würde bei den LINKEN gut ankommen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Obwohl wir sicherlich alle gerne nach Hause möchten,

(Torsten Renz, CDU: Ich nicht.)

glaube ich, dass DIE LINKE hier ein Thema aufgegriffen hat, was wichtig ist

(Torsten Renz, CDU: Genau. –
Heiterkeit und Zuruf von
Sebastian Ehlers, CDU)

und was aber so wichtig ist, dass wir auf Bundesebene als SPD da schon lange, lange dran sind. Und deswegen brauchen wir Ihren Antrag an dieser Stelle leider nicht.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr gut! –
Peter Ritter, DIE LINKE: An anderer Stelle?!)

Mit wem sind wir da dran? Wir haben im Deutschen Bundestag Ulla Schulte sitzen, die sich diesem Thema sehr verschrieben hat, wir haben auf Bundes-SPD-Ebene einen Ideenwettbewerb für den Kampf gegen vermeidbare Lebensmittelverschwendung, findet man unter „verbraucherpolitik.spd.de“.

Der Minister hat angesprochen die „Nationale Strategie“, und ja, bei einer Strategie, die muss auch erst mal anlaufen. Es ist ja jetzt nicht so, dass man von heute auf morgen da gleich alle Ergebnisse haben kann. Und ja, auch

ich hätte mir gewünscht, dass es mehr Verpflichtungen gibt, gerade was die Vermeidung von Lebensmittelabfällen beim Lebensmitteleinzelhandel angeht. Aber machen wir uns doch nichts vor, die Abfälle im Bereich Lebensmitteleinzelhandel, das sind anteilig 14 Prozent. Wenn wir also jetzt dahin kommen, dass wir sagen, nur erst mal dort ein Verbot der Entsorgung, dann ist das definitiv zu kurz gesprungen. Das kann ein Punkt sein.

Und Sie sprechen ja in Ihrem Antrag an das Gesetzgebungsverfahren in Frankreich, und da will ich mal sagen, es ist ja gar nicht verboten in Frankreich, Lebensmittel aus dem Lebensmitteleinzelhandel zu entsorgen. Sie dürfen ja nach wie vor kompostiert werden, und nur, weil sie nicht auf der Deponie landen, heißt es ja nicht, dass sie nicht trotzdem umsonst erst mal hergestellt wurden. Das heißt auch dort, dieses Gesetzgebungsverfahren oder das Gesetz, was Sie hier ansprechen als Vorbild, das ist doch auch deutlich zu kurz gesprungen und definitiv nicht nachahmenswert für Deutschland oder Mecklenburg-Vorpommern.

Was ist das Problem daran, wenn wir kompostieren dürfen oder wenn es, so wie jetzt, natürlich ein Problem ist, dass zum Beispiel aus Kantinen oder aus dem Catering die Probleme kriegen, wenn man das Essen mitnehmen will nach einer Veranstaltung. Die Ministerin Hesse oder, Entschuldigung, Präsidentin Hesse hatte gerade wieder das Erlebnis auf einer Veranstaltung, dass von einer Feier vom Catering das Essen mit nach Hause genommen werden wollte und der Caterer gesagt hat, Entschuldigung, ihr dürft das nicht, wir müssen es entsorgen,

(Heiterkeit und Zuruf von
Sebastian Ehlers, CDU)

oder die Firma darf es nicht, es muss entsorgt werden. Natürlich ist es ein Punkt, über den man nachdenken muss, ob das so sinnvoll ist.

Und warum ist das für mich ein Punkt? Weil wir natürlich – ich habe selber bei mir im Wahlkreis eine Anlage –, wenn wir Lebensmittel, also verpackte Lebensmittel, zur Vergärung in Biogasanlagen zum Beispiel zuführen, haben wir in der Vergangenheit immer wieder das Problem gehabt mit Plastik auf dem Acker. Das ist ein Problem, das ist auch an einigen Stellen leider nach wie vor nicht immer vermeidbar.

Und ja, es ist auch ein Problem, dass wir 800 Millionen Menschen auf der Welt haben, die Hunger leiden, und wir gönnen uns 80 Kilogramm im Jahr pro Mensch und Jahr in Deutschland, die wir an Lebensmitteln wegschmeißen. Das aber unter einen Hut zu kriegen, die Verteilung hinzubekommen, den Luxus, den wir uns hier leisten können, und die Armut an vielen anderen Stellen der Welt, das ist die hohe Kunst und das werden wir mit Ihrem Antrag definitiv nicht erreichen können.

Ziel muss es doch sein, dass wir uns gemeinsam die gesamte Wertschöpfungskette angucken. Es kann nicht sein, dass es sich nur auf den Lebensmitteleinzelhandel bezieht. Und machen wir uns nichts vor, abgesehen davon, dass der Begriff „Containern“ gar nicht wirklich rechtssicher definiert ist, jetzt möchte ich mal erleben, dass jemand, der sich dort aus seiner Not heraus mit Lebensmitteln versorgt, vielleicht eine Salmonelleninfektion hat oder sich Noroviren oder was auch immer einfängt, denjenigen möchte ich mal erleben, der dann nicht

auf die Palme geht und vielleicht im Nachgang versucht, dann den entsprechenden Eigentümer dieses Müllcontainers zu beklagen.

Wir müssen also gemeinsam strategisch – und dafür gibt es eine „Nationale Strategie“, wo jetzt verschiedene Schwerpunkte gesetzt wurden –, wir müssen gemeinsam die gesamte Wertschöpfungskette entlang versuchen, Verluste zu vermeiden. Das geht bei der Produktion der Rohstoffe los, bei der Verarbeitung weiter. Es kann nicht sein, dass mehr – gerade im Obst- und Gemüsebereich ist das ein Riesenproblem –, dass Waren produziert werden, die der Handel nicht annimmt, weil sie zu groß, zu klein, zu unmöglich geformt sind. Da müssen wir ran und da gab es in der Vergangenheit schon verschiedene Kampagnen, es gibt auch mittlerweile wieder verschiedene Kampagnen, die darauf hinweisen, dass diese Produkte eben trotzdem gut verzehrbar sind, und auf diesem Weg müssen wir weitermachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und um mal ein Beispiel zu nennen, auch wenn es ein Discounter ist, Frau Bernhardt, aber auch beim Lebensmitteleinzelhandel ist wirklich viel im Fluss. Wenn man sich den Discounter Penny anguckt zum Beispiel, die haben jetzt an vielen Stellen eine Kampagne gehabt, zum Beispiel auf Milchprodukten, auf denen dann draufsteht, man kann es riechen, man kann es schmecken, man kann erst mal überprüfen, ob es überhaupt abgelaufen ist oder nicht mehr verzehrbar ist, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Also es ist viel in Bewegung. Ja, wir müssen noch mehr tun, aber Ihr Antrag ist für „mehr tun“ definitiv nicht die richtige Grundlage. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe heute mal wieder, wie erwartet, gehört, was Sie nicht alles gegen Lebensmittelverschwendung tun und weshalb unser Antrag aus Ihren Gesichtspunkten heraus überflüssig ist. Allerdings haben Sie mir zwei Fragen nicht beantwortet, in keinem der Diskussionsbeiträge.

Die erste Frage ist: Warum werden Landtagsbeschlüsse – im Übrigen Ihre eigenen, Frau Aßmann, insofern war Ihr Wortbeitrag jetzt gerade und Ihre Ablehnung überflüssig und widersprüchlich, weil genau Sie einen Punkt des Antrages selber gefordert hatten 2015 –,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

warum werden diese Landtagsbeschlüsse nicht umgesetzt von der Landesregierung? Unter anderem meinte ja Herr Backhaus, dass es angeblich eine Länderarbeitsgruppe gebe.

Herr Backhaus, wenn ich dann auf die Kleine Anfrage, die ich im Februar gestellt habe und wo ich genau Fragen gestellt habe zur Umsetzung dieses Beschlusses

und nach dieser Länderarbeitsgruppe gefragt habe, was wir denn da haben, als Antwort bekomme, und ich lese es Ihnen gerne noch mal vor, ich hatte es bereits in der Einbringung gemacht: „Da die Verringerung der Lebensmittelverschwendung ein sektor- und länderübergreifendes Thema ist, beteiligt sich Mecklenburg-Vorpommern aktiv in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe“, das hatten Sie gesagt, „die unterschiedliche Sektoren in einem Stakeholder-Prozess einbezieht. Die Bildung einer Arbeitsgruppe auf Landesebene ist deshalb bisher noch nicht erfolgt, wird aber dann relevant, wenn landesspezifische Maßnahmen zur Verringerung des Problems der Lebensmittelverschwendung operationalisiert werden sollen.“ Also gibt es diese Länderarbeitsgruppe, die 2015 in dem Landtagsbeschluss gefordert war, nicht.

Es gibt ebenfalls nicht, und das wird ebenfalls aus dieser Kleinen Anfrage heraus deutlich, den Wettbewerb, der damals gefordert war. In der Kleinen Anfrage vom 27.02. heißt es in der Antwort aus Ihrem Haus – und da können Sie gerne nachgucken, ich weiß nicht, welche Antworten Sie mir geben, aber ich bekam die Antwort, „über die Modalitäten eines Wettbewerbs“ in Mecklenburg-Vorpommern wird noch „entschieden“. Entschieden nach vier Jahren, Herr Backhaus? Das ist einfach zu lang. Und das nenne ich nicht Umsetzung von Landtagsbeschlüssen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und da hilft es auch nicht, wenn Sie dann so tun und mich fragen, ob ich überhaupt die Maßnahmen kenne, und damit vom Problem ablenken. Fakt ist, Maßnahmen, die 2015 gefordert waren ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Bernhardt, auch Sie würde ich bitten, zum Plenum zu sprechen.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, natürlich.

Fakt ist, Maßnahmen, die in dem Landtagsbeschluss von SPD und CDU 2015 gefordert waren, wurden nicht umgesetzt und auch heute konnte mir keiner darauf irgendwie eine Antwort geben. Und wie gesagt, wir haben einen Punkt Ihres damaligen Antrages mit aufgenommen. Wenn Sie das ablehnen, zeigt das die Widersprüchlichkeit und die Halbherzigkeit Ihres Handelns.

Eine zweite Frage konnten Sie mir nicht beantworten, bei allen Dingen, wenn alles so schön ist in Mecklenburg-Vorpommern, warum denn dann Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich bei der WWF-Studie vom April 2018 als „Nachzügler“ abschneidet. Andere Bundesländer, und das hatte ich in der Einbringung deutlich gemacht, sind deutlich weiter.

Und da hilft es halt nicht, Frau Aßmann, immer nur auf die Bundesebene zu schauen, sondern was können wir hier konkret auf Länderebene vor Ort tun, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Dort werden beispielsweise in anderen Bundesländern Kinder schon in der Schule sensibilisiert. Herr Backhaus hatte das am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern dargestellt. Aber bei uns gibt es noch weitere Ansatzpunkte, beispielsweise in Kitas.

Wir hatten letzte Woche hier gerade in dem Raum die Anhörung zum Kindertagesförderungsgesetz im Sozialausschuss. Es war eine Vertreterin des Stadtteilernrates Schwerin da, die sich über die hohen ReFood-Preise

des Caterers ausließ. Warum kann man nicht auch schon hier mit den Caterern ansetzen und mit den Caterern darüber reden, beispielsweise kleinere Portionen auszugeben oder darauf hinzuwirken, dass Eltern sich bei dem Caterer abmelden, wenn ihr Kind nicht in die Kita kommt – ganz einfache Ansatzpunkte, die man auch auf Landesebene betrachten könnte, weil das kein Einzelfall ist, um erstens die Eltern von den Kosten zu entlasten und zweitens Lebensmittelverschwendung zu verhindern –, neben den Punkten natürlich, die dann noch in dem Antrag von 2015 genannt waren.

Wir finden es notwendig, Lebensmittelverschwendung zu verhindern, zum einen aus ökologischen Gründen, das wurde heute auch deutlich. Wenn wir Lebensmittel verschwenden, wirkt sich das weitreichend auf die Umwelt aus. Wertvoller Ackerboden, Wasser, Dünger, Energie für Ernte, Verarbeitung und Transport, jedes Lebensmittel braucht für seine Herstellung kostbare Ressourcen – und, Herr Backhaus, das weiß ich durchaus zu wertschätzen, was wir an unseren Lebensmitteln in Mecklenburg-Vorpommern haben –, Ressourcen, die wir mit jedem weggeworfenen Apfel oder Brot sinnlos verschwenden. So fließen beispielsweise allein 820 Liter Wasser, bis ein Kilo Äpfel geerntet werden kann, rund 1.610 Liter Wasser sind es, bis ein Kilogramm Brot entstanden ist. Wir bezahlen sogar doppelt noch für die Verschwendung, indem wir auch für den Abtransport wiederum Energie verbrauchen.

Deshalb meinen wir, wir sollten auch in Mecklenburg-Vorpommern alles dafür tun, um unsere Ressourcen in der Umwelt zu schonen und Lebensmittelverschwendung zu verhindern. Und das sind wir nicht nur uns schuldig, sondern eben auch unseren Jugendlichen. Ich sehe regelmäßig, und auch heute war es wieder so, die „Fridays for Future“-Demos. Sie haben ein ganz anderes, ein ganz tolles Umweltbewusstsein.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie demonstrieren für den ganzheitlichen Ansatz, wodurch auch die Lebensmittelverschwendung, ich hatte es eben deutlich gemacht, mit zählt. Sie demonstrieren gegen Plastikmüll, gegen Kohlekraftwerke, für Solidarität und Nachhaltigkeit. Und ich denke, wer meint, unsere Jugendlichen wären unpolitisch, der irrt, und wer meint, sie hätten mit 16 Jahren noch keine Meinung und könnten nicht wählen, der irrt ebenfalls.

Aber kommen wir zurück, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht nicht nur um den ökologischen Aspekt bei Lebensmittelverschwendung, sondern eben auch um soziale Themen. 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in Mecklenburg-Vorpommern in Armut oder sind eben von dieser gefährdet. Wie wirkt sich das aus? Kinder kommen eben auch hungrig in die Kita, zur Schule, in die Ausbildung. Und was machen wir als Politik auf der anderen Seite? Wir besteuern Nahrungsmittel für Kinder, etwa wie Säfte, mit 19 Prozent. Ich weiß, das ist die Ausnahme, aber wir tun es immer noch. Wir bestrafen die, die übrig gebliebene Nahrung Hilfebedürftigen geben. Und ich frage mich einfach angesichts dessen: Wie krank ist das denn?

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

Wir sollten alles dafür tun, dass die Unternehmen, die Lebensmittel übrig haben, nicht bestraft werden, wenn

sie hilfebedürftigen Menschen übrig gebliebene Nahrung geben, indem wir das besteuern, sondern wir sollten den Mut haben und es Frankreich und Tschechien eben gleichtun und Unternehmen verpflichten, übrig gebliebene Nahrungsmittel weggeben zu dürfen.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Und auch hier können wir als Land auf Bundesebene eben unseren Einfluss im Bundesrat möglich machen und gegebenenfalls Bundesratsinitiativen anstoßen.

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Sie können die auch kompostieren.)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei dem Thema Lebensmittelverschwendung – und auch das habe ich heute erlebt – kann man eben nicht nur alleine auf den Verbraucher abstellen.

Herr Backhaus, Sie meinten ja, einen Großteil sehen Sie in der Verbraucheraufklärung. Auch, aber ich sage, nicht nur. Auch die Landesregierung ist in der Pflicht. Deshalb halten wir nach wie vor eine Länderarbeitsgruppe für sinnvoll. Sie könnte beginnen mit der Erhebung und Erfassung von Daten von Lebensmittelverlusten in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir wissen, wo eben die meisten Lebensmittelverluste entstehen, wo Ansatzpunkte sind.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Zehn Minuten
noch, Jungs, zehn Minuten noch!)

Dass Sie allein auf die Verbraucher abstellen, das erleben wir nicht nur bei Ihnen, das stellt man fest,

(Glocke der Präsidentin)

wenn man sich die Bundesländer wie auch das Agieren, das auf Bundesebene stattfindet, betrachtet, wo vor allem die Verbraucher in die Pflicht genommen werden und mit Aufklärungskampagnen aufgeklärt werden.

Wir meinen, Industrie, Handel und Landwirtschaft sollten viel stärker in den Fokus gerückt werden, da über 60 Prozent der Verluste entlang der Wertschöpfungskette entstehen, vom Produzenten bis eben zum Großverbraucher. Beispielsweise hat die Studie „Systematische Erfassung von Lebensmittelabfällen der privaten Haushalte in Deutschland“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus dem Jahr 2017 festgestellt, dass insbesondere Haushalte mit nur einer Person besonders viel Lebensmittel wegwerfen. Grund dafür sind zum Teil die Verpackungsgrößen. Warum reden wir beispielsweise nicht mit Handelsketten als Land auch darüber, so was zu verkleinern und anzupassen?

Wir meinen, Lebensmittelabfälle, die sich nicht vermeiden lassen, sollten zudem möglichst sinnvoll weiterverwertet werden, entweder als Kompost – und das hatten Sie auch angesprochen – oder zur Energieerzeugung in Biogasanlagen. Das wäre eine weitere Maßnahme.

Deshalb schlage ich Ihnen vor, eine Länderarbeitsgruppe mit sämtlichen Akteuren der Wertschöpfungskette vom Erzeuger bis zum Händler, Großverbraucher und den Verbrauchern einzurichten, die dann betrachtet, wo die

meisten Lebensmittel verschwendet werden, sowie Maßnahmen entwickelt, wie dies verhindert werden kann. Andere Bundesländer machen es uns vor. Wir sollten nicht nur hier in Mecklenburg-Vorpommern auf den Bund schießen, sondern selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3596.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffer II.3 einzeln abzustimmen.

Von daher lasse ich über die Ziffer I und Ziffer II.1 und 2 insgesamt abstimmen. Wer der Ziffer I, Ziffer II.1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3596 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Danke schön. Enthaltungen? – Damit sind die Ziffer I, Ziffer II.1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3596 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, durch die Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Wer der Ziffer II.3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3596 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II.3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/3596 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der AfD und der Fraktion Freie Wähler/BMV abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 19. Juni 2019, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16.11 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ann Christin von Allwörden, Holger Kliewe, Vincent Kokert, Jörg Kröger, Simone Oldenburg, Christian Pegel, Marc Reinhardt und Stephan J. Reuken.